DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 6 Juni 1990 E 8080 E



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland:
Zionistische B'nai B'rith will politische Mitsprache

Bonns ehrloses Verhalten: Verzicht auf deutsches Land – Reparationen wie damals in Versailles

Willy Brandt:
Der Wendehals der SPD

Banker:
In Osteuropa riecht es nach Profit

Trilaterale Kommission:
Rockefellers Welt-Schattenregierung

Zweiter Weltkrieg:
Legenden um Dwight D. Eisenhower

Revisionismus:
Die Lebens-Geschichte des »Nazi-Jägers« Simon Wiesenthal

Neu!

Immer wieder gefragt eine Zeitschrift für eine natürliche Lebensweise.

Gesunde Medizin widmet sich ausschließlich und eingehend den Themen der Naturheilverfahren und der biologischen Medizin.

Gesunde Medizin erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von 64 Seiten und ist durchweg vierfarbig. Preis 5 DM.

Gesunde Medizin erhalten Sie bei Ihrem Zeitschriftenhändler oder beim Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.





Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.

CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

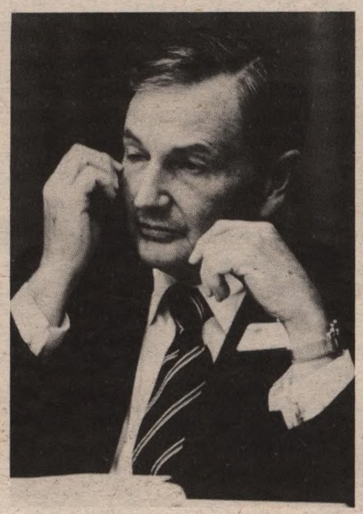
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Vergessen sind die Zeiten von Willy Brandt, wo er mit einer Karriere in der SED liebäugelte.

Finanzen



David Rockefeller bot Gorbatschow an, daß die Sowjetregierung »Vollpartner in der Weltwirtschaft« werde und gleichzeitig Miglied der Weltbank und im IWF.

Internationales



US-Präsident George Bush muß seinen Namen für die Geschäfte seines Bruders Prescott hergeben.

4. Jahrgang Nr. 6 Juni 1990

Deutschland

Das Gerede über Reparationen

Heide Schmidt

Am Ende des Zweiten Weltkrieges verlangten insgesamt 53 Staaten Reparationen von Deutschland, entweder durch Geldzahlungen, Waren oder Dienstleistungen oder beides. Deutschland begann damit, diese schweren Ansprüche zu befriedigen, wird aber heute aufgefordert, noch einmal zu zahlen. Über neue Forderungen Polens sind viele Deutsche besonders aufgebracht.

Großbritannien und die Sowjetunion machten sich vor 45 Jahren mit einem Großteil der Beute davon, demontierten ganze Fabriken, Trockendocks und Baukräne. Die Briten hatten auch ein Programm namens »Operation Woodpecker« (»Operation Waldspecht«), mit dem weite Bereiche Norddeutschlands abgeholzt wurden, während Frankreich im Südwesten Deutschlands, im Gebiet des Schwarzwaldes, ein ähnliches Programm durchführte. Man ging sogar so weit, die Werkzeuge der Kuckucksuhren-Hersteller zu beschlagnahmen, indem man sie als gefährliche Industriewaffen bezeichnete, die zur Herstellung von Sprengstoffzündern verwendet werden könnten.

Russische und amerikanische Soldaten auf dem schwarzen Markt vor dem Reichstagsgebäude in Berlin.

Das hektische Treiben der Russen

In nur einem Monat im Jahr 1947 holten die Sowjets 11.000 Tonnen Industriegüter aus der späteren DDR heraus. Sie nahmen nicht nur die Eisenbahnwaggons mit, in denen die Güter transportiert wurden, sondern auch die Schienen. So verblieb der Deutschen Reichsbahn nur ein einsträngiges Schienennetz.

Seinerzeit machten die Deutschen Witze über das hektische Treiben der Russen. Aber sie lachten keineswegs über die Reparationsforderungen, die an sie gestellt wurden. Guatemala verlangte zum Beispiel 85 Millionen Dollar, obwohl das mittelamerikanische Land überhaupt nicht in die Kämpfe des Zweiten Weltkrieges verwickelt war. Aber Guatemalas Regierung behauptete, sie habe »für alle Fälle« Straßen durch den Dschungel des kleinen Landes bauen müssen.

Schließlich wurden Reparationsforderungen von 300 Milliarden Dollar gegen Deutschland erhoben. Auf der Konferenz der »Großen Drei« in Jalta im Jahre 1945 kamen die Alliierten darin überein, daß bei Kriegsende 20 Milliarden Dollar sofort zu zahlen seien, die Hälfte davon an die Sowjets.

Später, 1953, unterzeichneten deutsche Regierungsbeamte in London eine Vereinbarung mit der 19 Ländern 14 Milliarden Dollar bewilligt wurden. Im gleichen Jahr befreite die Sowjetunion die DDR von weiteren Reparationszahlungen, aber erst nachdem sie 66 Milliarden Dollar aus der DDR herausgesaugt hatte.

Das Land wurde regelrecht ausgeplündert

Diejenigen, die ihre Finger nicht direkt ins Spiel bekamen, stellten erstaunliche Forderungen. Albanische Behörden verlangten einen großen Batzen an Reparationen. Dieser wurde auch sofort abgeschickt, nur um von den Jugoslawen in Beschlag genommen zu werden. Diese behaupteten höhnisch, daß die Albaner ohnehin nicht wüßten, was sie damit anstellen sollten. Das Geld wurde niemals zurückerstattet. Deutschland wurden auch Kunstschätze im Werte von ungenannten Millionen Dollar geraubt. Dies war keine deutsche Kriegsbeute, die den ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben wurde, wie damals behauptet wurde, sondern Schätze, die dem deutschen Volk gehörten. Indien erhielt eine ganze Sprengstoff-Fabrik, und als sich Pakistan später von Indien löste, erhob es ebenfalls Ansprüche auf Reparationen.

Nur Mahatma Gandhi war anständig genug sein Volk zu ermahnen, aus moralischen Gründen auf Reparationsleistungen zu verzichten, da Deutschland jetzt eine unterdrückte Nation sei.

1947 revoltierten schließlich deutsche Arbeiter, streikten und bauten Barrikaden, um die Demontage und Verlagerung ihrer Fabriken in fremde Länder zu stoppen. Der Aufstand wurde prompt von den alliierten Mächten niedergeschlagen und die Teilnehmer bestraft.

Auf Drängen der Vereinigten Staaten wurde das Ausbluten der deutschen Vermögenswerte durch das Londoner Abkommen von 1953 verhindert. Schon einige Jahre zuvor hatte der Marshall-Plan amerikanisches Geld eingesetzt, um zu versuchen, Deutschland wiederaufzubauen. Aber gleichzeitig nahmen die anderen Alliierten wieder fort, was aufgebaut wurde.

Bonn beugte sich dem Druck

Die Bundesrepublik Deutschland zahlte jahrelang weiter und beugte sich dem Druck von mehreren Seiten. Die Franzosen erhielten 400 Millionen DM, 125 Millionen gingen in die Niederlande, 115 Millionen an Griechenland, 60 Millionen an Norwegen, 18 Millionen an Luxemburg, 16 Millionen an Dänemark, 11 Millionen an Großbritannien, 10 Millionen an die Schweiz und eine Million an Schweden.

Deutschland zahlte auch Reparationen an ehemalige Achsenmächte wie Italien und Ungarn. Diese wiederum zahlten das Geld an die Alliierten aus. Die Bundesdeutschen zahlten an jeden, der eine starke Lobby in Bonn hatte. Amerikanische Anwälte zwangen sie dazu, für jüdische Überlebende von Internierungslagern zu zahlen, die in den Vereinigten Staaten lebten. Nach Francos Tod erhob Spanien Forderungen für die Kommunisten, die im Spanischen Bürgerkrieg durch die Deutschen gelitten hatten, die entsandt worden waren, um Franco in seinem Kampf gegen sie zu unterstützen.

Insgesamt gingen 13.000 Forderungen ein. Bonn zahlte Milliarden an Polen; von denen diejenigen Polen, die Anspruch darauf hatten, weil sie während der deutschen Besetzung gelitten hatten, am wenigsten erhielten.

Jugoslawien erhielt eine Milliarde Dollar, von denen außer Tito niemand etwas zu sehen be-

kam. Sogar Oberst Muammar el-Gaddafi legte eine Forderung für Minen vor, die die Deutschen in der Wüste zurückgelassen hatten.

Keinen Heller für geraubte Gebiete

Viele deutsche Firmen, die während des Krieges Zwangsarbeiter eingesetzt hatten, zahlten viele Millionen an die Betroffenen.

Jetzt wollen die Polen noch weitere 300 Milliarden Dollar. Sie haben den Deutschen natürlich keinen roten Heller für die nach dem Kriege von Polen annektierten Gebiete angeboten, durch die sich das polnische Staatsgebiet um ein Drittel vergrößerte.

Deutschland sei »die Kuh, die Milch und Fleisch gleichzeitig zu liefern habe«. Deutschland auszupressen brachte für jedermann nur weitere Probleme und löste keine. Die Reparationsleistungen aus dem Ersten Weltkrieg waren eine direkte Ursache für den Zweiten Weltkrieg.

Für viele Deutsche sind die obengenannten Zahlen ziemlich unverständlich. Es ist eine erstaunliche Tatsache, daß trotz der ungeheuren Lasten, die dem deutschen Arbeiter auferlegt wurden, Deutschland sein Wirtschaftswunder in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne zustandebrachte. Es ist heute neben den USA und Japan die zweitgrößte Wirtschaftsmacht in der Welt und die stärkste in Europa.



Razzia der britischen und amerikanischen Militärpolizei auf Schwarzhändler in Berlin.

Als Deutschland die Franzosen 1871 besiegte, quetschte Bismarck fünf Milliarden Goldfranken aus ihnen heraus. Die Franzosen erhielten 1919 in Versailles ihre Revange. Die Deutschland damals auferlegten Reparationslasten führten unmittelbar zum Aufstieg Adolf Hitlers. Als er 1933 zur Macht kam, wurden die Reparationen eingestellt. Die Gesamtforderungen der Sieger beliefen sich auf 132 Milliarden Goldmark. Deutschland hatte bis 1924 42 Milliarden davon bezahlt.

Deutschland ist die Milchkuh für die Sieger

Der britische Premierminister Lloyd George sagte seinerzeit,

Während zum Beispiel Großbritannien sich mit veraltetem Industriegerät herumschlagen mußte, das man nach dem Kriege aus Deutschland gestohlen und in britische Fabriken gebracht hatte, wurde Deutschland gezwungen, von ganz vorn anzufangen. Es konnte in seinen Industrieanlagen die modernste Technologie und Ausrüstung einsetzen und eilte daher seinen ehemaligen Feinden voraus.

Die heute an seine Hilfsmittel gestellten zügellosen Forderungen können unter den Deutschen nur böses Blut hervorrufen. Sie sind großzügig mit finanziellen Hilfeleistungen, man sollte sie aber nicht zum Narren halten. Wir wollen uns an die Ungerechtigkeiten von Versailles erinnern und es diesmal ganz anders machen. □

Willy Brandt

Wendehals der SPD

Hans Baader

Willy Brandt, das neue Aushängeschild einer nationalen SPD? Fast schien es so, wenn man die Reden des Friedensnobelpreisträgers hörte, die dieser in den Wochen nach der am 9. November erfolgten Öffnung der innerdeutschen Grenze hielt. Es gehe nicht an, daß man trotz des Zweiten Weltkriegs den Deutschen auch heute noch die Souveränität vorenthalte und über sie verfüge. So oder ähnlich lauteten die Bekenntnisse des 77jährigen. Wie sich dann nach der für die SPD verloren gegangenen Volkskammerwahl herausstellte, waren dies aber nur hohle Lippenbekenntnisse.

Den echten Willy Brandt, der am 18. Dezember 1913 als Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck geboren wurde, bekam man aber spätestens dann zu hören, als sich die Niederlage der Sozialdemokraten in der DDR anbahnte. So sagte der Ex–Kanzler bei einem Wahlauftritt in Chemnitz, Karl Marx habe unbestreitbar zu den hellsten Köpfen des 19. Jahrhunderts gehört. Und nur eine Woche vor der Wahl erklärte Brandt auf der Oder–Brücke, die Frankfurt und Slubice verbindet: »Ich bin gekommen, um Ihnen zu sagen, diese Grenze ist endgültig.« Er mache sich gern zum Sprecher der »überwältigenden Mehrheit in beiden deutschen Staaten«, die der Überzeugung sei, »an der deutsch–polnischen Grenze darf nicht gerüttelt werden«.

Die verschiedenen Wandlungen

Doch das war nicht das erste Mal, das sich Brandt quasi über Nacht in seinen Sprüchen geändert hat. Dies hat aber im linken Lager nichts an seiner Popularität geändert; die Sozialdemokraten in Ost und West verehren ihn heute noch fast wie einen Gott. Und auch in der DDR hat Brandt noch einen großen Bonus – vollkommen ungerechtfertigt, wenn man sich seinen Lebenslauf und vor allem seine von ihm verfaßten Bücher und Aufsätze ansieht.

Besondere Bedeutung kommt dabei dem Satz zu, den Brandt am 9. Dezember 1971 bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn in Oslo äußerte: »Ich glaube, meine grundlegenden Überzeugungen haben sich nicht geändert.« Und als Bundeskanzler sagte Brandt: »Ich kann zu all dem stehen, was ich früher gesagt und geschrieben habe.«

Wie sah – und damit sieht – dies aber aus? Bereits als Jugendlicher verließ er die SPD und stieg schließlich in der kommunistischen »Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP)«, die sich als »Keimzelle für eine echte kommunistische Partei« verstand, zum Vorsitzenden der Jugendorganisation auf. Anfang der dreißiger Jahre war Brandt in seiner Heimatstadt Lübeck als Schläger bekannt. 1933 flüchtete er unter noch immer nicht hundertprozentig geklärten Umständen nach Norwegen, wo er mehrere Bücher und Schriften gegen Deutschland verfaßte.

Der Vorsitzende der »Deutschen Konservativen«, Joachim Siegerist, hat sich die Mühe gemacht, diese Schriften und Bücher unter zum Teil großen Mühen aufzutreiben und zu übersetzen. Eins der Bücher hieß übersetzt »Guerillakrieg« und beschreibt, wie man am besten Partisanenkrieg gegen die deutschen Soldaten leisten könne. Wörtlich heißt es darin – man achte vor allem auch auf das Vokabular und denke daran, daß diesem Mann später der Friedensnobelpreis verliehen wurde –: »Sie benützen die Zivilisten als Spione ... Wo Personen auftreten, die sich der Okkupationsmacht zur Verfügung stellen, ist es die Aufgabe der Partisa-

Willy Brandt

Wendehals der SPD

nen, mit ihnen abzurechnen. Die Verräter werden schonungslos ausgerottet.« Auf Seite 243 dieses Buches steht geschrieben: »Der Mord an deutschen Soldaten und Gendarmen muß vor dem Hintergrund der deutschen Besatzungspolitik gesehen werden, die in Polen betrieben wird.«

Pflicht zum Schutz der Sowjetunion

Daß dieses nicht nur auf Empörung über den Nationalsozialismus oder den nach Brandts Ansicht von den Deutschen ausgelösten Zweiten Weltkrieg verstanden werden darf, zeigt sich an einem Artikel, der 1936 in dem in Paris erschienenen SAP–Blatt »Neue Front« veröffentlicht wurde. Brandt wörtlich: »Seit dem Bestehen der Sowjetunion war es für alle Revolutionäre eindeutig, daß der Sowjetstaat sich mit allen Mitteln verteidigen und dort, wo erforderlich, den revolutionären Krieg führen müsse. Für die Proletarier der kapitalistischen Welt ergab sich die unbedingte Pflicht zum Schutz des Sowjetstaates, im Kriegsfalle durch Lenkung des gesamten Kampfes gegen den Kriegsapparat der kapitalistischen Mächte.«
Ebenfalls 1936 schrieb Brandt in der marxistischen »Tribüne« Nr. 5: »Wir stehen vor der Aufgabe, eine wahre kommunistische und proletarische Partei der Massen auf dem Boden der westlichen Arbeiterbewegung aufzubauen. Diese Partei muß eine kommunistische Massenpartei sein, das heißt, eine Summe aller Erfahrungen der nationalen und internationalen Bewegung der Arbeiter. Sie soll das höchste Maß an Kampfkraft repräsentieren, einer Kampfkraft, die nur erreicht werden kann durch die Sammlung aller Kräfte, die im Proletariat liegen und durch das hohe Ziel, das uns vor Augen schwebt. Die SAP muß ihren Kampf um die proletarische Einheit mit ihrem Kampf um revolutionäre Formen verbinden.«

Im gleichen Jahr war in Spanien der Bürgerkrieg ausgebrochen, und Brandt arbeitete für verschiedene skandinavische Blätter dort als Korrespondent. In einem Artikel schrieb er: »Ein reinigender Sturm hat die Kirchen und Klöster gesäubert.« Dieser »reinigende Sturm« sah so aus, daß tausende von Priestern, Nonnen, Bischöfe und Geistlichen aller Art in meist grausamster Weise bestialisch ermordet worden sind!

Verbrecher und andere Deutsche

Besonders bezeichnend ist auch das, was Brandt in seinem 1944 in Stockholm erschienenen Buch »Elfter Segern« schrieb: »Der demokratische Aufstand nach dem Nazismus wird nicht unblutig sein. Aber ohne Blutvergießen läßt es sich auch nicht in Ländern, die die Okkupationszeit durchgemacht haben, machen. Die Forderungen des Volkes müssen garantiert sein. In Frankreich ist es auch ganz klar, daß die Abrechnungen mit den Verrätern aus den früher privilegierten Klassen folgen würden. In Ungarn muß man die Macht der Gutsbesitzer brechen, wenn man eine Volksdemokratie gründen will.«

Die »Krönung« aller Brandt–Bücher ist aber das 1946 verfaßte »Forbrytere og andere Tyskere«, was übersetzt heißt »Verbrecher und andere Deutsche«. Als Brandt 1961 von der Illustrierten »Quick« auf dieses Buch angesprochen wurde, antwortete er, der Titel laute richtig »Verbrecher und das andere Deutschland«. »Das andere Deutschland« würde aber »det andere Tyskland« heißen. Warum Brand so auswich, erkennt man leicht, wenn man sich einige Passagen dieses Buches ansieht.

Im ersten Kapitel »Herrenvolk oder Verbrecherbande« schreibt Brandt – laut der von Siegerist veranlaßten Übersetzung –: »Die Besetzung (Deutschlands nach dem Krieg; der Verfasser) nahm in erster Linie die Aufgabe wahr, eine Pestbeule (Pestquelle) zu isolieren. Aber damit war das Problem noch nicht gelöst. In den von den Alliierten besetzten Gebieten mitten in Europa wohnten immer noch über 60 Millionen Deutsche. Gestern ›Herrenvolk‹, heute Bettler. Hitler – und andere vor ihm – hatten versucht, den Deutschen einzureden, daß sie berufen wären, die Herren Europas und der Welt zu sein. Er schaffte es, die größte und gefährlichste Verbrecherbande der Geschichte zu rekrutieren. Als er verschwand waren die Herrenvolk–Anwärter Gefangene, Bettler oder – im besten Fall – Bewohner eines großen Armenhauses geworden ...

Der deutsche Name war mit Blut besudelt worden. Er riecht nach Leichen und führt die Gedanken hin zur Plünderung, Mißhandlung, Betrug ... Die Verbrecher entwickelten eine bisher einzigartige Fähigkeit, die Macht der Organisationen, der Propaganda und der Gewalt auszunutzen. Sie organisierten den Abschaum der Gesellschaft und produzierten Menschenschlächter am laufenden Meter ... Aber sie sind nicht als SS–Männer geboren. Ihre Kinder sind ungefähr so wie die Kinder in anderen Ländern, wenn sie auf die Welt kommen.«

Im gleichen Kapitel schrieb Brand über die Zeit nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg: »Der Fehler war, daß die Reaktion viel zu billig von der Niederlage davonkam«.

Im Kapitel »Das deutsche Problem ist nicht nur deutsch« heißt es: »Die Auswirkungen haben bei Gott nicht nur die Deutschen getroffen. Nach dem Krieg gibt es noch immer 70 Millionen von ihnen. Auf die eine oder andere Art und Weise müssen sie in die Weltgemeinschaft eingeordnet werden.« Zwar schreibt Brandt dann, daß der »Zauberkreis der Vergeltung gebrochen werden muß«, daß niemand ein Interesse daran haben kann, »daß Deutschland zu einem Zentrum für wirtschaftliche Not, Bandenunwesen und anderen gefährlichen Krankheitserregern wird« und daß die Besatzung keine dauerhafte Lösung sei. Diese stellte sich Brandt damals so vor: »Offenkundig ist jedenfalls, daß die Vereinten Nationen – die Völker rundherum in der Welt – daran interessiert sind, daß Deutschland geheilt wird, und zwar so, daß es auf eigenen Beinen stehen kann, ohne eine Belastung für andere, noch eine Gefahr für sie zu sein.«

Daneben soll Brandt laut der im amerikanischen Nationalarchiv liegenden Nachricht 4.027 vom 2. September 1944 des amerikanischen Gesandten in Stockholm, Hershel V. Johnson, an US–Außenminister Cordell Hull bei einem Gespräch über die Probleme der Ostgrenze Deutschlands mit einem Mitglied des US-Gesandtschaftsstabes vorgeschlagen haben, den größten Teil Ostpreußens mit seiner Hauptstadt Königsberg an Polen abzutreten. Wörtlich heißt es hierzu: »Brandt fügte hinzu, in einem solchen Fall solle ein vollständiger Austausch von Bevölkerungen in den betreffenden Gebieten stattfinden. Dies ist nach Auffassung der Gesandtschaft ein nicht unvernünftiger Vorschlag, der von einem Deutschen kommt.«

Deutsche töten oder heilen

Doch zurück zu »Verbrecher und andere Deutsche«. Im Kapitel »Töten oder heilen« ist folgendes nachzulesen: »Ich habe niemals eine Begeisterung für Todesurteile aufarbeiten können. Aber so, wie die Welt, in der wir nun einmal lebten, war, rechnete ich damit, daß es einmal notwendig werden würde, eine ganz große Anzahl wertloser nationalsozialistischer Leben auszumerzen.« Wohlgemerkt, Originalton eines späteren Friedensnobelpreisträgers!

Schuldig sind alle Deutschen

Im Kapitel »Schuld und Verantwortung« schreibt Brandt: »Kein erwachsener Deutscher kann sich seines Teils der Mitverantwortung für das, was geschehen ist, entziehen. Das gilt nicht nur für die, die sich Hitler angeschlossen haben, sondern auch für die, die nicht die Fähigkeit besaßen, einen stärkeren Widerstand zu leisten.« Kurz vorher hatte Brandt aber noch eine Kollektivschuld verneint!

Im gleichen Kapitel geht es weiter: »Schuldig sind nicht nur die Parteiführer und Gestapoterroristen, sondern auch die Gruppe der Junker, und Großindustriellen, Generäle, Bürokraten und Professoren, die daran beteiligt waren, den Terror und den Krieg auszulösen. Diese Gruppen müssen ausgeschaltet werden, ihr gesellschaftlicher Einfluß muß ihnen entzogen wer-

den, wenn die Hoffnung bestehen soll, einen deutschen Rechtsstaat, eine solide anti-nationalsozialistische Volksdemokratie aufzubauen... Die Sicherheit, die andere Völker verlangen, kann durch eine Kontrolle von Deutschland zufriedenstellend erreicht werden... Es ist die Rede gewesen von einer Mitleids-Offensive. Ich glaube, daß alle halbnationalsozialistischen Versuche in diese Richtung dazu verurteilt sind, zu mißglücken.« Dies schrieb Brandt 1946, zu einer Zeit, als Millionen Deutsche grausam umgebracht wurden oder versuchten, ihr nacktes Leben zu retten – von den unzähligen Vergewaltigungen, Körperverletzungen und Plünderungen gar nicht zu reden –.

In dem Kapitel »Der große Prozeß« rechtfertigt Brandt mit zum Teil glühenden Worten den dem Völkerrecht Hohn sprechenden »Kriegsverbrecherprozeß« in Nürnberg. Wörtlich heißt es u.a.: »Nur schade, daß Hitler, Himmler und Goebbels Gelegenheit erhalten hatten, sich selbst zu richten. Die Abrechnung, die in Nürnberg vor sich ging, zeigte allerdings auch in die Zukunft. Sie repräsentierte etwas Neues in dem Sinn, daß sie zu einem entscheidenden Fortschritt in der internationalen Geschichtsschreibung werden konnte ... Sie (die Nationalsozialisten; der Verfasser) sollten verurteilt werden nach den Gesetzen, die in dem jeweiligen Land nach der Befreiung geltend waren.« Es widerspricht jeder Rechtsstaatlichkeit, jemanden aufgrund rückwirkend geltender Gesetze zu bestrafen, doch dies interessiert den Friedensnobelpreisträger in spe anscheinend nicht!

Die Wahrheit wird auf den Kopf gestellt

Die Wahrheit auf den Kopf stellend, gibt Brandt dann folgendes von sich: »Die Angeklagten konnten deutsche Verteidiger wählen, und der Verteidigung wurde große Bewegungsfreiheit eingeräumt. Es wurde allerdings in der Londoner Übereinkunft festgehalten, daß das Urteil des Gerichtshofes endgültig sein sollte. Es konnte keine Berufung eingelegt werden.« Aber kein Wort dazu, daß bereits dieser eine Satz das ganze als Tribunal und nicht als Gerechtigkeit suchendes Gericht ausweist.

Brandt weiter: »Nach den allgemeinen Anklagen folgte die Anklage gegen jeden einzelnen der Naziführer. Sie wurden auch zur Verantwortung gezogen als Mitglieder bestimmter Organisationen. Die Anklageschrift wollte die gefährlichsten Zusammenschlüsse des Systems kriminalisiert haben: Die Reichsregierung, das Führercorps der nationalsozialistischen Partei, SS und den SD, die Gestapo, die SA, den Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht... Man beschloß weiterzugehen und die nationalsozialistische Verbrechertätigkeit vor dem Krieg zu kriminalisieren ...

Weiterhin sollte der Angriffskrieg als solcher, der Krieg als politisches Instrument, als Verbrechen gestempelt werden. Gab es keine ausgearbeitete juristische Grundlage, so war es an der Zeit, daß sie geschaffen wurde (später allerdings nie wieder angewandt wurde, obwohl laut Brandt »es mit dem Versprechen endete, daß die Ankläger und Richter dieses Gerichtsstuhls sich selbst dem Gesetz unterwarfen, das die nationalsozialistischen Führer heimsuchen sollte; der Verfasser) ...Die vierstündige Rede des amerikanischen Hauptanklägers Robert H. Jackson am 21. November 1945 war ein großes Erlebnis. Man muß nur wünschen, daß sie, bevor dies geschieht, überall dort bekannt geworden ist, wo Menschen mit dem gedruckten Wort erreichbar sind. Jackson durchbrach auf eine meisterhafte Art und Weise alle mögliche Juristerei in Verbindung mit der Rechtsgrudlage des Prozesses.«

Die alten Märchen der Kriegspropaganda

Etwas später läßt sich Brandt seitenlang und ausführlich über die Verbrechen aus, die Deutsche an Juden, Polen, Russen und der Bevölkerung der anderen Länder begingen, ohne jedoch die an Deutschen begangenen Verbrechen auch nur ähnlich lang oder ausführlich zu erwähnen. Originalton Brandt: »(Die Anklagevertretung zeigte) Bilder von Maschinen, die man benutzte, um die Gebeine von 250.000 Menschen zu zermahlen. Seifenfabriken in Danzig... Nein, es war keine propagandistische Übertreibung. Es gab ein chemisches Institut in Danzig. Und dieses Institut wurde von einem Prof. Spander geleitet, der die Anleitung zur Produktion von Kernseife und Grünseife mit Menschenfett als Rohmaterial ausarbeitete. Prüfstücke von dem fertigen Produkt wurden in Sammlung des Beweismaterials des Gerichts aufgenommen. Mit der kommerziellen Ausnutzung von Menschenhaut war man noch nicht so weit gekommen. Dort befand man sich noch im Versuchsstadium.«

Etwas später will Brandt wissen: »Kurz vor dem Überfall wurde auch von Hitlers und Keitels Seite festgestellt, daß Straffreiheit herrschen sollte für deutsche Soldaten, die sich gegenüber der russischen Bevölkerung Übergriffe erlaubten (es soll nicht verschwiegen werden, daß dies in Einzelfällen auch vorkam, bewiesene geschichtliche Wahrheit ist jedoch, daß die Führung der Wehrmacht dies in schriftlichen Befehlen ausdrücklich untersagte und Soldaten, die sich nicht daran hielten, streng bestraft wurden, zum Teil mit der Todesstrafe; der Verfasser)... Und dann gibt es Leute, die es unrichtig finden, daß in der Sowjetunion ein starker Haß und ein starker Drang nach Rache aufgeflammt ist. Kann man sich darüber wundern, daß die Russen Vergeltung übten, für das, was sie empfangen hatten?«

Was in Deutschland angeblich nach Kriegsende vonnöten war, beschreibt Brandt wie folgt: »Die Deutschen müssen die ausstehende Säuberung so gründlich wie möglich durchführen. Sie müssen mit den Schuldigen abrechnen und gleichzeitig zu einer richtigen Erkenntnis des Verantwortungsproblems kommen.« Siegerist bezeichnet dies als »Brandtsches NSDAP-Vokabular«. Ein weiteres Beispiel: »Die Entnazifizierung, die politische und moralische Entlausung, ist selbstverständlich nicht nur eine politische und rechtliche Aufgabe.«

Liebäugeln mit einer Karriere in der SED

Die Franzosen nahmen, so Brandt, nach Kriegsende »in hohem Maße eine Abrechnung mit den Deutschen als Nation vor« und sei durch die »schauerliche und sorgfältige Dokumentation in Nürnberg umfangreiches Material für die ›Umschulung‹ zurechtgelegt worden«. Auch gab es seiner Ansicht nach »keine eigentliche Hungersnot« im Nachkriegsdeutschland!

Sehr interessant ist auch, was der frühere hohe DDR-Funktionär Hermann von Berg in seinem Buch »Vorbeugende Unterwerfung« über Willy Brandt schreibt. Nachdem von Berg einmal eine von der DDR-Führung angelegte Akte über Fritz Erler, der damals in der SPD entschieden für eine konsequente Sicherheitspolitik gegenüber dem Osten eintrat und deshalb mit kompromitierenden Unterlagen gestürzt werden sollte, an den damaligen Regierenden Bürgermeister Berlins Willy Brandt übergab, reagierte das damalige Politbüromitglied Norden wie folgt: »Norden höhnte, als er das hörte: ›Sehr gut, wenn es in einigen Jahren paßt, geben wir Brandts potentiellem Nachfolger der Brandt-Akten im Auszug, wo der geile Sack, der sich von Schütz und Co. nur Weiber zutreiben läßt, 1946 bei uns anfragt, was er werden kann, wenn er in der SED mitzieht‹. Ich habe mir in meinem Leben nur wenige wörtliche Aufzeichnungen gemacht. Dies ist wörtlich.«

Wie die »Welt am Sonntag« berichtete, war die SPD-Bundesregierung unter Kanzler Brandt bereits seit 1972 über die jetzt offiziell entdeckten Massengräber in der DDR informiert. Der damalige Leiter der politischen Abteilung im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Hermann Kreutzer, wörtlich: »Die SPD-Regierung verhandelte seinerzeit mit der DDR über den Grundlagenvertrag. Sie wollte die Veröffentlichung von Dokumenten deshalb und auch wegen ihrer neuen Ostpolitik insgesamt unbedingt verhindern. Ich habe mich vergeblich dagegen gewehrt.« Erst 1979 sei dann mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung in einem Privatverlag das Buch »Politik und Justiz in der DDR – Zur Geschichte der politischen Verfolgung von 1945 bis 1968«, in der die jetzt gefundenen Massengräber und die Zahl der Toten bereits detailliert geschildert wurden, erschienen. □

Opportunismus als Politik

Hans Baader

Bereits in der vergangenen Ausgabe und im vorangegangenen Artikel hat CODE die an rein opportunistischen Grundsätzen ausgerichtete Politik der SPD detailliert beschrieben. Nachfolgend soll dies noch einmal ausschließlich anhand von eigenen SPD-Äußerungen verdichtet werden. Diese beweisen, daß die Sozialdemokratie immer nur dann nationale Interessen vertreten hat – von Ausnahmen wie Kurt Schumacher und anderen mal abgesehen –, wenn es ihr genutzt hat. In Wirklichkeit stand der internationalistische Grundgedanke bei dieser Partei aber stets im Vordergrund.

Nachfolgend einige Sätze Willy Brandts zur »Zwangsvereinigung« von SPD und KPD zur SED. Über die KPD schrieb er: »Diese Partei nahm im Gegensatz zu früher eine positive Haltung zur Demokratie und zum Parlamentarismus ein ... Die Kommunisten traten, wie gesagt, mit einem demokratischen Programm hervor ... Auf dem wirtschaftlichen Gebiet waren die Vorschläge der Kommunisten nicht weitgehend. Sie waren im allgemeinen praktisch ... Wo es um Arbeitsprogramme ging, fand sich in Wirklichkeit kein großer Unterschied zwischen den beiden Arbeiterparteien (KPD und SPD) ...

Brandts Mehrheit für KPD

In den letzten Apriltagen, während in Berlin noch gekämpft wurde, wandte Max Fechner sich im Namen des zentralen Ausschusses der Sozialdemokraten an die kommunistischen Vertrauensleute mit dem Vorschlag, sofort zur Bildung einer geeinten Partei aufzufordern. Fecher erhielt keine Antwort, und mehrere Anfragen im Laufe der nächsten Wochen gaben auch kein Resultat ... Die führenden Sozialdemokraten in Westdeutscland waren sehr skeptisch gegenüber einer Einigung, jedenfalls unter den vorherrschenden Verhältnissen. In Berlin wurde allerdings, kurz nachdem die Parteiarbeit in Gang gekommen war, ein sozialistisch-kommunistisches Zusammenarbeitskomitee ernannt. Ein Teil der Arbeit sollte sein, die organisatorische Einigung zu einem späteren Zeitpunkt vorzubereiten. Im Dezember 1945 wurde ein gemeinsamer Aufruf verschickt, der darauf hinauslief, daß die Einigungsarbeit beschleunigt werden sollte.«

Brandt schreibt auch von einer heimlichen Abstimmung, die eine »große Mehrheit« für ein Zusammengehen mit der KPD ergeben hätten. Dann Brandt weiter: »Er (Grotewohl) dokumentierte auch, daß es die Sozialdemokraten in Berlin waren, die die Initiative zum Zusammenschluß ergriffen hatten. In der Zwischenzeit war die kommunistische Partei auf eine solche Art und Weise vorgegangen und hatte so große Vorteile dadurch erhalten, daß es unter den sozialdemokratischen Mitgliedern starke Verstimmung hervorgerufen hatte.«

Dagegen habe sich die SPD dann gewehrt, berichtet Brandt weiter. Allerdings seien die Sozialdemokraten in Berlin »prinzipiell der Auffassung« gewesen, »daß die Einheit erreicht werden müsse«. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels setzt sich Brandt dann sehr negativmit Kurt Schumacher auseinander. Mitte Januar 1946 habe es dann in der SPD der Westzonen massive Widerstände gegen die »Zwangsvereinigung« gegeben.

»Wiederum trat eine neue Phase am Monatswechsel Januar/Februar ein. Die kommunistische Partei verlangte, daß die Einigung im Laufe der nächsten Monate durchgeführt werden sollte. Diese Forderung wurde von den sozialdemokratischen Repräsentanten, besonders in Sachsen und Thüringen, unterstützt, und sie erhielt auch die Unterstützung der Repräsentanten der Besatzungsmacht.« Die eigentlich vorgesehene Übernahme der Vereinigung auch in den Westzonen sei dann Ende Februar nur durch massive Interventionen seitens Kurt Schumachers verhindert worden.

SPD und SED hatten vieles gemeinsam

Diese wenigen Aussagen ihres jetzigen Ehrenvorsitzenden Brandt zeigen klar und deutlich auf, wie gekünstelt die Empörung der SPD auf Äußerungen christdemokratischer und rechter Kreise war, Sozialdemokraten und SED hätten vieles gemeinsam.

Interessant ist auch Brandts und damit der SPD Hin- und Hergewackele bei der Frage der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze. Lassen wir Willy Brandt wieder zu Wort kommen, wobei er im folgenden Kapitel die wahren Gedankengänge unserer alliierten »Freunde« offenlegt. So heißt es in seinem Buch »Verbrecher und andere Deutsche«: »Man sollte möglichst wissen, wie die endgültigen Grenzen auf einer Friedenskonferenz festgesetzt werden. Es gibt die, die meinen, daß die Oder-Neiße-Linie nicht das letzte Wort in dieser Sache ist, und daß Deutschland vielleicht einige Teile der Gebiete zurückbekommt, die jetzt unter polnischer Verwaltung stehen.

Es besteht kein Zweifel, daß es starke, nicht zuletzt wirtschaftliche Argumente für eine solche Modifikation gibt. Die planmäßige Polonisierung, die bereits stattgefunden hat und die weitergehen wird, bevor die Friedenskonferenz zusammentritt, deute allerdings darauf hin, daß ›neue Fakten‹ mit einem dauerhaften Charakter geschaffen werden. Die Westmächte sagten in Potsdam, daß sie die Oder-Neiße-Linie als eine vorläufige Ordnung betrachteten, aber andererseits stimmten sie der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung zu, einer Maßnahme, die sinnlos gewesen wäre, wenn es sich nur um eine vorläufige Lösung handeln würde.«

Brandts nationale Komponente

Eins muß man Brandt zugute halten: Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Buches war er kein Freund der künstlich durch die Besatzungsmächte geschaffenen Grenzen. Allerdings nicht aus nationalen Gründen. Immer wieder betonte er in seinen damals geschriebenen Büchern Sympathie mit der Sowjetunion, wohlgemerkt einer Sowjetunion, deren Führer Stalin hieß.

Doch plötzlich kam bei Brandt und damit also auch der SPD wieder eine nationale Komponente zum Vorschein. So sagte Brandt am 17. Juni 1961 in Berlin: »Von uns die Zustimmung zur deutschen Teilung zu verlangen, ist die Erwartung, daß wir uns ehrlos machen. Wer dazu seine Hand reicht, gehört nicht zu uns.« Und beim Schlesiertreffen 1963 meinte Brandt: »Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg: Das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewisen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer sollt das bestreiten.«

Kaum war die SPD aber an der Macht, lautete es auf einmal wieder ganz anders: »Ich muß gestehen, daß ich aufgehört habe, über Wiedervereinigung zu sprechen« (Interview in »US News and World Report«, Dezember 1969). In einer Fernsehansprache aus Moskau sagte Brandt am 12. August 1970: »... in diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war. Wir haben den Mut, ein neues Blatt in der Geschichte aufzuschlagen.« Oder bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn am 10. Dezember 1971 in Oslo: »Aus der Logik unserer Politik folgerte, daß die Unantastbarkeit der Grenzen auch für das Verhältnis zum Osten und auch für die beiden Staaten in Deutschland gelten mußte, die die Zuordnung zu den beiden Bündnissystemen gefunden haben.« □

Zionismus

Bedingungen für deutsche Einheit

Alfred König

Die Geschehnisse in der DDR seit dem 9. November des vergangenen Jahres und die vor der Tür stehende Widervereinigung von West- und Mitteldeutschland sind eines der Hauptgesprächsthemen in der ganzen politischen Welt. Am stärksten und am kontroversesten wird dies aber in Israel und bei den Zionisten in der ganzen Welt diskutiert. Dabei kristallisiert sich die Ansicht heraus, wenn die deutsche (Teil-)Einheit schon nicht verhindert werden kann,dann soll zumindest internationaler Druck ausgeübt werden, damit die deutsche Regierung einige Bedingungen akzeptiert.

Die lautesten und harschesten Töne kommen dabei von dem »Jüdischen Weltkongreß« des Edgar Bronfman und der ebenfalls sehr mächtigen »B'nai B'rith«-Loge. Deren Präsident, Seymor Reich, hat jetzt einen bezeichnenden Brief an Bundeskanzler Kohl geschickt. Dort heißt es:

B'nai B'rith will deutschen Lehrern helfen

»In der jüdischen Weltgemeinschaft gibt es verständliche Sorgen angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik und die DDR sich auf eine Vereinigung zubewegen. Glücklicherweise sind jedoch die Zeichen der letzten drei Jahrzehnte gut.

B'nai B'rith ist sich natürlich der starken und wechselseitig vorteilhaften Bande bewußt, die sich zwischen Deutschland und dem Staate Israel entwickelt haben. Wir freuen uns auf die Fortsetzung dieser Beziehungen auch für den Fall, daß die Aussicht auf Vereinigung Wirklichkeit werden sollte.« Und jetzt kommt's: »Ununterbrochene materielle Hilfe und politische Unterstützung (gemeint für Israel) würden natürlich auch künftig ein Eckstein dieser Beziehungen sein.«

Weiterhin bietet Seymour ganz konkrete Hilfe bei der Geschichtsdarstellung an: »Die vielen Verzerrungen, die die Lehrpläne in allen kommunistischen Ländern charakterisierten, stellen ein Problem für ein vereintes Deutschland dar. Wenn Ihre Regierung sich anschickt, auf diesem Gebiet Abhilfe zu schaffen, steht B'nai B'rith bereit, Deutschlands Lehrern sein ganzes Wissen und seine ganze Fachkunde zur Verfügung zu stellen.«

Das Schreiben endet mit den Sätzen: »B'nai B'rith wird erfreut sein, gemeinsam mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, dafür zu sorgen, daß die gegenwärtigen und künftigen Generationen in Deutschland ihre besondere Beziehung zu dem jüdischen Volk weiterhin aufrechterhalten.«

Damit wurde also nichts anderes in zugegebenermaßen schöne Worte gekleidet, als daß die Bundesrepublik auch weiterhin das Büßerhemd gegenüber den Zionisten und dem Staate Israel anbehalten soll.

Da wollte dann auch der »Jüdische Weltkongreß« nicht zurückstehen. Diese zahlenmäßig zwar nur kleine, aber mit besonderer Machtfülle ausgestattete Vereinigung verlangte dabei von der derzeit amtierenden DDR-Regierung, sich mit einer »klaren und aufrichtigen Erklärung« zur deutschen Verantwortung für den Holocaust zu bekennen. Die Unterstützung für die deutsche Einheit sei von einer solchen Erklärung abhängig, hieß es hierzu aus Jerusalem. Eine weitere Voraussetzung sei, daß ein einiges Deutschland nicht mit Staaten zusammenarbeiten dürfe, die sich im Kriegszustand mit Israel befänden. Darüberhinaus sollten die Deutschen dem fortwährenden Gedanken an den Holocaust »höchste Priorität« beimessen. Dazu gehörten auch Gesetze, die Rassenhaß und die Leugnung von Verbrechen des Holocausts unter Strafe zu stellen.

Es geht um die Freiheit der Forschung

Ist die eigentlich vom Grundgesetz garantierte Freiheit der Forschung schon heute durch das sogenannte »Auschwitzlügengesetz« weitgehend eingeschränkt, wenngleich neuere, allerdings noch nicht rechtskräftige Urteile eine objektive und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema zulassen, so würde mit der Festschreibung des »Holocausts« ein Gesetz geschaffen, das gegen die elementarsten Regeln einer freiheitlichen Justiz verstoßen würde – ähnlich dem seinerzeit geltenden kirchlichen Dogma, daß die Erde eine Scheibe sei und wegen dessen Leugnens viele Leute den Tod fanden.

Man stelle sich vor, was heute noch alles den Deutschen angelastet würde, wenn das »Leugnen von Verbrechen der Nationalsozialisten« schon in den fünfziger Jahren verboten gewesen wäre. So etwa das Massaker von Katyn an 15.000 polnischen Offizieren und Soldaten, das jetzt selbst die Sowjets als Verbrechen Stalins zugeben mußten. Das gleiche gilt für den Massenmord an rund 240.000 Ukrainern.

Abbruch der Kontakte zur arabischen Welt

Bis zum Jahre 1960 wurde noch vor Gericht unter Eid ausgesagt, auch von Pastor Niemöller, daß im Konzentrationslager Dachau Menschen vergast wurden. Erst danach wurde höchstrichterlich festgestellt, daß es im KL Dachau keine Gaskammern gegeben hat und wurde dies auch im offiziellen Dachau-Führer richtiggestellt; ohne daß allerdings bekannt wurde, daß gegen die damaligen »Zeugen« Klage wegen Meineids oder wegen uneidlicher Falschaussage erhoben wurde.

Ungeheuerlich ist auch die Forderung, ein einiges Deutschland dürfe nicht mit Staaten zusammenarbeiten, die sich im Kriegszustand mit Israel befänden. Folglich müßte Deutschland fast alle Kontakte in die arabischen Länder abbrechen. Und das obwohl der Ursprung der Konflikte in dieser Region von der Okkupation arabischer Gebiete durch Zionisten nach Ende des Zweiten Weltkriegs begann und seitdem von den Israelis immer weiter ausgebaut wurde. Deutschland soll also, nichts anderes besagt diese Forderung, auf die außenpolitische Souveränität zugunsten der Zionisten verzichten. Leider ist die Reaktion des Bundeskanzlers weder auf den »B'nai B'rith«-Brief noch auf die Forderungen des »Jüdischen Weltkongresses« bekannt.

Nährboden für Antisemitismus

Doch wer nun glaubt, daß es sich hierbei um Ausnahmen von jüdischer Seite handelte, sieht sich getäuscht. So erklärte der Oberrabbiner des Commonwealth, Immanuel Jakobovits, in einem Interview mit der britischen Zeitung »Independent«: »Wir wollen mitreden, weil wir uns sorgen, daß Deutschland wie beim vorigen Mal ein Nährboden nicht nur für den Antisemitismus, sondern auch für alle anderen Übel werden könnte, die zu einem Weltkrieg und zu vielen Millionen Toten geführt haben.«

Und der israelische Ministerpräsident Jitzhak Shamir, der heute von seiner damaligen Kooperation mit den Nationalsozialisten nichts wissen will, sagte: »Alle von uns erinnern sich an das, was uns die Deutschen, solange sie vereint und stark – stark im militärischen Sinne – waren, angetan haben. Die große Mehrheit des deutschen Volkes entschied, Millionen Juden zu töten. Jeder von uns könnte denken,daß sie, wenn sie wieder Gelegenheit erhalten, und das stärkste Volk in Europa und vielleicht der Welt sind, versuchen werden, es wieder zu tun. Ich weiß nicht, ob dies so ist oder ob es eine begründete Furcht ist, aber jedenfalls wir – jeder könnte es verstehen.« □

Reuter will Verzicht auf Vermögenswerte in der DDR

Der Vorstandsvorsitzende des Daimler Benz-Konzerns, Edzard Reuter, der als einer der wenigen Spitzenmanager der SPD angehört, soll sich gegen Forderungen an die DDR zur Rückgabe der seinerzeit enteigneten Firmenteile beziehungsweise des Firmenbesitzes ausgesprochen haben. Daneben soll Reuter Vorstände anderer Unternehmen und Banken aufgefordert haben, sich seiner Initiative anzuschließen und von sich aus ebenfalls hierauf zu verzichten. Zur Begründung soll der Daimler-Chef gesagt haben, der politische Schaden, der durch derartige Ansprüche ausgelöst würde, sei größer als der ohnehin zweifelhafte wirtschaftliche Gewinn.

Einige Aktienrechtler verweisen darauf, daß ihrer Ansicht nach Vorstände von sich aus gar nicht auf derartig hohe, unter Umständen Milliarden Mark ausmachende Aktiva verzichten können. Die Vorstände seien, kraß ausgedrückt, nichts als Angestellte oder Interessenverwalter der Unternehmensinhaber, nämlich der Aktionäre. Während von ihnen sicherlich ein Forderungsverzicht in Höhe von wenigen Millionen Mark ausgesprochen werden dürfte, sei dies bei der unter Umständen zur Frage stehenden Größenordnung »wohl nicht mehr mit dem Aktienrecht zu vereinbaren«. Vielmehr müßten derartige Absichten der Hauptversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden. Geschehe dies nicht, sei ein derartiger Verzicht rechtsunwirksam und könne von Aktionären im Wege der Schadensersatzklage eingeklagt werden.

Bonner Pläne sollen ein modifiziertes Rückgabeverfahren mit einer Übergangsregelung vorsehen. Während ein Teil der Bonner Regierungskoalition grundsätzlich nur die ab 1972 getätigten Enteignungen rückgängig machen will, sieht ein anderer keine Gesetzesgrundlage für eine Stichtag-Beschränkung. Unmittelbar nach dem Krieg durchgeführte Enteignungen sollen dann zurückgegeben werden, wenn bei Privatgrundstücken der jetzige Besitzer verstirbt, wegzieht oder abgeben will.

Sofern er etwas hierfür bezahlt hat, soll er von dem rechtmäßigen Eigentümer diesen Betrag zurückerhalten. Begründet wird dies damit, daß in dieser Zeit von dem rechtmäßigen Eigentümer auch Erhaltungsinvestitionen hätten getätigt werden müssen. Bei Betrieben soll dies sinngemäß bei Konkurs, Übernahme, Verlagerung des Betriebsstandortes gelten. □

Große Koalition gegen Berlin als Hauptstadt

Die Vorbehalte gegen einen Regierungssitz Berlin mehren und konkretisieren sich. Nunmehr kann sogar nicht ausgeschlossen werden, daß Berlin nicht einmal mehr Hauptstadt eines (teil-)wiedervereinigten Deutschlands wird. Gerüchte besagen, daß Groß-Berlin höchstens – ähnlich wie derzeit noch Hamburg und Bremen – den Status eines Stadtstaates bekommen soll.

Zu den Hauptbefürwortern von Bonn als Hauptstadt zählen viele der bundesdeutschen Ministerpräsidenten. So befürchtet beispielsweise der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU), daß dann auch die Bundesbank nach Berlin umziehen müsse, sofern nicht noch schnell das Bundesbankgesetz geändert wird. Auch Johannes Rau (SPD) wehrt sich intern »mit Händen und Füßen« dagegen, daß die neue Bundeshauptstadt nicht mehr in »seinem« Bundesland beheimatet sein soll. Denn in begrenztem Umfang konnten die Sozialdemokraten so Einfluß auf Bonn nehmen.

Zur Festigung seiner Position soll Rau Wallmann versprochen haben, sich dafür einzusetzen, daß der Bundesrat demnächst regelmäßig, wie von dem Christdemokraten gewünscht, in der Frankfurter Paulskirche tagen soll. Und selbst Bayerns Ministerpräsident Max Streibl (CSU), Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) und – wie nicht anders zu erwarten war – auch der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) sollen für Bonn als Bundeshauptstadt sein. Einer der Gründe: Bei einer Hauptstadt Bonn würden München, Stuttgart und Saarbrücken einen größeren Status behalten als bei einer Hauptstadt Berlin.

Doch auch das Ausland soll massiv Einfluß auf die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR nehmen, im Falle einer (Teil-)Wiedervereinigung auf Berlin als Hauptstadt zu verzichten. So wecke die ehemalige Reichshauptstadt »zu negative Assoziationen an den vormals imperialistischen Charakter vor allem des Hitler-Regimes«. Ein Verzicht auf Berlin würde ein Zeichen setzen, »daß Deutschland aus seiner Vergangenheit gelernt hat« und von Versöhnungswillen geprägt sei. Besonders Israel und Frankreich, doch auch Großbritannien sollen »direkt und indirekt« sehr stark gegen Berlin intervenieren. □

Neuer Asylanten-Rekord 1990 zu erwarten

Trotz vielerlei Politiker-Gerede hat sich an der Asylantenschwemme bislang nichts geändert. Die Zentrale Asylbewerber-Anlaufstelle in Zirndorf erwartet sogar, daß in diesem Jahr insgesamt rund 170.000 Menschen Antrag auf politisches Asyl in der Bundesrepublik stellen werden. Im vergangenen Jahr waren es dagegen »lediglich« 121.000.

Bereits in den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden 43.743 Asyl-Anträge gestellt. Gleichzeitig sank die Anerkennungsquote weiter von fünf auf nur noch drei Prozent. Bis auf wenige Ausnahmen werden die abgelehnten Asylbewerber aber nach wie vor in der Bundesrepublik toleriert. □

Anonyme Spende für Stalingradkämpfer

Eine anonyme Spende von 420.000 Mark ist beim schwedischen Roten Kreuz eingegangen, mit der Bedingung, dieses Geld nur zweckgebunden zu verwenden. Unterstützt werden sollen Bedürftige, die aufgrund von Folgen, die im ursächlichen Zusammenhang mit der Schlacht von Stalingrad stehen, gesundheitliche Schäden erlitten haben sowie Bedürftige, die bei der Versenkung des deutschen Schiffes »Wilhelm Gustlow« verletzt worden sind. Ebenfalls sollen Bedürftige Geld erhalten, die in wirtschaftlicher Not sind, weil bei den beiden obigen Vorfällen versorgungspflichtige Angehörige ums Leben gekommen sind.

Interessenten, die glauben, die Voraussetzungen hierfür zu erfüllen, sollen sich an das Deutsche Rote Kreuz, Generalsekretariat, Referat 33, Friedrich-Ebert-Allee 71, D-5300 Bonn 1, Telefon: 0228/541-0, wenden. □

Warnungen vor Lothar de Maizière

In Bonner Regierungskreisen und auch aus Reihen der Konservativen aus der DDR häufen sich die Warnungen vor DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière. Er sei nicht der Konservative, der sich nur jahrelang dem SED-Regime angepaßt, in Wirklichkeit aber stets konservative Ziele verfolgt habe. Vielmehr treffe auf ihn »im besten Sinne des Wortes« der Begriff »Wendehals« zu.

Diese Personen verweisen darauf, daß de Maizière und der Vorsitzende der SED-Nachfolgeorganisation PDS, Gregor Gysi, Kommilitonen im Jura-Studium an der Ost-Berliner Humboldt-Universität waren. Die Zulassung zum Rechtsanwalt, von denen es in der DDR nur wenige hundert gibt, erfolgte nur bei denjenigen, die als »besonders li-

nientreu« galten und mehrere Klippen der Überprüfung überwunden hatten.

Dies gelte besonders für diejenigen, die später in offizielle Justiz-Ämter aufrückten. 1987 wurde der jetzige Ministerpräsident Stellvertretender Vorsitzender des staatlichen Rechtsanwaltskollegiums in Ost-Berlin. Ein Jahr später wurde Gregor Gysi de Maizières Vorgesetzter in diesem Gremium.

Auch habe de Maizière sich stets für die Kirche engagiert und habe dabei viel Kontakte zu Gregor Gysis Vater Klaus gehabt, der unter Honecker für Kirchenfragen zuständiger Staatssekretär war. 1985 kam de Maizière in die Synode des Bundes der Evangelischen Kirche, deren Vizepräsident er bereits ein Jahr später wurde. Auch im Hauptvorstand der Ost-CDU, dem er ab 1987 angehörte, war de Maizière für Kirchenfragen zuständig.

Und auch nach dem Sturz Erich Honeckers gibt es sehr große Ähnlichkeiten zwischen Gysi und de Maizière. Beide wurden im November 1989 an die Spitze ihrer Partei gewählt. Im Gegensatz zu Gysi, der im Hintergrund die Fäden der Marionette Modrow sponn, trat de Maizière dann allerdings in die Übergangsregierung ein. Obwohl de Maizière spätestens ab diesem Zeitpunkt sich als »treu zur (West-CDU stehend« präsentierte, nahm er sich noch im Januar dieses Jahres Gregor Gysi als Rechtsanwalt und betraute ihn mit der Aufgabe, die gegen ihn erhobenen Stasi-Anschuldigungen zu entkräften.

Im Wahlkampf versprach de Maizière dann, brav übereinstimmend mit den Erklärungen der West-CDU, die Wiedervereinigung im Falle eines Wahlsiegs schnellstmöglich zu vollenden, erkannte aber gleichzeitig die vom SED-Regime ausgearbeitete »Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik« als rechtsverbindlich an. In dieser steht jedoch nichts von Wiedervereinigung oder ähnlichem, sondern vielmehr von der Eigenstaatlichkeit der DDR.

Justizminister beim Zeitpunkt der Verabschiedung der Verfassung war der »überzeugte 200prozentige Stalinist« Kurt Wünsche, der auch zuvor unter Ulbricht dieses Amt inne hatte und dieses auch von Modrow übertragen und nun auch von de Maizière. Wünsche gehörte beispielsweise zu den Verfassern des am 12. Januar 1968 verabschiedeten Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung, die nach Ansicht von Politologen in Wirklichkeit nichts anderes als Ermächtigungsgesetze und Terroranleitungen waren.

Und auch von de Maizières schnellem Wiedervereinigungswillen ist nicht viel übrig geblieben. Zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe bestand noch immer der Paßzwang für Bundesbürger. Dieser könne, so das DDR-Innenministerium, nur durch eine Gesetzes-Änderung der Volkskammer beschlossen werden, und dies gehe eben nicht vor Juni. Seltsam, zu Ostern reichte eine Weisung des DDR-Ministerpräsidenten aus, um nur mit Ausweis oder zum Teil sogar ganz ohne Kontrolle in die DDR oder den Ost-Sektor Berlins einreisen zu können.

Hammer und Zirkel sind ebensowenig aus der DDR-Fahne verschwunden wie die im Stechschritt erfolgende Wachablösung vor der Neuen Wache durch Soldaten der Volksarmee. Die Strafzölle für die Einfuhr von Westautos in die DDR sind ebenfalls noch immer nicht abgeschafft worden. Zwar wurden diese gesenkt, aber sind noch immer bis zu vier Mark je Kubikzentimeter Hubraum zu bezahlen. Ein VW Golf verteuert sich so immerhin noch um 1.800 Mark. Den schönen Worten Lothar de Maizières sind – zumindest bis Mitte Mai – noch keine Taten gefolgt. Angesichts des Lebenslaufes frage sich jeder warum wohl? □

Westliche Bündnispartner gegen deutsche Einheit

Interessante Einzelheiten gehen aus einem geheimen, in indirekter Rede gehaltenen Protokoll des Gesprächs zwischen dem sowjetischen Staatspräsidenten, Michail Gorbatschow, und dem seinerzeitigen Ministerpräsidenten der DDR, Egon Krenz, vom 1. November des vergangenen Jahres hervor, das die Zeitschrift »Bunte« in Ausschnitten veröffentlichte.

Danach habe der Ex-Sicherheitsberater der US-Regierung, Zbigniew Brzezinski, in einem Gespräch auf die Frage des sowjetischen Spitzenpolitikers Jakolew, ob er sich eine Situation vorstellen könne, in der die Wiedervereinigung Deutschlands Realität werden könne, geantwortet, für ihn wäre das der Zusammenbruch.

In dem Protokoll heißt es weiter: »In jüngsten Gesprächen mit Margaret Thatcher, François Mitterrand, aber auch mit Jaruzelski (Polen) und Andreotti (Italien) sei klar geworden, daß all diese Politiker von der Bewahrung der Realitäten der Nachkriegszeit, einschließlich der Existenz zweier deutscher Staaten, ausgehen. Die Fragestellung nach der Einheit Deutschlands werden von ihnen allen als äußerst explosiv für die gegenwärtige Situation betrachtet ... Das Gleichgewicht in Europa sollte nicht gestört werden, weil niemand wisse, welche Folgen dies habe ... Auch die USA bezogen bisher eine ähnliche Haltung.« □

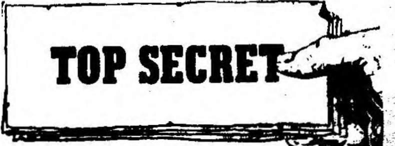
Millionenwerte in Zigeunerlager gefunden

Die Zigeuner, oder wie sie sich jetzt verharmlosend nennen: Sinti und Roma, beklagen sich immer über Diskriminierung und Verfolgung. Sie würden zu Unrecht als Verbrecher dargestellt. Daß sicherlich nicht verallgemeinert werden darf, steht außer Frage. Genauso außer Frage steht aber auch, daß die von der Polizei geführten Verbrechensstatistiken oftmals ansteigen, wenn Zigeunerlager in der Nähe sind. So auch diesmal in Köln.

Bei einer kürzlich stattgefundenen Durchsuchung eines Zigeunerlagers in Köln durch 1.200 Polizisten fanden die Beamten in getarnten Erdhöhlen, unter Dachvorsprüngen von Anbauten und in Hohlräumen einiger Wohnwagen 200.000 Mark Bargeld in verschiedenen Währungen, über 150 Schmuckstücke, kostbares Meißner Porzellan, Silberbestecke, eine mit Rubinen besetzte Goldkrone, 70 Euroschecks, neun Schußwaffen mit Munition sowie jede Menge Einbruchswerkzeug. Ein ebenfalls gefundener Schlüssel paßte zum Safe einer Bank, in dem mehr als fünf Kilo Goldschmuck lagen. Nach ersten Ermittlungsergebnissen alles Diebesbeute. Wie die Polizei weiter herausfand, wurden »mehr als 50 Kinder« von den Zigeunern regelrecht abgerichtet und zum Stehlen gezwungen. Die Kinder seien dabei oft aus ihrer Heimat verschleppt worden, und, so eine Zeitung, »je nach Einbruchs-Erfolg zu ›Marktwerten‹ von 20.000 Mark oder mehr bundesweit weiterverkauft worden«. Wenn die Kinder sich bei den Diebstählen ungeschickt anstellten, gab es Prügel. Ebenso, wenn sie zu wenig Beute mitbrachten oder sich weigerten in fremde Wohnungen einzudringen. Dabei gab es Abstufungen.

Ein Kind schilderte folgendes: »Zuerst wurden wir eingesperrt, stundenlang, manchmal ganze Tage. Wenn wir danach noch immer nicht spurten, gaben sie uns einfach nichts mehr zu essen.« Die dritte Stufe der Bestrafung sei Prügel gewesen.

Der Geschäftsführer des Vereins »Roma e. V.«, Thomas Bischofs, der nach eigenen Worten für die Verständigung zwischen Zigeunern und Deutschen eintritt, bezeichnete die Polizeiaktion wie folgt: »Zu vergleichen mit dem Überfall deutscher Truppen auf serbische Zigeunerdörfer im Zweiten Weltkrieg.« Auf die Frage, ob das Gefundene alles rechtmäßig erworben wurde, antwortete Bischofs: »Natürlich haben Roma Werte. Aber sie haben nicht wie wir ein Konto, sie legen alles in Gold und Silber an, tragen es am Leib oder vergraben es. Außerdem waren auf dem Platz zwei Hochzeiten geplant. 500 Gäste wurden erwartet. Die künftigen Männer der Mädchen haben große Summen überwiesen. Einer ist ein reicher Kupferschmied aus Mailand.« Kommentar überflüssig. □



Forschungsdefizite bei Schäden durch Mikrowellen

Wolfgang Volkrodt

»Die Biologie beginnt die Physik als Leitwissenschaft abzulösen. Der Mensch muß für sein künftiges technisches und wirtschaftliches Handeln von der Biosphäre lernen, von jener Firma, die seit vier Milliarden Jahren nicht pleite gemacht hat«, schreibt Professor Arno Bammé im VDI-Nachrichten-Magazin. Wieso wird die Physik als bisherige Leitwissenschaft von der Biologie verdrängt? Nur eine Modeerscheinung oder eine Folge der Erkenntnis, daß die moderne Physik in einer Sackgasse steckt?

Wie funktioniert »Leben«? Darüber wissen wir sehr wenig. Die einfachen Modelle über chemische Wechselwirkungen an den Ketten der DNS-Großmoleküle haben sich als nicht weiterführend erwiesen. Es ist alles weit komplizierter. Ählich wie große Gruppen von Menschen nur dann sinnvoll zusammenarbeiten, wenn es zwischen ihnen eine Kommunikation gibt, werden auch alle Lebensvorgänge durch Kommunikation zwischen einzelnen Zellen und durch koordinierte Eingriffe des »Zentralcomputers« in unserem Gehirn gesteuert.

Elektrizität als Voraussetzung für Leben

Wir können die beim Arbeiten unseres Gehirns abgestrahlten elektrischen und magnetischen Felder und Wellen sauber messen. Dies allein kann als Beweis gewertet werden, daß bei Lebensvorgängen elektromagnetisches Geschehen beteiligt ist. Wir wissen, daß in allen Arten von Zellen oder langgestreckten Fasern ständig elektrische Ladungsträger in Bewegung sind. Sie erzeugen beidseitig von Zellmembranen meßbare elektrische Spannungsunterschiede. Eine Zelle ist tot, wenn solche Spannungsunterschiede nicht mehr vorhanden sind. Sehr vereinfacht ausgedrückt, ist ständiges Vorhandensein von »Elektrizität« die wichtigste Voraussetzung für »Leben«.

Entsprechendes gilt auch für unsere moderne zwischenmenschliche Kommunikation. Ohne Elektrizität kein Telefon, kein Fernsehen und kein Computer. Wir wissen auch, daß vorbenannte technische Systeme nicht von Störungen zum Beispiel durch Einstreuung fremder Felder gefeit sind. So stürzte zum Beispiel ein Tornadokampfflugzeug in der Nähe eines großen Funksendemasts ab, weil dessen starke Wellen im elektronischen Flugsteuerungssystem falsche Signale auslösten.

Elektromagnetische Verträglichkeit biologischer Systeme

Seit mehreren Jahren gibt es das Forschungsgebiet »Elektromagnetische Verträglichkeit«. Es befaßt sich mit allen vorstellbaren Störungen in elektrischen Systemen durch Fremdeinwirkung, angefangen bei atmosphärischen Blitzentladungen, wechselseitiger Beeinflussung von zum Beispiel mehreren, gemeinsam unter der Motorhaube plazierter Elektroniksteuerungen bis hin zum Extremfall des »Elektromagnetischen Pulses« im Gefolge einer oberirdischen Atombombenexplosion.

Jedes Lebewesen, egal ob Mensch, Baum oder ein Hefepilz stellt ein mit Elektrizität arbeitendes Gebilde dar. Allerdings liegen die Spannungen an den Zellmembranen bei Bruchteilen von den an den Halbleitersperrflächen in Elektronik-Chips. Von meßbaren elektrischen Strömen im Sinne der Elektrotechnik kann man bei Lebewesen kaum sprechen. Es handelt sich meist um an Ionen gebundene elektrische Ladungen, die Zellmembranen untertunneln oder zur Weiterleitung elektrischer Impulse in Nervenfasern dienen. Trotz der im Vergleich zu den größten Computern weit überlegenen Intelligenz auf kleinstem Raum arbeitet unser Gehirn mit wesentlich weniger Energiebedarf als modernste Elektronik.

Wie vertragen sich biologische Systeme mit der Konkurrenz weitaus leistungsstärkerer technischer Systeme? Eine wohl berechtigte Frage. Für solche Forschungen standen aber leider bisher kaum Gelder zur Verfügung. Warum interessiert sich niemand hierfür?

Tatsache ist, daß während des Entstehens allen Lebens auf unserer Erde binnen zurückliegender vier Milliarden Jahre es bis vor kurzem keinerlei technisch erzeugte Felder und Wellen gegeben hat. Folglich bestand für Jahrmilliarden keine Notwendigkeit, daß sich Lebewesen durch Mutation und Selektion solchen schädlichen Fremdeinflüssen auf interne Lebensvorgänge anpassen mußten. Von diesem Zwang werden erst die jetzt lebenden Menschen und deren Umwelt betroffen. Völlig unvorbereitet stehen wir dem riesigen »Elektrosmog« der Neuzeit gegenüber.

Elektromagnetische Felder und Wellen gab es zwar immer schon auf dieser Erde. Man denke an Blitzentladungen, das lebenswichtige, von der Sonne kommende Licht und die bis zur Erdoberfläche aus dem Weltall vordringenden elektromagnetischen Wellen mit Längen im Zentimeter- bis zum Meterbereich.

Man kennt die thermischen Wirkungen von Zentimeterwellen, oft auch Mikrowellen genannt. Man nutzt solche mit etwa 12,5 Zentimeter Wellenlänge im Haushalt-Mikrowellenherd. Würde man in ihm statt eines Stückes Suppenfleisch die Hand hineinhalten, so kann es zu lebensgefährlichen Verbrennungen kommen. Mikrowellen können somit bei entsprechend hoher Dosis lebende Zellen töten. Inzwischen gibt es Versuche, um anstelle von Chemie mit Mikrowellen Schädlingen auf den Feldern zu vernichten.

Zulässige Grenzwerte für Mikrowellen

Wenn man weiß, daß elektromagnetische Wellen bei zu hoher Dosierung zu gesundheitlichen Schäden führen, so muß man zum Schutz von Lebewesen Grenzwerte definieren. Die heute bei uns und in der westlichen Welt gültigen Grenzwerte liegen bei Mikrowellenstrahlungsdichten in der Größenordnung von mehreren Milliwatt pro Quadratzentimeter. Das ist das Zehnmilliardenfache der natürlichen, bis vor wenigen Jahrzehnten bei uns vorhandenen Strahlungsdichte von Mikrowellen.

Dieser drastisch sehr überhöhte Grenzwert wurde in den USA vor mehreren Jahrzehnten ausgehend von Überlegungen über thermische Wirkungen definiert. Man legte den Grundumsatz eines Menschen zugrunde und meinte, bei einer Strahlungsdichte von einigen Milliwatt pro Quadratzentimeter ist die auf einen Menschen übertragene Wärmemenge zu gering, als daß sich Fieber oder andere Unpäßlichkeiten einstellen könnten.

In der UdSSR ging man bei der Festlegung von Grenzwerten von anderen Überlegungen aus. Man machte konkrete Untersuchungen an Menschen und stellte fest, daß bereits bei einem Tausendstel der US-Grenzwerte Menschen an Kopfschmerzen, Schlafstörungen und vermindertem Konzentrationsvermögen litten. Offensichtlich gibt es störende Einwirkungen von Mikrowellen auf die Nerven von Menschen.

Einwände des Militärs

Die Diskrepanz bei den Grenzwerten zwischen West und Ost



artige Bemessung sind Sender und Empfänger auf Resonanz abgestimmt, was bewirkt, daß die ankommende, oft sehr schwache Senderenergie in der angepaßten Empfangsantenne auf ein Vielfaches verstärkt wird.

Die Einführung des zweiten und dritten Fernsehprogramms bedingte die Inanspruchnahme von elektromagnetischen Wellen bis hinab auf etwa 40 Zentimeter Länge. Dann reicht theoretisch ein Stab ähnlich einer Autoantenne mit etwa zehn Zentimeter Länge zur Resonanzabstimmung. In der Praxis ordnet man aber meist mehrere Stabpaare zwecks Verstärkung der empfangenen Signale an und kommt damit zu den bekannten Antennengebilden auf unseren Dächern.

Parallel zur Weiterentwicklung der Radar- und Fernsehtechnik in Richtung auf immer kürzere Wellenlängen gewannen die bei uns von der Bundespost betriebenen Rundfunksender seit Anfang der sechziger Jahre zunehmend an Bedeutung. Man erkennt sie leicht auf Fernmeldetürmen an ihren suppenschüsselförmigen Reflektoren. Diese bündeln ähnlich wie ein Spiegel im Autoscheinwerfer die Richtfunkstrahlen in Richtung Gegenstation. Doch das gelingt nur unvollkommen. Es gibt viel Streustrahlung.

führte unter den Strahlenschutzexperten zwangsläufig zu heftigen Diskussionen. So forderte schon vor über einem Jahrzehnt der renommierte US-Forscher W. Ross Adey eine drastische Absenkung der zu hohen US-Grenzwerte. Darauf reagierte das US-Verteidigungsministerium mit der Verlautbarung, eine Herabsetzung der Grenzwerte schwäche die Verteidigungsbereitschaft der USA und sei daher nicht möglich.

Richtig ist, daß in den USA und weltweit viele mit Mikrowellen arbeitende Radaranlagen existieren, die ständig in Richtung UdSSR den Luftraum überwachen. Sie sollen im Falle einer Aggression vom Ostblock aus startende Flugzeuge und Raketen rechtzeitig erfassen, daß noch wirksame Abwehrmaßnahmen möglich sind. Würden die niedrigen UdSSR-Grenzwerte auch für NATO-Radaranlagen als verbindlich erklärt, so wäre die Reichweite von Radaranlagen zur Früherkennung feindlicher Flugobjekte nicht mehr ausreichend.

Die abwertende Stellungnahme des US-Verteidigungsministeriums war vor etwa zehn Jahren durchaus verständlich. Aber heute ist sie es angesichts der weltpolitischen Entspannung und der Verfügbarkeit von in ihrer Reichweite unbegrenzten Aufklärungssatelliten nicht mehr. Ohne Einbuße an Verteidigungsbereitschaft könnte man inzwischen weltweit auf bodengestützte militärische Radaranlagen verzichten.

Die Wellenlängen wurden immer kürzer

Die Radartechnik ist eine Erfindung aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Um in der Luft fliegende Objekte an Hand von reflektierten Wellen erkennen und orten zu können, brauchte man elektrische Wellen, deren Längen kleiner als die Abmessungen des zu identifizierenden Flugobjektes waren und die sich ähnlich wie Licht geradlinig ausbreiten. Die Technik schuf vor etwa 50 Jahren die Möglichkeit zur Erzeugung und zur gerichteten Ausstrahlung von ultrakurzen Wellen, zunächst mit 50 Zentimeter Länge, die inzwischen bei modernen Radaranlagen auf 23, 10, 5 und 2 Zentimeter Wellenlänge reduziert werden konnten.

Auch bei zivilen Kommunikationssystemen wurden in der Nachkriegszeit die Wellenlängen immer kürzer. Anstelle des Rundfunks mit Mittel- und Langwellen im 100-Meter- bis zum Kilometerbereich machte sich bei uns in den fünfziger Jahren der UKW-Rundfunk breit. Er arbeitet mit etwa drei Meter Wellenlänge. Wer die Stabantenne an seinem Auto nachmißt, kommt auf etwa 75 Zentimeter Länge und somit auf etwa ein Viertel der vom UKW-Sender ausgestrahlten Wellenlänge. Durch eine der-

Probleme mit neuartiger Technik

Ein entscheidender Durchbruch bei der Richtfunktechnik gelang um 1965 durch den Übergang von Röhrengeräten für 15 Zentimeter Wellenlänge auf integrierte Halbleiterschaltungen, die nunmehr auch Wellenlängen bis hinab zu etwa ein Zentimeter erzeugen konnten. Um 1975 war die Post so weit, daß etwa 60 Prozent aller Telefongespräche über Kabel über Richtfunk abgewickelt werden konnten. Über diesen Sachverhalt, und daß es relativ einfach ist, per Richtfunk übertragene Telefongespräche abzuhören, ist die Bevölkerung weitgehend uninformiert.

In Zukunft soll noch weit mehr der Telefonverkehr drahtlos über Funk verlaufen. Dazu sind neuartige Telefonfunknetze für etwa 940 MHz und somit etwa 31 Zentimeter Wellenlänge europaweit im Aufbau. Für solche Wellenlän-

Bonn

Forschungsdefizite bei Schäden durch Mikrowellen

gen reicht dann eine kurze Stabantenne von etwa 7,8 Zentimeter Länge am Telefonfunkgerät zur Resonanzabstimmung zwischen Sender und Empfänger.

Zeitlich nahezu synchron zur Einführung der Funktechnik mit Dezi- und Zentimeterwellen, meist kurz Mikrowellen genannt, erfolgte der weltweite Aufbau von Atomkraftwerken. In der ersten Euphorie über diese neue Energietechnik dachte niemand über mögliche Schadwirkungen auf Mensch und Umwelt nach. Erst der Tschernobyl-Reaktorunfall hat uns das Fürchten gelehrt. Inzwischen sind Neubauten von Atomkraftwerken und zugehöriger Wiederaufbereitungsanlagen wegen des massiven Widerstands der Bevölkerung nicht mehr durchsetzbar. Bislang noch unverstanden ist in der Bevölkerung die Tatsache, daß die Mikrowellenfunktechnik eine ähnliche Fehlentwicklung der vergangenen Jahrzehnte war wie die Atomenergietechnik.

Richtfunk und Radar arbeiten mit Wellenlängen zwischen etwa 1 bis 25 Zentimeter. Zugehörige resonanzfähige Stabantennen müßten etwa 0,2 bis 6 Zentimeter lang sein. Alles, was in dieser Größenordnung liegt und elektrisch leitfähig ist – das gilt auch für Fasern mit darin eingeschlossenem mineralhaltigem, ionisierbarem Wasser –, kommt mit elektrischen Wellen von Richtfunk und Radar in Resonanz. Dabei wandeln sich die oft sehr leistungsschwach auftreffenden elektromagnetischen Felder und Wellen in den Antennenstäben in bewegte Elektronen, also einen elektrischen Strom. Dies gilt streng genommen nur bei Antennen aus Metall.

Bei »biologischen Antennen« aus Fasern und mineralhaltigem Wasser lagern sich induzierte Elektronen an dort angetroffenen Kalzium-, Natrium-, Kalium- oder anderen Ionen und bilden damit sich bewegende Ladungsträger. Kommen diese fremdinduzierten Ladungen an Zellmembranen an, so stören sie dort die bisherigen natürlichen, für alle Lebensvorgänge notwendigen Spannungspotentiale.

Keine Erkenntnisse, nur Forschungsdefizite

Welche Art von resonanzfähigen Antennen mit Stablängen zwischen etwa 0,2 bis 6 Zentimeter gibt es in unserer Umwelt? Dies sind zunächst die Nadeln der Nadelbäume, die ähnlich wie die Antennenstäbe von Fernsehantennen auf unseren Dächern angeordnet sind. Die Blattrippen seitlich der Mittelrippe von Laubbaum-Blättern sind ähnlich gestaffelt wie die Stäbe einer Caravan-Breitbandantenne. Daß die Blätter unserer Bäume tatsächlich mit Mikrowellen in Resonanz geraten, wurde inzwischen mehrfach durch Messungen bestätigt.

Professor Hüttermann von der Universität Göttingen versuchte mit seinem Bericht vom 25. November 1987 den Nachweis zu liefern, daß Mikrowellen keineswegs als Ursache für neuartige Waldschäden in Betracht kommen. Dabei schreibt er selbst in seinem Bericht: »Es kann eindeutig davon ausgegangen werden, daß elektromagnetische Wellen von Blättern und Nadeln und ganzen Bäumen empfangen werden und dadurch dann ein Fluß von Ladungsträgern induziert wird.«

Doch anstelle dieser Tatsache als Erklärungsmodell für neuartige Waldschäden auf der Spur zu bleiben, verliert sich Professor Hüttermann in seinem Bericht beim Versuch des Zitierens von älteren Veröffentlichungen über Wirkungen von Mikrowellen. Da er aber hierüber in der Fachliteratur nichts findet, zieht er den fatalen Schluß, es gäbe keine Schadwirkungen durch Mikrowellen.

Inzwischen stellte Staatssekretär Stroetmann vom Bundesumweltministerium in Bonn in seinem Schreiben vom 21. Juni 1989 fest: »Langzeituntersuchungen über schädliche Wirkungen von Mikrowellen sind bisher nicht bekannt.«

Gleichermaßen gesteht Professor Bernhardt, unser maßgebender Strahlenschutzexperte des Bundesgesundheitsamts, auf einer Tagung im Dezember 1988 ein: »Die Datenlage über Spätwirkungen, die bei chronischer Exposition durch elektromagnetische Wellen auftreten können ist ungenügend.«

Ausgehend von vorbenannten späteren Aussagen konnte Professor Hüttermann in seinem Bericht vom November 1987 gar nichts vorlegen, was als Entscheidungshilfe über Mikrowellenrisiken verwertbar war. Sein Bericht ist somit wertlos.

Das Fehlen von Kenntnissen über Risiken der Richtfunktechnik beweist auch das Bundespostministerium in seinem Schreiben vom 30. März 1987. Darin werden Forschungsarbeiten angemahnt zum Thema »Wie beeinflussen Leistung, Frequenz, Modulationsart und Pulsrate modulierter Mikrowellenfelder bestrahltes Gewebe und pflanzliche Zellen?«

Daß die Post Einzelheiten über den Einfluß der Modulations- und Polarisationsart wissen möchte, hat naheliegende Gründe. Anfangs arbeitete man in der Richtfunktechnik mit der einfacheren analogen Modulation und linearen Polarisation. Da begannen im Einflußbereich von Richtfunksendern die Nadelbäume zu kränkeln. Das blieb natürlich den an Richtfunkanlagen Beschäftigten nicht verborgen. Ab etwa 1980 stieg die Bundespost auf digitale und damit breitbandiger wirkende Modulation und zusätzlich Rundum-Polarisation um. Ab diesem Zeitpunkt begann das Sterben bei den Laubbäumen.

Dies läßt sich mit dem unterschiedlichen Resonanzverhalten von meist etwa gleichlangen Nadeln und den ähnlich wie Breitbandantennen aufgebauten Blattrippen von Laubbaum-Blättern relativ leicht erklären. An einer solchen Erklärung ist unser Bundespostminister seit spätestens März 1987 interessiert. Doch niemand hat bislang die vom Bundespostminister gewünschten Forschungsarbeiten in Angriff genommen. Warum nicht?

Daß Radar zu »neuartigen Waldschäden« führt, wissen NATO-Militärs seit mindestens einem Dutzend Jahren. Damals mußten leistungsstarke Radaranlagen auf Protest der Bevölkerung hin aus den zunehmend geschädigten Wäldern in Kanada weiter nördlich in die baumlose Tundra verlegt werden. Inzwischen wird aus dem sächsischen Erzgebirge bekannt, daß sich dort die neuartigen Waldschäden auf Hängen und Kämmen häufen, die in Richtung Südwest bis zum Fichtelgebirge hin offen liegen. Im Fichtelgebirge steht aber auf dem Schneeberg eine leistungsstarke westliche Radarstation, mit der bis zu 300 Kilometer in Richtung DDR der dortige Luftraum überwacht werden kann. Ist das nur Zufall oder eine Bestätigung von Erfahrungen, die man vor längerer Zeit bereits in Kanada gemacht hat?

Keinerlei Initiativen aus Angst vor Blamage

Wenn es nunmehr überzeugende Indizien und auch plausible Theorien gibt, daß die ähnlich leichtfertig wie die Atomenergietechnik in den vergangenen Jahrzehnten eingeführte Radar- und Richtfunktechnik für unsere Umwelt äußerst verhängnisvoll ist, so müßte man annehmen, daß sich weltweit die Forscher auf ein solch wichtiges Thema stürzen. Doch von solchen Initiativen sind noch nicht einmal erste Ansätze erkennbar. Das scheint mehrere Gründe zu haben.

Unsere westdeutschen Waldschadensforscher erklären die Luftschadstoffe als primäre Ursache für neuartige Waldschäden. Um diese Luftschadstoffe zu reduzieren, propagiert unsere Bundesregierung mit großem Einsatz von Steuergeldern den Katalysator für Kraftfahrzeuge. Erweist sich nunmehr die bisherige Luftschadstoff-Theorie als falsch, so sind sowohl unsere Waldschadensforscher als auch die Bundesregierung die Blamierten.

Inzwischen häufen sich die Beweise, daß die Luftschadstoffe nicht die primäre Ursache für neuartige Waldschäden sein können. Anläßlich des Internationalen Symposiums Waldschadensforschung im Oktober 1989 verteilten US-Waldschadensforscher Druckschriften, in denen festgestellt wurde, in den USA könne man bei dem dort gleichermaßen wie bei uns grassierenden Waldsterben trotz allen Bemü-

hens keine Zusammenhänge mit Luftschadstoffen erkennen.

Milliarden-Geschäfte mit Platin

Ähnlich ließ Professor Zöttl von der Universität Freiburg im Artikel »Hie Waldsterben – da Waldwuchern« in »Die Zeit« vom 17. November 1989 verlauten, daß »seit einiger Zeit sehr starke Waldschäden in Gebieten der Erde auftreten, die nicht durch Luftverschmutzung oder sauren Regen belastet sind, etwa in Neuseeland, Hawaii oder Papua-Neuguinea«.

Wenn man angesichts solcher Fakten bei unseren »Saure-Regen-Professoren« zum Beispiel in Göttingen oder Bayreuth nachfragt, wie man das Entstehen neuartiger Waldschäden bei Fehlen von sauren Depositionen erklären kann, erhält man keine Antwort. Ähnlich verhält es sich bei Rückfragen an unsere Regierung, in welchen Forschungsberichten sich die Beweise finden lassen, daß der Katalysator zur Beendigung des Waldsterbens beiträgt.

Beim Katalysatorthema läßt sich allein die Tatsache beweisen, daß die Bundesregierung mit der steuerlichen Begünstigung des Katalysators dem südafrikanischen Apartheid-Regim beim Verkauf der dort geschürften Platinmetalle zu Exporterlösen in Milliardenhöhe verholfen hat. Angeblich soll bei der Vermittlung dieses Geschäfts Franz Josef Strauß behilflich gewesen sein.

Das Eingestehen von schweren Fehlern bei der Ursachenforschung für das Waldsterben, die inzwischen dem Steuerzahler über eine halbe Milliarde DM gekostet hat, und das Aufdecken von rein geschäftlichen Hintergründen für die Begünstigung der Katalysatortechnik, paßt selbstredend der jetzigen Bundesregierung angesichts bevorstehender Wahlen überhaupt nicht ins Konzept. Selbst wenn es in einem Forschungsbericht des »Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags« vom 7. Februar 1988 heißt: »Die grundsätzliche Wirkung elektromagnetischer Felder auf biologische Systeme ist nicht zu bestreiten und sollte weiterhin Gegenstand der Forschung bleiben«, so geschieht in der Praxis nahezu nichts.

Laut neuestem Schreiben vom 28. Februar 1990 sieht Bundesforschungsminister Dr. Riesenhuber »keinen Grund, ein großangelegtes Forschungsprogramm zur Auswirkung nichtionisierender Strahlen (also solche von Richtfunk und Radar) auf unsere Wälder aufzulegen«. Diese Reaktion mag rein menschlich verständlich sein. Welcher Forschungsminister halst sich freiwillig zu den bereits unerfreulichen Auseinandersetzungen über die Atomenergie noch zusätzliche schwerwiegende Probleme mit der Richtfunk- und Radartechnik auf? Ob eine solche Dienstauffassung richtig ist, werden nachfolgende Generationen entscheiden.

Auch Gesundheitsschäden durch Mikrowellen

Vielen mögen die Zusammenhänge zwischen Waldschäden und Mikrowellen gleichgültig sein. Die Grünen verbreiteten vor einigen Jahren das Schlagwort »Erst stirbt der Wald, dann der Mensch«. Ist diese These noch richtig oder weit übertrieben?

Gehen wir von der Tatsache aus, daß in den Nervenfasern ganz real elektrische Stromimpulse weitergeleitet werden. Die Nervenfasern von Menschen sind zwischen ein bis 100 Zentimeter lang. An deren Enden befinden sich Zellmembranen, an denen die Stromimpulse bestimmte chemische Reaktionen zwecks Untertunneln der Zellmembranen auslösen. Innerhalb der Nervenfasern befinden sich vorwiegend elektrisch leitende Natrium- und Kalium-Ionen. Die Anzahl von Nervenfasern allein im Gehirn eines Menschen schätzt man auf etwa hundert Milliarden.

Da deren Längen zwischen ein bis hundert Zentimeter variieren, befinden sich unter ihnen immer eine Großzahl von Nervenfasern, die wie Antennenstäbe mit technisch erzeugten Mikrowellen in Resonanz geraten können. Dabei werden fremde elektrische Ladungen induziert, die sich den natürlichen biologischen Stromimpulsen überlagern. An den Zellmembranen kommen gestörte Signale an. Der Körper hat



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Alfred König, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: IPS Pressevertrieb GmbH, Kölner Straße 180-182, D-5020 Frechen, Telefon (0 22 34)-1 60 82-6, Telex 8 883 479 IPS.
Satz und Repro: Fotosatz Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg
Vertriebsleiter: Ferdinand C. Mentzen.

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11 **ISSN 0932-3473**

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 27. Juni 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Bonn

Forschungsdefizite bei Schäden durch Mikrowellen

aus der Vergangenheit keinerlei Erfahrungen, was er mit solchen verfälschten Signalen anfangen soll. Etwas stimmt nicht. In solchen Fällen wird das Gehirn normalerweise durch Schmerzsignale vor einer drohenden Gefahr gewarnt. Etwas anderes bleibt den Nervenzellen nicht übrig.

Solche Risiken existierten vor etwa 30 Jahren noch nicht, denn bis dahin gab es nur das aus dem Weltraum kommende sehr schwache Mikrowellenrauschen.

Seit etwa 1960 hat sich die Anzahl von Mikrowellensendern binnen etwa jeweils vier Jahren verdoppelt. Inzwischen liegt die Strahlungsdichte von Mikrowellen stellenweise beim Millionenfachen des ursprünglichen Wertes vor etwa 30 Jahren.

Wie das Induzieren von Störsignalen aus technisch erzeugten Mikrowellen in unsere Nervenfasern wirklich funktioniert, weiß man nicht genau, – ein typisches Forschungsdefizit in unserem Wissenschaftsbetrieb. Daher ist es dringend notwendig, daß nunmehr die Biologie als Leitwissenschaft die bisherige vornehmlich technisch orientierte Physik verdrängt.

Die Wahrheit kommt ans Tageslicht

Es gibt bei uns nicht anzweifelbare Statistiken über den Anstieg von Krankenhausfällen im Zeitraum von 1975 bis 1985. Danach sind binnen zehn Jahren die psychiatrischen und rheumatischen Beschwerden auf das 2,1fache, Krebserkrankungen auf das 1,8fache und Nervenstörungen auf das 1,6fache angestiegen. Neuere Statistiken des AOK-Bundesverbandes und des Bundesarbeitsministeriums weisen auf einen weiteren starken Anstieg der Krankenhausfälle bei vorbenannten Erkrankungen hin. Das gilt auch, wenn man sich in den Statistiken auf die Altersgruppen unter 65 Jahren beschränkt. Mit dem Älterwerden der Bevölkerung hat diese schlimme Entwicklung nichts zu tun.

Dafür sorgt die gegenwärtige politische Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und zusätzlich der technische Fortschritt auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik. So ist inzwischen der Betrieb der vielen Radaranlagen an der Grenze zwischen BRD und DDR sinnlos geworden. Wenn sie in den nächsten Jahren abgeschaltet werden, erholen sich die bisher dort sterbenden Wälder.

Aus den Veröffentlichungen über die Praxis des DDR-Staatssicherheitsdienstes wissen wir, daß Stasi-Mitarbeiter fortlaufend eine Vielzahl von Gesprächen, die über Richtfunk in der BRD und nach Westberlin übertragen wurden, mitgehört haben. Das ist technisch nicht schwierig. Die Bundespost kann weder bei der heutigen Richtfunk- noch bei der Autotelefontechnik die Wahrung des Postgeheimnisses garantieren. Wer sich darüber aufregt, wird von der Bundespost beruhigt, daß man zunehmend dabei ist, von Richtfunk auf abhörsichere und leistungsfähigere Glasfaserkabel umzusteigen. Ferner sorge beim künftigen mobilen Funkdienst mit 940 MHz eine abhörsichere digitale Codierung der Telefongespräche für Beseitigung eines bisherigen Mißstandes.

Im Zuge der technischen Weiterentwicklung wird die Bundespost eine Vielzahl bisheriger Richtfunksender außer Betrieb setzen und abbauen. Das ist bereits 1988 auf dem Ochsenkopf im Fichtelgebirge geschehen und in nächster Zeit in Westberlin zu erwarten. Dann werden sich bislang schwer geschädigte Wälder sichtbar erholen.

Es ist zu erwarten, daß künftige Waldschadensberichte der Bundesregierung und der Länder einen merklichen Rückgang bei »neuartigen Waldschäden« ausweisen. Dann wird man regierungsamtlich von Erfolgen der Maßnahmen zur Luftreinhaltung bei Großkraftwerken und durch die Katalysatortechnik sprechen. Daß jedoch in Wirklichkeit das durch politische und technische Entwicklungen möglich gewordene Abschalten von zu vielen Radar- und Richtfunksendern die primäre Ursache für den Rückgang der »neuartigen Waldschäden« ist, wird man mit großer Wahrscheinlichkeit der Bevölkerung verheimlichen.

Es gibt noch keine Entwarnung

Ist vorstehende Entwicklung als eine erfreuliche Entwarnung auf dem Gebiet der Wald- und Gesundheitsschäden zu werten? Das wäre sehr leichtsinnig. Solange das gegenwärtige Forschungsdefizit über schädliche Wirkungen von elektromagnetischen Wellen und Feldern besteht, sehen Militärs, Post und Industrie keinerlei Veranlassung zum vorsichtigeren Umgang mit dieser Art von Technik. Man wird weiterhin propagieren, daß der Einsatz des Mikrowellenherds im Haushalt völlig risikolos ist, und daß der Aufbau des neuen Funkfernsprechnetzes mit 31-Zentimeter-Wellen für die Bevölkerung einen ungeheuren technischen Fortschritt darstellt. Mag sein, daß es bei einigen Menschen zu nervöser Unruhe oder Kopfschmerzen kommt, wenn sie mit ihren mobilen Funktelefonen auf Sendung gehen, weil dabei einige Störimpulse in die Nervenfasern einstreuen.

In England wurde kürzlich geschätzt, daß es unter tausend Menschen etwa fünf gibt, die auf die Einwirkung elektromagnetischer Felder und Wellen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen reagieren. Auf diese Minderheit von Fünf-Promille der Bevölkerung könne aber die Technik bei ihrem Fortschritt im Dienst der Allgemeinheit keine Rücksicht nehmen, folgerte man.

Ist der geschätzte Fünf-Promille-Anteil wirklich richtig? Wir wissen, daß in den letzten Jahren immer mehr Menschen an allergischem Hautjucken, rheumatischen Beschwerden, psychiatrischen und nervlichen Störungen leiden. Jeder Zweite unter uns sei mehr oder weniger stark von vorbenannten Beeinträchtigungen betroffen.

Was sind die Ursachen? Man sucht sie oft bei Umweltgiften in Form von chemischen Stoffen. Das ist möglicherweise dieselbe falsche Richtung wie bei unseren Waldschadensforschern mit ihren Saure-Regen-Theorien. Könnte es sein, daß die in die Nervenfasern induzierten Fremdfelder zu falschen Nervensignalen führen, die uns Hautjucken oder rheumatische Schmerzen vortäuschen, die uns nachts schlecht schlafen lassen und uns aus Verzweiflung über unsere scheinbar aus dem Gleichgewicht geratene gesundheitliche Verfassung psychisch und nervlich durcheinander bringen?

Vielleicht ist das Problem der Elektrosmog-Erkrankungen, von denen viele Millionen Menschen betroffen sind, ein weit schlimmeres als Erkrankungen durch Drogen-Mißbrauch oder Aids-Infektion. »Langzeituntersuchungen sind nicht bekannt«, gesteht Staatssekretär Stroetmann vom Bundesumweltministerium. Also existiert hier ein kaum begreifliches Forschungsdefizit.

Wir haben bei bisherigen Protesten erreicht, daß keine neuen Atomkraftwerke mehr in Betrieb gehen, und daß das Wackersdorf-Abenteuer ein gutes Ende nahm. Warum werden wir auf dem Gebiet der zeitlich parallel zur Atomenergie entstandenen Fehlentwicklung der Radar- und Richtfunktechnik nicht tätig? Das sind doch ganz ähnliche Strahlenrisiken wie bei der Atomenergie.

Warum steigen die Aktiven von Robin Wood und Greenpeace nicht auf die Richtfunk- und Radartürme mit Transparenten: »Abschalten! Dem Wald und den Menschen zuliebe!«

Es ist traurig aber wahr: Unsere »Saure-Regen-Professoren« stehen bei unseren Umweltaktivisten in so hohem Ansehen, daß ein möglicher Irrtum von ihnen als völlig ausgeschlossen betrachtet wird. Daß es sich bei dem ganzen steuerbegünstigten Katalysator-Rummel vornehmlich um einen Freundschaftsdienst einiger führender deutscher Politiker für das südafrikanische Apartheidsystem gehandelt haben könnte, will auch niemand in den Kopf. Man ist zwar viele Skandale, in die Bonner Politiker verwickelt waren, gewöhnt. Aber daß sich hinter dem Katalysator nur ein für Südafrika wohlfeiles Geschäft mit Platinmetallen verbirgt, scheint unglaubhaft. □

Aktien

Justiz entscheidet für Großbanken

Günther Jansen

Der Konkurs des Grefrather Textilkonzerns Girmes – CODE berichtete ausführlich darüber – ist einer der traurigsten Fälle von Machtmißbrauch in der Geschichte der Bundesrepublik. Hier wurden Aktionäre auf kaltem Weg brutal und rücksichtslos enteignet, während sich das Großkapital untereinander ein, wie sich jetzt zeigt, gesundes und florierendes Unternehmen zuschacherte.

Erinnern wir uns: Anfang des vergangenen Jahres wurde vom Vorstand und Aufsichtsrat der Girmes AG eine außerordentliche Hauptversammlung mit dem Ziel einberufen, das Grundkapital wegen Überschuldung im Verhältnis 5:2 von 50 auf 30 Millionen Mark zu vermindern, was also einen Zwei-Drittel-Verlust der Kleinaktionäre bedeutet hätte. Die Großbanken, wobein in erster Linie die Deutsche Bank zu nennen ist, sollten aber nur mit einem Verlust von wenigen Mark aus der Sache herauskommen. Dabei hatte die Deutsche Bank durch grobe Verletzung ihrer Aufsichtspflicht im Aufsichtsrat des Unternehmens die fatale Lage zu einem nicht unerheblichen Teil mitverschuldet. Dieses Konzept wurde unter anderem damit begründet, daß der Hauptgläubiger, der Pensions-Sicherungs-Verein (PSV), der neben den Aktionären die Hauptlast der Sanierung tragen sollte, auf diesem Konzept bestehen und kein anderes akzeptieren würde – was sich später aber als falsch herausstellte –.

Deutsche Bank droht mit Kreditkündigung

Der »Effecten-Spiegel«, die größte Börsenzeitschrift Europas und für seinen Konfrontationskurs gegenüber dem Machtmißbrauch der Banken bekannt, kündigte Opposition an, machte eine Stimmensammlung und erhielt auch wirklich mehr als ein Viertel der auf der Hauptversammlung vertretenen Stimmen und damit eine Sperrminorität, diese »Sanierung« zu verhindern. Hoffmann, der Herausgeber des »Effecten-Spiegel« seinerseits favorisierte eine Kapitalzusammenlegung von 5:3 – es bestand also ein Differenz von zehn Millionen Mark zwischen beiden im Raum stehenden Alternativen, wobei dieser Betrag durch eine von den Banken garantierte Kapitalerhöhung aufgebracht werden sollte.

Später wurde bekannt, daß große Teile der Verwaltung diese Lösung favorisierten. Wie der »Effecten-Spiegel« aber erfahren haben will, soll der Vertreter der Deutschen Bank als Hauptgläubigerbank im Girmes-Aufsichtsrat, Ulrich Cartellieri, in einem derartigen Fall gedroht haben, sämtliche Kredite sofort fällig zu stellen, was zwangsläufig das wirtschaftliche Aus für Girmes bedeutet hätte. Also empfahl die Verwaltung der Hauptversammlung dann, die Alternative 5:3 abzulehnen, was mit der mißbräuchlichen Ausnutzung des Depotstimmrechts seitens der Großbanken auch gelang.

Die Folge war der Konkurs des Unternehmens. Gleichzeitig wurde der »gesunde Teil« Girmes' ausgegründet und von der neugegründeten Girmes GmbH übernommen. Hauptgesellschafter dieser GmbH ist der Vorstandsvorsitzende der Hussel AG, Jörn Kreke. Wer nun aber geglaubt hatte, das Unternehmen habe eine schwierige Zukunft vor sich, sah sich getäuscht. Genau das Gegenteil ist nämlich der Fall, wie sich aus dem kürzlich veröffentlichten Geschäftsbericht für das vergangene Jahr ergibt.

Gesunde Bilanz ein Jahr nach Konkurs

So schrieb die »Börsen-Zeitung«: »Aus dem im Geschäftsjahr 1989/90 (28.2) doppelt so schnell wie in der Textilbranche um 12,1 Prozent auf 377 Millionen Mark gesteigerten Umsatz des Inlandskonzerns konnte das Betriebsergebnis dank einer um knapp neun Prozent gestiegenen Produktivität ... verbessert werden. Der Auftragsbestand sichert volle Kapazitätsauslastung weit in die zweite Hälfte des Geschäftsjahres hinein. Er ist mit 88prozentiger Steigerung geradezu explodiert, obwohl das Vergleichsniveau in der damaligen schwierigen Phase – in einer Mischung aus ›Treue-Bestellungen‹ der angestammten Kundschaft und Vorratskäufen in Erwartung des Firmenzusammenbruchs – schon recht hoch war.«

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden darüberhinaus zehn Millionen Mark investiert und wurde zum 1. Januar die Walraf Textilwerke GmbH, Mönchengladbach, übernommen. Für das laufende Geschäftsjahr sind Investitionen von rund 30 Millionen Mark vorgesehen. Der Umsatz soll sich auf über 400 Millionen Mark erhöhen.

Dies ist also die mehr als gesunde Bilanz eines Unternehmens, das vor einem Jahr noch Konkursantrag gestellt hatte – nur davon haben die Altaktionäre rein gar nichts; die einzige Hoffnung besteht darin, bei einem für die Zukunft nicht auszuschließenden Gang an die Börse ein Vorkaufsrecht oder ähnliches zu bekommen.

Viele werden jetzt vielleicht sagen, na gut, dies ging aber nur, weil durch den Konkurs alle Schulden getilgt wurden. Dies stimmt aber nicht! Wäre der Sanierungsvorschlag des »Effecten-Spiegels«, also Kapitalzusammenlegung im Verhältnis 5:3, verwirklicht worden, so wären die Verbindlichkeiten ebenfalls eliminiert worden und hätte das Unternehmen genau den gleichen positiven Verlauf genommen. Eher wäre sogar mit einer noch besseren Geschäftsentwicklung zu rechnen gewesen, da dem Unternehmen durch die vorgesehene Kapitalerhöhung zehn Millionen Mark zusätzliche liquide Mittel zugeführt worden wären.

Mindestens genauso skandalös ist aber, wie das Recht der Aktionäre auch von den deutschen Gerichten mit Füßen getreten wird. Der »Effecten-Spiegel« hatte nämlich das Deutsche Bank-Vorstandsmitglied Cartellieri auf Schadensersatz verklagt, da erst sein Vorgehen mit der angekündigten Fälligstellung der Kredite letztendlich ausschlaggebend für den Konkurs gewesen sei.

Hierzu hatte mit Professor Grunsky einer der renommiertesten deutschen Juristen auf dem Gebiet des Aktien- und Unternehmensrechts – selbst der BGH beruft sich in rund 60 Prozent seiner Entscheidungen auf entsprechende Gutachten oder Kommentierungen Professor Grunskys – ein Gutachten erstellt, das diese Schadensersatzpflicht klar bejahte.

Nachdem das Landgericht Düsseldorf dies – wie nicht anders zu erwarten war – in erster Instanz abgelehnt hatte, ging es dann im Wege der Sprungrevision direkt vor den BGH. Nachdem der entsprechende Senat mehrfach die angekündigte Entscheidung vertagte – so gab es zwei Umbesetzungen innerhalb des Senats –, wies er kürzlich das Schadensersatzbegehren mit der Begründung der mangelnden Erfolgsaussicht ab.

Zwar hat auch die »Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre«, die auf der Girmes-Hauptversammlung ganze 100 Stimmen vertrat, eine Schadensersatzklage gegen den »Effecten-Spiegel« eingereicht, doch dürfte die angesichts des oben Geschilderten keinerlei Aussicht auf Erfolg haben – selbst bei dieser Justiz nicht.

Der »Effecten-Spiegel« seinerseits kündigte nun an, daß Professor Rottmann, selbst ehemaliger Verfassungsrichter, in seinem Auftrag zunächst das Bundesverfassungsgericht und wahrscheinlich gleichzeitig auch den Europäischen Gerichtshof anrufen wird. □

Banker-Journal

Durch Bestechung US-Rüstungsaufträge für Israel

William Galvin, ein ehemaliger prominenter Berater für die amerikanische Rüstungsindustrie, hat sich vor dem US-District Court in Alexandria, Virginia, gegenüber Anklagen für schuldig erklärt, daß er 1986 und 1987 hohe amerikanische Beamten bestochen habe, um Pentagon-Aufträge für Mazlat Ltd., einem jetzt nicht mehr bestehenden israelischen Rüstungskonzern, der aus einem Gemeinschaftsunternehmen zweier israelischer Firmen – Israel Aircraft Industries und Tadiran Ltd. – bestand, hereinzuholen.

Melvyn Paisley vom amerikanischen Marineministerium leitete den Kauf von ferngesteuerten Kleinfahrzeugen der Mazlat durch das Pentagon in die Wege. Paisleys Chef, der damalige Marineminister John Lehnman, machte eine Show aus dem Kauf der als Mastiffs bekannten Zieldarstellungsflugzeuge für die US-marine mit der Erklärung, daß sie in der Lage wären »Live«-Videos für das Schlachtfeld zu erstellen. Paisley selbst schilderte die Tugenden dieses Programms in den schillerndsten Farben und sagte, sie würden zur zukünftigen »Büroklammer« des Militärs werden, womit er sagen wollte, daß es einen beinahe unbegrenzten Verwendungszweck für sie gäbe.

Dieser Verkauf hatte zur Folge, daß die US-Kriegsmarine ihre Unterstützung für die Entwicklung eines ähnlichen Luftfahrzeuges, die Aquila, aufkündigte, und daß ein Vertrag über 26 Millionen Dollar unterzeichnet wurde, um eine als der »Pioneer« bekannte größere Version des Mastiff zu entwickeln. Das aufgegebene Aquila-Projekt war selbst ein Ableger des Aquiline des CIA, das vor 20 Jahren als Spionagewerkzeug entwickelt wurde.

Ironischerweise waren die israelischen Ingenieure, die den Mastiff und dessen Nachfolger entwickelten, ehemalige amerikanische Bürger, die für den CIA gearbeitet haben. Später wanderten sie nach Israel aus, nahmen ihr geheimes CIA-Wissen mit und wandten es schließlich in nützlicher Weise an – mit der Hilfe des US-Marineministers.

Galvin gab in einer Erklärung zu seinem Schuldbekenntnis zu, daß er und zwei israelische Geschäftsleute, Uri Simhoni und der Vorstandsvorsitzende von Mazlat, Zvi Schiller, sich im April 1986 mit Paisley trafen, der sich bereit erklärte, in ihrem Namen Druck auszuüben. Geheime Tonbänder, die der FBI bei seinen Ermittlungen anfertigte, enthüllten, daß Galvin in Gesprächen mit einem Beamten des Marineministeriums gesagt hatte, er habe eine Schweizer Firma an der Hand, die Zahlungen von Mazlat abwikkelt. Galvin bekannte sich verschiedener Verschwörungs- und Bestechungsvergehen, darunter der Bestechung Paisleys mit Geldern von Mazlat, schuldig. Mazlat überwies damals 268.000 Dollar an Galvins Schweizer Firma, aber es ist unklar, ob Paisley das Geld tatsächlich erhalten hat. □

Mit Lord Rothschild stirbt ein Zeitalter

Victor Lord Rothschild, der oft gerüchteweise als der »Fünfte Mann« in Großbritanniens sowjetischem Spionagenest um Kim Philby bezeichnet wurde, ist tot. Laut Mitteilung seiner Frau Tessa Mayer Rothschild starb er am 20. März 1990 im Alter von 79 Jahren. Über die Todesursache wurde nichts öffentlich bekannt.

Rothschild war eine der Schlüsselfiguren des 20. Jahrhunderts bei bedeutsamen Intrigen zwischen Ost und West auf der Ebene der Politik und des Geheimdienstwesens, in denen vor allem die Kreise um den Sowjetspion Kim Philby involviert waren. Rothschild wird als Schlüsselfaktor beim Aufstieg von Aleksandr Yakolew, des ehemaligen sowjetischen Botschafters in Kanada, zur rechten Hand Gorbatschows in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten genannt.

Rothschild war ein intimes Mitglied des Philby-Kreises und der Cambridge University. In den dreißiger Jahren stellte seine Familie dem Freund Philbys, Guy Burgess, Gelder zur Verfügung, und Rothschild selbst gab einem anderen Mitglied dieses Kreises, Anthony Blunt, Geld.
Ein seiner zweiten Frau, Tessa Mayer, gehörendes Appartement wurde von Blunt und Burgess benutzt.

Nachrufe in der britischen Presse spiegeln Anschuldigungen wider, daß Lord Rothschild der »Fünfte Mann«, oder vielleicht sogar der »Erste Mann« der Clique Philby-MacLean-Blunt-Burgess gewesen sei. Victor Rothschild hatte auch Verbindungen auf höchster Ebene in der Ölindustrie und in der Bankerwelt. Er war in den späteren sechziger Jahren Forschungsdirektor bei Royal Dutch Shell und in den letzten Jahren Gesellschafter der Handelsbank N.M. Rothschilds.
Der neue Lord Rothschild ist sein Sohn Jacob, zu dessen eigenen merkwürdigen Verbindungen jene zu dem internationalen Geschäftsmann Sir James Goldsmith und einigen der Hauptschuldigen in Großbritanniens »Guinnesgate«-Skandal gehören.

Tochter Emma Rothschild vermittelt den Anschein in die Fußstapfen ihres Vaters treten zu wollen. Sie hat solide Verbindungen zu sowjetfreundlichen Kreisen, die mit der Sozialistischen Internationale und der Cambridge University verquickt sind. Sie ist Professorin am Kings College in Cambridge. □

Japaner schlagen USA Verbesserungen vor

Japanische Wirtschaftspolitiker haben den Vereinigten Staaten über 80 Vorschläge unterbreitet, darunter solche zum gesetzlichen Verbot von Junk-Bonds und zum Aufbau von Infrastruktur, um das chronische Handelsdefizit zu lösen, das die USA gegenüber Japan verzeichnen. Junk-Bonds sind Anleihen, die zwar hohe Renditen abwerfen, die aber von schwach im Kurs stehenden Unternehmen ausgegeben werden. Auf rund 200 Milliarden Dollar ist dieser Markt inzwischen angewachsen.
Die japanischen Vorschläge sikkerten zur Presse durch, nachdem über 200 amerikanische Vorschläge in Richtung, daß Japan seine Ausgaben für Verbrauchsgüter erhöhen soll, ebenfalls die Presse erreichten.

Die Japaner schlugen vor, daß die USA die Anzahl von Kreditkarten, die an jede Einzelperson ausgegeben werden, verringern, den Steuerfreibetrag für den Hausbesitz abschaffen und eine hohe Steuer auf Benzin erheben sollten, um die umsichgreifende Ausgabenwut einzudämmen und Ersparnisse zu fördern. Sie schlugen weiter vor, daß Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnzüge gebaut werden, um das Reisen in einzelnen Automobilen einzudämmen. Ferner meinten die Japaner, daß das amerikanische Bildungssystem wieder zu Ehren gebracht werden, und daß Wirtschaftsuniversitäten ihr Schwergewicht auf Betriebsleitung und nicht auf Finanzen legen sollten.

Ein hoher japanischer Beamter reagierte auf die amerikanische Kritik an den japanischen Vorschlägen, indem er zur »New York Times« sagte: »Ist das ein Rezept für politischen Selbstmord? Vielleicht ist es das. Aber Sie sollten sich einmal Amerikas Ideen für Japan näher anschauen.« □

Japan hat Vorsprung bei der Kernkraft

Japan eilt den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Kernkraft mit Riesenschritten voraus, teilte eine Gruppe von Experten mit, die kürzlich von einer durch die National Science Foundation (Stiftung für Staatswissenschaften) geförderten Reise nach Japan zurückkehrten.

Die Fachleute stellten fest, daß, obwohl in den USA seit 1978 nur ein Auftrag für Atomkraftanlagen erteilt wurde und die Dienstleistungsbetriebe im gleichen Zeitraum etwa 65 Anlagen annuliert haben –, habe Japan für 23 Reaktoren die Planungen vollendet.

Kevin Burke, ein international angesehener Experte an der Nuclear Regulatory Agency, soeben aus Japan zurückgekehrt, berichtete in der »New York Times«, daß die Tatsache, daß die Japaner auf dem Gebiet der Atomkraft Spätstarter waren, ihnen einige wichtige Vorteile verschafft habe. Der Bau einer Atomkraftanlage dauert in Japan im Schnitt fünf Jahre, im Vergleich zu elf in den USA.
Das sei darauf zurückzuführen, daß die Konstruktionspläne besser entwickelt seien bevor der Bau beginnt, eine japanische Anlage nur halb so viele Arbeitsstunden von Fachleuten wie eine amerikanische Anlage gleicher Größenordnung erforderlich mache. Außerdem garantieren japanische Baufirmen die Preise und somit werden starke Kostenerhöhungen bis zur Fertigstellung ausgeschlossen.
Donald Olander, Professor für Kerntechnik an der University of California, stellt fest, daß japanische Reaktoren oberflächlich den amerikanischen ähneln, nach deren Modell sie gebaut sind. □

Seoul nicht an sibirischen Projekten interessiert

Viele südkoreanische Spitzen-Konzerne, die noch vor zwei Jahren ihre Absicht bekundet hatten, Investitionsaussichten im sowjetischen Sibirien zu erkunden, das einige koreanische Unternehmer »das Land der unbegrenzten Möglichkeiten« genannt hatten, haben ihre Pläne entweder aufgegeben oder sie zumindest so lange auf Eis gelegt bis sich das Investitionsumfeld verbessert, berichtet der »Korean Herald«.
Der »Herald« schreibt weiter, die meisten der koreanischen Geschäftsleute seien sich darin einig, daß die Geldanlage in Sibirien angesichts des dort herrschenden ungünstigen Klimas, der geographischen Lage und Moskaus harter Bestimmungen für die Überweisung von Gewinnen zu riskant sind. Sie waren auch über die komplizierten, überholten Geschäftspraktiken der Sowjets überrascht, die sie als zu unterschiedlich von denen der westlichen Welt erachteten. Die Anfangsinvestitionen in die Infrastruktur werden auch zu kostspielig und die »Inkubationszeit« – der Zeitraum zwischen Geldanlage und dem Erzielen von Gewinnen – als zu lang angesehen.
Hyundai betreibt seine Joint-ventures in Sibirien weiter, aber der »Herald« berichtet, daß Hyundai dies aus politischen, nicht aus wirtschaftlichen Gründen tue.
In einem Bericht der Korean Association for Communist Studies, eines führenden Instituts für sowjetische Angelegenheiten, wird angeregt, daß koreanische Firmen-Konzerne mit Investitionen in Verbrauchsgüter wie Seife, Zigarettenanzünder und Streichhölzer anstatt in die Schwerindustrie beginnen sollten. □

Heikle Situation für US-Firmen

Die Industrie in den Vereinigten Staaten befindet sich in der bedrohlichsten Situation seit jeher, heißt es in einem Bericht des Office of Technological Assessment, der dem amerikanischen Kongreß vorgelegt wurde. Laut diesem Bericht befindet sich die amerikanische Industrie »in ernsthaften Schwierigkeiten und fällt in der Entwicklung, Kommerzialisierung und Verbreitung von Technologien hinter dem Wettbewerb zurück«, berichtete die Londoner »Financial Times«.
Ohne den Einsatz der US-Bundesregierung wird der weitere Verfall der Wettbewerbsfähigkeit »den amerikanischen Lebensstandard und unsere Fähigkeit für die nationale Sicherheit zu sorgen« gefährden.
Obwohl sich ein Großteil des Berichts schwerpunktmäßig mit dem amerikanischen Haushaltsdefizit befaßt und auf höhere »Einsparungen« und ein verbessertes Schulwesen drängt, wird darin auch zu einem »engeren Engagement auf Bundesebene bei der Unterstützung spezifischer Technologien« aufgerufen und stillschweigend eingeschlossen, daß dies erforderlich sei, um die Wettbewerbsschwelle Japans und Europas zu überwinden.
In dem Bericht wird die Schaffung einer Civilian Technology Agency (Stelle für zivile Technologie), möglichst mit einer Abteilung für Industrie und Technologie als Ersatz für das Department of Commerce, vorgeschlagen, die auch Bewilligungen vornimmt und Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit dem privaten Forschungs- und Entwicklungssektor trifft. □

Neues Image für den Währungsfonds

Der Internationale Währungsfonds (IWF) versucht derzeit sich ein neues, »annehmbares« Image zu verschaffen, um seine Politik in bezug auf die Herrschaft über die Länder des Entwicklungssektors fortsetzten zu können, verlautet aus Kreisen des Vatikans.
Kürzlich wurde in der Dienststelle der Pontifical Academy of Science im Vatikan eine Geheimsitzung abgehalten. Anwesend war eine vom Vorsitzenden Michel Camdessus angeführte Delegation. Camdessus hatte auch eine Privataudienz beim Papst Johannes Paul II.
Die vom IWF vertretene Linie besagt, daß die internationalen Geldinstitute bei Ihren Verhandlungen über Auslandsschulden nicht so hart sein sollten. Camdessus hat die kompromißlose Haltung der Privatbanken gegenüber der dritten Welt mehrfach angegriffen. □

Londoner Wertpapier-Industrie schrumpft

»Großbritanniens angeschlagene Wertpapier-Industrie schrumpft weiter zusammen«, und »Frankfurt, Paris und vielleicht sogar Berlin könnten Großbritanniens führende Stellung bedrohen«, schreibt das »Wall Street Journal«.

Michael Dobson von Morgan Grenfell warnt: »London hat keinen Grund überheblich zu sein. Wir müssen die Gelegenheit von 1992, mehr als wir es bislang getan haben, beim Schopfe fassen.«
»Im Kielwasser des ›Big Bang‹ von 1986, der den britischen Wertpapier-Sektor durcheinander brachte, haben viele Firmen ihre Geschäfte in der City of London eingeschränkt.«
Morgan Grenfell schloß seine Equity-Betriebe im Dezember 1988, Merrill Lynch zog sich im vergangenen Jahr aus dem Pfandbriefmarkt zurück, Salomon Brothers schränkt seine Gemeinkosten ein und Citicorp löste im Januar sein verschuldetes Wertpapier-Unternehmen auf. Sanierungen kosteten seit dem Börsenmarkt-Crash von 1987 rund 3.000 Arbeitsplätze oder etwa sechs Prozent der »Industrie« der City. □

Zusammenarbeit zwischen deutschen und japanischen Konzernen

Der japanische Industrie-Konzern Mitsubishi und das bundesdeutsche Daimler-Benz-Konglomerat gaben Pläne für eine weitreichende technologische und kommerzielle Zusammenarbeit bekannt.
Die Pläne zur Zusammenarbeit wurden Anfang März dieses Jahres in Singapur auf einer Zusammenkunft der Vorsitzenden beziehungsweise der Generaldirektoren der verschiedenen Mitsubishi-Firmen mit dem Vorstandsvorsitzenden von Daimler-Benz, Edzard Reuter, bekanntgegeben. Dieser stand an der Spitze einer deutschen Delegation, der auch die Generaldirektoren von Mercedes-Benz, AEG, Deutsche Aerospace und Vertreter der kaufmännischen und Finanzabteilungen sowie informationstechnologische Betriebe angehörten.

Laut »Financial Times« könnten »die Überlegungen der beiden Giganten über mögliche Gemeinschaftsunternehmungen auf den Gebieten der Kraftfahrzeugtechnik, Raumfahrttechnik, Elektronik und Dienstleistungen der Anfang eines bedeutsamen internationalen Abenteuers sein«. Japan wäre wie nie zuvor an der internationalen Raumfahrtindustrie beteiligt. Gleichzeitig könnten die Japaner jetzt, wo Westeuropa kurz vor einem Wirtschaftszusammenschluß steht und Europa sich auf seine politische Eigenständigkeit besinnt, ihren Zugang zu europäischen Märkten verbessern. □

Banker

In Osteuropa riecht es nach Profit

Martin Bruns

Kein vernünftiger Mensch kann den geringsten Zweifel daran haben, daß das kommunistische Wirtschaftsmodell ein kläglicher Fehlschlag ist, wie CODE seit Bestehen der Zeitschrift immer wieder dargestellt hat. Selbst die Medien des Establishments räumen dies jetzt ein: Sie frohlocken darüber in begieriger Erwartung einer »unabhängigen« Weltwirtschaft, wo riesige Firmen und Banken statt des Staates herrschen.

Die Medien des Establishments, gedruckt oder elektronisch, sind voll von Berichten über das wirtschaftliche Elend der Menschen in der Sowjetunion und deren hoffentlich ehemaligen Satelliten in Osteuropa. Es gibt keine Seife, kein Fleisch, kein frisches Gemüse, und die verfügbaren Verbrauchsgüter sind von derartig schlechter Qualität, daß sie niemand kaufen will.

Die Probleme mit Schulden und Inflation

In der UdSSR, wo die Preise weiterhin staatlich gelenkt werden, haben viele Arbeiter unnütze Rubelbestände in Banknoten oder auf Sparkonten. Es stehen einfach keine Autos, Fernseher, elektrische Haushaltsgeräte und andere Güter zur Verfügung, die die Menschen im Westen jeden Tag kaufen.

In Polen, wo ein nicht-kommunistischer Ministerpräsident und Kabinett herrscht – aber unter dem wachsamen Auge des kommunistischen Staatspräsidenten Woyceich Jaruzelski –, wird die aus den Fugen geratene Wirtschaft von einer neuen Hyperinflation heimgesucht. Wenn auch, theoretisch jedenfalls, mehr Güter zur Verfügung stehen, nur sehr wenige Polen können es sich leisten, sie zu kaufen. Obwohl nach westlichen Maßstäben gemessen unterentwickelt, befindet sich die Sowjetunion nach zwei bedeutenden Kriterien in einem relativ guten Zustand. Nach einer öffentlich herausgegebenen Statistik des CIA hat die UdSSR seit 1980 jedes Jahr eine positive Handelsbilanz; sie führt regelmäßig mehr aus als ein. Obwohl sich ihre Brutto-Auslandsschulden im Zeitraumvon 1980 bis 1988 von 20,5 Milliarden auf 41,7 Milliarden Dollar mehr als verdoppelt hat, beträgt sie nur bescheidene 145 Dollar pro Mann, Frau und Kind in der UdSSR.

Die Gesamtschuld der UdSSR ist nur geringfügig höher als die Polens mit 39 Milliarden Dollar und mehr, aber auf einer Pro-Kopf-Basis umgerechnet schuldet Polen 1.000 Dollar pro Bürger. Ungarn schuldet proportional sogar noch mehr, nämlich 1.470 Dollar pro Kopf.

Die Banker wollen Kredite verkaufen

Für alle Banker bietet das Ganze gute Gelegenheiten. Alles, was sie wollen ist, daß Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Wiederaufbau) so weitergehen. Die Banker wollen die sparsamen sowjetischen Bürger dazu verleiten, ihre überschüssigen Rubel von den Spar- und Bankkonten abzuheben und auszugeben. Sie wollen einer Sowjetwirtschaft, die frei von kommunistischer Herrschaft ist, Darlehen verpassen. Dann können sie sie in ihre Gewalt bekommen.

Nikita Chruschtschow verstand unter Glasnost die Entstalinisierung und die Verurteilung des Personenkults.

Nach Maßstäben der dritten Welt und des kommunistischen Blocks gemessen, ist die UdSSR fast eine jungfräuliche Schuldnerin, mit einer Pro-Kopf-Verschuldung in harter Währung von 14 Prozent der von Polen und neun Prozent der von Ungarn. Angesichts der auf Dollar berechneten öffentlichen Schuld der Vereinigten Staaten von 15.000 Dollar pro Mann, Frau und Kind, kann man sagen, daß die UdSSR kreditwürdiger als die Vereinigten Staaten sind. Es muß jedoch fairerweise gesagt werden, daß die amerikanische Dollar-Schuld Gelder einschließt, die das Land seinen eigenen Bürgern schuldet, während die sowjetischen Schulden und die anderer Länder des Ostblocks nur Devisenschulden sind, die fremden Verleihern – Banken und offiziellen Agenturen – geschuldet werden.

Der Schlüssel für jedes erfolgreiche Programm einer massiven Darlehensvergabe an die UdSSR liegt in den Gewährleistungen, daß die Darlehen auch zurückgezahlt werden. Wenn man in der allgemeinen Presse etwas über einen auf goldgestützten Rubel, einen konvertierbaren Rubel oder über die Abwertung des Rubels liest, dann liest man etwas über Schritte, die, falls angenommen, die Zinszahlung erleichtern werden.

Alles kann ein Mißerfolg werden

Dies könnte aber auch alles in die Hose gehen. Es wird oft gesagt, daß es unter der Sonne nichts Neues gibt, und das ist sicherlich wahr soweit es Glasnost betrifft. Wir sind nämlich schon – und nähern uns vielleicht schon dem Ende – beim sechsten Glasnost.

Das erste Glasnost war Lenins Neue Wirtschaftspolitik NWP von 1921 bis 1929, die eingeführt wurde, um die Isolation der neugebildeten, von den Roten beherrschten UdSSR zu beenden. Privatbesitz wurde zugelassen, Schulden anerkannt, und kleine und mittelgroße Privatunternehmen zugelassen. »Oppositions«-Zeitungen und -magazine wurden geduldet. Lenin ermunterte Armand Hammer und andere ausgewählte westliche Geschäftsleute dazu, dem Westen »einen Pfad zu öffnen«.

1929, als die sowjetische Regierung weitgehend anerkannt und geduldet wurde, wurde die NWP urplötzlich beendet, Privatbesitz abgeschafft, die Zensur wieder eingeführt und die Unterdrükkung unter Stalin intensiviert.

1936 bis 1937 verkündete Stalin eine neue Verfassung für die Sowjetunion und ließ sogar freie

Wahlen abhalten. Das zweite Glasnost war darauf angelegt, den Kommunismus im Westen populär zu machen und eine Beteiligung der Kommunisten an den Volksfront–Regierungen in Europa zu fördern. Dies alles kam 1937 bis 1938 zu einem Halt mit kreischenden Bremsen, als Stalin eine blutige Säuberung der Kommunistischen Partei durchführte.

Erfolgreicher strategischer Betrug

Das dritte Glasnost war der Zweite Weltkrieg. Onkel Josef Stalin, der unsere »tapferen« Alliierten gegen den Faschismus anführte, stellte einige Rechte der Orthodoxen Kirche wieder her, ließ private Ackerlandstücke zu und schlug eine Aufhebung der Zensur für die Zeit nach dem Kriege vor. Dummerweise glaubte ihm der Westen dies und stimmte einer sowjetischen Einflußsphäre in Osteuropa zu, die sich zum Warschauer Pakt und zur Wirtschaftsgruppe COMECON entwickelte.

Das vierte Glasnost war Chruschtschows Entstalinisierung (1956 bis 1959). Stalins Personenkult wurde verurteilt und Chruschtschow wandte sich wieder einmal an Hammer: »Die Maßnahmen die unsere Regierung unter Lenins Initiative ergriff, brachten gute Ergebnisse: sie trugen zum Erfolg des Sozialismus in unserem Land bei... War die Neue Wirtschaftspolitik ein Rückzug? Jetzt ist allen klar, daß sie ein Angriff des Sozialismus auf den Kapitalismus war.«

In einer Stellungnahme zu diesem Zitat stellte die maßgebende »International Currency Review fest«: »Mit anderen Worten, die NWP war ein erfolgreicher strategischer Betrug und Chruschtschow prahlte auch noch damit – sogar noch als er dabei war, einen weiteren Betrug in die Wege zu leiten.«

Die Interessen der Finanz–Elite–

Das fünfte Glasnost war Leonid Breschnews Entspannung (1970 bis 1975). Es wurde wieder eine neue Verfassung verkündet und Breschnew unterzeichnete das Abkommen von Helsinki zur Achtung der Menschenrechte. Der Eckstein dieses Abkommens war Rüstungskontrolle, aber unter für die Sowjets günstigen Bedingungen.

Jetzt befinden wir uns im sechsten Glasnost, das 1983 begann, als Michail Gorbatschow die Macht übernahm. Es mag bereits weiter vorangeschritten sein, als die Sowjets geplant hatten, mit sechs europäischen Ländern – Polen, die DDR, Ungarn, die Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien – die ihre jeweilige kommunistische Regierung der alten Richtung abgeschüttelt haben. Drei von ihnen haben sogar mehr oder weniger nichtkommunistische Regierungen, wobei die Tschechoslowakei und Rumänien das stalinistische Unterdrükkungsregime effektiv über Bord geworfen und sich Polen als neugeborene freie Länder angeschlossen haben.

Die DDR bewegt sich unter einer konservativen–sozialdemokratischen Regierung schnell von der UdSSR weg, und in Ungarn hat sich die herrschende Kommunistische Partei einen anderen Namen gegeben und die ersten freien Wahlen verloren. Ungarn hatte schon vor der derzeitigen Reformwelle die freieste Wirtschaft des Ostblocks. Nur in Bulgarien hält die Kommunistische Partei immer noch die unkontrollierte Macht in der Hand, aber unter der neuen und hoffentlich aufgeklärteren Führung.
Aber die naheliegende Ursache für den unvermeidlichen Umschlag des sechsten Glasnost wird wahrscheinlich die Auflösung der »Union« der sowjetischen sozialistischen Republiken selbst sein.

Litauen steht kurz vor seiner Loslösung, und der ethnische Krieg zwischen dem islamischesn Aserbaidschan und dem christlichen Armenien veranlaßt viele Aseris, zu einer Vereinigung mit dem benachbarten Iran aufzurufen. Die Sehnsucht nach der Freiheit – wirtschaftliche Freiheit, Freiheit der Religion und nationale Selbstbestimmung unter einer nichtkommunistischen Regierung – ist in den Republiken der UdSSR ebenso stark wie in den ehemaligen osteuropäischen Satelliten. Aber dies wird nicht zugelassen werden, weder vom Sowjetregime noch von ihren Mitverschwörern, der westlichen Wirtschafts– und Finanz–Elite.



Der damalige sowjetische Präsident Kusnetzow verlieh Armand Hammer im Jahr 1978 den sowjetischen »Orden der Freundschaft.

Bei der Betrachtung der Zukunft der Länder Osteuropas, die dabei sind das Joch des Kommunismus abzuschütteln, ist es wichtig, die Reaktion der Wirtschafts– und Finanz–Elite des Westens in Betracht zu ziehen. Es ist offensichtlich, daß sie, als Institutionen, die »Ordnung« und »Stabilität« des Kommunismus einer Verpflichtung zur Freiheit und Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk, vorziehen.

Dies wird klar durch die jüngsten Ereignisse in Rotchina – nur Wochen nach dem blutigen Masaker auf dem Tiananmen–Platz in Peking (4. Juni 1989), nahmen amerikanische und andere westliche Geschäftsleute ihre Geschäfte wieder auf, als sei nichts gewesen. Der beschämende Kotau zweier hochstehender amerikanischer Regierungsbeamter – des Beraters für nationale Sicherheit Brent Scowcroft und des Staatssekretärs im US–Außenministerium, Lawrence Eagleburger – macht dies der ganzen Welt gegenüber vollkommen klar.

Diese Präferenz für »Ordnung« – in diesem Falle die alte Ordnung in der DDR, als sie noch vor einem Jahr festverankert zu sein schien – wurde durch das führende Sprachrohr des Establishment, das »Wall Street Journal«, hervorgehoben. Der Leitartikel vom 22. Februar 1989 war eine Lobeshymne auf das Regime Erich Honeckers, der jetzt daheim in Ungnade gefallen ist und einem Strafprozeß entgegensieht. Am Anfang dieses Artikels, wo kein Leser sie übersehen konnte, befanden sich folgende journalistische Juwelen:

»Ostdeutschland ist kein Invalide«. Eines Tages mögen die sowohl vom Westen als auch vom Osten eindringenden Kräfte der Untergang der DDR sein. Zur Zeit ist es jedoch immer noch das reichste Land unter dem Kommunismus – und ein Ort, wo nicht umgekrempelte Planer die Worte: ›Beginnt mit der Produktion‹ aussprechen und tatsächlich erleben können wie sie beginnt... Dies Land hat keine Schuldprobleme. Die 17 Millionen Ostdeutschen verdienen 30 Prozent mehr als ihre nächstreichen Partner, die Tschechoslowaken, und nicht viel weniger als die Engländer. Ostdeutsche bauen 32-bit–Kleinrechner und einen sozialistischen ›Walkmann‹, und die einzige Menschenschlange in Ost–Berlin steht an der Oper.

Von diesem Beobachtungsposten aus gesehen, hat das heutige Denken in der Sowjetunion die Stagnation in eine Katastrophe verwandelt, während die Reform Chaos in Jugoslawien, Klassenkonflikt in Ungarn und die politische Niederlage in Polen herbei-

Banker

In Osteuropa riecht es nach Profit

geführt hat. Wer braucht so etwas?«

Neun Monate später sah sich das »Journal« veranlaßt, anzuerkennen, daß die »guten Deutschen« nicht die gehirnlosen Roboter sind,die es eigentlich haben wollte. Am 13. November 1989, gerade vier Tage nach Öffnung der Berliner Mauer, stellte das »Journal« fest, daß »Ostdeutschland... über ein Gebrauchsgut verfügt, das Westdeutschland definitiv benötigen wird: Ein deutschsprechendes, verhältnismäßig gut ausgebildetes und verhältnismäßig preisgünstiges Potential an Arbeitskräften.«

Die wirkungsvolle Formulierung ist hier natürlich: »preisgünstig«. Selbst bei einem mit dem Zollstock des Ostblocks gemessenen Lebensstandard lebte der Durchschnitts–Ostdeutsche immer noch in einem regierungseigenen Haus und kauft in von der Regierung geführten Lebensmittelläden und Kaufhäusern ein. Er wurde in »Ost–Mark« entlohnt, die offiziell mit 1:1 zur westlichen Mark gehandelt wurde aber auf dem freien, (schwarzen) Markt wurden zehn Ost–Mark benötigt, um eine westdeutsche DM zu kaufen.

Das Modell DDR ist gescheitert

Und wer wirklich glaubt, der Durchschnitts–Deutsche lebte fast so gut wie der Durchschnitts–Engländer, muß die Fernseh–Berichte über ihre Einkaufsbummel in Berlin–West und in der Bundesrepublik verpaßt haben, bei denen sie das ihnen von der bundesdeutschen Regierung ausgehändigte »Begrüßungsgeld« von 100 DM »verbraten«.

Die Industrie in der Bundesrepublik Deutschland wird natürlich die willkommene Gelegenheit begrüßen, in einer freieren, aber immer noch »preisgünstigen« DDR neue Fabriken zu errichten. Aber die wahrscheinlichere Prognose, wenn die Supermächte nicht im Weg stehen, ist ein wiedervereinigtes, entmilitarisiertes und offiziell neutrales, nach dem Westen ausgerichtetes Deutschland.

Das politische und wirtschaftliche Modell der DDR ist gründlich in Verruf geraten, ungeachtet der gegenteiligen Behauptung des »Journal«.

Wenn dies eintritt, werden die Löhne und Gehälter sowie der Lebensstandard in der DDR in wenigen Jahren mit dem in der Bundesrepublik gleich sein.

In Polen herrscht eine andere Situation vor. Das – außer der UdSSR – sowohl in der Fläche als auch in der Bevölkerungsziffer (38,4 Millionen) größte Ostblockland. Polen, ist mit über 39 Milliarden Dollar an Auslandsschulden belastet oder eben mit über 1.000 Dollar pro Kopf. Es hat einen viel niedrigeren Lebensstandard als seine nächsten Nachbarländer Ungarn, die Tschechoslowakei und die DDR. Ein Grund dafür, daß die DDR wohlhabender und weniger verschuldet ist, ist wohl darin zu sehen, daß sie einige Jahrzehnte lang von Subventionen aus der Bundesrepublik in der Größenordnung von zwei Milliarden Dollar pro Jahr gelebt hat. Dies schließt direkte Investitionen durch bundesdeutsche Firmen und Überweisungen an DDR–Bewohner durch Verwandte in der Bundesrepublik ein.

Subventionen als soziale Errungenschaften

Alle kommunistischen Länder subventionieren Verbrauchsgüter und Dienstleistungen; und jeder Bundesdeutsche oder andere Westler, der in der Lage ist, in ein Land des Ostblocks zu reisen und sein Geld auf dem schwarzen Markt wechselt und dann Lebensmittel, Unterkunft, örtliche Transportgelegenheit und andere von der Regierung gestellte Dienstleistungen kauft, kann tatsächlich sehr billig leben. Er lebt zwar nicht so gut wie im Westen, profitiert aber von den den kommunistischen Ländern innewohnenden Subventionen.

In Polen beliefen sich, ab dem im November 1989 von der Solidarnosc geführten Regierung vorgelegten Haushalt, die Subventionen auf 21,1 Prozent der beabsichtigten Ausgaben, und die Subventionen an regierungseigene Unternehmen machten 11,1 Prozent der Ausgaben aus. Diese Subventionen machen Mieten, öffentliche Transportmittel, Grundnahrungsmittel und einige Kleidungsstücke zu Preisen, die unter den Marktpreisen liegen, verfügbar.

Die Veränderung von der gegenwärtigen Ordnung weg zu einer freien, sozialen Marktordnung hin, ist von Gefahren bedroht. Sie könnte sogar Polens Fähigkeiten seine Auslandsschulden zu bedienen in Gefahr bringen. In Polen, wie anderswo, arbeiten diejenigen Firmen, die die größte Konkurrenz haben am wirtschaftlichsten, und Monopole – wie regulierte öffentliche Dienstleistungen oder der einzige Supermarkt in einer Kleinstadt – können unwirtschaftlich arbeiten und doch überleben. Aber da alle Industrien ihren Bedarf aus regierungseigenen Quellen decken, ist das Risiko bei den wirtschaftlichsten Betrieben ironischerweise am größten.

Dies sind die Firmen, die jetzt am meisten auf einem wettbewerbsfähigen Weltmarkt exportieren. Wenn sie plötzlich Marktpreise, im Gegensatz zu subventionierten Preisen, zahlen müssen, dann klettern die Kosten dramatisch in die Höhe; aber sie können die Preise gegenüber den Käufern im Ausland, die ganz einfach woanders kaufen können, nicht erhöhen.
Aber Industrien, die Güter auf den heimischen Markt bringen und deren Käufer nicht das Geld dazu haben, weit teurere und bessere Einfuhrartikel zu kaufen, können sich mit Preiserhöhungen viel leichter über Wasser halten.

Die Misserfolge in der Ausfuhr–Politik

Dies war vor einem Jahrzehnt offensichtlich. Im November 1989 nahm die »International Currency Review« zur Diversifizierung der Ausfuhrstruktur Polens durch die kommunistische Regierung wie folgt Stellung: »Viel zu viele Projekte durften in Angriff genommen werden, so daß die verschiedenartige Gestaltung des Exports nicht logisch geplant wurde, vor allem im Zusammenhang mit der unzureichenden Infrastruktur. Anstatt sich auf wenige ›neue‹ Export–Industrien zu konzentrieren, schossen die Planer sozusagen aus der Hüfte – das heißt, je mehr desto lustiger. Viele neuen Export–Industrien tappen mühsam umher und waren nicht in der Lage, die erwarteten Güter zur Ausfuhr in die industrialisierte Welt herbeizuschaffen.

Und es ist noch schlimmer: Während sie keine wesentlichen Exporte in industrialisierte Länder zustandebrachten, bleiben diese neuen Industrien von erhöhten Einfuhren westlicher Materialien abhängig...
(Und) eine damit einhergehende Vernachlässigung der Entwicklung der Infrastruktur führte zu ernsthaften Engpässen – besonders beim Transport von Kohle aus den südpolnischen Bergwerken zu den nördlichen Seehäfen.«

Den Bankern geht es nur um Zinsen

Eine naheliegende Hilfe, um von einer kommunistisch beherrschten Wirtschaft weg und zu einer Wirtschaft des freien Unternehmens oder eher zu einer »Misch«wirtschaft zu kommen, wo regierungseigene Betriebe mit Privatunternehmen ko–existieren und keine Subventionen erforderlich sind, wäre eine Umleitung von Gütern vom Export zur heimischen Industrie, und die Verwendung der Schuldendienstleistungen zur Verbesserung der Infrastruktur. Dies würde die Qualität und Quantität der den polnischen Arbeitern zur Verfügung stehenden Güter erhöhen und das notwendige Fundament für eine produktivere polnische Industrie und Landwirtschaft legen. Und die wirtschaftlichsten, nicht die unwirtschaftlichsten polnischen Betriebe wären dann im Wettbewerb im Vorteil. Die Realität ist aber leider so, daß die Presse des Establishments den Bereichen der polnischen Wirtschaft ein Hosianna des Lobes singen wird, die von polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen hergestellte Produkte erfolgreich exportieren, deren Erlöse dann als Zinsen an die ausländischen Banker gezahlt werden. Es ist das alte Spiel und die immer wiederkehrende Profitsucht. □

Osteuropa

Bei Bankern in Ungnade gefallen

Martin Bruns

Jugoslawien, das einst vom Establishment als der nicht zum Ostblock gehörende Musterstaat gelobt wurde, ist jetzt zu einem Anachronismus geworden. Ein Parteitag der Kommunistischen Partei mußte angesichts der Tatsache, daß Delegierte aus der nördlichen Provinz Slowenien, die ihre Absicht bekundet hatten, eine neue politische Partei zu gründen, vorzeitig in einem Tohowabohu abgebrochen werden. Die Presse stellte fest: »Der Schritt bedrohe die Einheit der völkisch verschiedenen und wirtschaftlich angeschlagenen Jugoslawischen Föderation.«

Das Establishment liebte Jugoslawien, weil es ein äußerlich stabiles kommunistisches Land Land war, daß sieben größere Volksgruppen mehr oder weniger zusammen hielt und sich dem Diktat des Internationalen Währungsfonds (IWF) beugte, indem es seine Auslandsschuld in Höhe von 21 Milliarden Dollar bediente. Das bedeutet natürlich Abzweigung der Produktion vom Inlandsmarkt zum Export, so daß die Gewinne an die Banken gehen konnten, um die Zinsen zu bezahlen.

Jugoslawien besteht aus vielen Ländern

Ein Beispiel dafür: Mit einem ziemlichen Medienspektakel sollte der Yogo, der jugoslawische Kleinwagen, auf den amerikanischen Markt eingeführt werden. Er sollte in den USA weniger als 4.000 Dollar kosten und dadurch bei weitem der billigste Wagen sein. Das Auto scheiterte jedoch wegen seiner abgrundtiefen schlechten Qualität im Vergleich zu amerikanischen, deutschen und japanischen Wagen.

Es ist jedoch eine Tatsache, daß der Yogo als bestes in Jugoslawien produziertes Auto daheim einen bereitwilligen und lukrativen Markt gefunden hätte. Dies hätte jedoch dazu geführt, daß der Hersteller in Dinar bezahlt worden wäre und das wiederum wäre für die Bedienung der Devisenschulden Jugoslawiens keine Hilfe gewesen.

Jugoslawien könnte eigentlich in mindestens drei oder vielleicht sogar mehr Länder aufgeteilt werden. Da die Abspaltung für verschiedene Republiken der UdSSR eine reale Möglichkeit ist, und da zwischen den Volksgruppen der Azeris und Armenier Gewalttätigkeiten ausgebrochen sind, ist der Gedanke an Unabhängigkeit für Jugoslawiens verschiedene Bestandteile kein Wolkenkuckucksheim mehr. Jugoslawien hat eine Bevölkerung von 24 Millionen, etwa die gleiche wie Belgien, Holland und Luxemburg zusammen, aber auf einer viel größeren Landfläche.

Wer ist verantwortlich für die Schulden?

Es könnte sich leicht in drei oder mehrere unabhängige Nationen aufteilen, von denen jede unter einer nichtkommunistischen Regierung lebensfähig wäre.
Wenn dies geschehen würde und Jugoslawien aufhören würde zu bestehen, wer wäre dann aber verantwortlich für die Schulden des nicht mehr bestehenden Landes, das sich bislang sozusagen mit vorgehaltener Pistole erhalten hat?

»Newsweek« nannte Jugoslawien »mehr ein Kompromiß als ein Land«. Jedenfalls wird es nicht mehr länger als Beispiel dafür dienen, wie Völker verschiedener Nationalität zusammenleben, den Sozialismus aufbauen und den Weg zu einer neuen Weltordnung weisen können.



US-Präsident Jimmy Carter besuchte während seiner Amtszeit Ceausescu (ganz links), der das liebste Kind des Banken-Estalishments war.

Bulgarien, ein Land von neun Millionen Einwohnern, wird ebenfalls von Streitigkeiten zwischen Volksgruppen heimgesucht. In Bulgarien versucht die Kommunistische Partei, nachdem sie den Führer des harten Kurses, Todor Schiwkow, 78, der seit 1954 an der Macht war, in die Wüste geschickt hatte, an der Macht zu bleiben, indem sie die türkische Volksgruppe, etwa neun Prozent der Bevölkerung, weiterhin verfolgt.

Schiwkow wurde in einem internen Machtkampf gestürzt und Bulgariens neue Machthaber versprechen freie Wahlen und Wirtschaftsreformen, was der türkischen Minderheit aber kaum helfen wird. Bulgarien war, vom Standpunkt der UdSSR aus gesehen, immer der treueste und verläßlichste Satellitenstaat. Bulgariens Geheimdienst hat diejenigen umgebracht, die der KGB zur »Erledigung« bestimmt hatte, und war angeblich 1981 in den Mordversuch an Papst Paul Johannes II. verwickelt.

Bulgariens wirtschaftliche und politische Reformen sind eine Nachahmung der sowjetischen Reformen.

Bulgarien exportiert wenig Wertvolles in den Westen, und selbst diese Produkte sind sowohl als Ganzes als prozentual zu den Gesamteinfuhren des Westens, wie gering diese auch immer waren, gesehen, rückläufig. 1988 beliefen sich Bulgariens Ausfuhren in den Westen auf weniger als eine Milliarde Dollar, was sogar nach Ostblock–Maßstäben gemessen eine abgrundtiefe Pleite war.

Die Revolution von Rumänien

Obwohl die Versuchung naheliegt, Bulgariens Aussichten außer Acht zu lassen, wäre dies angesichts der jüngsten Ereignisse, vor allem im benachbarten Rumänien, töricht. Die Welt wird die aufwühlenden Ereignisse vom Dezember 1989 nie vergessen. Eines Morgens, kurz vor Weihnachten, wurde die rumänische Revolution weltweit in lebendigen Farben in der ganzen Welt bekanntgegeben.

Niemand konnte diese glorreiche Beseitigung eines der brutalsten kommunistischen Regimes der Welt durch eine aufgebrachte Bevölkerung vorhersehen.

Der »Economist«, eine britische Wochenzeitschrift, prophezeite am 12. August 1989: »Das Land scheint völlig unter Kontrolle zu sein ... Ceausescu kann solange er lebt an der Macht bleiben – und sein Gesundheitszustand

Osteuropa

Bei Banken in Ungnade gefallen

scheint jetzt ausgezeichnet zu sein –. Wenn er stirbt, wird seine Frau, falls sie dann noch lebt, wahrscheinlich die Macht übernehmen, es sei denn eine Koalition aus Parteileuten, Generälen und Männern der Geheimpolizei könnte sie daran hindern. Wenn sie das tut, werden sie etwa so liberal und erneuerungsfähig sein wie es das Breschnew–Regime in Rußland war.«
Nicolae Ceausescu wurde sogar von Michail Gorbatschow bei einem Besuch in Moskau im Oktober 1988 wegen seiner harten Politik kritisiert.

Natürlich stürzte sich die Armee und das Volk auf die Ceausescus, die Partei und die Geheimpolizei, und stellten den abgesetzten Diktator und seine Frau am ersten Weihnachtstag vor Gericht und richteten sie hin.

Ceausescu zahlte pünktlich seine Schulden

Seit 1965 an der Macht stehend, machte Ceausescu in der Tat bis etwa eine Woche vor seinem Sturz den Eindruck als habe er sein Land »gut in der Gewalt«. Rumänien war eines der wenigen Länder in der Region, das nicht von einer enormen Auslandsschuld belastet war. Unter Ceausescu borgte Rumänien 10 bis 15 Milliarden Dollar – niemand weiß genau wie viel – und zahlte bis zu dem Zeitpunkt, als der Diktator gestürzt wurde, bis auf eine Milliarde Dollar alles zurück. Diese Leistung wurde dadurch erbracht, daß die Bevölkerung auf dem Existenzminimum gehalten wurde.

Darauf ist zumindest teilweise die Wut zurückzuführen, die das Volk und die Armee an dem Diktator und seinem Regime ausließ, der natürlich seinem Sicherheitsapparat und seiner Familie und dem inneren Kreis besonderen Zugang zu materiellen Gütern und Lebensmitteln angedeihen ließ, so daß sie mit einem Lebensstandard des Überflusses leben konnten.

Unter Ceausescu war Rumänien das einzige Land in Europa, wo weitverbreitet Hunger und steigende Unterernährung herrschte. Kinder im Alter von fünf oder sechs Jahren hatten niemals Schokolade oder frisches Gemüse gegessen. Die Rationierung war weitverbreitet, mit einer Zuteilung von einem halben Liter Salatöl und weniger als zwei Pfund Fleisch monatlich pro Kopf. Der elektrische Strom war rationiert, und das vom Staat beherrschte Fernsehnetz war nur zwei Stunden pro Tag in Betrieb.

Die Banker schwiegen über die Ausbeutung

Es dürfte keine Überraschung sein, zu erfahren, daß das Bank-Establishment die Entbehrungen des rumänischen Volkes, die für die Banker so enorm gewinnträchtig waren, niemals beklagte oder auch nur kommentierte.

Sobald Ceausecu gestürzt war, stellte die vorläufige rumänische Regierung sofort die Ausfuhr von Waren ein und ordnete an, daß diese den rumänischen Bauern und Arbeitern, die sie produziert hatten, zugänglich gemacht wurden. Kaffee, Tee, Fleisch, Gemüse und viele andere Güter – sowohl im Lande produziert als eingeführt – wurden sofort örtlich zum Kauf angeboten. Dieser unerwartete Glücksfall war nichts anderes als der Verkauf von Warenbeständen, die zum Verbrauch durch die herrschende Elite aufgestapelt worden waren.

Andere Ostblockländer, die dabei sind, das Joch des Kommunismus abzuschütteln, stellen fest, daß sie mehr ausführen und weniger verbrauchen müssen, um ihre Schulden besser bedienen zu können. Rumänien dagegen, das kaum noch Schulden hat, verfügte über 1,7 Milliarden Dollar an Devisenreserven und mindestens 400 Millionen Dollar in der Privatschatulle der Familie Ceausescu, die in der Schweiz in Sicherheit gebracht worden waren und die die Schweizer Regierung jetzt an die vorläufige Regierung zu übergeben versprochen hat. Es bleibt zu hoffen, daß Rumänien in den neunziger Jahren und darüber hinaus eine Verbesserung und keine Verschlechterung des Lebensstandards seiner seit langem leidenden Bevölkerung erleben wird. □

Trilaterale Kommission

Die Zukunft des Ostblocks

Michael Collins Piper

Beobachter der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse, die regelmässig CODE lesen, sind von den Friedensouvertüren, von Perestroika und Glasnost des sowjetischen Partei- und Staatschefs Michail Gorbatschow oder durch die Revolution in Osteuropa keineswegs überrascht worden. Das Ganze rührt von Abkommen zwischen den kommunistischen Bossen und ihren Geschäftspartnern im Westen her: Laurance und David Rockefeller, Verbündete auf den höchsten Befehlsebenen der Trilateralen Kommission.

Immer wieder wurde an dieser Stelle berichtet und vorhergesagt, daß es das Ziel der Trilateralen Kommission ist, die Sowjets zum »Vollpartner in der Weltwirtschaft« zu machen, was ein geschicktes politisches Jonglieren erforderlich macht.

Kriegsfurcht muß weiter herrschen

CODE schrieb über die letzten Treffen der Trilateralen Kommission: Es muß genug Bewegung hin zum Frieden geben, damit die Westeuropäer und Amerikaner die massiven Transusionen ihrer Steuergelder in kommunistische Länder dulden, um den Internationalisten zu helfen, die Länder des ehemaligen Ostblocks zu stützen. Und es muß genügend Kriegsfurcht herrschen, so daß der militärisch-industrielle Komplex, vor allem die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) der Amerikaner weiterhin ungeheuer lukrativ bleibt.

Die dramatischen Vorstöße im »Friedensprozeß« in Europa – es hatte mit Polen begonnen – nimmt die Welt-Schattenregierung als die eigenen Verdienste für sich in Anspruch. Das eigentliche und letztendliche Ziel der Trilateralen besteht darin, die Sowjetunion und die Länder des kommunistischen Ostblocks zu »Vollpartner der Weltwirtschaft« zu machen, mit gleichzeitiger Mitgliedschaft in der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds (IWF), beides Hauptkanäle für westliche Steuergelder in Länder der dritten Welt.

Als Belohnung für die Lockerung ihrer Bindungen an Moskau sollen die westlichen Industrieländer einschließlich der Bundesrepublik Deutschland jene Länder unterstützen, so daß es sich die Kommunisten besser leisten können Waren zu kaufen, wenn die Internationalisten die Fabriken bauen, um sie zu produzieren.

Die Folgen des Besuchs in Moskau

In direkten Stellungnahmen und über die anderer Mitglieder der Trilateralen Kommission nahm Rockefeller die Verdienste für die »Friedensinitiative« des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow undfür das historische Abkommen der polnischen Regierung mit Solidarnosc für sich in Anspruch.

Rockefeller führte im Januar 1989 eine trilaterale Delegation nach Moskau und hatte dort eine längere Unterredung mit Gorbatschow. Dort dränge er darauf, daß die Sowjetregierung »Vollpartner in der Weltwirtschaft« werde und bot den Sowjets die Mitgliedschaft in der Weltbank und im IWF an.

Im Februar des gleichen Jahres führte Rockefeller eine Delegation des Council on Foreign Relations (CFR) nach Warschau, wo Polen ähnliche Versprechungen gemacht wurden.

In Warschau drängte Rockefeller das kommunistische Land dahin, noch vor der Sitzung der Trilate-

ralen Kommission in Paris am 8. April 1989 ein Abkommen mit der Solidarnosc zu treffen, so daß Strategien zur Erlangung »globalen Unabhängigkeit« ausgearbeitet werden können. Das Ganze ist jedoch ein böses Omen für deutsche und amerikanische Arbeiter.

Der Nutzen für die Banker

Die Ausbeutung der Volkswirtschaften hinter dem ehemaligen eisernen Vorhang wird für die internationalen Banker und politischen Führer von ungeheurem Nutzen, aber zum Nachteil für den Westen sein. Schon am 17. April 1980, in einem Artikel im »Christian Science Monitor« beschrieb der Beobachter der Trilateralen, Jeremiah Novak, wie die Trilaterale Kommission auf eine spätere Fusion der trilateralen Länder mit der UdSSR und den sowjetischen Satellitenländern hinarbeitet. Novak schrieb: »Die Kommission hofft, daß es im Zusammenhang mit einer sich ständig entwickelnden Beziehung zur Sowjetunion zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein wird, die Sowjets zum Beitritt aufzufordern.«

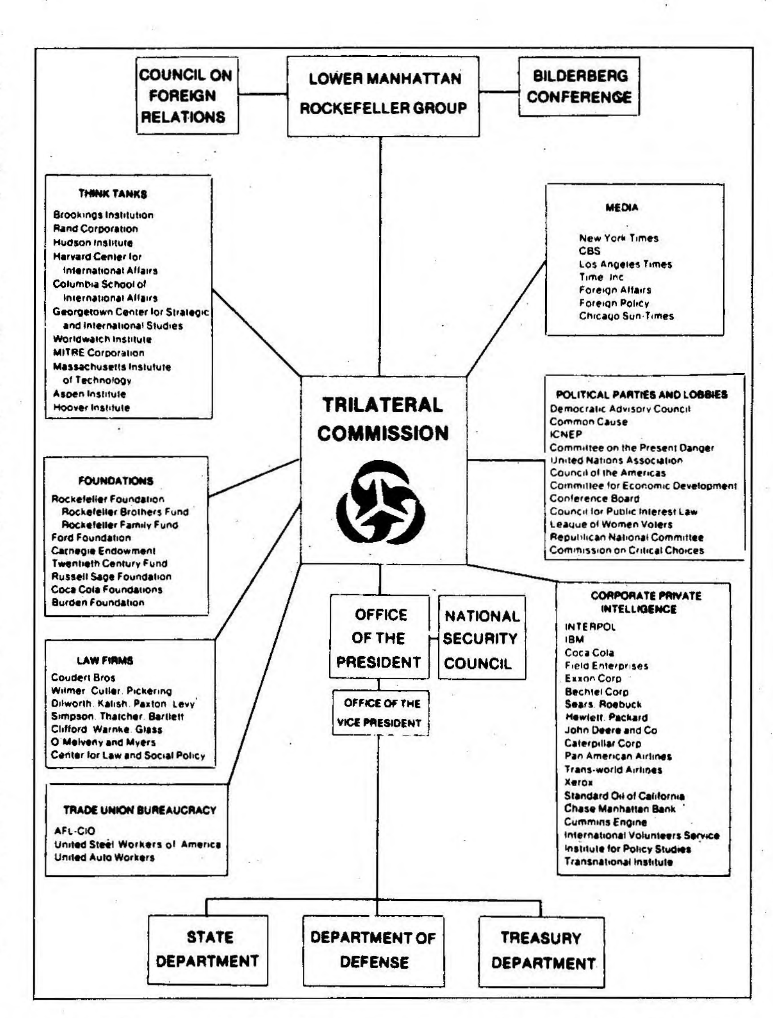
Zbigniew Brzezinski, der Chef-Ideologe der Kommission, stellte dazu fest: »Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um eine Gemeinschaft der entwickelten Länder zu schmieden, die die Staaten des Atlantik, die fortgeschritteneren kommunistischen Länder Europas sowie Japan umfaßt.

Die Bewegung auf eine solche Gemeinschaft hin erfordert zwei breite und sich gegenseitig überlappende Phasen. Die erstere von diesen beiden betrifft das Zusammenschmieden von Gemeinschaftsbindungen zwischen den Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan. Die zweite Phase umfaßt die Erweiterung dieser Bindungen zu den kommunistischen Ländern.«

Novak faßt dazu zusammen: »Das Wesentliche an dem Programm der Trilateralen ist daher, nicht nur einen Machtausgleich zwischen der Sowjetuntion und den trilateralen Demokratien herzustellen, sondern einen Gleichklang der Macht, an dem sich die UdSSR und die wichtigen Länder der dritten Welt beteiligen könnten.«

Osteuropa wird zu Mitteleuropa

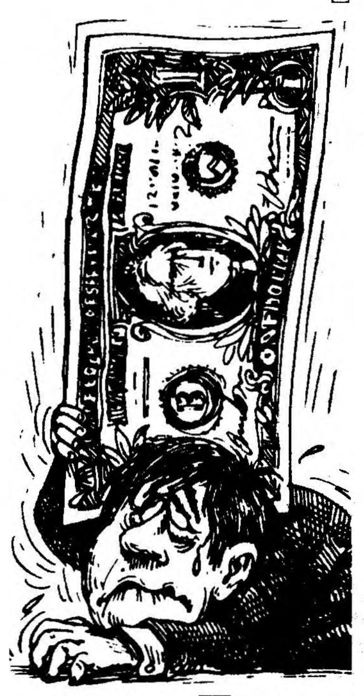
Brzezinski, der 1988 bei der Zusammenkunft der Trilateralen Kommission in Tokio sprach, äußerte sich auch über den Schritt, die Sowjetunion und Osteuropa in den Weltmachtblock hineinzubringen: »Obwohl die Stabilisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion über das kommende Jahrzehnt hinweg ein vernünftiges Ziel – aber auch nicht mehr – ist, wird die Neugliederung Osteuropas – im Zusammenhang mit einer Sowjetunion, die mit ihren Inlandsproblemen vollauf beschäftigt ist – in ein größeres Europa immer aktueller. Wie heute morgen schon jemand ausführte, Osteuropa wird zu Mitteleuropa. Ich habe lange die Ansicht vertreten, daß das Vorhandensein nur eines Westeuropas und eines Osteuropas eine künstlich geschaffene Nachkriegs-Realität ist; daß die wirliche Realität ein Europa ist, das einen westlichen, einen zentralen und einen östlichen Bestandteil hat – und dieser zentrale Bestandteil wird sich in den kommenden Jahren schwergewichtlich dem Westen zuneigen.«
So hat die Trilaterale Kommission ihre eigene Tagesordnung aufgestellt und trägt die Verantwortung für eine neue Weltarena, die heute zustandegebracht wird. □



Der Aufbau un die Verflechtungen von Rockefellers Trilateraler Kommission. Eine vollständige Liste aller Rockefeller-Organisationen, Kapitalbeteiligungen und Programme würde ein Telefonbuch einer Kleinstadt füllen.

COUNCIL ON FOREIGN RELATIONS
THE TRILATERAL COMMISSION
AMERICA
THE UNITED NATIONS
THE ROUND TABLE OF THE NINE
ENGLAND
EUROPE
ROYAL INSTITUTE FOR INTERNATIONAL AFFAIRS
THE BILDERBERG GROUP
CLUB OF ROME

Das Netzwerk der Internationalisten mit ihren internationalen Absprachegremien.



Rockefellers Welt-Schatten-regierung

Peter Blackwood

Die Trilaterale Kommission wurde 1973 ins Leben gerufen. Ihr Gründer und hauptsächlicher Finanzengel war und ist der internationale Banker David Rockefeller, langjähriger Vorsitzender der von der Familie Rockefeller beherrschten Chase Manhattan Bank und unumstrittener Herrscher über das weltweite Firmenimperium seiner Familie.

Rockefellers Idee, die Kommission zu schaffen, ergab sich, als er ein Buch gelesen hatte mit dem Titel »Between Two Ages«, geschrieben von einem Gelehrten des Establishments, Professor Zbigniew Brzezinski von der Columbia University. In seinem Buch schlug Brzezinski eine gewaltige Allianz zwischen Nordamerika, Westeuropa und Japan vor. Laut Brzezinski machen die Veränderungen in der Welt eine solche Organisation erforderlich.

Anpassung an internationale Zusammenhänge

»So sehr es auch Widerstand leisten mag«, schrieb Brzezinski an anderer Stelle, »das amerikanische System ist gezwungen, sich langsam an diesen neuen internationalen Zusammenhang anzupassen, wobei die US-Regierung aufgefordert wird zu verhandeln, zu garantieren und bis zu einem gewissen Ausmaß die verschiedenen Arrangements zu schützen, die sogar vom Privatgeschäft zustandegebracht worden sind.«

Mit anderen Worten: Es war notwendig, daß sich die internationale Oberschicht zusammentat, um ihre Interessen wahrzunehmen und in den entwickelten Ländern zu gewährleisten, daß politische Führer an die Macht kommen, die dafür sorgen, daß weltweite Finanzinteressen – die der Rockefellers und anderer herrschender Eliten – vorrangig vor denen der breiten Masse geschützt werden.



Henry Kissinger plädierte in Moskau für ein System, in dem Rivalität durch Zusammenarbeit ersetzt wird.

Obwohl die ersten Vorkehrungen zur Gründung der Kommission in einer Reihe von Sitzungen, die auf dem berühmten Gut der Rokkefellers Pocantico Hills, außerhalb von New York getroffen wurden, trug Rockefeller die Idee der Kommission erstmals auf der Jahressitzung der Bilderberg-–Gruppe vor, die im Frühjahr 1972 in Knokke, Belgien, stattfand.

Die Bilderberg–Gruppe ähnelt der Trilateralen Kommission insofern, als sie vom Rockefeller-Imperium finanziert und stark beeinflußt wird und sich aus internationalen Finanziers, Industriellen, Medienmagnaten und Finanzleuten zusammensetzt.

Die Mitgliedschaft in der viel älteren Bilderberg–Gruppe ist jedoch streng auf Teilnehmer aus den Vereinigten Staaten, Kanada und Westeuropa, das heißt, auf das NATO–Bündnis begrenzt.

Die Trilaterale Kommission war jedoch einmalig dadurch, daß sie die herrschende Klasse Japans in die inneren Kreise der globalen Finanzmakler einführte, eine Anerkennung des wachsenden Einflusses Japans in der wirtschaftlichen und politischen Weltarena.

Eine gedrängte Zusammenfassung des Zwecks der Kommission wurde von Holly Sklar umrissen, der die ausgedehnte Erforschung der Geschichte und des Hintergrunds der Trilateralen Kommission leitete.

Die herrschenden Klassen vereinigten sich

»Der Zweck dieser Kommission besteht darin, eine dauerhafte Partnerschaft unter den herrschenden Klassen Nordamerikas, Westeuropas und Japans – daher der Begriff »trilateral«, dreiseitig – in die Wege zu leiten, um die Interessen des westlichen Kapitalismus in einer explosiven Welt abzusichern. Die private Kommission versucht öffentliche Politik zu formen und den Rahmen für internationale Stabilität in den kommenden Jahrzehnten zu konstruieren.

»Um es einfach auszudrücken, die Trilateristen sagen: Die Menschen, Regierungen und Volkswirtschaften aller Länder müssen den Erfordernissen der multinationalen Banken und Gesellschaften dienen.

Kurz: Trilateralismus ist der derzeitige Versuch der herrschenden Eliten, eine gewisse Abhängigkeit als Demokratie – im Inland und im Ausland – zu managen.«

Für einen anderen Kritiker der Trilateralen, den jetzt im Ruhestand lebenden Senator Barry Goldwater ist die Kommission durch und durch eine Einrichtung der Familie Rockefeller. Goldwater sagt:

»Die von David Rockefeller geschaffene trilaterale Organisation war ein Surrogat – die Mitglieder von Rockefeller ausgewählt, die Ziele von Rockefeller festgelegt, die Finanzierung von Rockefeller besorgt. David Rokkefeller siebte und wählte jede Einzelperson aus, die eingeladen wurde an den Sitzungen teilzunehmen.«

Die Auswahl der Politikmacher

David Rockefeller und Brzezinski begannen dann mit dem Verfahren unter den »Trilateralen« Nationen, die mehrere Hundert elitäre Makler der Macht auszuwählen, denen es gestattet würde, sich in den kommenden Jahren an der Politikmache der Trilateralen zu beteiligen.

Eines der Hauptziele der Kommission bestand darin, 1976 einen von den Trilateralen beeinflußten amerikanischen Präsidenten ins Weiße Haus zu setzen, und um dieses Ziel zu erreichen war es notwendig, einen geeigneten Kandidaten heranzubilden, der bereit war, sich für die Ziele der Trilateralen einzusetzen.

Rockefeller und Brzezinski wählten eine Handvoll wohlbekannter Demokraten und hier und da

einige Republikaner – in erster Linie solche mit liberal–internationalistischer Neigung – aus, um in der Kommission zu dienen.

Und in dem Bestreben der Kommission einen regionalen Ausgleich zu geben, forderte Rockefeller den damals noch völlig unbekannten demokratischesn Gouverneur von Georgia einer einzigen Amtsperiode, Jimmy Carter, auf, der Kommission beizutreten.

Das Rockefeller-Zentrum Süd

Rockefeller hatte langjährige Verbindungen zum örtlichen wirtschaftlichen und politischen Establishment in Atlanta. Ein Großteil des persönlichen Geldanlagebestands Rockefellers steckt nämlich in Immobilien in Atlanta. Laut David Horowitz, Mitverfasser des Buches »The Rockefellers«, »ist Atlanta das Rockefeller Center South«.

Und Rockefeller selbst hatte Carter sogar einige Jahre vorher, bereits 1971, das Jahr in dem Carter seine Amtszeit als Gouverneur antrat, diesen zu einem Essen mit ihm in der Chase Manhattan Bank eingeladen.

Carter beeindruckte Rockefeller und Brzezinski sehr entschieden, mehr als irgendein anderer Demokrat aus dem Süden. Der Gouverneur Reuben Askew aus Florida entschloß sich ebenfalls in der Kommission zu dienen und wurde, wie Carter, als möglicher Kandidat für die Trilateralen erachtet.

Brzezinski: »Es war ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Carter und Askew, aber wir waren davon beeindruckt, daß Carter in Brüssel und Tokio Handelskontore für den Staat Georgia eröffnet hatte. Das schien vollkommen in das Konzept der Trilateralen Kommission zu passen.«

Carter bewarb sich tatsächlich ebenso wie Askew 1976 um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat für die Demokraten, aber wegen Rockefellers Interessen wurde Carter die interne Starthilfe zuteil.

Diese war so stark, daß in einer Rede auf der ersten Jahresversammlung der Kommission in Kyoto, Japan, im Mai 1975, Rokkefellers Mann Brzezinski den damals noch immer unbekannten Carter, seinen Mit-Trilaterialisten, als idealen Präsidentschaftskandidaten förderte.

Mit Hilfe der Wall Street-Banker

Von diesem Zeitpunkt an war alles klar. Goldwater: »Rockefeller und Brzezinski hielten Carter für ihren idealen Kandidaten. Sie halfen ihm seine Nominierung für die Demokraten durchzusetzen und die Wahl zum Präsidenten zu gewinnen.«

»Um dieses Ziel zu erreichen mobilisierten sie die Finanzkraft der Wall Street Banker, den intellektuellen Einfluß der Akademikerschaft – die dem Wohlstand der großen steuerfreien Stiftungen untergeordnet ist – und die in der Mitgliedschaft im CFR und bei den Trilateralen repräsentierten Medienbosse.«



Prinz Bernhard der Niederlande gründete im Auftrag von Rockefeller die Bilderberger.

Der obenerwähnte CFR-Council on Foreign Relations – ist eine andere von Rockefeller finanzierte ausländische Interessengruppe ähnlich wie die Trilateralisten und die Bilderberger, obwohl sich der CFR nur aus amerikanischen Bürgern zusammensetzt.

In seinem Buch »The Carter Presidency and Beyond«, 1980 von der Ramparts Press herausgegeben, widmet Professor Laurence H. Shoup ein ganzes Kapitel der Darstellung, wie die mit den Trilateralen verbundenen und von den Trilateralen beherrschten Medien die Präsidentschaftskandidatur des damals völlig unbekannten Gouverneur von Georgia, Jimmy Carter, förderten.

Carter führte seinen Wahlkampf natürlich als »Populist« – als ein »Mann des Volkes« – als »Außenseiter«, ohne Bindungen an das Establishment. Tatsache ist jedoch, daß Carter, der sagte, daß er niemals lügen werde, ein Angehöriger der Oberschicht, ein Insider, der »Mann auf dem Schimmel« der Trilateralen Kommission war.

Und mit der Macht der Kommission und des Rockefeller–Imperiums und dessen Medieneinfluß hinter sich machte sich Carter auf den Weg zur amerikanischen Präsidentschaft, errichtete die erste fertige trilaterale Regierung, hievte zahlreiche Trilateralisten in Schlüsselpositionen der Politik und führte die Tagesordnung der Trilateralen ganz und gar durch.

Seltsame Ansichten des Gründers

Die seltsamen Ansichten des Gründungsdirektors der Trilateralen Kommission, des Professors an der Columbia University Zbigniew Brzezinski, sagen viel über die politische Richtung der Kommission und deren Führung aus. Brzezinski umriß seine Ansichten in seinem Buch »Between Two Ages« (»Zwischen zwei Zeitaltern«), herausgekommen kurz bevor er 1973 auf Anweisung seines Gönners David Rockefeller die Trilaterale Kommission in Bewegung setzte.
Nachstehend einige Auszüge aus dem Buch, das zur Entstehung der Trilateralen Kommission führte:



Zbigniew Brzezinski ist der geistige Vater der Trilateralen Kommissionn, die die Interessen des internationalen Establishments vertritt.

»Wenn auch der Stalinismus vielleicht sowohl für das russische Volk als auch für den Kommunismus eine unnötige Tragödie gewesen sein mag, besteht die intellektuell unwiderstehliche, die Phantasie aufs höchste anregende Möglichkeit, daß er, wie wir noch sehen werden, für die Welt als Ganzes ein Glück im Unglück war.«

»Der Marxismus stellt ein weiteres lebenswichtiges und schöpferisches Stadium im Reifeprozeß des Weltblick des Menschen dar. Der Marxismus ist gleichzeitig ein Sieg des äußeren aktiven Menschen über den inneren passiven Menschen und ein Sieg der Vernunft über den Glauben.«

»Die Sowjetunion hätte als Standartenträger der einflußreichsten Gedankenschule dieses Jahrhunderts und als gesellschaftliches Modell zur Lösung der Schlüsselprobleme, denen sich der moderne Mensch gegenübersieht, hervortreten können.«

»Der Marxismus gewährte den besten verfügbaren Einblick in die zeitgenössische Wirklichkeit. Die marxistische Theorie ist die einflußreichste Gedankenschule dieses Jahrhunderts.«

»Der bevorstehende 200. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung könnte den Ruf nach einer landesweiten Verfassungs–Konvention zur Überprüfung des formellen institutionalen Rahmens der Nation rechtfertigen.«
Brzezinski diente später natürlich als mächtigster Mann in der

Trilaterlale Kommission

Rockefellers Welt-Schatten-regierung

Carter–Regierung (1977 bis 1981) als Berater des Präsidenten für nationale Sicherheit, der für die Aufrechterhaltung der Staatssicherheit Amerikas verantwortlich war – ungeachtet seiner schriftlich niedergelegten Absichten, mit denen er den Weltkommunismus begünstigt –.

Drei Frontgruppen miteinander verglichen

Drei verschiedene von Rockefeller geschaffene und von Rockefeller finanzierte internationale Machtblöcke der Politik werden oft von ihren Kritikern miteinander verwechselt.

Ein Grund für diese Verwechslung ist darin zu sehen, daß, abgesehen davon, jede – ganz oder teilweise – vom Rockefeller–Imperium gesteuert wird, diese Gruppen sich in ihren Zielen sehr ähnlich sind, und daß ihre Mitgliederschaft weitgehend überlappt, und daß sie in direkter Übereinstimmung gewöhnlich die gleichen Ziele ansteuern.

Die Mitgliedschaft in jeder der Gruppen setzt sich stets aus Mitgliedern der Familie Rockefeller, ihren bezahlten Angestellten und Beratern, verbündeten internationalen Finanziers und Industriellen, Akademikern der großen Universitäten und steuerfreien Stiftungen, hochstehenden Gewerkschaftsführern, Schlüssel–Persönlichkeiten und Beherrschern der Medien sowie ausgewählten Politikern zusammen.

Aber jede der drei Gruppen – der Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen), CFR, die Bilderberg–Gruppe und die Trilaterale Kommission – ist sehr verschieden, wie diese Gegenüberstellung zeigt.

In New York ansässig und nur aus amerikanischen Staatsbürgern bestehend. Bringt die Vierteljahreszeitschrift »Foreign Affairs« heraus und führt regelmäßige Zusammenkünfte und Seminare durch. Wichtige Sitzungen sind streng vertraulich und nicht protokolliert, also geheim.

Der Council on Foreign Relations

Gegründet 1921 mit finanzieller Unterstützung der Rockefellers und hervorgetreten als der amerikanische Zweig des British Royal Institute on Inernational Affairs (RIIA) und als Nachfolgeorganisation eines früheren, weniger organisierten Rechtsträgers, der bereits bestand und die gleiche Rolle spielte.

Das RIIA war das geistige Kind des britischen Finanziers Cecil Rhodes, Gründer der Rhodes–Stiftung, und dem Konzept der Wiedervereinigung der Vereinigten Staaten mit dem britischen Weltreich gewidmet.

CFR–Mitglieder wurden, angefangen von der republikanischen Hoover–Regierung bis zum heutigen Tage in demokratischen wie auch in republikanischen amerikanischen Regierungen, immer wieder in Schlüsselstellungen der Politik berufen.

David Rockefeller selbst war langjähriger Vorsitzender des CFR und bleibt weiterhin praktisch sein Herr.

Die Bilderberg–Gruppe

Erhielt ihren Namen von dem Hotel in den Niederlanden, wo sie 1954 erstmals zusammentrat. Trifft sich regelmäßig – vermutlich einmal im Jahr – an verschiedenen Stellen rund um die Welt, stets unter äußerster Geheimhaltung, oft an Zufluchtsorten im Einflußbereich der Familie Rokkefeller.

Hat eine sich automatisch erneuernde Mitgliedschaft von mehreren Hundert Teilnehmern, die sich aus Angehörigen der Oberschicht der Gesellschaft in den Vereinigten Staaten und Westeuropa, in erster Linie – fast ausschließlich – aus den NATO–Ländern zusammensetzt. Die Familie Rothschild ist die führende europäisches Kraft innerhalb der Bilderberg–Gruppe und teilt ich ihre Macht mit dem in Amerika ansässigen Rockefeller–Imperium.

Behält ein äußerst niedriges Profil bei und veröffentlicht seine Berichte oder Studien selten, wenn überhaupt, unter ihrer eigenen offiziellen Ägide.

Bilderberg–Teilnehmer haben jahrzehntelang die bloße Existenz der Gruppe abgestritten, bis sie durch das Scheinwerferlicht der Medienpublizität in der Öffentlichkeit bekannt wurde.

Trilaterale Kommission

Organisiert ausschließlich durch David Rockefeller im Jahre 1973. Hält jährlich regelmäßig eine offizielle Konklave ab, die der unabhängigen Presse verschlossen bleibt, führt aber Seminare und andere Versammlungen durch, die weniger aktiv sind.

Die Mitgliedschaft ist auf Angehörige der obersten Schichten der Vereinigten Staaten und Kanada, Westeuropa und Japan beschränkt und beläuft sich zahlenmäßig auf mehrere Hundert. Aus verschiedenen Kreisen verlautet, daß die Kommission in baldiger Zukunft damit beginnen könnte, die Mitgliederschaft auf Angehörige der höheren Schichten aus Mexico auszudehnen.

Gibt von Zeit zu Zeit Berichte, die als die »Triangle Papers« bekannt sind, sowie Pressemitteilungen heraus und brachte eine Zeitung namens »Trialogue« heraus, die nicht mehr besteht.

David Rockefeller diente kontinuierlich seit der Entstehung der Kommission als deren »nordamerikanischer Vorsitzender«, wird jedoch als ihre Hauptriebkraft anerkannt. □



David Rockefeller (links) und sein Bruder Laurance Rockefeller, die das weit verzweigte Familienimperium kontrollieren.



David Rockefeller mit dem ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagen (rechts), der ein willfähriges Werkzeug der Trilateralen war.

Chase Manhattan Bank

Probleme mit heißem Geld

Warren Hough und George Nicholas

Während die amerikanischen Bundesstaatsanwälte dabei sind, dem abgesetzten starken Mann Panamas wegen Drogenvergehen einen Prozeß zu machen, steht US-Präsident George Bush unter starkem Druck von Laurence Rockefeller und seinem Kreis der Makler der Macht, um sicherzugehen, daß der Prozeß nicht die Chase Manhattan Bank oder ihre Zweigstellen in Panamas blühendem Handel mit heißem Geld belastet.

Dem amerikanischen Präsidenten droht eine doppelte Gefahr, war aus Kreisen des Weißen Hauses zu erfahren. Weniger als ein halbes Jahr nach der amerikanischen Invasion sind Panamas Geldwäscher wieder im Geschäft. Nachdem Noriega verschwunden ist, haben amerikanische Regierungsbeamte einer Regierung panamaischer Bankdirektoren und Syndikusse die Macht über die winzig kleine Bananenrepublik übertragen.

Der Noriega-Prozeß wird zu einer Farce

Unter ihrer Herrschaft nimmt Panama seine bekannte Rolle als wichtiges internationales Bankzentrum für das Kokain-Kartell und andere Geldanleger der Unterwelt wieder auf.

»Vor dem amerikanischen Einfall in das Land hatten die Panamesen eine Regierung von Drogenbanditen; jetzt haben sie eine Regierung von Drogen-Bankern«, bemerkte der peruanische Präsident Alan Garcia sarkastisch gegenüber zu Besuch weilenden ausländischen Journalisten. »Der Noriega-Prozeß wird zu einer Farce werden.«

Agustin Alles, Nachrichtenchef der größten spanisch-sprachigen Rundfunkstation Südfloridas kommentierte: »Die Manöver der Staatsanwälte und Verteidiger in der Noriega-Sache sind oft reichlich seltsam, wenn auch nicht unbedingt komisch. Der Prozeß soll in diesem Sommer vor dem Bundesgericht in Miami beginnen.«



Der Prozeß gegen den panamaischen General Noriega wird zu einer Farce werden, weil er die internationalen Banken schwerbelasten wird.

»Üblicherweise legen die Staatsanwälte das ganze verfügbare Beweismaterial gegen das der Verteidigung vor«, sagte Alles. »Aber in der Noriega-Affäre werden die Dinge auf den Kopf gestellt.«

Noriega hat eine Gerichtsentscheidung zu seinen Gunsten erwirkt. Die Anwälte des ehemaligen Diktators drängen das Gericht darauf, die Regierung davon abzuhalten, irgendwelche Dokumente, die die amerikanischen Streitkräfte in Panama aufgefunden haben, zu verschleiern oder gar zu zerstören. Die Staatsanwälte versuchen aber diese reiche Ader von Beweismaterial aus den Akten herauszuhalten, mit der Begründung, daß ihnen vorliegende Aussagen anderer verurteilter Dealer über Noriegas Schuld genügen.

Um herauszufinden, was die Bush-Regierung zu vertuschen versucht, führten wir Gespräche mit verschiedenen Offizieren der US-Special Forces (Sonderstreitkräfte) und der psychologischen Kriegsführung, die im Februar und Anfang März aus Panama zurückgekehrt waren.
Seltsamerweise sollten einige der Nachrichten, die die Bush-Regierung unbedingt geheimhalten will, »eigentlich gar nicht geheim sein«, sagt ein ehemaliger Fahnder, der als Reservist zurückgerufen und kurz vor Weihnachten der Panama-Invasion zugeteilt wurde.

Das Problem liegt darin, daß Wirtschaftsstatistiken stark belastende Beweise enthalten, die die Großbanken der Wall Street, die Panama beherrschen, belasten, fügte dieser Informant hinzu. »1981, als die erste Reagan-Regierung ihr Amt übernahm, begann die Bilanz der Miami-Zweigstelle des Federal Reserve Systems mit Hauptsitz in Atlanta, einen hohen Überschuß zu verzeichnen, Milliarden von Dollar jedes Jahr. Aus panamaischen Dokumenten geht hervor, daß dies nicht nur – wie man lange vermutet hatte – Drogengeld war. Es war Bargeld, das gemeinsam in freundschaftlicher Zusammenarbeit durch die Banco Nacional Panamas und dem amerikanischen Federal Reserve System gewaschen worden war.«

In Panama ausgegrabenes schwerwiegendes dokumentarisches Beweismaterial deutet darauf hin, daß 1985, als die Zweigstelle der Federal Reserve Bank in Miami einen Überschuß von 6,4 Milliarden Dollar verzeichnete, 2,1 Milliarden Dollar dieser überschüssigen Gelder – das heißt einer von jeweils drei Dollar – von Panamas Zentralbank direkt an die Zweigstelle des Federal Reserve Systems überwiesen wurde.

»Es gab keine Möglichkeit, diesen Strom von überschüssigen Dollar aus einem kleinen rückständigen Land anders als mit Drogengewinnen zu erklären, und die Amerikaner wußten das ganz genau«. »Diese Tatsachen lassen eine harte Schlußfolgerung zu: Die Federal Reserve Bank war tiefer in die finanzielle Seite des illegalen Drogenhandels verwickelt als Noriega.«

Drogen-Dollar auf die Bank bringen

Andere kürzlich aus Panama zurückgekehrte Fahnder bestätigen diese Schlußfolgerung. »Wenn es darauf ankam, Drogen-Dollar auf die Bank zu bringen, dann rangierten die Zweigstellen von Chase Manhattan in Panama direkt hinter denen des Federal Reserve Systems«, sagt ein Offizier der Sonderstreitkräfte, der an der Vernehmung mehrerer festgenommener Noriega-Anhänger in Panama nach der amerikanischen Invasion beteiligt war.
»Zwischen 1980 und 1987 schwoll der Fluß karibischer Dollar, der durch Chase und Wall Street Banken mit Zweigstellen in Panama gewaschen worden war, zu einem reißenden Strom an. Er schoß von 53 Milliarden Dollar im Jahre 1980 auf 262 Milliarden Dollar im Jahre 1987, also auf fast das Fünffache an. Die panamaischen Drogengeld-Wäschereien waren mehr als Bargeldkühe – sie waren Füllhörner.«

Der Gewinn der Banken an dieser Flut von illegalen Zahlungsmitteln war darüberhinaus weit größer als die normalen Einkünfte, die aus den üblichen Geschäften erzielt werden. »Chase und andere Geldzentren zogen hohe Gebühren und Abgaben für die ›Sonderbehandlung‹ ein, die sie diesen Geldanlagen der Unterwelt zuteilwerden ließen«, sagte der panamaische Wirtschaftskorrespondent Gilberto Solis. □

Banken

Aus der Vergangenheit nichts gelernt

C. Gordon Tether

Die Lockerung der Bestimmungen im Finanzverkehr, die zum Zusammenbruch der Junk-Bonds – das sind Anleihen, die zwar hohe Renditen abwerfen, die aber von schwach im Kurs stehenden Unternehmen ausgegeben werden – führte, beweist, daß die Banker aus der Geschichte des Südsee-Plans nichts gelernt haben. Der South Sea Bubble Holocaust – durch die Seifenblase des südlichen Pazifik verursachte finanzielle Verwüstung –, in den die europäische Finanzwelt Anfang des 18. Jahrhunderts hineinstürzte, war das Produkt der Entdeckung, daß das Potential zum Reichwerden durch Kreditschaffung viel größer war, als man ursprünglich angenommen hatte.

Obwohl sie ihrem Glück kaum glauben konnten, schwelgten die Banker in einer Orgie unechter Geldschaffung, die deutlich dazu bestimmt war in eine Katastrophe zu gipfeln, sobald die beträchtliche Schwäche ihrer Fundamente offensichtlich wurde.

Eine anschauliche Lektion

Wie abzusehen war, fiel 1720 die Axt herunter, versetzte der Wirtschaftsentwicklung einen Schlag und hielt den allgemeinen Fortschritt der Menschen über den größten Teil des Jahrhunderts hinweg weitgehend in Schach.
Die anschauliche Lektion blieb in den Korridoren der politischen Macht keineswegs unbemerkt. Es kann sogar gesagt werden, daß sie anschließend bei der Entwicklung der Finanzsysteme überall in der Welt zweieinhalb Jahrhunderte lang eine beherrschende Rolle gespielt hat. Insbesondere führte sie dazu, daß die Behörden im allgemeinen – es gab natürlich einige Ausnahmen – darauf bestanden, daß die Tätigkeiten der neu entstehenden Finanzinstitute auf besondere Bereiche, für die sie gegründet worden waren, beschränkt wurden.
Es wurde allgemein akzeptiert, daß, abgesehen davon, daß dies es leichter machen würde sie zu disziplinieren, sich dadurch die Gefahr, daß Banker in unvorsichtige Abenteuer verwickelt werden könnten, verringert wurde.
Unglücklicherweise – wie wir jetzt erkennen können – scheint das was 1720 und die darauffolgenden Jahre uns gelehrt haben, in der großen Hektik, der sich die Finanzpolitiker des Westens in den vergangenen beiden Jahrzehnten befleißigten, um die Marktkräfte von der Leine zu lassen, völlig in Vergessenheit geraten zu sein scheint. Mit dem Argument, daß dem öffentlichen Interesse dadurch am besten gedient wird, daß man dem Gott des Wettbewerbs auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen wie auch anderswo freien Lauf läßt, wurden Beschränkungen auf das Bankgeschäft und den damit zusammenhängenden Finanzverkehr nach Großhandelsart gelokkert (entreguliert). Besonders relevant war der Abbau der Begrenzungen der Freizügigkeit der Finanzinstitute, sich außerhalb ihrer festgelegten Gebiete zu bewegen.
Das Ausmaß der Mißernte, die diese Befreiung einbrachte, wird mit jedem Jahr, das vorübergeht, offensichtlicher. Ihr erstes größeres Produkt war die internationale Schuldenkrise die Anfang der achtziger Jahre ausbrach. Dies war die Folge der größten Geldverleihungsaktionen, mit denen sich die Bankindustrie in den siebziger Jahren zu vergnügen begann, indem sie weit größere Betonung auf Auslandsgeschäfte, im Unterschied zu traditionellen Inlandsgeschäften, legte.

Die Rückwirkungen dieses abenteuerlichen Verhaltens drohten eine Zeitlang den Zusammenbruch größerer Elemente in den Bankstrukturen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens auszulösen. Diese Gefahr ist nun vorüber.

Arme Länder sind schwer betroffen

Aber der Schlamassel, den diese Krise hinterlassen hat, ist solcherart, daß ein Aufräumen für den Rest des Jahrhunderts für die Entwicklung der von Armut heimgesuchten Länder, die diese Gelder dringend benötigten, wie eine scharfe Bremse wirken wird. Und das bedeutet im Klartext, daß die Fähigkeit dieser Länder, die Güter der fortgeschrittenen Länder zu kaufen, ebenfalls stark eingeschränkt wird.
In letzter Zeit haben wir gesehen, wie die neue durch Entregulierung geförderte Freizügigkeit eine der tragenden Säulen der amerikanischen Finanzstruktur, die Spar- und Darlehenskassen, die traditionell als Hauptquelle zur Finanzierung des Wohnungsbaus dienten, zerstört hat. Die Gefahr, die damit verbunden ist, diesen Institutionen unbeschränkten Zugang zu neuen Märkten zu verschaffen, was zu einer massiven offiziellen Rettungsaktion führt, wird durch eine einfache Tatsache augenscheinlich. Es ist die Tatsache, daß Sparkassen, die voll und ganz auf Diversifizierung gesetzt haben, am häufigsten in Zahlungsunfähigkeit geraten.
Die Institutionen, die gesund geblieben sind, stellen sich – besonders an der amerikanischen Westküste – als diejenigen heraus, die die ihnen durch die Entregulierung gebotenen Gelegenheiten, ihre traditionellen Geschäfte zu expandieren, nicht wahrgenommen habe.

Das jüngste Produkt der Finanzrevolution, die von den gelockerten Bestimmungen herbeigeführt wurde, ist natürlich der Zusammenbruch des sogenannten Junk-Bond-Marktes.
Diese hochverzinslichen, aber hochriskanten Schuldverschreibungen wurden eingesetzt, um Übernahme-Exzesse zu ermöglichen, die ohne sie nicht möglich gewesen wären. Experten haben errechnet, daß mindestens ein Drittel der Bond-Papiere, die der Verkehr ausbrütet, sich nahe an der Nichterfüllung befinden, das heißt praktisch wertlos sind.
Es ist daher kaum überraschend, daß die Firma, die eine große Rolle dabei spielte Junk-Bonds ins Spiel zu bringen und damit zu arbeiten – Drexel Burnham Lambert –, bekanntgeben mußte, daß sie sich in ernsthaften Finanzschwierigkeiten befindet.
Die Geschichte, die uns die Entregulierung zu erzählen hat, ist daher äußerst traurig. Und es wäre ein Fehler anzunehmen, daß die Kosten der Katastrophen in ihrem Kielwasser einzig und allein von den Institutionen getragen werden, die sich nur auf höchst vorsichtige Tätigkeiten eingelassen haben. Wie bereits gesagt, zahlen die Völker der dritten Welt einen hohen Preis für die Kredite, die das internationale Geschäftswesen in den siebziger Jahren auf sie herabrieseln lassen hat.

Im Falle der USA wird die Rettungsaktion für Spar- und Darlehenskassen, die die Bush-Regierung durchführen muß, die Steuerzahler des Landes Hunderte von Milliarden Dollar kosten. Und da viele der führenden Bankhäuser des Landes mehr oder weniger in die Junk-Bond-Krise verwickelt sind, scheint fast festzustehen, daß der Steuerzahler auch die Rechnung für Stützungsaktionen auf diesem Gebiet berappen muß.

Es ist daher keine Übertreibung zu sagen, daß wir jetzt die Nachwirkungen einer zweiten Südpazifik-Krise erleben. Die offensichtliche Moral von der Geschichte: Es ist höchste Zeit, daß die Behörden sich näher mit den Konsequenzen, der von ihnen akzeptierten These befassen, die Lockerungen auf dem Finanzsektor seien eine gute Sache von der die Öffentlichkeit nicht genug haben könne. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, die Vergünstigungen, die der breiten Bevölkerung durch die Entregulierung zuteil werden, materiell durch die Nachteile überwogen werden, die ihr dadurch entstehen. Es wäre daher durchaus in Ordnung, die Rücktrittsbremse zu betätigen. ☐

Sowjetunion

Die Hilfe der Banker

Warren Hough und Martin Mann

Ein titanischer Kampf tobt zur Zeit hinter den Kulissen zwischen den verrückten Genies der internationalen Banker, die eine Fortsetzung des Status quo zwischen der UdSSR und ihrem Vasallenstaat Litauen auf der einen Seite und den Freiheitskampf auf der anderen Seite wünschen.

Das amerikanische Außenministerium – traditionsgemäß nicht nur ein Verbündeter, wenn nicht gar das Werkzeug des Internationalismus – unternimmt hinter den Kulissen alles Mögliche, um die Freiheit der Litauer zu sabotieren.

Riesige Finanzgeschäfte zwischen Ost und West

Doch glücklicherweise sind die Menschen in den östlichen Ländern nicht in der Stimmung, zuzusehen, wie die blutige Hand des Stalinismus die Rufe nach Freiheit in Osteuropa wieder einmal erstickt. Das Zögern des Westens auf Litauens Bitte um Anerkennung, beruht auf lang geheim gehaltenen Abkommen zwischen westlichen Großbanken und der sowjetischen Führung.

Streng bewachte Akten in den persönlichen Safes der kommunistischen Spitzenbeamten, die nach dem Sturz der DDR-Regierung im vergangenen Winter aufgefunden wurden, deuten darauf hin, daß über die Jahre hinweg riesige Finanzgeschäfte zwischen Ost und West vonstatten gingen, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon erfuhr.

»Ich habe stets angenommen, daß sich die Devisengeschäfte meiner Regierung mit westlichen Banken auf weniger als fünf Millionen Dollar oder sechs Millionen Dollar zu einem bestimmten Zeitpunkt beliefen«, erzählte ein Mitarbeiter aus der DDR in der Lounge der UN-Delegierten.

»Aber nachdem unsere kommunistischen Bürokraten im vergangenen Dezember hinausgeworfen wurden, stellten wir fest, daß unsere Auslandsobligationen durch geheime Abkommen mit amerikanischen und europäischen Finanziers um das Zehnfache gewachsen sind.«

Vertrauliche Darlehen an Kommunisten

Fast 400 große Geldzentren in der freien Welt, häufig von der Chase Manhattan Bank of New York, dem Finanz-Flaggschiff der Rockefeller-Dynastie, angeführt, haben nämlich in den letzten Jahrzehnten den kommunistischen Herrschern der DDR vertrauliche Darlehen zukommen lassen, wie aus den neu entdeckten Dokumenten hervorgeht.

Die Gelder wurden dazu verwendet, Maschinengerät und Ersatzteile im Westen zu kaufen, geheime Waffengeschäfte zu finanzieren und den herrschenden kommunistischen Bürokraten jeden Komfort der westlichen Zivilisation zukommen zu lassen, angefangen von Bürogebäuden, Klimaanlagen und Sicherheitsanlagen für Autos, sowie Kühlschränke und knappe Luxusgüter, mit denen die Läden beschickt wurden, die nur hohen Beamten zugänglich waren.

Milliarden an Darlehen auf Dollar-Basis wurden auf zahlreiche Schweizer Bankkonten beiseite geschafft, die nur zur persönlichen Verfügung durch kommunistische Spitzenführer und deren leitende Mitarbeiter geführt wurden.

»Diese lange verborgenen Akten werfen neues Licht auf ein Gewebe von Geheimbeziehungen zwischen westlichen Bankern und kommunistischen Bürokraten«, beendete der UN-Diplomat aus der DDR seine Ausführungen. »Offiziell lagen sich Ost und West stets in den Haaren, wobei Schmähungen und Kriegsdrohungen an der Tagesordnung waren. Aber hinter den Kulissen machten die Finanziers und die Kommunisten hübsche Geschäfte miteinander.«

Man wurde hinters Licht geführt

Für gewöhnliche Bürger waren das nicht so hübsche Geschäfte, stellten wir in einer Untersuchung fest. »Die amerikanische Öffentlichkeit wurde über diese Transaktionen hinters Licht geführt«, sagte Dr. Paul Adler, ein angesehener internationaler Volkswirt. Und die Bewohner Mitteldeutschlands wurden dadurch in Armut versetzt.

»Bis Ende er achtziger Jahre gab die Regierung der DDR jährlich etwa sieben Milliarden Dollar – mehr als die Hälfte ihrer gesamten Exporteinkünfte – für Zinszahlungen und andere Kosten aus, um ihre in die Höhe schießende Auslandsschuld zu bedienen. Es ist daher kein Wunder, daß die Regale in den Läden, in denen die gewähnlichen Sterblichen ihre Einkäufe tätigten, leer waren.«

In den letzten Jahren brachten die Reform- und »Wiederaufbau«-Kampagnen des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow für die Länder Osteuropas und für die Sowjetunion neue Wellen von Auslands-Investitionen hervor.

»Wenn man sich die amtliche Statistik betrachtet, dann belaufen sich die Außenschulden der Sowjetunion nur auf 50 Milliarden Dollar – nicht schlecht für so ein gewaltiges Land«, erklärte Adler. »Die Auslandsschulden der osteuropäischen Länder, aus denen sich der Sowjetblock zusammensetzte – Polen, Ungarn, DDR und andere, belaufen sich derzeit nur auf etwas über 100 Milliarden Dollar. Aber aus den im vergangenen Monat in der DDR aufgefundenen Geheimakten geht hervor, daß diese Zahlen zu niedrig gegriffen sind.«

Und was noch wichtiger ist, aus den neu entdeckten Dokumenten geht eindeutig hervor, daß die westlichen Banker und die sowjetische Führung über Jahre hinweg hinter den Kulissen »ein Konsortium gemeinsamer Interessen« gebildet haben.

Als jüngstes Opfer der geheimen Allianz zwischen Bankern und Bolschewisten könnte sich die Freiheit Litauens herausstellen, warnten Experten der Washingtoner Politik.

Dazu sagte Dale McMullen, ein ehemaliger Experte des US-Senats für auswärtige Angelegenheiten, der gerade ein Buch über die NATO schreibt: »Seit 1940, als Stalins brutale Truppen in die baltischen Länder einfielen, hält unsere offizielle Politik die Annektierung von Litauen, Lettland und Estland für ungültig und ungesetzlich. Aber jetzt, wo diese Grundsätze durch die Litauer aktuell werden, zeigen wir ihnen die kalte Schulter.«

In der Hauptstadt Wilna drückte der litauische Präsident Vytautas Landsbergis, von sowjetischen Panzern und Truppen umgeben, die Dinge noch härter aus.

»Als wir am 11. März formell unsere Unabhängigkeit erklärten«, sagte Landsbergis zu einer Gruppe ausländischer Zeitungsleute, »schauten wir auf die Vereinigten Staaten als unsere stärkste Stütze. Zwei Wochen später stellen wir fest, daß die Bush-Regierung uns verschaukelt hat. Sie gab anderen Belangen über Freiheit und Selbstbestimmung den Vorrang.«

»Die Banker haben aus ihrem Hinterstübchen-Geschäft mit dem Sowjetblock Supergewinne herausgequetscht«, erklärte McMullen. »Jetzt steigt eine Meute hungriger Geschäftemacher und Spekulanten in Joint-Ventures mit den Kommunisten ein. Wenn wir uns für die Litauer einsetzen würden, dann könnten einige dieser Deals bei der Endabrechnung verlorengehen, und das will die Wall Street nicht. Bush anscheinend auch nicht.« □



Gold

Goldaktien haben eine Chance

C. Gordon Tether

Trotz des spektakulären Anstiegs ihrer Werte sollte man vielleicht an den südafrikanischen Goldminenaktien festhalten. Es mag seltsam erscheinen, daß sich die südafrikanischen Goldaktien in einem Jahr mehr als verdoppelt haben, in dem die Regierung zu dem Gedanken bekehrt wurde, daß der großen nicht-weißen Bevölkerung des Landes in der Handhabung ihrer eigenen Angelegenheiten ein größeres Sagen eingeräumt werden soll – etwas das sie bislang stets eindringlich für undenkbar gehalten hatte.

Aber es gibt keine Erklärung dafür. Und dies besagt, daß jene, die durch Dick und Dünn an südafrikanischen Geldanlagen festgehalten haben, nicht so eilig sein sollten, ihre ansehnlichen Gewinne zu liquidieren – so groß die Versuchung auf sein mag.

Die Angst wurde geschürt

In den ersten Monaten des vergangenen Jahes brachten Goldbarren auf dem freien internationalen Markt weitgehend den gleichen Preis ein wie zu dem Zeitpunkt als die Aktien der südafrikanischen Goldminengesellschaften im ersten Quartal des Jahres 1983 die höchsten Spitzenwerte aller Zeiten erreichten. Und doch haben diese Aktien in den dazwischen liegenden sechs Jahre nicht weniger als 80 Prozent ihres Marktwertes verloren.

Zur Erklärung dieses katastrophalen Rutsches war es erforderlich, wie es sich ergibt, nicht weiter zu schauen als auf den unheilvollen Einfluß, der auf fast allen Geschehnissen in Südafrika durch die sich langsam verschärfende Apartheid-Krise ausgeübt wurde. Indem die Angst geschürt wurde, daß die sich daraus ergebende Verstärkung der Rassenspannungen schließlich zu einer politischen Explosion ausarten könnte, die in der Lage wäre, den Industrietätigkeiten aller Art großen Schaden zuzufügen, kam es zu einer spektakulären Abschreibung der Firmenaktien.

Seit einiger Zeit versuche ich die Aufmerksamkeit unserer Leser auf die Tatsache zu lenken, daß die aufgetretene Situation sich dazu anbietet, sich stärker für südafrikanische Goldaktien zu interessieren. Es war nicht nur so, daß die Aktien, eben weil sie zu Tiefstpreisen erhältlich waren, einen viel großzügigeren Erlös für die Auslagen einbringen konnten als auf anderen Sektoren des Börsenmarktes zu erzielen war. Falls es an der Front der Apartheid-Krise nicht gerade zum Allerschlimmsten kam, war es Anlegern, die an ihren Aktien festgehalten haben, sogar möglich, große Kapitalgewinne zu erzielen.

Wer diesen Rat befolgt hat wurde reichlich belohnt. Die Annäherung zwischen den Führern der schwarzen Mehrheit Südafrikas und der de Klerk-Regierung, die in der Entlassung des Führers des African National Congress, Nelson Mandela, aus dem Gefängnis ihren Ausdruck fand, rief einen massiven Anstieg in den Werten der südafrikanischen Aktien im allgemeinen und der südafrikanischen Goldminenaktien im besonderen hervor. Als Mandela Mitte Februar aus der Haft entlassen wurde und Verhandlungen zwischen den beiden Seiten aufgenommen werden konnten, verzeichneten die Aktienpreise nämlich einen Anstieg von fast 150 Prozent gegenüber ihrem Stand von vor einem Jahr.

Es braucht nicht betont zu werden, daß die Aktienwerte – Apartheidkämpfe einmal außer Acht gelassen – jetzt in einem angemesseneren Verhältnis stehen als das in den letzten Jahren der Fall war. Aber es ist sicherlich diskutierbar, daß sie auch nach diesem dramatischen Sprung nach vorn immer noch weniger wert sind als man erwarten könnte, wenn der Faktor der Rasenkrise völlig von der Bildfläche verschwinden würde.

Hieraus ergibt sich, daß die Frage, ob es sinnvoll ist jetzt die Gewinne aus südafrikanischen Goldaktien einzustreichen oder die Aktien zu behalten, weitgehend davon abhängt, wie sich nach eigener Ansicht der neue Versuch die Rassentrennung im Lande zu überbrücken in den kommenden Monaten entwikkeln wird. Und klares Verständnis ist auch darüber erforderlich, wie dieser Prozeß das derzeitige Stadium erreicht hat, und warum er als gut für die südafrikanischen Goldaktien bewertet worden ist.

Schließlich mag es auf den ersten Blick hin überraschend erscheinen, daß die Bereitwilligkeit der de Klerk-Regierung, eine Machtteilung mit der schwarzen Gemeinde ins Auge zu fassen, so ausgelegt wurde, als habe sie möglicherweise wohltuende Konsequenzen für jeden Aspekt des Wirtschaftslebens des Landes. Bislang wurde von Pretoria stets die Ansicht vertreten, die schwarze Mehrheit sei so unfähig sich Verantwortungen dieser Art auf die Schulter zu laden, daß es nicht in Frage kommen könne, das Prinzip »ein Mann, eine Stimme« oder etwas Ähnliches in die politische Szene Südafrikas einzuführen.

Was ist geschehen, um das scheinbare Fallenlassen des Themas, daß die Macht der Weißen in Südafrika für alle Zeiten die Oberhand behalten müsse, auch wenn der Anteil der Weißen an der Gesamtbevölkerung nicht mehr als ein Fünftel beträgt, herbeizuführen? Nun, dies erklärt sich teilweise durch die Tatsache, daß es sich hier um eine Annäherung handelt, die sich gegen eine immer stärker werdende Flut internationaler Proteste anschwimmen sah. Aber die hauptsächliche Erklärung für diese Erscheinung liegt fast sicher in der wachsenden Beteiligung der Afrikaner-Gemeinde – dem Hauptelement in der weißen Bevölkerung – am Industrie- und Finanzleben des Landes.

Globalisten ergreifen die Macht

Dies bedeutete unvermeidlich eine bemerkenswerte Ausdehnung des in den Korridoren der politischen Macht durch den international ausgerichteten Business-Sektor des Landes ausgeübten Einflusses. Dieser machte keineswegs ein Geheimnis daraus, daß seinen eigenen Interessen am besten dadurch gedient werde, daß einer Situation, in den südafrikanischen Konzernen jene Begünstigungen versagt werden, die ihnen wahrscheinlich durch volle Beteiligung an der Internationalisierung des Wirtschaftsverkehrs aller Art zuteil würden, ein Ende bereitet wird.

Seine Sprecher – vor allem jene des allmächtigen Oppenheimer-Konzerns – waren die vordersten Exponenten der Sache des Grundsatzes »ein Mann, eine Stimme«.

Die Tatsache, daß das politische Establishment Südafrikas sich in seiner Gegnerschaft zur Anpassung an die Bestrebungen der schwarzen Bevölkerung nicht mehr so einig ist wie es früher zu sein schien, gewährleistet natürlich nicht, daß sich der nun in Aussicht stehende Übergang zu einer neuen Verfassung ohne ernsthafte Verschiebungen im Wirtschaftsleben des Landes vollziehen kann – oder anders ausgedrückt, daß der Optimismus hinsichtlich der Aussichten für die Goldminenindustrie, angedeutet durch den starken Anstieg der Aktienpreise, bedenkenlos für bare Münze genommen werden kann.

Die Führung jenes beträchtlichen Teils der Afrikaner-Bevölkerung, der nicht zu der neuen Denkart der Regierung bekehrt worden ist, hat immerhin davon gesprochen »Aufträge unterzuvergeben«, wenn das eintreten sollte, was sie als das Allerschlimmste erachtet. Und die jetzt im Aufstieg begriffenen schwarzen Führer haben schon dunkel angedeutet, daß, falls und wenn sie die Schalthebel der Macht in die Hand bekommen, eine kommunistische Wirtschaftspolitik unter Einschluß der Verstaatlichung der Minen und Banken zur Tagesordnung werden wird. □

Europa-Journal

Gorbatschow-Ausschuß in Großbritannien gegründet

Der britische Nachrichtendienst MI-6 hat einen »Gorbatschow-Ausschuß« gebildet, der der Premierministerin Margret Thatcher »Vorwarnungen« über Bedrohungen gegen Gorbatschows politisches Überleben geben soll, berichtete der Londoner »Sunday Express«. Diese »geheime Gruppe von Experten«, schreibt die Zeitung, ist der Beweis für die »wachsende Besorgnis in Whitehall« über Gorbatschows weiteres Verbleiben an der Macht. Es werde in London angenommen, Gorbatschows Versuch, sich diktatorische Machtbefugnisse anzueignen, sei ein Zeichen der Schwäche und nicht der Stärke.

Nach diesem Artikel wird der Gorbatschow-Ausschuß von Sir Patrick Wright, dem ständigen Staatssekretär des britischen Außenministeriums und Großbritanniens »dienstältestem Mandarin«, geleitet, der als Abteilungsleiter die Aufsicht über den MI-6 und den Vorsitz über die wöchentlichen Sitzungen des mächtigen Joint Intelligence Committee führt.

Dem Ausschuß gehören auch Sir Christopher Curwen, der ehemalige Leiter des MI-6, der jetzt Nachrichten- und Sicherheits-Koordinator im Cabinet Office ist, und Sir Colin McColl, der derzeitige Leiter des MI-6, an.

In einer ähnlichen Entwicklung berichtete die Londoner Zeitung »Independent«, daß die »Ermordung Michail Gorbatschows und der Sturz der sowjetischen Führung in einem Staatsstreich des KGB insgeheim von Notplanungseinheiten des Innenministeriums als Krisen-Drehbuch ins Auge gefaßt wurde. Das Drehbuch für eine »Notplanungs-Übung« wurde in den West Midlands unter dem Decknamen »Samson XVII« verwendet. Es bagann mit den Worten: »Fernsehen und Rundfunkt waren in den letzten Tagen voller Berichte über die sich verschlechternde internationale Lage. Diese ist seit der Wiedervereinigung Deutschlands immer schlechter geworden.« Das Drehbuch endete mit einem Atomkrieg. □

Britische Geheimdienste sprechen mit den Sowjets

Der britische Koordinator der Nachrichtendienste, Sir Percy Cradock, unternahm eine geheimnisvolle Reise nach Moskau. Cradock traf dort mit Karen Brutents, dem stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Sowjetischen kommunistischen Partei zusammen, der unter dem Spitzenkoordinator für sowjetische Politik, Valentin Falin, arbeitet. Über die Reise wurde zwar in einem sehr kleinen Artikel in der Tageszeitung der Kommunistischen Partei »Prawda« berichtet, aber sie hatte sonst nirgendwo Aufmerksamkeit erregt. Die »Prawda« bemerkte, die beiden Herren hätten über »deutsch-deutsche Beziehungen und die deutsche Frage« gesprochen.

Kenntnisreiche britische Quellen brachten Ihre Überraschung über den Cradock-Besuch zum Ausdruck, da dessen persönliches Fachgebiet fast ausschließlich der Schauplatz China – Ferner Osten gewesen sei und er über keine besonderen Sachkenntnisse über Deutschland verfüge. Er war früher britischer Botschafter in Peking und unternahm im vergangenen Jahr eine diplomatische Reise nach China, die in Großbritannien einen ziemlichen Skandal auslöste. Britische Kreise schätzen, daß Cradock Moskau in seiner Eigenschaft als Mrs. Thatchers Sonderberater in Nachrichtenangelegenheiten und allgemeiner Koordinator des mächtigen Joint Intelligence Committee besucht hat. In den letzten Monaten hat sich eine Abspaltung des JIC, JIC(G) genannt, gebildet, die ins Leben gerufen wurde, um das britische Eingreifen in die deutsche Situation auf eine höhere Stufe zu heben und die Tätigkeiten des MI-6 in Deutschland zu verstärken.

Cradocks Reise erfolgte Tage nachdem Mrs. Thatcher die Frage der deutsch-polnischen Grenze zu einer internationalen Sache hochgespielt hatte. □

KGB-Agent schmiedete Komplott um den Papst zu töten

Ein hochrangiger Abtrünniger des sowjetischen KGB erhob in einem Artikel in der »Washington Post« die Anklage, der verstorbene Juri Andropow, der erst KGB-Chef und dann Parteichef war, habe ein Komplott koordiniert, um Papst Johannes Paul II. zu töten.

David Ignatius, Pseudonym eines ehemaligen CIA-Agenten, interviewte den KGB-Major Victor J. Sheymow, der am 16. Mai 1980 in die Vereinigten Staaten überlief. Er berichtet, daß er 1979 während einer Reise nach Polen von einer Nachricht des KGB-Chefs Andropow an den Leiter der Warschauer KGB-Dienststelle erfahren habe, in der es hieß: »Beschafft alle möglichen Informationen darüber, wo man dem Papst körperlich nahe kommen kann.«

»Jeder wußte, was das bedeutete«, sagte Sheymow. Es bedeutet, daß man den Papst ermorden wollte.« Auf der gleichen Reise vertraute der Warschauer KGB-Chef Sheymow an, daß, als Papst Johannes Paul II. gewählt wurde, Andropow sich ihm gegenüber beklagt habe: »Wie konnten sie bloß die Wahl eines Bürgers aus einem kommunistischen Land zum Papst zulassen?«

Sheymow sagte, er habe dem CIA unmittelbar nach seinem Überlaufen im Jahr 1980 mitgeteilt, daß Andropow die Tötung des Papstes vorbereite. Er wisse nicht, was der CIA vor dem Attentatsversuch durch Mehmet Ali Agca im Mai 1981, dessen Spur über die bulgarische Verbindung bis zu Andropow verfolgt worden war, mit seiner Information gemacht hat.

In einem Kommentar schrieb die britische Zeitung »Guardian«, daß die Enthüllungen den Westen dazu zwingen könnten, Andropow in einem »neuen Licht« zu sehen. Da dieser der »Pate der Perestroika« und geistiger Vater von Gorbatschow war, könnte dies weitgehende Rückwirkungen haben. □

Armut in Europa – Schicksal oder soziales Unrecht?

Warum sind Arme eigentlich arm? Für ein Drittel der Europäer sind sie Opfer sozialer Ungerechtigkeit. Das ergab eine von der EG-Kommission in Auftrag gegebene Eurobarometer-Umfrage, die im vergangenen Sommer durchgeführt wurde. Dabei hielt ein weiteres Drittel der Befragten die mittellosen Menschen für Pechvögel. 17 Prozent schließlich meinten, Armut komme von Faulheit und Willensmangel. 13 Jahre zuvor war bei einer Erhebung in der damals neun Länder umfassenden EG die Faulheit noch ebenso häufig wie die soziale Benachteiligung genannt worden.

Hinsichtlich der direkten Ursachen der Armut wurde in allen Ländern die Arbeitslosigkeit genannt. In Deutschland und Luxemburg wurde auf Alkoholismus und Drogenkonsum, in Griechenland auf Krankheiten schlechthin verwiesen. In diesen drei Staaten liegt die Arbeitslosenquote im übrigen unter dem EG-Durchschnitt.

Ziel der Umfrage war nicht eine Definition von Armut noch die Ermittlung der Zahl der als arm geltenden EG-Einwohner. Jedoch haben die meisten Europäer offenbar identische Vorstellungen über ein Mindestmaß an Lebensqualität: für 90 Prozent ist dies eigene Wohnung mit Wasseranschluß, Elektrizität und WC sowie eine soziale Absicherung im Fall von Krankheit, Invalidität und Arbeitsplatzverlust. Immer-

hin 80 Prozent der Befragten hielten eine gute Ausbildung und eine ausgewogene Ernährung für unabdingbar. Dagegen beharrte nur eine Minderheit auf Auto und Urlaub als lebensnotwendig.

Die Umfrage hat aber auch gezeigt, daß 35 Prozent der Europäer nach eigener Einschätzung sich bei den Ausgaben ständig zurückhalten müssen, weil ihr Einkommen nicht ausreicht. So muß in Irland jeder Zweite den Gürtel enger schnallen. In Griechenland, Portugal und Großbritannien sind es jeweils 40 Prozent. Seit der Erhebung von 1976 hat sich dieser Anteil jedoch mit Ausnahme von Belgien und Frankreich verringert.

Von den Betroffenen, den Armen selbst, kam bei der Umfrage keiner zu Wort. Zum einen sind Obdachlose auch für Meinungsforscher ein eher verborgener Personenkreis. Zum anderen wollen sich gerade oft diese Menschen nicht äußern. Von den Lebensumständen armer Menschen konnte sich auf Anfrage nur jeder Fünfte ein Bild machen. Vor allem Bewohner des ländlichen Raums und von Kleinstädten meinten, in ihrer Umgebung gebe es keine Armut.

Umgekehrt verhält es sich dagegen bei den Bewohnern von Großstädten. 70 Prozent der Europäer haben das Gefühl, daß sich die sozialen Unterschiede verstärken. In Großbritannien und Irland beträgt dieser Anteil sogar 80 Prozent. In allen Mitgliedsländern herrschte die Auffassung vor, daß die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden. Dennoch sind mehr als die Hälfte der Befragten der Ansicht, daß sich den Armen Möglichkeiten bieten, ihre Lage zu verändern. Der nächsten Generation werde es unter Umständen gelingen, die Armut auszumerzen. □

KGB will den Sozialismus schützen

Der KGB läßt eine Warnung umlaufen, daß die Gefahr einer Spaltung in der sowjetischen Kommunistischen Partei im Verzug sei und versprach zu handeln, wenn das sozialistische Weltbild bedroht würde, heißt es in sowjetischen Presseberichten.

Eine neue, selbstbekundeterweise »unabhängige« Nachrichtenagentur, Postfactum, zitierte den Parlamentsabgeordneten Anatoly Sobchak, der gesagt haben soll, ein Aufruf aus dem Hauptquartier des KGB sei im Obersten Sowjet herumgereicht worden, der teilweise wie folgt zitiert wird: »Tscheka-Kollektive sagen, sie seien überrascht, weil die führenden Organe des Landes, die die Daten über die negativen Erscheinungen besitzen, mit lebenswichtigen politischen Entscheidungen zögern, zu langsam und zu unentschlossen sind. Mit Glasnost und Meinungspluralität feilschend, ziehen marktschreierische Vertreter sozialer Interessen Lenins geheiligten Namen und die Begriffe Patriotismus und Oktober (die bolschewistische Revolution), die jedem Sowjetbürger am Herzen liegen, in den Schmutz.«

»Sowjetische Tscheka-Kräfte werden entschlossen, beharrlich und zuverläßlich im Sinne des Volkes handeln«, heißt es in der Erklärung weiter. »Sie werden das sozialistische System, die Rechte und Freiheiten jedes Einzelnen und unsere sozialistische Demokratie absichern.«

In dem Aufruf wird weiter ausgeführt, daß Vertreter des KGB in der Spaltung der Kommunistischen Partei, die Gefahr laufe ihren Einfluß auf das Zusammenspiel zwischen den »gesunden Kräften in der Gesellschaft« zu verlieren, eine reale Bedrohung sehen.

Über den Aufruf des KGB wurde auch in der »Komsomolskaya Prawda«, der Zeitung der kommunistischen Jugendbewegung, berichtet. □

Ließ Syrien türkischen Journalisten ermorden?

Der türkische Journalist Emec, der für seine scharfe Kritik am syrischen Regime und am islamischen Fundamentalismus bekannt ist, wurde beim Verlassen seiner Wohnung mindestens siebenmal von zwei Killern getroffen.

Emec hatte gerade einen Artikel geschrieben, in dem er die syrische Regierung von Hafez al-Assad einer Reihe von Morden an gemäßigten Führern in der Türkei bezichtigte. Der Artikel erschien am Tage als Emec ermordet wurde in »Hurriyet«. Er bezog sich auf eine steigende Welle des Terrorismus in der Türkei und auf die Ermordung des Leiters des Rechtsanwaltsverbandes von Ankara, Muammar Aksoy, und zweier anderer Gegner des Eindringens des islamischen Fundamentalismus in die weltliche Verfassung der Türkei. Emec schrieb, die Verschwörung hinter den Morden reiche »bis in die höchsten Befehlsebenen nachbarlicher Regierungen, vor allem Syriens«.

In den späten siebziger Jahren wurden in der Türkei durchschnittlich 20 Menschen von Terroristen ermordet, was auch den Militärputsch von 1980 auslöste.

Der amerikanische Botschafter in Ankara, Morton Abramowitz, ist regelmäßig mit dem ehemaligen Premierminister Suleyman Demirel, einem Gegner des Ministerpräsidenten Turgut Özal, zusammengetroffen. Abramowitz leitete während der Reagan-Regierung den Nachrichtendienst des US-Außenministeriums und ist als Spezialist für Staatsstreiche bekannt. □

Jüdische Führer begrüßen deutsche Wiedervereinigung

Edgar Bronfman, der Seagram-Schnapsmagnat der auch den Jüdischen Weltkongreß (WJC) leitet, führt eine Kampagne, um die Bemühungen zur Wiedervereinigung Deutschlands zu sabotieren, aber sein Vorgehen wird von anderen jüdischen Organisationen keineswegs unterstützt. Zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges hat der WJC eine Zusammenkunft in West-Berlin abgehalten, und Bronfman hielt dort am 8. Mai eine Rede über »die jüdische Perspektive in Sachen Vereinigung«.

Bronfman sagte: »Der Prozeß der Vereinigung kann nicht aus dem historischen Zusammenhang gelöst werden, der zur Teilung Deutschlands geführt hat. Ich bin erstaunt darüber, daß die Welt diese Sache auf die leichte Schulter nimmt und eine lockere Einstellung zu diesem Problem sowie eine sehr begrenzte Erinnerung an die Vergangenheit hat.«

Eine der letzten Amtshandlungen des gestürzten Kommunistischen Machthabers der DDR, Erich Honecker, im vergangenen Herbst bestand darin, Edgar Bronfman eine Auszeichnung zu überreichen.

Aber prominente jüdische Sprecher in Großbritannien haben sich Anfang März dieses Jahres in einer Diskussion im Institute of Jewis Affairs in London von der deutsch-feindlichen Kampagne Bronfmans und Margaret Thatchers distanziert.

Nach einem Bericht der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« stellt Professor Alderman fest, es bestehe kein Grund dafür an der These festzuhalten, daß ein vereinigtes Deutschland stets ein fruchtbarer Boden für üble Taten sei. »Die deutsche Einigung von 1871«, sagte er, »hatte nichts mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu tun, und wenig mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Hitlers Aufstieg zur Macht habe viel mit der Rache-Haltung westlicher Staatsmänner nach dem Vertrag von Versailles und mit der Tatsache zu tun, daß mehrere der nächsten Generationen britischer Politiker Bewunderer Adolf Hitlers waren.« □



George Bush

Außenpolitik eine Familiensache

John McBrien

US-Präsident George Bushs bizarre außenpolitische Einstellung zu Panama und zum kommunistische China mögen etwas mit den Geschäftsverbindungen seines Bruders Prescott zu einer japanischen Firma mit wesentlichen Interessen in beiden Ländern zu tun haben. Das ist jedenfalls die Meinung von Lawrence Patterson, Herausgeber eines Finanznachrichtendienstes mit dem Titel »Criminal Politics: The Magazine of Trilateral Politics«.

Der amerikanische Präsident George Bush entschloß sich urplötzlich dazu, ein neues Regime in Panama zu installieren und überging den US-Kongreß, indem er versuchte, enge Beziehungen zu Rotchina aufrechtzuerhalten. Es werden Fragen zum Timing dieser Aktionen aufgeworfen.

Den Namen des mächtigen Bruders genutzt

Prescott Bush und der Aoki-Konzern in Tokio sind derzeit dabei, einen Golfplatz und einen Erholungsort in der Größenordnung von 18 Millionen Dollar außerhalb von Schanghai, dem ausgedehnten Hafen am Chinesischen Meer, entstehen zu lassen. Es wird angenommen, daß Prescott den Namen seines mächtigen Bruders ausgenutzt hat, um in die Partnerschaft hineinzukommen und anscheinend nur wenig eigenes Kapital in das Projekt zu investieren. Seine Rolle bestand mehr darin, seinen Einfluß geltend zu machen, um Zusammenkünfte zwischen leitenden Herren des Aoki-Konzern und der chinesischen Regierung zustande zu bringen.

Aoki Corporation soll vier Millionen Dollar an Bestechungsgelder an Panamas General Manuel Noriega gezahlt haben, um Aufträge zum Bau eines Kraftwerkes hereinzuholen. Ein ehemaliger Berater Noriegas, Jose L. Blandon, sagte im vergangenen Jahr vor einem Unterausschuß des amerikanischen Senats aus, daß drei Vorstandsvorsitzende der Firma John Hiroyoshi Aoki Noriega in Panama persönlich aufgesucht und die nötigen Schritte für eine Reise des Diktators nach Japan eingeleitet habe. Die angeblichen Ausbezahlungen haben demnach statt gefunden, bevor Prescott Bush in das Schanghai-Projekt eingetreten ist.

Beobachter in Washington weisen darauf hin, daß es keine Hinweise darauf gibt, daß Prescott Bush an Aokis Immobiliengeschäften in Panama beteiligt ist. Die amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Panama hatten jedoch zweifellos eine negative Auswirkung auf ausländische Geldanleger in das mittelamerikanische Land und diese hätte sich nur noch verschlimmern können.

Die neuen Leute an der Macht

Aber jetzt, wo es Präsident Bush gelungen ist, Noriega zu stürzen, ist eine ganz neue Gruppe in Panama City an der Macht. Eines der Ziele des Präsidenten nach der Durchführung des militärischen Einmarsches in Panama im vergangenen Dezember bestand darin, Panamas Bank- und Gesellschaftsgesetze bezüglich der Geheimhaltung offenzulegen. Drogenfahnder wollten bei ihren Bemühungen, den Anlegern von hohen Bargeldbeträgen und den wirklichen Inhabern der Firmen, die als Fassade für Drogen-Kartelle dienten, auf die Spur zu kommen, Zugang zu Informationen haben, die ihnen unter dem Noriega–Regime verwehrt worden waren. Aber Panamas Regierung hat dies verhindert.

Wie der Präsident des Rechnungshofes in Panama, Rubens D. Carles, ausführte: »Wir können unsere Bankgesetze nicht einfach ändern, weil irgendjemand in den USA glaubt, sie seien nicht in Ordnung.«

So muß sich die Bush–Regierung zumindest jetzt noch, damit zufrieden geben, darum zu bitten, daß Panamas neue Herrscher bei internationalen Drogenfahndungen lediglich kooperieren.

Sogar die wenigen Konzessionen die Panama gemacht hat sind von Löchern durchsetzt. Zum Beispiel wird amerikanischen Drogenfahndern kein Zugang zu Informationen über panamaische Bankgeschäfte von 10.000 Dollar und darüber gewährt, also bei Transaktionen, die für Drogendealer typisch sind, es sei denn ein, besonderes Gericht am Ort würde entscheiden, daß ein bestimmtes Bankkonto in illegale Tätigkeiten verwickelt ist. Aber ein solches Gericht gibt es in Panama nicht.

Washingtons Haltung schreit zum Himmel

Panamas neuer Präsident Guillermo Endara soll im Prinzip zugestimmt haben, daß Banken verpflichtet werden sollen, über derart große Geschäftsabschlüsse Protokoll zu führen, aber auch hier ist keine glasharte Vereinbarung in Aussicht. Dies könnte deswegen so sein, weil Endera und einige Schlüssel–Mitglieder seiner Regierung mit einer Reihe von panamaischen Banken in Verbindung gebracht wurden, die in Dorgengeldwäsche verwikkelt sind.

Kritiker, die durchblicken lassen, die zögerliche Haltung der Bush–Regierung in Panama Reformen durchzuführen, nachdem Noriega nicht mehr im Wege steht, könnte darauf abgezielt sein, dem Geschäftspartner des »Ersten Bruders», Prescott Bush, zu helfen, mögen bitte zur Kenntnis nehmen, daß die Haltung der Regierung gegenüber Rotchina noch mehr zum Himmel schreit.

Bush sandte Anfang Juli des vergangenen Jahres Berater zu geheimen Zusammenkünften mit kommunistischen Bossen, um sicherzustellen, daß die Beziehungen zwischen Rotchina und den Vereinigten Staaten nach der brutalen Razzia des Regimes auf reformwillige Demonstranten im Juni 1989 nicht abbrechen.
Nach Mitteilung des Weißen Hauses hofften die Abgesandten, Rotchina dazu überreden zu können, seine harte Politik zu ändern, da es andernfalls mit schärferen Sanktionen rechnen müsse.

Aber die kommunistische Regierung hat bislang keine Anstalten gemacht, den Griff zu lockern, mit dem sie das chinesische Volk in der Hand hat, während in Washington wenig getan wird, um dem Peking-Regime die Daumenschrauben anzusetzen. Die amerikanischen Sanktionen sind im Gegenteil sogar gelockert worden.

Nationale oder Familieninteressen?

Zusätzlich zu Prescott Bushs Partnerschaft mit Aoki Corporation, bei deren Unternehmen außerhalb von Schanghai erhielt dieser 250.000 Dollar, um als Berater für Asset Management International Financing and Settlement Ltd., eine Firma die Kommunikationsnetze in Rotchina einrichten wollte, tätig zu werden. Dazu hätten High–Tech–Satelliten gehört. Aber Präsident Bush verhängte Sanktionen, mit denen der Verkauf dieser Satelliten verhindert und schließlich der Plan von Asset Management vereitelt wurde.
Dies war jedoch bevor sein Bruder Prescott die Partnerschaft mit Aoki einging.

Beamte des Weißen Hauses und Prescott Bush behaupten alle, von einem Zusammenhang zwischen Asset Management und den Betreibern der Nachrichtensatelliten nichts gewußt zu haben.

Präsident Bush sagte, es sei im »nationalen Interesse« auf Sanktionen zu verzichten, mit denen der Verkauf der Satelliten blokkiert wird. □

Antisemitismus in den USA

Victor Marchetti

Der propagandistischen Desinformationskampagne über wachsenden Antisemitismus in der Sowjetunion entspricht das derzeitige Begleitprogramm der Anti–Defamation League (ADL) eine ähnliche Stimmung in Amerika zu fabrizieren. Aber die Hysterie scheint auf taube Ohren zu fallen, sogar innerhalb des amerikanischen Judentums. Nachstehend Auszüge aus zwei Artikeln über das Thema, die in der neuesten Ausgabe von »Midstream«, einer von der Theodor–Herzl–Stiftung herausgebrachten jüdischen Monatszeitschrift, erschienen sind.

Michael Curtis, Professor für Staatswissenschaft an der Rutgers University, schreibt zu diesem Thema: »Antisemitismus war eine weltweite Erscheinung, die sich nur in dem Grad und Umfang der bösartigen Sprache und des Verhaltens unterscheidet, der von höflicher Achtung bis zu Handlungen der Diskriminierung, Ausweisung und Mord reicht. Von einer Vergleichsperspektive aus gesehen scheint das Schicksal der jüdischen Gemeinde in den Vereinigten Staaten glücklicher zu sein als in fast allen anderen Ländern.



Israel ist und war vor allem für die Juden Osteuropas die große Verheißung.

Wenig Vorurteile und Blindgläubigkeit

Durch die Veränderungen im gesellschaftlichen Verhältnis und in den ethischen Normen im Nachkriegs–Amerika zeigt das Land, mit gewissen Einschränkungen, in rassischen und religiösen Dingen weniger offensichtliche Vorurteile und Blindgläubigkeit als jemals zuvor. Juden als Volksgruppe werden, abgesehen von dummen Randerscheinungen, nicht mehr für die Probleme des Landes verantwortlich gemacht oder verurteilt, weil sie keine echten Amerikaner sind. In der Funktion des heutigen politischen Systems in Amerika haben Juden als politische Aktivisten und Mitwirkende sowie als erwählte und berufene Beamte in der Tat eine hervorstechende Rolle gespielt, wenn auch noch nicht als ›Kernelement‹ des amerikanischen Lebens.

Keine Neigung zu Gewalt

Bei der Abschätzung des amerikanischen Antisemitissmus ist Vorsicht geboten, da ungenügendes Verständnis sowohl der Tiefe antisemitischer Einstellungen als auch der Bedeutung judenfeindlicher Aktionen vorherrscht. Angemessene Besorgnis sollte an den Tag gelegt werden über die Rhetorik und das Potential für Gewalttätigkeit jener extremen Gruppen, bei denen Antisemitismus hoch auf der Tagesordnung steht, obwohl ihre Mitgliedschaft gering ist und weiter nach unten tendiert.

Aber man sollte diese Besorgnis nicht übertreiben. Selbst wenn man einräumt, daß eine beachtliche Minderheit der Bevölkerung als mit einer antisemitischen Einstellung behaftet angesehen werden kann, sind Juden nicht zu Sündenböcken für wirtschaftliche und soziale Probleme gemacht worden. Was letztendlich von Bedeutung ist, ist die Tatsache, daß die vorhandenen antisemitischen Überzeugungen nicht zu einer organisierten Bewegung mit ernsthafter Neigung zu Gewalttätigkeiten gegen Juden geführt haben. Die Beschränkungen im amerikanischen System, der Natur nach politisch, erzieherisch und gesetzlich, die dem Antisemitismus auferlegt sind, werden wahrscheinlich gewährleisten, daß jene Überzeugungen zu diesem Zeitpunkt der Geschichte keine bedeutsamen Folgen haben werden.«

Jerome Chanes, Ko-Direktor für inländische Belange imNational Jewisch Community Relations Advisory Council, schreibt: »Eine zentrale Erwägung ist, daß, was auch immer die Ausdrücke des Antisemitismus sein mögen, diese keine erkennbare Auswirkung auf das institutionelle Verhalten oder auf die Sicherheit der Juden in den Vereinigten Staaten hat. Man vergleiche die Juden in den Vereinigten Staaten mit irgendeiner anderen Bezugsgruppe: Mit anderen Juden in der Diaspora; mit Juden in Amerika vor 40 Jahren; mit irgendeiner Volksgruppe in Amerika. Nach irgendeinem dieser Maßstäbe, unter Verwendung irgendeines Merkmals, tendiert das Vorurteil gegen Juden etwas nach oben? Ganz sicherlich nicht. Wichtiger ist die Schlüsselfrage, wie groß die Auswirkung des Antisemitismus, soweit er vorhanden ist, auf Fragen der öffentlichen Politik ist, über die die jüdische Gemeinde besorgt ist. Die Antwort lautet: Praktisch keine...

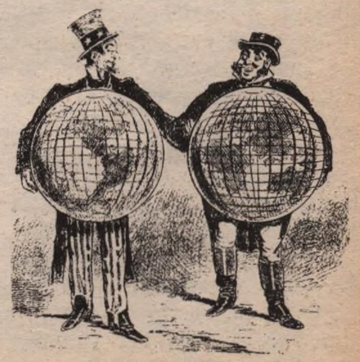
So ist die Prophezeiung, die auf Antisemitismus beruht, der der amerikanischen Gesellschaft innewohne, in ihrer Prämisse fehlerhaft und trägt nicht viel dazu bei jüdische Interessen zu fördern. Die andere – realistischere und konstruktivere – Prophezeiung beruht auf dem Gedankengang, daß in einem gewissen Stadium sozialer Unruhe, oder eines Zusammenbruchs der gesellschaftlichen Zwänge, ein Anstieg – vielleicht ein schwerwiegender Anstieg – des Ausdrucks des Antisemitismus eintreten könnte.

Amerika ist anders

Earl Raab und andere vertreten die Ansicht, daß das auslösende Ereignis schon in der Größenordnung eines radikalen Zusammenbruchs der amerikanisch–israelischen Beziehungen sein könnte. Diese Prophezeiungsthese ist in unserer Geschichte gut dokumentiert. Sie ist gesund und sehr wohl wert daran festzuhalten. Es könnten da draußen tatsächlich Warnsignale vorhanden sein, die man nicht außer Acht lassen sollte.

Nichtdestoweniger, jene gesellschaftlichen Zwänge, die der amerikanischen Gesellschaft innewohnen, die sich aus einer Geschichte und aus einer Tradition von verfassungsmäßigen Schutzmaßnahmen, die den Pluralismus beseelen, bleiben in den Vereinigten Staaten stark. Amerika ist anders.

Im Vorkriegs–Europa war der Antisemitismus in den Institutionen – oft öffentliche Institutionen – der Macht eingebettet. Die Geschichte lehrt uns, daß es weder einen Grund noch einen Platz für Überheblichkeit gibt, und wir sollten weiterhin wachsam sein. Wir wollen aber die begrenzten Vermögenswerte der jüdischen Gemeinde dorthin plazieren, wo sie am besten dienen, und damit das Überleben, die Kontinuität und das Gedeihen der Juden in der amerikanischen Gesellschaft gewährleisten.« □



Sieg wird zur Niederlage

Victor Marchetti

Es hat zwar eine Zeitlang gedauert, aber endlich haben die Politik-Gelehrten und Philosophen in Washington damit aufgehört, sich gegenseitig gratulierend auf die Schulter zu klopfen und damit begonnen sich auf die Zukunft zu konzentrieren. Der kalte Krieg ist zu Ende und wir haben gewonnen. Aber ein neuer Krieg hat bereits begonnen: Der Weltwirtschaftskrieg. Die Amerikaner sollten mobil machen, oder sie werden von Japan und der Europäischen Gemeinschaft (EG) verwüstet.

In einem brillanten Aufsatz in der Zeitschrift »Harper's Magazine« definiert Walter Russell Meade, ein erfahrener Gelehrter der Volkswirtschaft am World Policy Institute in New York, klar auf den Punkt gebracht, die Position der USA und die Probleme mit denen sie in der neuen Welt nach dem kalten Krieg zu tun haben.

Die USA haben an Boden verloren

»Wir haben den kalten Krieg gewonnen so wie Großbritannien den Ersten Weltkrieg gewonnen hat«, schreibt Meade. »Die Sowjetunion ist besiegt worden, aber in dem Kampf haben die USA unseren Verbündeten gegenüber an Boden verloren. Wir spielten – wirtschaftlich und politisch – 1950 eine größere Rolle in der Welt als nach 1990. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren wir in der Lage eine neue Weltordnung zu errichten – und taten das auch. Aber die Nachkriegszeit ist vorüber; die Zeit nach dem kalten Krieg beginnt. Und während die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA geplant wurde und unseren eigenen Interessen diente, wird die neue Ordnung von anderen hergestellt, und es sieht drohend danach aus, daß die USA in einen langfristigen wirtschaftlichen Rückgang hineingleiten.

In dem Zeitalter, das dem Sieg über die Deutschen und die Japaner folgte, gab es kein Land, das die USA herausfordern konnte; unser Lebensstandard kannte keinen Präzidenzfall oder seinesgleichen. Jetzt sind es Japan und Deutschland, die die Karte der Weltwirtschaft nach dem Kalten Krieg gestalten. In dieser neuen Welt können die USA sehr wohl das Argentinien des 21. Jahrhunderts sein.«

Trotz allen Geldes und aller Kanonen

Meade weist darauf hin, daß zu oft darüber hinweggesehen wird, daß die amerikanische Strategie nach dem Zweiten Weltkrieg auf zwei Säulen aufgebaut war. Eine war die weithin publizierte Politik, den sowjetischen Expansionismus in Europa und in der dritten Welt im Zaum zu halten. Die zweite und wichtigere Säule, obwohl nicht so weithin publik gemacht, war die Schöpfung des internationalen Finanzsystems, das 1944 auf der Konferenz vonBretton Woods ins Leben gerufen wurde.

Letzteres war die Haupttriebkraft hinter Amerikas Nachkriegs–Diplomatie. In Bretton Woods – mehr noch als in Warschau und Budapest 45 Jahre später im Jahre 1989 – haben die USA den Kalten Krieg gewonnen.

1944 und die darauffolgenden Jahre, erklärte Meade, hatte Amerika drei Ziele für die Nachkriegs–Weltwirtschaftsordnung: »Erstens bestanden wir darauf, daß wir die Leitung übernehmen würden. Da wir das ganze Gold und alle Güter – und alle Kanonen – hatten, schien dies eine vernünftige Einstellung zu sein, und jene Länder, die dies nicht als vernünftig erachteten, konnten nicht viel daran ändern.

Unsere zweite Forderung war die Schaffung eines wirklich weltweiten Handelswesens. Die ganz und gar internationale Marktwirtschaft war unsere Idee – eine kühne, neue Idee. Die Länder Europas hatten traditionsgemäß ihre eigenen Handelsblöcke einem weltweiten System vorgezogen, das nach internationalen Handelsregeln reguliert wurde. Länder wie England und Frankreich waren durch den Aufbau von überseeischen Imperien gewachsen und hatten sich die Welt untereinander auf eine Weise aufgeteilt, die jeder imperialen Macht ihre eigenen Rohstoffquellen und ihre eigenen Märkte garantierte. Amerikanische Strategen glaubten schließlich, daß solche Systeme das Wirtschaftswachstum blockieren und letztendlich zu Kriegen führen würde. Und sie hatten Recht.«

Es war diese Art von Imperialismus, der die deutschen und japanischen Militaristen dazu veranlaßte, sich darüber zu beschweren, daß ihnen der »Platz an der Sonne« verwehrt werde, und schließlich einen Krieg zu führen, um die Lage zu bereinigen. So erkannten die USA sogar noch vor den Kapitulationen Deutschlands und Japans in Bretton Woods stillschweigend an, daß sowohl Deutschland und Japan nicht ganz Unrecht hatten. Nach dem Kriege drängten die USA die zögernden Länder Westeuropas dazu, ihre jeweiligen Kolonialbereiche aufzulösen und sie dem Welthandel zu erschließen. Dies war natürlich auch zu unserem eigenen politischen und wirtschaftlichen Vorteil.



Die Wirtschafts- und Finanzkonferenz von Bretton Woods von 1. bis 22. Juli 1944 diente dazu, die Völker der Welt in den Griff zu bekommen.

Das dritte amerikanische Nachkriegsziel war laut Meade die Errichtung einer wachstumsorientierten Weltwirtschaft. Indem sie für eine starke Wachstumspolitik eintraten, »heizten die USA in größerem Ausmaß als die meisten Länder ihr Wachstum durch

Schulden an. Schulden sind der Eckpfeiler des amerikanischen Traums. Schulden bauen Häuser für uns und setzen unsere Geschäfte in Bewegung.«

Die amerikanische Regierung auf allen Ebenen – Bund, Staaten und Gemeinden – wird durch Schulden gestützt, in Form der Ausgabe von kolossalen Schuldverschreibungen. »Amerikanische Firmen sind Schuldner – und die reichsten amerikanischen Geschäftsleute neigen dazu, diejenigen zu sein, die den meisten kreativen Gebrauch von ihrer Fähigkeit zum Umgang mit Hebelwirkungen – Verhältnis von Obligationen und Vorzugsaktionen zu Stammaktien – zu machen – oder Schulden zu ihrem eigenen Vorteil auszubeuten. Europa und Japan neigen im Gegensatz dazu, kreditorientierte Gesellschaften zu sein.«

Der Dollar ist nur noch ein Schatten

»In den vierziger Jahren«, schreibt Meade, »gab die Geschichte den USA die einmalige Gelegenheit, eine Weltwirtschaftsordnung nach ihrem eigenen Geschmack zu formen, und das taten wir auch. Sie war global und wachstumsorientiert – ein Schuldner–Paradies. Das System funktionierte nicht nur für uns, es führte zu einer noch nie dagewesenen weltweiten Hochkonjunktur... Die Völker Westeuropas und Japan bauten ihre zerschlagenen Volkswirtschaften wieder auf ... und sie sind heute nicht mehr dazu gezwungen unsere Führung zu akzeptieren.

Westeuropa und Japan sind wieder da, und ihre Präferenzen beginnen wieder einmal, die Weltwirtschaft zu gestalten.«

Nirgendwo ist dies offensichtlicher – oder beunruhigender – als im Nahen Osten. Meade betont, daß der Dollar übermäßig ausgedehnt ist, und Öl fließt weiterhin hauptsächlich aus dieser Region. Der Dollar ist nur noch ein Schatten seines ursprünglichen Selbst. Der Welthandel verschiebt sich aus dem Dollar heraus und in die Währungen der Zukunft hinein. Der Dollar fällt seit einer Generation gegenüber der DM und dem japanischen Yen. Und jetzt gibt es eine neue europäische Währungseinheit, den Ecu.

In den neunziger Jahren wird nicht der Dollar regieren, sondern gezwungen werden, dem Wettbewerb standzuhalten, wie er es seit der großen Wirtschaftsflaute nicht mehr nötig hatte.

»Indessen«, schreibt Maede, »müssen die USA weiterhin Öl importieren«. Wir bleiben jetzt und in Zukunft abhängig von den Ölproduzenten des Nahen Ostens. Es ist jedoch nicht klar, daß diese von uns abhängig bleiben werden. Die meisten Amerikaner erinnern sich kaum noch an unsere erfolgreichen Bemühungen in den vierziger und fünfziger Jahren, Europa aus dem Nahen Osten zu vertreiben – oder daran, wie wütend das die Europäer seinerzeit machte... Heute will Europa in den Nahen Osten zurückkehren und wird wahrscheinlich auch dorthin gelangen.«

Und die Japaner auch, da sie voll und ganz auf das Nahost–Öl angewiesen sind. Durch eine Vielfalt von phantasievollen Entwicklungsprogrammen, wie die Ausbaggerung des Suez–Kanals, um die Durchfahrt von Supertankern zu ermöglichen, verbessert Japan in aller Stille seine Position unter den arabischen Öl–Staaten.

Die größte Einzelunterstützung für den Dollar mag die OPEC–Politik der Festsetzung der Ölpreise in Dollar sein. »Aber«, fragt Meade, »warum sollte die OPEC das Risiko eingehen, ihre Vermögenswerte in einer schwächer werdenden Währung zu halten? Es könnte für die OPEC durchaus wirtschaftlich von Vorteil sein, sich auf Yen oder DM, oder vielleicht eines Tages auf Ecu umzustellen.«

Die Europäer und die Japaner haben oder wollen keine »besondere Beziehung« zu Israel. Sie brauchen sich auch nicht mit einer jüdischen Lobby herumzuschlagen, die ihre Bindungen zu den arabischen Ölstaaten ständig untergraben. Die Länder Westeuropas werden bald in der Lage sein, den Staaten des Nahen Ostens eine Währung anzubieten, die mindestens so stark ist wie der Dollar, wirtschaftliche Vergünstigungen, die so gut sind, wie die von den USA gewährten, und, was das betrifft, auch militärischen Schutz, der der von Amerika gewährleisteten Sicherheit gleichkommt.« □

John Demjanjuk

Ungereimtheiten beim Todesurteil

Herbert Tiedemann

Im April 1988 verurteilte das Gericht in Jerusalem John Demjanjuk zum Tode. Das Bezirksgericht entschied, daß er identisch mit einem legendären »Iwan dem Schrecklichen« von Treblinka war, der angeblich eine Unzahl jüdischer Lagerinsassen zu Tode gefoltert und den Dieselmotor betrieben hatte, mit dessen Auspuffgasen man angeblich etwa 870.000 Opfer vergast hatte. Es sei an dieser Stelle kurz angemerkt, daß es das Gericht keiner Überprüfung wert befand, ob man Menschen überhaupt mit Dieselabgasen töten kann, und noch dazu in zwanzig bis dreißig Minuten.

Beim Studium des umfangreichen Urteils dürfte es einem vernünftigen Menschen schwer fallen, nicht dem Eindruck zu erliegen, er wäre ins finstere Mittelalter und in einen Hexenprozeß zurückversetzt worden. Das Urteil ist nämlich nicht nur mit Widersprüchen gespickt, sondern auch mit Aussagen von Zeugen, die Unmögliches behaupten oder laufend lügen.

Die Absurditäten eines »Ausweises«

Wie auch die jüdischen Verteidiger festhielten, suchten sich die drei Richter aus derlei Zeugenaussagen jeweils das heraus, was ihrer wohl vorgefaßten Meinung und den Verlautbarungen einiger hochgestellter Politiker entsprach, die diese vorsorglich schon vor Prozeßbeginn verkündet hatten. Sie übersahen oder verwarfen Aussagen, die Absurditäten behaupteten, die Verteidigung unterstützten und berücksichtigten nicht einmal die vielen unumstößlichen Fakten, die belegten, daß das bedeutendste Dokument, ein angeblicher Personalausweis des Beklagten, eine grobe Fälschung ist. Dieser plump gefälschte Ausweis genügte auch einem Gericht in den USA in Demjanjuk den besagten Iwan den Schrecklichen zu erkennen und ihn gegen internationales Recht an Israel auszuliefern.

Einige wenige Tatsachen seien hier erwähnt, die ausreichen, um zu demonstrieren, welcher primitiven Fälschung man hier bereitwilligst »aufgesessen« war. Eine eingehende Diskussion der Unstimmigkeiten und Absurditäten dieses »Ausweises« würde ein dickes Buch füllen.

Der Kopf des »Ausweis–Demjanjuk« hat Proportionen, die ganz erheblich von denen des echten Demjanjuk abweichen, und zwar gleichgültig aus welcher Altersphase diese Bilder stammen. Zudem hat die Person auf der Ausweisfotografie – wenn diese von den Fälschern nicht sogar aus mehreren Bildern zusammengebastelt wurde – einen Hals normaler Länge, der echte Demjanjuk dagegen einen ausgesprochen kurzen.

Ein erschreckender Hexensabbat

Dieser angebliche SS-Ausweis aus dem Ausbildungslager Trawniki enthält weder Ausstellungsdatum noch Gültigkeitsdauer. Die Abkommandierungen sind weder abgestempelt noch durch Unterschrift bestätigt, und um die Fälschung noch deutlicher zu machen, der Ausweis ist mit einem Stempel einer falschen Dienststelle abgestempelt – und, um der Sache die Krone aufzusetzen, dieser Stempel war zum

John Demjanjuk

Ungereimtheiten beim Todesurteil

Zeitpunkt der angeblichen Ausstellung längst nicht mehr gültig. Es störte das Gericht auch in keiner Weise, daß der Ausweis-Demjanjuk nach diesem für die Richter echten Ausweis nie nach Treblinka sondern in andere Orte abkommandiert worden war. Hierauf werden wir noch zurückkommen.
Wie die jüdischen Anwälte von Demjanjuk im Berufungsantrag bitter beklagten, veranstaltete die große, in den als Gerichtsraum dienenden Kinosaal eingelassene Zuhörerschaft oft einen erschreckenden Hexensabbat, ohne daß die Richter einschritten. Ganz im Gegenteil hatte das Gericht dafür gesorgt, daß ihm regelmäßig alle Zeitungsberichte besorgt wurden. Fernsehen und Radio berichtete direkt aus dem Kino–Gerichtssaal, das alles nicht gerade » ad majorem gloriam« des Rechtssystems und des Staates Israel.

Die Verteidigung hat eine umfangreiche Berufung eingereicht, die eine fast unübersehbare Vielzahl von »Irrtümern« der Richter anführt. Sie ist überdies gespickt mit ätzenden Hinweisen auf Fehler und auf das Fehlverhalten der Richter.
Dieses Berufungsverfahren läßt auf sich warten, wohl auch deswegen, weil sich inzwischen in aller Welt kritische Stimmen erhoben haben. Ein kleiner Teil der Verzögerung geht möglicherweise auch darauf zurück, daß Dov Eitan, ein bekannter israelischer Richter, der die Verteidigung übernehmen wollte, aus dem fünfzehnten Stock eines Hochhauses in Jerusalem »fiel«. Am Morgen des fraglichen Tages hatte er frohgelaunt das Gericht mit neuen Erkenntnissen verlassen. Einem weiteren israelischen Anwalt wurde auf der Beerdigung von Dov Eitan Säure ins Gesicht geschüttet.
So wartet Demjanjuk weiter, wie schon Jahre vor dem Prozeß, auf ein gerechtes Verfahren, in einer Zelle, die Tag und Nacht beleuchtet ist. Wie lange der fast Siebzigjährige derartigen Umständen ausgesetzt bleibt, ist ungewiß.

Grösse: 175 cm
Gesichtsform: oval
Haarfarbe: dklblond
Augenfarbe: grau
Besondere Merkmale: Narbe auf dem Rücken
Familienname: Demjanjuk
Vor- und Vatersname: Iwan/Nikolai
geboren am: 3.4.20
geboren in: Duboimachariwzi/Saporosche
Nationalität: Ukrainer
Abkommandiert am 22.9.42 zu L.W.Okzow
Abkommandiert am 27.3.43 zu Sobibor
Abkommandiert am ___ zu ___
Abkommandiert am ___ zu ___
Abkommandiert am ___ zu ___

Empfangene Ausrüstungsgegenstände:

Mütze:	1	Koppel: Seitengewehrtasche:	
Mantel:	1	Handschuhe:	
Bluse:	1	Unterhemd:	2
Hose:	1	Unterhosen:	2
Stiefel:		Wollweste:	
Schnürschuhe:	1	Badehose	
Socken:	1		1
Fusslappen:			
Essgeschirr:			
Brotbeutel:			
Trinkbecher:			
Feldflasche:			

Wolldecken: 1
Gewehr Nr.:
Seitengewehr Nr.:
Ausgegeben: Richtig empfangen:

Das »Dokument«, der Ausweis, aufgrund dessen Demjanjuk gehängt werden soll. Er enthält nicht einmal ein Ausstellungsdatum.

Wenn die vorangegangenen Ausführungen auch dem besseren Verständnis der Zusammenhänge und Hintergründe dienen, so ist der Zweck dieser Ausarbeitung nicht die Wiederholung von vorhandenen Argumenten, sondern die Darstellung eines Sachverhalts, der vom Gericht grobfahrlässig vernachlässigt wurde, obwohl, oder vielleicht gerade weil er beweist, daß John Iwan Demjanjuk nicht der mysteriöse »Iwan der Schreckliche« gewesen sein kann.

Die Darstellung des Sachverhalts

Man sollte an dieser Stelle vielleicht noch einfügen, daß es in den ersten Protokollen nach dem Krieg überhaupt keinen Iwan im »Vernichtungslager« Treblinka gab. Erst spätere Erzählungen berichten von einem »Iwan«, der dann jedoch beim Häftlingsaufstand im August 1943 gemäß mehreren früheren Zeugenaussagen erschlagen wurde. Während des Prozesses in Jerusalem sagten dann allerdings Zeugen entgegen früherer beeideter Aussagen aus, daß dieser »Iwan« noch lebe und sie erkannten eindeutig in dem Greis den zweiundzwanzigjährigen Jüngling.

Nach diesen Ausführungen wird es eher verständlich, warum die Richter die wesentlichsten Fakten beim Alibi des John Iwan Demjanjuk ignoriert haben. Und damit kommen wir zu einem ordentlich aufgebauten Alibi.

Laut unbestrittener Aussage von Demjanjuk kam er am »ersten« Tag der Schlacht um die Halbinsel Kertsch in deutsche Gefangenschaft. Während dieser Schlacht gerieten mehr als 125.000 Russen in Gefangenschaft. Das Urteil führt aus: »Im Juni und Juli 1942 gelang es den Deutschen 106.867 Gefangene in Lager zu transportieren, davon 5.000 nach Rovno.«

Demjanjuk machte angeblich unterschiedliche Zeitangaben zu den Orten, an denen er war. Dies wurde jedoch vom Gericht nicht kritisiert. Die Richter meinten, daß man derartiges leicht vergißt, sie machten ihm aber trotzdem hinsichtlich seines schlechten Gedächtnisses keine Zugeständnisse.

Wir müssen an dieser Stelle nachdrücklich darauf hinweisen, daß Demjanjuk neun aufeinanderfolgende Jahre benötigte, um vier Schuljahre zu absolvieren. Auch seine sprachliche Begabung ist weit unterdurchschnittlich. Nach rund drei Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten hatte er immer noch Schwierigkeiten, etwas komplexere englische Sätze zu verstehen. Allein solche Sachverhalte machen es höchst unglaubwürdig, daß die SS einen Hilfsschüler, mit dem man sich nur in der ukrainischen Sprache verständigen konnte, mit der verantwortungsvollen und nicht gerade einfachen Aufgabe betraute, den angeblichen »Vergasungsdiesel« zu betreiben.
Nach einer der Versionen von Demjanjuk, begrub er nach seiner Gefangennahme mehrere Tage lang Gefallene auf der Halbinsel Kertsch. Dann arbeitete er etwa einen Monat im Eisenbahnbau, vielleicht auch etwas weniger und verbrachte etwas mehr als eine Woche im Gefangenenlager Rovno. Von dort aus wurde er nach Chelm verlegt.

Von wesentlichen Fragen ablenken

Die Richter addierten diese Zeiten, und zwar, wie wir sehen werden, ohne wesentliche Tatsachen in Rechnung zu stellen. Die Richter kamen auf sieben Wochen und schrieben im Urteil, daß der Angeklagte demnach Ende Juni 1942 in Chelm angekommen sei, wie sie ohne Not zufügten »nach seinen Behauptungen«, aber ohne zu berücksichtigen, daß der Transport der russischen Gefangenen in die Lager erst Ende Juli abgeschlossen war.

Daraufhin fahren die Richter im Urteil fort und befinden, daß Demjanjuk nach einer anderen Version einige Tage lang Gefallene begrub – kein Unterschied zur ersten Version –, zwei Monate Schienen auf eine engere Spurweite umbaute – also einen Monat länger –, drei Wochen im Gefangenenlager Rovno war – zwei Wochen länger –, und ungefähr eine Woche nach Chelm unterwegs war – ein paar Tage länger.

Dies summiert sich, wie die Richter urteilen, zu »ungefähr 13 Wochen und der Angeklagte wäre demnach in der zweiten Augusthälfte in Chelm angekommen. Diese Version gibt den spätesten Zeitpunkt seiner Ankunft«, wie die Richter in einer eindeutig voreingenommenen, oder vielleicht sogar in die Irre führen wollenden Einstellung schließen.

Gleich anschließend daran wird im Urteil versucht, den Leser mit vielen Ausführungen über Demjanjuks Aufenthalt in Chelm aus dem Konzept zu bringen, wahrscheinlich, um von der wesentlichen Frage abzulenken, nämlich dem Tag seiner angeblichen Ankunft in Trawniki, dem Ausbildungslager, wo er angeblich bei der Folterung und Vergasung von 870.000 Insassen bestialisch mitwirkte.

Demjanjuk behauptet etwa 18 Monate in Chelm gewesen zu sein. Liest man den entsprechenden Teil des Urteils kritisch durch, so erschrecken die Haßtiraden der Richter zu selbst belanglosen Erinnerungen Demjanjuks über seine Zeit in Chelm.

Die Richter befolgen auch hier ihre übliche Taktik im Urteil. Sie diskutieren nicht etwa sofort alle wesentlichen Aspekte, sondern sie verlieren sich in endlosen Erörterungen irrelevanter Dinge. Dadurch verwirren sie den Leser, lenken ihn von wichtigen Fragen ab und erwecken beim unkritischen Betrachter den Eindruck, alles nur Erdenkliche berücksichtigt zu haben. Auf eine klare, ausgewogene Analytik der jeweiligen Fragen wartet man vergebens.

Auch an dieser Stelle treten die Richter in umfangreiche Erörterung der »Ukrainischen Division« ein und versuchen von der einzigen relevanten Frage abzulenken, nämlich wann Demjanjuk im Ausbildungslager Trawniki und dann in Treblinka eingetroffen sein kann.

Die Fälscher machten böse Fehler

Die Richter sind nicht bereit, Demjanjuks Aussage eines achtzehnmonatigen Aufenthaltes in Chelm zu akzeptieren, und schützen die »transitorische Natur des Lagers« vor. Was sie wahrscheinlich suggerieren möchten ist, daß Chelm ausschließlich ein Durchgangslager war, wo also die Gefangenen nur kurz blieben ehe sie auf die verschiedenen Stalags aufgeteilt wurden. Die Richter berufen sich im Urteil auf einen gewissen Fedorenko, der in Chelm »nicht länger als etwa zwei Monate« war. Sie bleiben aber jeden Beweis schuldig, daß Gefangene dort nie länger untergebracht waren. Das Sprichwort, daß eine Schwalbe keinen Sommer macht oder den juristischen Lehrsatz: »In dubio pro reo«, scheinen sie nicht zu kennen.

Wir müssen nun kurz zu dem »Ausweis« zurückkehren, einem wahrhaftigen Sammlerstück, denn er ist wohl unter hunderten von Millionen Pässen der einzige ohne Ausstellungsdatum und Gültigkeitsdauer. Ein derartiger Carte Blanche–Ausweis wäre ein gefundenes Fressen für jeden Partisanen gewesen, an denen es damals wahrhaft nicht mangelte. Er hätte sich damit unbegrenzt an jeden Ort und jede Stelle versetzen können, um seine Sabotagen auszuführen.

Da die Aufenthaltsdaten von Demjanjuk nicht bekannt waren als der Ausweis – Jahre vor dem Prozeß, also in der Ära vor Gorbatschow – gefälscht wurde, läßt sich leicht erraten, warum die Fälscher kein Datum einem widerlegbaren vorzogen. Trotzdem machte man einen bösen Fehler, was Sachkundige nicht verwundert, denn der KGB ist nicht für pingeligste Präzision bekannt. Man versah den Ausweis mit einer Nummer. Und diese belegt wiederum, daß hier eine plumpe Fälschung vorliegt. Beim Vergleich der Nummer des Ausweises mit authentischen Personalbögen aus Trawniki stellt sich heraus, daß »Demjanjuk« dort ankam als er noch ein stolzer russischer Soldat war.

Und nun wollen wir in die Odyssee des Demjanjuk all das einsetzen, was die Herren Richter tunlichst vergaßen. Vorher sei die Verteidigung exkulpiert. Von dieser hatte man trotz bitterer Einwände verlangt, daß sie sich in wenigen Monaten in mehr als zehntausend Seiten Prozeßunterlagen einarbeitet.

Selbst wenn Demjanjuk am ersten Tag der Schlacht von Kertsch – 8. Mai 1942 – in Gefangenschaft geriet, wurde er mit fast absoluter Sicherheit nicht sofort zur Bestattung von Gefallenen eingesetzt. Die deutsche Wehrmacht war in schwere Gefechte verwikkelt, hatte sich um mehr als 120.000 Gefangene zu kümmern, und schließlich kommt auch bei der Erfassung und dem Einsatz von Gefangenen der Amtsschimmel zum Zug und dieser arbeitete nie blitzartig.

Die Probleme mit den Terminen

Des weiteren ist es absolut unwahrscheinlich, daß ausgerechnet ein Demjanjuk geschichtlich so beschlagen ist, daß er weiß, wann die fragliche Schlacht begann. Viel wahrscheinlicher ist, daß er sich auf den Tag bezog, an dem seine Einheit in Kämpfe verwickelt wurde.

Wenn man bedenkt, daß die Rükkeroberung der Halbinsel Kertsch durch die Wehrmacht vom 8. bis zum 15. Mai dauerte und Demjanjuks Einheit nicht sofort eingesetzt wurde, so kann man davon ausgehen, daß er etwa ab 15. Mai Gefallene begrub. Diese Aufgabe endete um den 20. Mai.

Nach der zweiten, vom Gericht angenommenen Version war Demjanjuk danach etwa zwei Monate im Eisenbahnbau eingesetzt. Das bedeutet nun aber nicht, daß Demjanjuk seinen Spaten fallen ließ, sich auf dem Absatz umdrehte und mit neuem Werkzeug Schienen abzuschrauben begann. Schließlich lag die umzubauende Eisenbahnlinie wahrscheinlich nicht ausgerechnet neben den Gräbern der gefallenen Soldaten.

Durch den nördlichen Teil der etwa 100 km langen und 50 km breiten Halbinsel Kertsch führte damals eine Eisenbahn–Nebenstrecke. Also kann man für Demjanjuks Anmarsch zur neuen Arbeitsstelle etwa zwei Tage ansetzen. Hinzuzurechnen ist die Umdisponierung, und auch das benötigte einige Zeit. Wir können demnach annehmen, daß Demjanjuk nicht vor dem 23. Mai mit dem Umlegen der Schienen begann. Dieser Einsatz dauerte zwei Monate, also bis zum 23. Juli.

Danach hielt sich Demjanjuk drei Wochen lang im Kriegsgefangenenlager Rowno auf. Um nach Rowno zu gelangen, hatte der Kriegsgefangene eine Strecke von 1.300 bis 1.400 km zurückzulegen, unter Umständen erheblich mehr, da Gefangene keine Vorzugsbehandlung genossen, wie etwa Truppen oder kriegswichtige Güter und sicher nicht auf dem schnellsten Weg befördert wurden. Die von ehemaligen Soldaten geschätzte Transportzeit beträgt mindestens zwei Wochen. Demjanjuk traf also um den 6. August in Rowno ein und blieb dort bis zum 27. August. Anschließend wurde Demjanjuk ins Kriegsgefangenenlager Chelm verlegt. Die Transportzeit für die relativ kurze Strecke von 230 km haben die Richter ausnahmsweise nicht unterschlagen. Sie betrug eine Woche. Dies beweist eindeutig, daß die vorhin für den Transport von Kertsch nach Rowno angesetzten zwei Wochen sehr knapp bemessen sind, ganz besonders wenn man bedenkt, daß Transporte über das Eisenbahnnetz und die Brücken näher an der Front nicht so flüssig liefen wie weit hinten in der Etappe.

Demjanjuk kam also in Chelm frühestens um den 3. September an. Rechnen wir die Transportzeit proportional zu einem Streckenverhältnis von 1.350 zu 230 km, so kommen wir auf fast sechs Wochen für den Transport von Kertsch nach Rowno, selbst wenn wir die schwierigen Transportverhältnisse in Frontnähe unberücksichtigt lassen. Es ist also durchaus möglich, daß Demjanjuk erst um den 6. September 1942 in Rowno eintraf. In dubio pro reo!

Drei vergeßliche Richter

Wir tun nun so, als ob Demjanjuk nicht in Chelm blieb, wie er be-

John Demjanjuk

Ungereimtheiten beim Todesurteil

schwört, sondern sich als Freiwilliger meldete.

Fedorenko brauchte zwei Monate um aus Chelm herauszukommen, aber wir wollen den drei »vergeßlichen« Richtern vorläufig einen Gefallen tun und annehmen, daß der Ausweis-Demjanjuk bald eine Chance geboten bekam, auf die er praktisch blitzartig reagierte und nur zwei Wochen in Chelm war. Demnach hätte er Chelm schon um den 17. September verlassen, um in Richtung Trawniki, dem Ausbildungslager, in Marsch gesetzt zu werden.

Für den Transport, das Einchekken, die Entlausung, Einkleidung und das Fassen der Ausrüstung und die restlichen Formalitäten dürfen wir getrost eine Woche veranschlagen. Demjanjuk war also nicht vor dem 24. September bereit, seine Ausbildung in Trawniki zu beginnen – immer vorausgesetzt, er war nur zwei Wochen in Chelm, und immer vorausgesetzt, er hatte für die Strecke Kertsch-Rowno nicht länger gebraucht als deutsche Soldaten und Verwundetentransporte.

Und damit kommen wir zum kapitalsten Verbrechen der Richter. Wenn man großzügig denkt, so mag man vielleicht verzeihen, wenn jüngere Richter die Zeiten für den Transport übersehen. Die jüngere Generation denkt, durch Autos und Luftverkehr verwöhnt, kaum noch an Reisezeiten. Obwohl es um ein Menschenleben geht mag man es derartigen Richtern vielleicht sogar noch nachsehen, wenn sie sich nicht mit Transportproblemen über russische Distanzen und unter dortigen Kriegsverhältnissen vertraut machen. Die Richter wußten aber sehr genau, daß Trawniki ein Ausbildungslager war. Und sie wußten ebenfalls aus ihren stundenlangen gemeinsamen Verhören des Angeklagten, daß dieser nicht gerade schnell von Begriff war.
Wenn dieser Demjanjuk also je in Trawniki war, so hatte er mit Sicherheit die Regelausbildungszeit zu absolvieren, und diese Zeitspanne, welche die Richter unterschlagen, betrug zwei Monate. Zudem war es nicht üblich, daß Gefangene sofort nach der Ausbildung abkommandiert wurden. Wir wollen den Richtern vorläufig auch hier entgegenkommen und den Trawniki–Demjanjuk am Ende der zwei Monate sofort nach Treblinka schicken. Addieren wir zum 24. September diese zwei Monate, so verließ er Trawniki am 24. November.

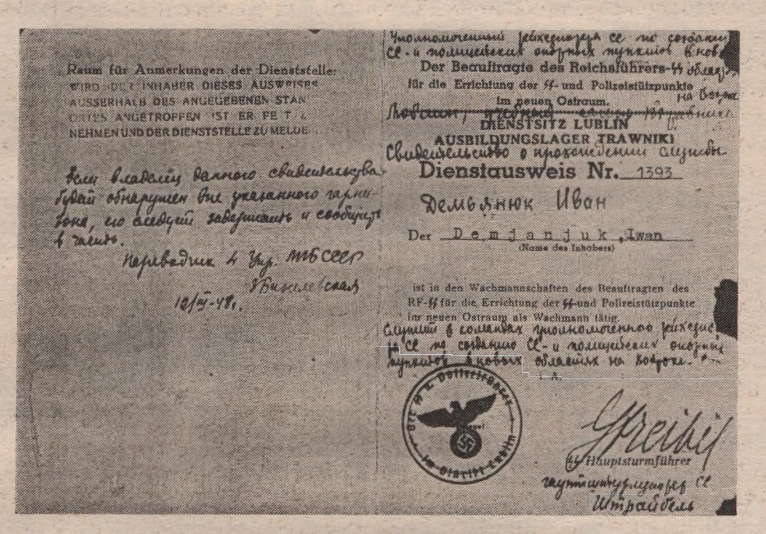
Auch für die Reise nach Treblinka ging Zeit verloren, dort hatte er sich zu melden – auf ukrainisch zu erklären, wieso er mit seinem Ausweis hier auftauchte, obwohl man ihn ganz woanders hin »abkommandiert« hatte –, die weiteren Formalitäten zu erledigen und sich einweisen zu lassen. Eine Woche hierfür ist nicht zuviel.

Zum Ruhme der Gerechtigkeit

Daraus resultiert, daß »Demjanjuk« sein Schinden, Martern und Versagen nicht vor dem 1. Dezember hätte beginnen können. Und zu dieser Zeit kamen in Treblinka nach allen Zeugenaussagen nur noch tröpfchenweise Gefangenentransporte an.

Durch die Unterschlagung der Ausbildungszeit durch die drei Richter kritischer gestimmt, wollen wir nun kurz nachrechnen, wann der hypothetische Demjanjuk sein Morden hätte beginnen können, wenn er Chelm und Trawniki nicht so blitzartig verlassen hätte, und wenn wir für den Transport von der Halbinsel Kertsch nach Rowno eine wahrscheinlichere, also nicht die Mindestzeitspanne einsetzen.

Wäre er, wie Fedorenko, zwei Monate in Chelm geblieben und hätte es nur zwei Wochen gedauert, ehe er nach der Ausbildung abkommandiert wurde, so wäre er erst um den ersten Februar 1943 in Treblinka angetreten. Veranschlagt man für die 1.350 russische Gefangenenkilometer sechs statt zwei Wochen, so wäre er sogar erst Ende Februar in Treblinka angekommen.



Raum für Anmerkungen der Dienststelle:
WIRD DER INHABER DIESES AUSWEISES AUSSERHALB DES ANGEGEBENEN STANDORTES ANGETROFFEN IST ER FEST ZU NEHMEN UND DER DIENSTSTELLE ZU MELDEN

Der Beauftragte des Reichsführers-SS
für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte
im neuen Ostraum.
DIENSTSITZ LUBLIN
AUSBILDUNGSLAGER TRAWNIKI
Dienstausweis Nr. 1393
Демьянюк Иван
Der Demjanjuk, Iwan
(Name des Inhabers)
ist in den Wachmannschaften des Beauftragten des RF-SS für die Errichtung der SS-und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum als Wachmann tätig.
SS-Hauptsturmführer

Der Ausweis strotzt von bösen Fehlern was Sachkundige nicht verwundert, da der KGB nicht für Präzision bekannt ist.

Und was sagen die Richter über diese Zeitpunkte? Sie stellen im Urteil fest, daß die Massenvernichtung Ende Januar 1943 aufhörte.

Zum »Ruhme« der »Gerechtigkeit«, wie sie Demjanjuk im Prozeß widerfuhr, durch Richter, die, wie man im Berufungsantrag nachlesen kann, oft sogar die Staatsanwälte mit ihrer Aggressivität ausstachen, also nicht danach trachteten, objektiv und ausgewogen zu urteilen, was eigentlich die Pflicht von Richtern ist, sei noch ein Detail zugefügt.

Laut »Dienstausweis« war der »Ausweis–Demjanjuk« am 22. September 1942 zum Liegenschaftsgut Okzow abkommandiert worden, also ehe er überhaupt im Ausbildungslager Trawniki angekommen sein konnte. Auch hier folgten die Richter ihrem bewährten Prinzip, wie bei den Zeugenaussagen so auch aus dem Ausweis nur das herauszupicken, was ihnen paßte. Der nervenschonende Landaufenthalt des Demjanjuks wurde von den Richtern unter den Teppich gekehrt, er paßt nicht ins Mordkonzept und in den Zeitplan.
Trotzdem haben sich die Richter verrechnet. Denn wenn man die Zeiten für neue Abkommandierungen, Einweisungen, die Transporte und für die Ausbildung einrechnet, dann wird eindeutig klar, daß man einen Unschuldigen zum Tode verurteilt hat, und wie diese Ausführungen darlegen, wahrscheinlich in voller Absicht.

Die Einrechung der »vergessenen« Zeiten demonstriert zudem ein weiteres Mal die absolute Unzuverlässigkeit der gegen Demjanjuk aufgebotenen Zeugen. Diese schworen nämlich Stein und Bein, »Iwan der Schreckliche« die ganze Zeit in Treblinka gesehen zu haben, praktisch von der Lagereröffnung am 24. Juli 1942, bis zum Gefangenenaufstand am 2. August 1943, bei dem er laut eidesstattlichen Erklärungen, die bis ins Jahr 1947 zurückreichen, erschlagen wurde.

Schaden für die israelische Justiz

Aber diesem Iwan ist eben alles zuzutrauen: In der russischen Schule mimte er auf dumm, bei der SS bekam er sofort eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe. Er konnte seine Körpergröße verändern, denn sogar der alte Demjanjuk ist viele Zentimeter größer als es der Ausweis angibt. Auch die Größenangaben der Belastungszeugen variieren gewaltig. Er konnte seinen Kopf auf einem Hals normaler Länge tragen, wie im Ausweisbild, oder einen ganz kurzen Hals haben, wie auf Bildern kurz nach dem Krieg oder späteren Datums. Er konnte sogar die Schädelform verändern. Glaubt man den verschiedenen Zeugen, so trat er nicht nur mit verschiedenem Haar- sondern sogar Augenfarben auf.
Am erstaunlichsten an diesem Fall aber ist, daß eine fanatische Minderheit nicht begreifen will, welchen unermeßlichen Langzeitschaden sie den Juden in aller Welt, dem Staat Israel und der Juristerei zufügen. Oder ist eventuell System dahinter? □

John Demjanjuk

Beschwerde gegen BKA

Alfred König

Einer der größten Justizskandale der vergangenen Jahre und eine weitere krasse Fehlentscheidung bei der Aufarbeitung der »nationalsozialistischen Verbrechen« war das Todesurteil, das ein israelisches Gericht im April 1988 gegen den Ukrainer John Iwan Demjanjuk aussprach – nachdem dieser zuvor völkerrechtswidrig von den USA nach Israel ausgeliefert worden war –. Dieser soll mit dem legendären »Iwan, der Schreckliche« identisch sein, der im KL Treblinka angeblich eine Unzahl jüdischer Lagerinsassen zu Tode gefoltert und den Dieselmotor betrieben hatte, mit dem etwa 870.000 Opfer vergast worden sein sollen.

Das Jerusalemer Gericht stützte sein Urteil im wesentlichen auf ein Gutachten des Ersten Kriminal-Hauptkommissars (EKHK) des Bundeskriminalamts (BKA), Altmann. Dieser fertigte im Dezember 1988 ein Gutachten an, in dem er zu dem Schluß kam, daß das in einem angeblichen SS-Ausweis eingeheftete Lichtbild des »Schlächters von Treblinka« mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit den Angeklagten John Iwan Demjanjuk darstellte.

Es geht um den gefälschten Ausweis

Altmann störte sich nicht daran, daß dieser angebliche SS-Ausweis aus dem Lager Trawniki weder Ausstellungsdatum noch Gültigkeitsdatum enthält, die Abkommandierungen nicht abgestempelt und durch Unterschrift bestätigt worden sind, vor allem keine Abkommandierung nach Treblinka vorhanden war, die Anatomie der abgebildeten Person nicht mit der des Angeklagten übereinstimmt.

Gegen dieses Gutachten hatte der in Bayern lebende Herbert Tiedemann auf privater Basis ein Gegengutachten verfaßt, das zu einem ganz anderen Schluß kam, und zusätzlich auch noch 1989 Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Altmann beim BKA eingereicht. Wie aber nicht anders zu erwarten war, wurde mit Schreiben vom 21. Dezember des vergangenen Jahres die Einleitung eines Dienstaufsichtsverfahrens gegen Altmann abgelehnt. Daraufhin wandte sich Tiedemann am 30. Januar dieses Jahres mit einer »Dienstaufsichtsbeschwerde gegen das Bundeskriminalamt« an Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Darin heißt es:

»Das BKA betrachtet gemäß Schlußsatz seines Briefes vom 21. Dezember 1989 die Angelegenheit als erledigt, ›da die inhaltliche Prüfung Ihrer Dienstaufsichtsbeschwerde ... somit zu keiner Beanstandung ... geführt hat‹.

Richtig wäre gewesen, nicht meine Dienstaufsichtsbeschwerde zu prüfen, sonden das Gutachten von Altmann.«

Tiedemann weiter: »Ich füge eine Tektur eines Fotos des wirklichen Demjanjuk von 1958 und der angeblichen Aufnahme von 1942 bei. Einige wesentliche Unterschiede wurden mit Farbstift markiert – ich weise jedoch in aller Deutlichkeit darauf hin, daß man Seiten mit gravierenden Divergenzen füllen kann.

Wenn Aufnahmen aus einem praktisch identischen Aufnahmewinkel bei einem Passer der Linie Pupillenhöhe zum Mundspaltenabstand sich deutlichst in der Halslänge, Backenbreite sowie Schädelform und -höhe unterscheiden, so können sie nicht die gleiche Person darstellen. Dies erkennen Halbwüchsige mittleren Intelligenzgrades, wie sich durch Versuche beweisen läßt, mit erheblicher Sicherheit.«

Dann stellt Tiedemann folgende Fragen: »Wieso erkennt ein Spezialist des BKA allein diese Unterschiede nicht, meldet nicht zumindest allein schon deswegen in seinem Gutachten deutliche Zweifel an?

Wieso nehmen die Vorgesetzten des Herrn Altmann derartige, ihnen bekannte schwerwiegendste Unterschiede nicht zum Anlaß, das Gutachten, aber auch Herrn Altmann unter die Lupe zu nehmen?

Wieso verschanzt man sich hinter Ausflüchten, die nichts mit den Divergenzen zu tun haben?

Wieso legen die Betroffenen keine Beweisführung vor, die demonstriert, daß alle anderen sich geirrt haben? Legt nicht allein dieser Umstand den Verdacht nahe, daß hier nicht alle nötige Sorgfalt angewandt wurde oder daß etwas kaschiert werden soll, vielleicht sogar, daß man hofft als ›Staat im Staate‹ alles aussitzen zu können?

Ich frage Sie, Herr Dr. Schäuble: Was ist daraus zu schließen, wenn man bei einer sehr kurzen Beschäftigung mit dem BKA über mehrere Indizien der Unachtsamkeit oder Schlamperei, oder im Fall des Gutachtens von Altmann unter Umständen sogar über schlimmeres stolpert?

Ich frage Sie des weiteren: Wäre es nicht vernünftig, einen kritischen und schwerwiegenden Fall eines möglicherweise falschen Gutachtens von unabhängigen Stellen unter die Lupe nehmen zu lassen, statt zu warten, bis sich die Medien in den verschiedensten Ländern des Falls annehmen?«

Daraufhin schrieb Tiedemann den CSU-Vorsitzenden Waigel an. In dem Schreiben vom 14. März dieses Jahres heißt es:

»Es tut mir leid, Sie mit einer Angelegenheit belästigen zu müssen, die Sie nicht direkt betrifft. Da hier jedoch nicht nur der Ruf der CDU auf dem Spiel steht, halte ich es für meine Pflicht, Sie anzusprechen. Zu Ihrer Orientierung weise ich darauf hin, daß es bei dem fraglichen Fall um ein Menschenleben geht – und um den Ruf der Bundesrepublik als demokratischer Rechtsstaat.

Sie finden in der Anlage eine Kopie meines Schreibens vom 30. Januar 1990 an Herrn Dr. Schäuble, den Dienstherren des BKA. Herr Schäuble hielt es bisher nicht für nötig, mir zumindest einen kurzen Zwischenbescheid zukommen zu lassen.

Da ich die Brisanz des Falles sehr wohl kenne, habe ich versucht, nach der Methode der kleinen Schritte dem EKHK Altmann Gelegenheit zu geben, sein Gutachten – mit dem er maßgeblich zum Todesurteil im Fall Demjanjuk beigetragen hat – zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Dieser Versuch, den auch andere unternommen haben, schlug fehl.

Ebenso lehnten es auch seine vorgesetzten Stellen ab, sich kritisch mit der Sache auseinanderzusetzen ...«

Fast überflüssig zu sagen: Bis zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe von CODE hatte Herr Tiedemann auch vom CSU-Vorsitzenden Waigel keine Antwort erhalten!

Damit stehlen sich also in einem Fall von auch für Deutschland höchster Bedeutung, denn schließlich sitzt Demjanjuk quasi stellvertretend für die SS auf der Anklagebank, deutsche Spitzenpolitiker klammheimlich aus ihrer Verantwortung. Sie fanden es nicht einmal für nötig, die Schreiben Tiedemanns von einem stellvertretenden Referenten oder sonst einer untergeordneten Charge beantworten zu lassen.

Und auch das BKA steht nach dem »Tagebuch der Anne Frank« ein weiteres Mal in einem etwas zwielichtigen Licht. Denn nachdem es 1980 in einem Gutachten des BKA hieß, Teile des Tagebuches seien mit Kugelschreiberpasten geschrieben, die erst 1951 auf den Markt kamen, revidierte sich das BKA nun, es habe sich dabei lediglich um ein Wort und ansonsten um nachträglich eingesetzte Seitenzahlen gehandelt. Ansonsten wäre das Tagebuch »ohne Einschränkungen echt«. Und dies obwohl dem Gutachter des BKA lediglich einige wenige Seiten des Gesamtwerks zur Verfügung gestanden haben. □

Sind Sowjetjuden wirklich in Gefahr?

Schon seit Monaten, seit die amerikanische Regierung die nach Amerika hineinströmende Lawine sowjetjüdischer »Flüchtlinge« abgebremst hat, ergoß sich über die Welt eine wahrhaftige Flut von Schreckensgeschichten über den wachsenden Antisemitismus in der Sowjetunion. Visionen von wild dreinblickenden Kosaken, die à la »Fiedler auf dem Dach« in ihren Steigbügeln stehen durch jüdische Gemeinden reiten, wurden erfunden, um die westlichen Medien zu verwirren. Immer und immer wieder tauchen die erschreckenden Worte vom »Pogrom« auf.

Aber entspricht dies den Tatsachen? Oder handelt es sich weitgehend um Propaganda und Desinformation, die darauf abgestimmt sind, daß die Vereinigten Staaten den Juden auf der Suche nach wirtschaftlichen Möglichkeiten die Tore noch weiter öffnen? Oder zumindest, um die Rechnung zu bezahlen, falls sie sich dazu entschließen sollten stattdessen nach Israel zu gehen?

Widersprüchliche Abschätzungen der Gefahren, denen sich das sowjetische Judentum gegenübersieht, werden in wütenden öffentlichen Debatten in Israel ausgetauscht, wie die internationale Ausgabe der »Jerusalem Post« schreibt. Während der Minister Jitzhak Peretz behauptet, die Sowjetjuden »sitzen auf einem Vulkan«, verlautet aus dem Außenministerium, die Krise sei »irgendwie künstlich«.

Einige Juden in der UdSSR, sagt das US-Außenministerium, versuchen eine Atmosphäre der Gefahr zu suggerieren, um die USA und den Westen dazu zu zwingen, eine verstärkte Einwanderung der Juden zuzulassen. Diese Juden, die die Absicht haben, in die Vereinigten Staaten auszuwandern, haben laut »Jerusalem Post« ein Interesse daran, ein Bild der Verzweiflung von der Situation, der sich das sowjetische Judentum gegenübersieht, zu entwerfen. Diese »Hysterie« spielt denjenigen in die Hände, die dahingehend argumentieren, daß die Juden sofort herausgelassen werden müssen, ganz gleich was auch immer ihr Bestimmungsort ist.

»Aber«, so heißt es aus Kreisen des Außenministeriums weiter, »wenn sie das Land verlassen und nach Amerika gehen, wo sie sich assimilieren werden, dann hat das jüdische Volk nichts gewonnen«.

Eine ähnliche Meinungsverschiedenheit herrscht in der amerikanischen Judenheit vor. Die Verwirrung erschwert weiterhin die Bemühungen im Namen der Sowjetjuden Gelder aufzutreiben. Die »Washington Jewish Week« berichtet, daß, wie die Aktivisten des sowjetischen Judentums sagen, den amerikanischen Juden eine ganze Reihe von Appellen zur Erhebung von Geldern bevorstehe, die die Bemühungen, Sowjetjuden in den USA und in Israel neuanzusiedeln, behindern könnten. Die meisten größeren jüdischen Organisationen in den USA haben das »Elend« der sowjetischen Juden hoch auf ihre Tagesordnung gesetzt, aber diese Organisationen bringen ihre Bemühungen nicht miteinander in Einklang.

»Die jüdische Gemeinde muß zusammenarbeiten«, meint Gunther Lawrence, Informationsdirektor für den Synagogue Council of America (Synagogen-Rat). »Wir besitzen die Fähigkeit einen Feldzug zu starten. Aber wenn es keine Zusammenarbeit gibt, führt dies zu Verwirrung, Chaos und Richtungsänderungen.«

Die »Richtungsänderung« unter den amerikanischen Juden in bezug auf das »Elend« des sowjetischen Judentums trat zum erstenmal in Erscheinung, als der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow Anfang letzten Jahres die Schleusen der Emigration öffnete. Als die amerikanischen Juden – nach jahrzehntelanger emotionell hochgespielter gegenteiliger Propaganda – erkannten, daß die überwältigende Mehrheit ihrer sowjetischen Vettern keine religiös-ideologische »Refuseniks« waren, trockneten die freiwilligen Geldsammlungen für die Ansiedlung sowjetischer Juden in den Vereinigten Staaten sehr schnell aus.

Spätere Bemühungen, Gelder für Ihre Auswanderung nach Israel aufzutreiben, waren die gleichen Ergebnisse beschieden, als klar wurde, daß die Sowjetjuden meistens nur dem Namen nach Juden waren, die nicht aus Liebe zu Zion dazu motiviert wurden auszuwandern, sondern vielmehr in der Hoffnung auf wirtschaftlichen Wohlstand. Die durch die extravaganten Äußerungen des Premierministers Jitzhak Shamir hervorgerufenen Besorgnisse, daß die sowjetischen Juden dazu verwendet würden, ein »Groß-Israel« zu schaffen – das heißt, die eingeborenen Palästinenser vom Westufer zu verdrängen – haben das Problem der Gelderhebung weiter erschwert.

Indessen geht aber der Propagandafeldzug der zionistischen Lobby in den Nachrichtenmedien und in den heiligen Hallen des amerikanischen Kongresses über mögliche Pogrome und über die den Juden drohenden Gefahren unvermindert weiter. Die Bush-Regierung rührt sich jedoch nicht, die Quoten der Einwanderung von Sowjetjuden zu erhöhen. Daher verlagerte sich das Schwergewicht der Kampagne auf die Förderung der Emigration nach Israel, wobei die USA die Rechnung begleichen sollen.

US-Senator Daniel hat angeregt, daß der amerikanische Steuerzahler Israel bis zu einer Milliarde Dollar zahlen sollte, um die sowjetischen Juden anzusiedeln. Und fast 100 amerikanische Senatoren unterschrieben kürzlich einen Brief an den Präsidenten Bush, in dem empfohlen wird, dieser möge Gorbatschow unter Druck setzen, die Auswanderung von Juden nach Israel durch Einrichtung von Direktflügen von Moskau nach Tel Aviv zu beschleunigen.

»Sicher, all dieses Gerede über einen außer Kontrolle geratenen Antisemitismus in der Sowjetunion ist Propaganda der zionistischen Lobby«, meint ein Mitarbeiter des US-Senats. »Aber es ist ein Wahljahr für meinen Chef. Das Geld für den Wahlkampf kommt nicht vom durchschnittlichen amerikanischen Juden. Es kommt von den pro-israelischen Political Action Committees (PAC) und sie lassen sich von den Big Boys in der Lobby leiten. Mein Boß braucht ihr Geld.«

Ob Alptraum oder Phantasie, ob real oder vorgetäuscht, der schnell wachsende Antisemitismus in der Sowjetunion hat die Wirkung auf den amerikanischen Kongreß, die sich die zionistische Lobby wünscht. □

Israels Wirtschaftsprobleme

Es gibt eine Blaupause für die wirtschaftliche Wiedergeburt Israels, die vom Institute for Advanced Strategic and Political Studies (IASPS) in Jerusalem konzipiert wurde. Sie wurde von zwei amerikanischen Volkswirtschaftlern, Alevin Rabushka von Stanford University und Steve Hanke aus Johns Hopkins Universität, ausgearbeitet und wies Israel einen Weg aus der Wirtschaftskrise, der es entgegensteuert. Die Blaupause wurde auf einer Sitzung unter der Schirmherrschaft des CATO-Institute, eines von der Lehre der Willensfreiheit geprägten »Think Tank«, der US-Hilfe an Israel kritisch gegenübersteht, vorgelegt. In der kleinen Versammlung befand sich eine bemerkenswerte Ansammlung von Freunden Israels.

In der Blaupause wurde dringend verlangt, daß Israel seine sozialistische, vom Staat gelenkte Wirtschaft aufgeben und die Entwicklung des Privatsektors ermutigen müsse. Sie rief dazu auf, sich weniger auf Auslandshilfe zu verlassen. Durch Hegen und Pflegen der richtigen Atmosphäre des freien Marktes in Israel, so hieß es in der Blaupause weiter, könne das Land seine Wirtschaft in fünf bis zehn Jahren nach der Art der asiatischen Tiger – Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea – hochbringen.

Nachdem sein kühner Versuch scheiterte, die israelische Regierung für diese Idee des freien Marktes zu gewinnen – obwohl die Israelis einige Schritte in dieser Richtung unternommen haben –, hat die IASPS jetzt eine »Noten-Karte« über die Wirtschaftsleistung des zionistischen Staates für 1989 herausgegeben. Die Nachrichten sind erwartungsgemäß nicht gerade gut.

Die Autoren führen aus: »Es ist wichtig, den Rechtsträger zu be-

schreiben, den wir die israelische Regierung nennen. Ein Haufen zerlegter Teile macht keine Maschine. In ähnlicher Weise stellen die verschiedenen Regierungseinheiten Israels keine zusammenhängende politische Maschine dar. Die Regierung Israels besteht aus mehreren Teilen, die sich oft in den Haaren liegen ...

Zum Beispiel, der Premierminister Jitzhak Shamir führt die Likud-Partei an, aber er hat wenig Einfluß auf die Wirtschaftspolitik. Der stellvertretende Premierminister Shimon Peres, Chef der Arbeiter-Partei, ist die Hauptfigur in Israels wirtschaftspolitischem Theater. Es ist daher keine Überraschung, daß Israels in höchstem Maße bruchstückartige Regierung nicht miteinander abgestimmte und oftmals widersprüchliche wirtschaftspolitische Aufs-Geratewohl-Entscheidungen trifft. Das ›System‹ ist nicht wirklich in der Lage, eine umfassende, koordinierte Politik zu machen und sie dann systematisch zu verwirklichen.«

Indem sie die Wirtschaftspolitik betreibenden Arme der israelischen Regierung in verschiedene Kategorien unterteilen, weisen die Autoren jedem eine auf Leistung beruhende Note zu. Im Bereich der Haushaltspolitik bekam die Regierung ein D-minus, weil es ihr nicht gelungen ist, ihr erklärtes Ziel der Erhebung von Benutzungsgebühren für Gesundheitsleistungen und weiterführende Schulbildung zu erheben.

»Im ganzen gesehen, machte die Regierung wenig Fortschritte bei der Ausübung ihrer Ausgabenbefugnis um wachstumsorientierte Reformen in die Wirtschaft einzuführen.«

Die Regierung bekam ein D für die Steuerpolitik, weil sie den Israelis mit höherem Einkommen einen dreiprozentigen Steueraufschlag auferlegt und damit den Spitzen-Steuersatz für Israelis auf 51 Prozent heraufgedrückt hat, »in direktem Gegensatz zu einem weltweiten Trend, der in den letzten achtziger Jahren die Randsteuersätze in den USA, Großbritannien, Australien und Neuseeland und mehr als 50 Ländern in allen Teilen der Welt scharf nach unten gleiten ließ«. C-minus war die Note für die Politik der israelischen Regierung in bezug auf Geld und Kapitalmärkte, weil es ihr nicht gelungen ist, die Inflation zum Stillstand zu bringen, die jetzt 20 Prozent erreicht, weil es auch nicht gelungen ist, Staatsbanken an private Geldanleger zu verkaufen und den Banken Anfang des Jahres 1989 gestattet wurde, Zinssätze bis zu 60 Prozent zu erheben. Aber Fortschritte wurden gemacht, versichern die Autoren, bei der Entregulierung der Kapitalmärkte, indem zugelassen wurde, daß Pensionsfonds ihre Geldanlagen von Staatspapieren auf produktivere Wirtschaftsbereiche umschichteten.

Die Geschäftspolitik schnitt besser ab, sie erhielt B-minus, das beruht weitgehend auf der »erfolgreichen Privatisierung der Jerusalemer Economic Corporation und dem Fortschritt, der gemacht wurde, um Israels Chemicals Ltd. zum Zwangsverkauf zu bringen« sowie anderen Schritten in Richtung auf den Ausverkauf von staatseigenen Vermögenswerten.

Aber die »sich vertiefende Krise auf dem Histadrut-Sektor« ruft eine Wolke auf das sonst heitere Bild, ebenso wie das Versagen der israelischen Regierung etwas für die kleinen selbständigen Geschäftsleute zu tun. Aber die Preisüberwachung erzielte ein mageres D-minus, weitgehend wegen Israels Inflationsrate von 20 Prozent.

»Die Marktpolitik der Arbeiterpartei erhält die Note F«, schreiben die Autoren, »was von der fortgesetzten Beherrschung des Landes durch eine einzige Gewerkschaft, Histadrut, herrührt«. Und die internationale Handelspolitik bekommt ein C-minus.

»Im großen und ganzen war 1989 für die israelische Wirtschaft ein mieses Jahr«, stellen die Autoren des Zeugnisses fest. Aber sie bleiben hoffnungsvoll: »Man spürt, daß die Dringlichkeit der Situation Israels Chancen vielversprechend erscheinen läßt. Die Stoßkraft und Hilfsmittel für eine wirtschaftliche Wende sind vorhanden. Dies scheint insbesondere auf der zweiten und darunter liegenden Befehlsebene der Politik der Fall zu sein, wo die Ideologie keinen Reiz ausübt, obwohl andere Sachzwänge vorhanden sind. □

Israelis leben wie Gott in Frankreich

Trotz schwerwiegender Wirtschaftsprobleme, denen sich das Land als Ganzes gegenübersieht, und trotz der harten Zeiten für Arbeitnehmer der kränkelnden regierungseigenen Industriebetriebe, hatten es Israels wohlhabendste Bürger niemals so gut wie heute. Es bildet sich zur Zeit eine neue Klasse betuchter Israelis, deren ausgabefreudige Verhaltensweise und hoher Lebensstandard Eifersucht unter denjenigen hervorrufen, denen es nicht so gut geht, und Besorgnis unter israelischen Sozialkritikern, die die Auswirkung einer derart umsichgreifende Ausgabewut auf die israelische Gesellschaft und auf die Beziehungen zu den Palästinensern befürchten.

Israels oberste Einkommensschicht hat eine Ausgabe-Bierreise begonnen, die in eklatantem Widerspruch zu den Pionierzeiten des Landes und zu Israels internationalem Image als sozialistische gleichberechtigte Gesellschaft steht. Millionen Dollar teure Landsitze wachsen in dem »Villen-Gürtel«, wie er genannt wird, von Herzliya und Savyon wie Pilze aus dem Boden. Yachten drängeln sich um einen Platz in den Yachthäfen von Tel Aviv. El Al, die staatliche Fluggesellschaft, schreibt endlich schwarze Zahlen, dank der häufigen Reisen der obersten »Jet-setting«-Schicht Israels nach Europa und Amerika.

Aber entmutigt die israelische Gesellschaft denn nicht eine derartige Zurschaustellung des Wohlstands durch hohe Steuersätze, um die enormen Ausgaben für Sozialhilfeprogramme finanzieren zu können? Natürlich tut sie das. Aber die Reichen weichen den israelischen Steuern aus, indem sie dem beitreten, was in zynischer Weise »Commando Squad 183« genannt wird – Israelis, die sich mehr als die Hälfte des Jahres in Übersee aufhalten, gehen damit den Steuern im eigenen Land aus dem Weg.

Die wirtschaftliche Auswirkung dieser neuen Klasse von gut lebenden Israelis, die es eigentlich nur noch dem Namen nach sind, macht sich in der Gesellschaft als Ganzes spürbar, und sie legt Zeugnis ab für den Mangel an Kooperation mit den Steuerbehörden. Der auffällige Konsum der Oberklasse hat auch in der Mittelklasse zu einer hektischen Ausgabewut geführt. Die Anzahl der Autos in Israel hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt, trotz der Steuern auf Privatwagen die bis zu 200 Prozent abgestuft werden, so daß der bescheidenste Wagen mindestens 25.000 Dollar kostet. Israelische Bürger machen jetzt bis zu 70 Prozent des Touristengeschäfts in dem südlich gelegenen Ferienort Eilat aus, wo Hotelzimmer bis zu 260 Dollar pro Nacht kosten.

Was Beobachter der israelischen Gesellschaft jedoch beunruhigt, ist die Auswirkung, die diese Hektik des Borgens und des Ausgebens auf die arabische Bevölkerung in Israel selbst haben könnte, die weit hinter dem Lebensstandard, Einkommen und Zugang zum Gesundheitswesen der jüdischen Israelis hinterherhinkt. Israelische Araber leisten einen Großteil der manuellen Arbeit, als Köche, Tellerwäscher und Bauarbeiter.

Aber bezeichnenderweise werden sie nicht für Arbeitsplätze gesucht, die einen engen persönlichen Kontakt erfordern, wie Haushaltshilfe in den neu entstehenden Landsitzen und Herrenhäusern. Die Stellengesuche für Hilfe im Haushalt, die jetzt die Anzeigenseiten israelischer Zeitungen füllen, legen eine merkliche Vorliebe für Filipinos und Polen an den Tag.

Israelische Araber, die bereits unzufrieden sind und sich mehr und mehr mit dem in den besetzten Gebieten im Aufstieg begriffenen Nationalismus identifizieren, werden durch einen derartigen Ausschluß von dem materiell guten Leben, das die Israelis genießen, imer näher zur Rebellion getrieben. □



New-Age

Die geistige Revolution

Zweiter Teil und Schluß

Werner Nicolai

Die New-Age-Bewegung ist nach Auffassung vieler Experten eine Religion. Es gibt wiedergeburtsähnliche Erlebnisse, geistliche Gesetze und Gebote in der New-Age-Religion wie Priester und Gurus, einen proklamierten »Messias«, auch Propheten und Menschen mit übersinnlichen Kräften, die es ihnen ermöglichen, große »Zeichen und Wunder zu tun«.

Der Gottesbegriff ist vieldeutig im phanteistischen Sinne, als Macht oder Kraft, als die höchste spirituelle Wesenheit oder einfach als das Göttliche. George Trevelyan, einer der Pioniere der New-Age-Religion, die er in seinem Buch »Eine Vision des Wassermann-Zeitalters« in aller Ausführlichkeit darstellt, schreibt von »Kräften des Lichtes«, mit denen wir uns vereinigen müßten, um dem Unheil, das die Menschheit bedroht, zu entrinnen. Er bedient sich biblischer Texte, die in seinem Sinne umgedeutet werden.

Der verunreinigte Planet

Seine Theorie der »spirituellen Weltsicht« dürfte manchem unsicher gewordenen Zeitgenossen zum Verhängnis werden, da sie auf viele Fragen und Probleme überzeugend formulierte Antworten anbietet. Darin hat das Geheimnis des Todes ebensoviel Raum wie die ganz konkreten Probleme einer globalen Umweltverschmutzung. So lautet denn auch das 10. Kapitel bezeichnenderweise »Der verunreinigte Planet und der lebendige Geist«.

Trevelyan fordert den Leser auf, »die Erde als ein Geschöpf des Kosmos anzusehen, als einen mit Empfindung erfüllten Organismus, fähig, die Lebenskräfte und Energien des Weltraums ein- und auszuatmen, mit einem ›Blutkreislauf‹ magnetischer Ströme und mit Kraftpunkten und Lichtzentren an ihrer Oberfläche wie Drüsen und Chakras. Jede Zelle besitzt ihren Kern von Energie und Geist. Während die Erde als Ganzes ihr Bewußtsein hat und voller Lebensenergie steckt. Jedoch in jener Schicht hochentwickelten Bewußtseins, das sie umgibt, in jenem ›Zentrum, das wir Menschheit nennen‹, ist sich die Evolution ihrer bewußt geworden.«

Im 5. Kapitel vom »Tod – das große Abenteuer« finden sich die uralten heidnisch-gnostischen Irrlehren wieder, und man hört von neuem die alte Schlange zischeln: »Ihr werdet nicht sterben!«

Trevelyan macht in geschickter Weise zunächst den Materialismus dafür verantwortlich, daß wir uns mit unserem Körper identifizieren, um darzulegen, »daß der Mensch in seinem Kern ein ewiges spirituelles Wesen ist, welches ein Wesen ist, das eine Zeitlang in einem Körper wohnt«. Das Sterben, so behauptet er, verursache keinen Schmerz. Dem Beobachter erscheine dies nur so, wenn er den Körper im Todeskampf zucken sehe. Daher könne der Tod der »große Narkotiseur« genannt werden. Bei dieser Auffasung haben vermutlich die bekannten Vertreter der Thanatologie (Sterbelehre), Raymond Moody und Elisabeth Kübler-Ross, Pate gestanden, deren »Erkenntnisse« auf spiritistische Erlebnisse zurückgehen, also okkulten Ursprungs sind.

Die Seele ist für Trevelyan »eine unvergängliche spirituelle Individualität«, »die vom Körper entlassen, sich mit größerer Freiheit in einer feineren Dimension bewegt«. Für uns ist noch von Interesse, wie er die Erlebnisse der Verstorbenen schildert, die durch Botschaften aus dem Jenseits bestätigt seien. Danach gibt es eine Gegend von besonderer Schönheit, als »Sommerland« bekannt, »wo die Herzenswünsche erfüllt werden. Dort angekom-



Der Steinring in Cornwall, England, ungefähr 3000 Jahre alt, ist eine Chiffre, die bis heute nicht entschlüsselt werden konnte.

men, haben viele das Gefühl, sie seien im Himmel und geben sich damit zufrieden, sich während beträchtlicher Zeiträume dort aufzuhalten«.

Die Erde wird als »Übungsplatz der Seele« bezeichnet. Deshalb hält er es für unwahrscheinlich, daß wir nur einmal hierherkommen sollten: »Ein einziges Leben reicht kaum aus, um die ganze Ernte der Erfahrung einzubringen, welche die Erde anbieten kann. Ist die Natur der Seele ewig, bedeute dies außerdem, daß wir bereits als entwickelte Wesen existieren, ehe wir geboren wurden. Daraus folgt, daß wir freiwillig beschließen, in die Schwingungen der Erde hinabzusteigen, wenn die Seele eine Aufgabe zu lernen hat.«

Es sei wie in einer Schule, in der der Mensch Klasse um Klasse zu absolvieren hat, um seine jeweilige Lektion zu lernen. Karma ist für ihn das Gesetz des Ausgleiches und der Gerechtigkeit, dem sich einige Seelen bereitwillig aussetzen als einem läuternden »Fegefeuer«, »um sich von ihren Vergehen zu reinigen und Zugang zur ersehnten nächsten Stufe zu erlangen«. Wie grundlegend er sich jedoch von christlichen Vorstellungen unterscheidet, verrät folgender Satz: »Es ist eine sehr primitive und vereinfachende Ansicht, das Gute oder Böse, das man im Leben getan hat, bestimme das Schicksal unwiderruflich in alle Ewigkeit.«

Luzifer wirkt in jedem von uns

Hierzu hat er eine andere Erklärung parat: »Der ewige Kern des Menschen steigt in eine Reihe erdgebundene Leben hinab und baut so eine Persönlichkeit auf, mit deren Hilfe er den Forderungen der Welt entgegentritt. Der Zweck dieser Übung ist es, durch lange Erfahrungen und Leiden Herr zu werden über dieses niedere Selbst, es aufzulösen und die Seele in ein Organ zu verwandeln, in dem das höhere Selbst, das wahre spirituelle Wesen des Menschen tätig sein kann.«

Das hier im Überblick vorgestellte Konzept ist für das tiefere Verständnis des New-Age-Denkens von Bedeutung, weil es, hier und dort ein wenig abgewandelt, die innige Verflechtung mit der New-Age-Praxis beweist, die durch eine entsprechende Psychologie und den verschiedenen Psychotechniken bereits weltweit in Erscheinung getreten ist. Dabei steht immer wieder der Selbsterlösungsgedanke im Vordergrund, »indem er über ein erweitertes Bewußtsein zu sich selbst findet und zuletzt ›selbst‹ Gott« wird. »Wenn der Mensch ›sein will wie Gott‹, dann ist es klar, daß hier der Einstieg für Luzifer ist, den man in der New-Age-Bewegung sogar anbetet.«

In diesem Zusammenhang ist David Spengler zu nennen, zweiter Direktor des ersten New-Age-Zentrums, der schottischen Findhorn-Foundation und ein Hauptvertreter der Bewegung. Er schrieb 1978: »Luzifer wirkt in jedem von uns, um uns in einen Zustand der Vollkommenheit hineinzuführen. Wenn wir in ein neues Zeitalter eingehen, das Zeitalter der Vollkommenheit des Menschen, wird jeder von uns auf irgendeine Weise an den Punkt gelangen, den ich als luziferische Initiation bezeichne.

Dies ist das besondere Eingangstor, das das Individuum durchschreiten muß, um völlig in die Gegenwart seines Lichtes und seiner Vollkommenheit zu gelangen.«

Spätestens hier werden die apokalyptischen Ausmaße der New-Age-Bewegung sichtbar. Zu diesem Zweck hat die Organisation »World Goodwill« große Anstrengungen unternommen, um das »Weltgebet«, die »Große Invokation« zu verbreiten, worin es bezeichnenderweise heißt: »Möge Licht und Liebe und Kraft den Plan auf Erden wiederherstellen.«
Die eindeutig satanische Komponente der New-Age-Bewegung wird durch die enge Verflechtung mit dem Altmeister des Satanismus, Aleister Crowley, deutlich. Jürgen Kuberski berichtet darüber: »Neo-Satanismus ist das unheimliche Thema in deutschen Klassenzimmern schlechthin. Dabei handelt es sich nur um eine der vielen Auswirkungen von Leben und Lehre des Satanisten Crowley. Es wird geschätzt, daß sich heute ungefähr 90 Prozent aller okkulten Gruppen in der westlichen Welt ganz oder teilweise von Blavatsky, Gurdjieff oder Crowley ableiten lassen. So beeinflußte Crowley nicht nur die ›New-Age-Bewegung‹, den Neo-Satanismus, den Hexenglauben und die Scientology-Kirche, sondern auch Personen wie Rudolf Steiner, Michael Ende und Rockmusiker wie Jimmy Page und Mick Jagger.«

Der Mensch ist Gott

Crowley, dessen im Jahr 1904 verfaßtes Manifest als Hauptforderung den Satz enthält »Tu, was du willst, soll das ganze Gesetz sein!«, wollte das Christentum »hinwegfegen und dessen versklavende Moralvorstellungen zerstören«.

Sich selbst bezeichnete er einmal als »Antichristen«, ein andermal als »Tier 666«. Seine Botschaft lautet: »Der Mensch ist Gott und es gibt keinen anderen außer ihm.«

Hier sind die »Erfolgtechniken« eines Napoleon Hill miteinzubeziehen, der seine Techniken von körperlichen Geistwesen erlernte, die ihm auch Gedankenkraft verliehen. Millionen Menschen haben sich durch seine sogenannte »Selbstverwirklichungskurse« durch Tonbänder des Instituts für Erfolg und Motivation beeinflussen lassen.

Hill schreibt: »Ab und zu war mir eindeutig klar, daß unsichtbare Freunde über mir schwebten, die für die gewöhnlichen Sinne nicht erfahrbar sind. In meinen Studien habe ich entdeckt, daß es eine Gruppe eigenartiger Wesen gibt, die eine Schule der Weisheit unterhalten. Diese Schule hat Meister, die sich selbst von ihrem Körper lösen und sich auf der Stelle an jeden gewünschten Ort begeben können, um dort direkt durch ihre Stimme geheimes Wissen weitergeben zu können. Jetzt wußte ich, daß eine dieser Meister Tausende von Kilometern weit durch die Nacht zu mir in mein Arbeitszimmer gekommen war. ›Du hast das Recht erworben, anderen ein erhabenes Geheimnis zu offenbaren‹, sagte die erregte Stimme. ›Du hast unter der Leitung der Großen Schule gestanden. Nun mußt du der Welt eine Kopie davon weitergeben‹.«

Lothar Gassmann überschreibt ein Kapitel seines Buches »New Age« mit »Psychologie – der Schlüssel zur Macht«. Wir erfahren, daß humanistische Psychologie als Vergötzung des Selbst sogar in den verschiedenen religiösen Bekenntnissen Wurzeln gefaßt hat und immer mehr die Stelle der Seelsorge einnimmt. Unter dem Begriff »Gruppendynamik« ist das vielfältige Angebot von Selbsterfahrungs-, Encounter-, Sensitivitäts- und Gesprächsgruppen zu verstehen. Darüber ist vergleichsweise wenig bekannt. Man nimmt »teil an einer klinischen »Seelsorgeausbildung, an einem Interaktions-, Kooperations-, Solidaritäts- und Kontakttraining und trifft auf Gruppendynamik«.

Die erste Phase dient dem »Auftauen« starrer Erlebens- und Verhaltensweisen. Der Trainer oder Therapeut, der die Gruppe eingeladen hat, verhält sich völlig passiv. Er sitzt schweigend da und wartet ab. Nach geraumer Zeit werden die Teilnehmer ungeduldig und zunehmend ärgerlich. der eine oder andere beginnt den Leiter der Gruppe zu attackieren, was andere wiederum veranlaßt, zu widersprechen. Ganz allmählich wird so ein jeder von Gefühlen bewegt und beherrscht, weil vorerst kein Gesprächsthema zum Nachdenken anregt und so die Verstandestätigkeit motiviert. Genau das aber ist beabsichtigt, um auf diese Weise das Gespräch vollständig auf die Gefühlsebene zu verlagern.

New-Age Psychotechniken

Damit ist der Weg frei für die zweite Phase. Jetzt enthüllen einzelne Teilnehmer ihre geheimen Gefühle und sprechen, nachdem die Barriere vernünftiger Überlegungen niedergerissen ist, ganz offen über ihre Probleme. Ein unerkannt dabeisitzender Co-Trainer steuert in raffinierter Weise den Gesprächsverlauf, indem er beispielsweise als erster damit beginnt, sich zu offenbaren. Auf diese Weise entsteht schließlich so etwas wie eine Gruppenbeichte. Je mehr der Anwesenden sich vor den anderen seelisch entblößen, desto größer wird der Druck auf die restlichen, die sich vor die Entscheidung gestellt sehen, mitzumachen oder die Gruppe zu verlassen. Wenn jemand dem Gruppendruck nachgibt, obwohl er sich innerlich dagegen sträubt, gerät er mit sich selbst in einen ernsten Konflikt;

New-Age

Die geistige Revolution

etwas in ihm zerbricht und er liefert sich der Gruppe aus. Psychische Schädigungen sind oft die Folge.

In der dritten Phase entsteht allseits ein Gefühl der Befreiung und der Harmonie. Man hat sich ausgesprochen und allgemein Verständnis gefunden. Es ist dann so, als hätte man einander vergeben, denn niemand hat ein Wort der Kritik oder gar eine Verurteilung gewagt, eindenk der Tatsache, daß man ja selbst seine Fehler und Sünden eingestanden hat. Auf diese Art entsteht unversehens eine Gruppenmoral, die Werte und Gebote relativiert oder gar außer Kraft setzt. An die Stelle religiöser Überzeugung tritt nun die Meinung der Gruppe.

So entsteht oft ein psychisches Trauma. Der einzelne hat sich völlig der Gruppe ausgeliefert und seine Persönlichkeit aufgegeben. Dabei ist zu beachten, daß der Gruppenleiter oder Psychotherapeut stets die Fäden in den Händen hält. Durch die damit verbundene Wesensveränderung entstehen vielfach »Angstzustände, psychotische Erlebnise, Vertrauensunfähigkeit, Unfähigkeit zur Lösung von Problemen, Identitätskrise und -bruch bis hin zur Selbstmordgefahr. Untersuchungen haben ergeben, daß bei einem Drittel der Teilnehmer solche Schädigungen nachweisbar auftreten. Nicht größere Mündigkeit, sondern Lebensuntüchtigkeit, nicht Selbsterfahrung, sondern Selbstzerbruch wird also in der Gruppendynamik erreicht.«

Menschen, die ständig von Gefühlen reden und verleitet werden, emotional zu reagieren, verlieren zunehmend den Sinn für die Realität. »Der Gesamtzusammenhang des Lebens wird zerstört«, so Gassmann. der Intellekt und das Wissen spielen eine untergeordnete Rolle, ja sie werden beargwöhnt. Der so manipulierte Mensch kann von versierten, psychologisch gewandten Personen in jede gewünschte Richtung gelenkt werden. Daß man Institute gründen und mit gruppendynamischen Methoden viel Geld verdienen kann, ist bekannt. Man spricht diesbezüglich von Encountergruppen (Begegnungsgruppen).

Ziel ist der neue Mensch

Psychologische Therapietechnik, die im Zuge der »humanistischen Psychologie« zu einem wichtigen Bestandteil des Human Potential Movements der späten sechziger Jahre wurde. Diese Gruppen stellen eine Form eklektischer Gruppentherapie dar, die sich auf Studien und Theorien von Freud, Reich, Lowen (Bioenergetik), Perls (Gestalttherapie), Maslow (Selbstverwirklichung), Laing, Rogers (Gesprächstherapie) und Zen stützt. Dabei geht es darum, in einer offenen Begegnung die künstlich errichteten Masken, Grenzen und Rollen zu überwinden.

C. G. Jung und die Geister

E-Gruppen stellen dadurch eine Reaktion auf die traditionellen Werte und unausgesprochenen Ideologien der Gesellschaft dar. Gruppenteilnehmer werden angehalten, sich einen Abend lang, ein Wochenende über oder fortlaufend über Monate hinweg einander vertraut zu werden. Der Gruppenleiter fördert die Teilnehmer darin, ihre wahren Gefühle zuzulassen, zu erleben und zu zeigen – durch direkten, verbalen oder körperlichen Ausdruck.

»Betont wird vor allem auch die Erforschung wenig erlebter oder in Gruppen gezeigter Gefühle wie Zärtlichkeit und Liebe sowie Peinlichkeit und Angst.« Das Ziel ist es, zu einem »offeneren und ehrlicheren Gemeinschaftsleben« zu gelangen.

Die Erläuterungen zum Schlüsselbegriff »Encountergruppen« klingen für den, der sich darin nicht auskennt, recht einladend.

Man hat Stonehenge nicht nur Merlin zugeschrieben, sondern auch den Druiden, Römern, den Dänen, Phöniziern und Ägyptern.

Nachdem der Leser jedoch einen Einblick gewinnen konnte in das System, die Methoden und Organisationen der New-Age-Bewegung, beginnt er, entsprechend den Regeln und Prinzipien der Sprachveränderung, das Substandtielle dieser Aussagen kritisch zu werten. Bei dem folgenden Stichwort scheint es, als ob den New-Age Propagandisten selbst Bedenken gekommen wären, ist doch immerhin von Gehirnwäsche die Rede hinsichtlich des EST (Erhard Seminar Training) – so genannt nach ihren Begründern (der Name ist ein Kunstprodukt aus den Namen Werner Heisenberg und Ludwig Erhard). Es handelt sich um eine Kurztherapieform, »die auf die Methoden der Bewußtseinsprogramm-Zerstörung« – nicht unähnlich der Gehirnwäsche – mit anschließenden Neuaufbau einer Persönlichkeit, die alles sein darf, was sie will, wenn sie es verstanden hat. EST ist ein Workshop-Programm aus geschickter Mischung von Zen-Philosophie, Verkaufspsychologie und Rhetorik.

An dieser Stelle sei mir ein Rückblick gestattet, der zur Verdeutlichung von Zusammenhängen wichtig sein dürfte. Es ist bekannt, daß der Schweizer Psychologe C. G. Jung großen Einfluß auf die zeitgenössische Psychologie hatte und noch hat. Weniger bekannt dürfte es dagegen sein, daß Geister einen entscheidenden Einfluß auf sein Lebenswerk hatten. Lassen wir ihn selbst darüber berichten:
»Alle meine Schriften sind sozusagen Aufträge von innen her; sie entstanden unter einem schicksalhaften Zwang. Was ich schrieb, hat mich von innen überfallen. Den Geist, der mich bewegte, ließ ich zu Worte kommen. Ich habe nie mit einer starken Resonanz auf meine Schriften gerechnet ... Heute kann ich sagen: Es ist sogar wunderbar, wieviel Erfolg ich hatte, mehr als ich je erwarten konnte.«

Wenn man bedenkt, daß er in seiner Jugend alles gelesen hatte, was er über Spiritismus finden konnte, daß er selbst mit seiner Cousine spiritistische Sitzungen abhielt, deren Ergebnisse sogar in seine Doktorarbeit einflossen, und daß er von seltsamen Träumen, Totenerscheinungen und Spukerlebnissen zu berichten weiß, daß er außerkörperliche Erfahrungen, Vorahnungen und Geistererscheinungen hatte, kann man sich leicht ausrechnen, wer ihm zu seinem außerordentlichen Erfolg verhalf. Wenn wir dann noch erfahren, daß er mit seinem Leitgeist namens Philemon wie mit einem normalen Menschen reden konnte, dann wundern wir uns nicht über beklagenswerte Zustände und Vorkommnisse im Bereich der Psychotherapie, die nicht nur unter kommunistischer Diktatur die individuelle Freiheit gefährdet. Denn es ist sicher, daß Jung einen richtungsweisenden Einfluß auf die Methoden in der Psychiatrie, vor allem durch seine Komplextheorie, genommen hat.

Indessen gibt es eine Äußerung von ihm, die darauf hindeutet, daß er der Wahrheit bezüglich der von ihm so bezeichneten »Mächte des Unbewußten« wenigstens zeitweise recht nahe gekommen sein muß: »Die sogenannten ›Mächte des Unbewußten‹ sind keine willkürlich zu manipulierenden, intellektuellen Begriffe, sondern gefährliche Gegner, die in der Ökonomie der Persönlichkeit mitunter furchtbare Verwüstungen anrichten können. Sie sind alles, was man als seelisches ›Gegenüber‹ je nachdem wünschen oder fürchten kann. Der Laie allerdings vermeint, es mit einer dunklen Organkrankheit zu tun zu haben. Der Theologe, der dahinter den Teufel vermutet, steht aber der psychischen Wahrheit bedeutend näher.«

Es gibt eine neue Entwicklung im New-Age-Spiritismus, die man Spirit-Channeling nennt, was soviel heißt wie Kanalisierung des oder eines Geistes. Gemeint sind »Wesenheiten«, die drei Gemeinsamkeiten aufweisen: Sie sind »Geister« oder Geistwesen; sie wollen den Menschen ihre Weltanschauung mitteilen; sie erreichen ihr Ziel, indem sie vorübergehend vom Körper bestimmter Menschen während des Trancezustandes Besitz ergreifen.

Eine Art freiwilliger Besessenheit

Dieses Medium ist der »Channel«, durch den die Wesenheit spricht und anwesenden Zuhörern Ratschläge erteilt und sie belehrt. Ein »Channel« erklärte dazu: »Das Channeling ist eine Art freiwilliger Besessenheit.« In den USA lassen sich eine Reihe prominenter Filmschauspieler channeln, aber auch Hausfrauen und Leute aus dem Mittelstand.

Von besonderem Interesse für uns ist jedoch die Tatsache, daß es derzeit eine Flut gechannelter Publikationen gibt, die auch den deutschen Buchmarkt erreicht haben. Das inzwischen verstorbene Trance-Medium Jane Roberts channelte zu Anfang der siebziger Jahre eine Wesenheit namens »Seth«, mit deren Hilfe sie »Gespräche mit Set« und zahlreiche andere Bücher verfaßte.

Das Buch »Die Möwe Jonathan« wurde »Richard Bach von einer Wesenheit diktiert, die ihm in der Gestalt eines Vogels erschien«. Es brach alle Verkaufsrekorde. Das Angebot an gechannelten Büchern wächst ständig. In der Öffentlichkeit sind sie überaus beliebt. Es gibt in den USA sogar Zeitschriften, die unter dem Einfluß dieser Geister herausgegeben werden.

Das Channeling ist nur die Spitze eines Eisbergs, der sichtbare Teil eines weit verbreiteten Verhaltensmusters. Der neue Spiritismus ist über das Geister- und Spukhafte hinausgelangt und dringt zunehmend in das Alltagsleben ein. Mit stiller Überzeugungskraft kündigen die Wesenheiten an, daß sie zu bleiben beabsichtigen.

In dem gechannelten Material ist das vorherrschende Thema die Leugnung des Todes. Außerdem wird suggeriert, der Mensch ist Gott und: Selbsterkenntnis ist Erlösung und Kraft.

Brooks Alexansder resümiert: »Mit den Geistern war schon immer ein Geschäft zu machen, aber der Markt war begrenzt. Wenn jedoch der Spiritismus eine kritische Beliebtheitsschwelle überschreitet, gelangt er auf einer neuen Ebene in den Handel und wird zum Gegenstand des Massenmarketing. Auf diese Weise schlägt er sogar im Fundament unserer verbraucherorientierten Gesellschaft Wurzeln. Der heutige Spiritismus verfügt, im Gegensatz zum früheren, über ein riesiges wirtschaftliches Potential, und wirtschaftliche Überlegungen bstimmten die Gestalt und die Richtung der Massenkultur. Christopher Nugent schreibt: ›Der Moloch Konsum ist König und verschlingt als erstes das Gewissen. Während die Götter auf die Erde herabkommen, erkennen wir eine Übereinstimmung zwischen Kultur und Okkultismus, eine Art Okkultivierung. Ich schließe daraus, daß unsere Kultur möglicherweise dämonisch genug geworden ist, um einzelne Sekten überflüssig zu machen‹.«

Drogen und New-Age-Musik

Ein ganz anderer Weg, sogenannte transpersonale Erfahrungen zu machen, sollte noch erwähnt werden; gemeint sind die psychedelischen Drogen, als sogenannte Drogen, die die Seele offenbaren sollen. Sie erweitern und verändern das Bewußtsein. Dazu gehören Marihuana, Genista, Canariensis, Lachgas, Kohlendioxyd, LSD, Meskalin und andere, stärkere Drogen. Die Autoren Grube und Fassberg beklagen, daß durch »ungenaue journalistische Ausbeutungen« einer »der besten Chancen für rasche, tiefgehende therapeutische Prozesse und für die Erforschung höherer Bewußtseinszustände verhindert worden seien«.

Es sind gewiß noch weitere Untersuchungen nötig, um den New-Age-Einfluß, der als solcher nur selten direkt in Erscheinung tritt, genauer zu orten. Das gilt für das Drogenproblem ebenso wie für bestimmte Filme fantastischen Inhalts oder okkult-dämonischer Einfärbung. Romane wie »Momo« und »Die unendliche Geschichte« gehören dazu; sie wurden bereits verfilmt.

Besondere Beachtung sollte der Rockmusikszene gezollt werden, aber auch der speziellen New-Age-Musik. Mit New-Age-Musik bezeichnet man Stücke, »die zur Entspannung, Meditation und für Visualisierung geeignet sind. Es handelt sich dabei vorwiegend um elektronische oder auf wenigen Instrumenten gespielte Musik, die ein ›Absinken‹ in die Klangteppiche ermöglicht. Bestimmte Arten periodischer und serieller Musik können dem großen Bereich der New-Age-Musik zugerechnet werden. Wesentlich ist der Effekt des Musikhörens im Sinne einer Bewußtseinsveränderung in Richtung auf einen inneren Aufmerksamkeitszustand.«

Weltregierung luziferischer Prägung

Zu beachten ist, daß alle möglichen gegenwärtigen Strömungen New-Age-Charakter haben können. Schlagworte wie »Einheit«, »Frieden und Harmonie« gehören genauso zum Vokabular wie »synthetisches Denken« oder »Toleranz«. Gerade die für Trevelyans »Vision« charakteristische Verbindung pseudoreligiöser Konzepte mit globalen Umweltproblemen, die uns alle angehen, enthält akzeptable Einzelheiten. Auf diese Weise finden dann die gnostisch-theosophischen Irrtümer bei nicht wenigen Leuten ebenfalls Zustimmung.

Für die New-Age-Bewegung ist die Vernetzung, das »Netzwerk«, die charakteristische Form der Zusammenarbeit. Damit ist ein Netz freistehender Teilnehmer gemeint, verbunden durch gemeinsame Werte oder Interessen. Durch den Prozeß des »Netzwerkes« wird die Verbindung zu Gleichgesinnten hergestellt, »wobei Austausch von Informationen, Material, Geld, Dienstleistungen vorgenommen wird«.

Das Netzwerk sieht vor: Unabhängigkeit der Personen und Gruppen; Autorität und Verantwortung werden dezentralisiert; Qualitative Beziehungen zwischen Individuen stehen im Vordergrund, die Aufgaben oder die Institution erst an zweiter Stelle; Regeln und Grenzen können neu festgelegt werden; New-Age-Teilnehmer haben den gleichen Rang.

Größere und weitreichendere Netzwerke sind das »Mediennetz« und das Computernetz. Wie man weiß, sind beide überaus wirksame Einrichtungen, um der »Einen Welt« näher zu kommen, die dann von einem »Weltdirektorium« regiert wird.

Als Jesus Simon Petrus und seine Gefährten aufforderte, erneut ihre Netze auf den See Genesareth auszuwerfen, finden sie »eine so große Menge Fische, daß ihre Netze zu zerreißen drohten«. Jesus nahm dieses Wunder zum Anlaß, Petrus aufzufordern: »Von nun an sollst du Menschenfischer sein.«

Aus dem Jahr 1818 datiert ein Plan der Geheimbünde, der dem Vatikan in die Hände fiel. Ausführlich wird darin die Methode der Unterwanderung der katholischen Kirche dargelegt. Junge Mitglieder des Geheimbundes sollten Theologie studieren und sich zu Priestern weihen lassen, um ganz allmählich in der Hierarchie aufzusteigen. Auf diese Weise sollte endlich, wenn auch nach vielen Jahren, ein solcherart aufgestiegener Kleriker freimaurerischer Gesinnung Bischof und schließlich sogar Papst werden können.

Ich zitiere aus dieser psychologisch überaus geschickt erarbeiteten Instruktion den entscheiden-

Die geistige Revolution

den Teil: »Suchet einen Papst, wie wir ihn gezeichnet haben. Ihr wollt Herrschaft der Erwählten auf dem Throne der babylonischen Hure befestigen? Machet, daß die Geistlichkeit unter eurer Fahne einherziehe, und dennoch meine, sie wandle unter der Fahne der heiligen Schlüssel. Ihr wollt die letzte Spur der Tyrannen und Unterdrücker austilgen? Spannt eure Netze aus, wie Simon Barjona, im Innern der Sakristeien und Konvente, nicht in der Meerestiefe. Und wenn ihr nichts überstürzet, so versprechen wir euch einen noch wunderbareren Fischzug als jenen des hl. Petrus. Der Fischer wurde Menschenfischer, und ihr werdet sogar zu den Füßen des apostolischen Stuhles Freunde fischen. So habt ihr dann im Netze eine Revolution in Tiara und Mantel, an deren Spitze das Kreuz und die größte päpstliche Fahne getragen wird; eine Revolution, die nur einer kleinen Hilfe bedarf, um das Feuer in allen vier Weltgegenden anzustecken.«

Dieser Text – Pachtler »Der stille Krieg gegen Thron und Altar«, Amberg 1875 –, der aus einer deutschen Quelle zitiert ist, regt wohl nicht nur wegen des Bildgehaltes zum Nachdenken an. Immerhin kann niemand bestreiten, daß der im zweiten Thessalonicher Brief des hl. Paulus erwähnte »große Abfall« vom Glauben eingetreten ist. Und daß der im Jahr 1986 in Assisi veranstaltete »Weltgebetstag für den Frieden« eindeutig gegen das erste Gebot verstößt, das für jeden Christen verbindlich ist, ist auch nicht zu leugnen. Kann sich ein Christ vorstellen, daß einer der Päpste bis zum Jahr 1958 an einer solchen synkretistischen und gotteslästerlichen Veranstaltung teilgenommen hätte?

Machtbesessene als Elite Satans

Der Leser mag sich fragen, was dies mit der New-Age-Bewegung zu tun hat. Nun, ich meine, sehr viel. Wir haben gesehen, wie gnostisches Gedankengut bis in die Gegenwart weitergereicht wurde. Neben den »Theoretikern« – wie ich sie einmal bezeichnen möchte – gab es immer auch die Revolutionäre, Leute, die bestimmte Ideologien und Irrlehren unter Anwendung von Gewalt durchzusetzen entschlossen waren. Die New-Age-Bewegung, so meine ich, ist gleichsam das Meer, in das all die schmutzigen Flüsse gottfeindlicher Ideen und Aktionen zusammenströmen, nachdem die Dämme zerstört worden waren.

In chaotischen Zeiten, wo gewachsene Organisationen zum großen Teil beseitigt werden, setzen sich stets die revolutionären Kräfte durch. Wenn auch Vertreter der New-Age-Bewegung Liebe, Frieden und Toleranz zu ihren Grundsätzen erklären – woran sie zum Teil auch selbst festzuhalten bereit sind oder sein mögen –, so werden sie es nicht verhindern können, daß sich die Machtbesessenen, die Elite Satans, durchsetzen und die ihnen im Wege stehenden Christen rücksichtslos verfolgen werden.

Dafür gibt es Anzeichen. Constance Cumbey berichtet von den Strategieanweisungen H. G. Wells in seinem Buch »Die offene Verschwörung – Aufruf zur Weltrevolution«. Zwar hat der Verfasser noch Vorsicht walten lassen, aber er läßt doch durchblicken, daß die Verschwörung »aus dem Bereich des Mystischen und Theoretischen hinaus in das Feld des praktischen Konflikts getragen werden« solle. Zu beachten ist hier der Buchtitel, der anstelle von »sanfter« von »offener« Verschwörung handelt und zudem zur »Weltrevolution« aufruft.

Der Verlag Lucis Publishing Company – früher: Lucifers P. C. – gibt ein Organ heraus »The Beacon« (»Leuchtturm«, »Leitstern«), wo es über die »offene Verschwörung« heißt: »Sie wird zu einer großen Weltbewegung anwachsen, so weit verbreitet und sichtbar wie der Sozialismus oder Kommunismus. Sie wird großteils an Stelle dieser Bewegungen treten, denn sie ist mehr, sie ist eine Weltreligion. Diese große, lose, sich an alles anpassende Menge von Gruppen und Verbänden wird klar und eindeutig das Ziel verfolgen, die gesamte Bevölkerung der Welt zu verschlucken und zur neuen Gemeinschaft des Menschen werden.« □

Auf dem Weg zur Einen-Welt

Robert Muller

Dr. Robert Muller ist Rektor der Friedensuniversität. Er war vorher beisitzender Generalsekretär für wirtschaftliche und soziale Entwicklung bei den Vereinten Nationen. 1989 wurde ihm für seinen Idealismus, seinen persönlichen, aktiven Einsatz für die Pläne der Einen-Welt und für das »World Core Curriculum« der angesehene Erziehungspreis der UNESCO verliehen.

Um einem allgemeinen Wunsch nachzukommen, will ich versuchen, meine Gedanken über eine kosmische Vision der Zukunft kurz zusammenzufassen. In erster Linie möchte ich sagen, daß in der gesamten, menschlichen Evolution auf diesem Planeten der wichtigste Faktor wahrscheinlich die Tatsache ist, daß während der letzten beiden Jahrhunderte und besonders während der vergangenen 40 Jahre, die Menschheit fähig war, ihr Wissen über diesen Planeten in unglaublicher Weise zu erweitern, wußte man doch vor 500 Jahren noch nicht einmal, daß er rund ist.

Das Gleiche gilt für die Menschheit selbst, von der man bis zum Jahre 1951 nicht einmal wußte, wieviel Exemplare auf diesem Planeten lebten. Die Menschheit ist bis in die Unendlichkeit des Alls vorgestoßen mit Hilfe der Astronomie, der Raumfähren und der Satelliten. Sie ist in das unendliche Kleine eingedrungen dank der Kernphysik, der Genetik und der Mikrobiologie. Die Reichweite ihrer Hände hat mittels unglaublicher wirkungsvoller technischer Hilfen zugenommen, besonders im Hinblick auf die Veränderungen, denen der Planet ausgesetzt ist.

Mit anderen Worten: Eine tiefgreifende Umwandlung hat auf diesem Planeten stattgefunden, eine Umwandlung, der nichts Vergleichbares in der ganzen, vorherigen Geschichte noch in der Entwicklung irgend einer lebenden Spezies an die Seite gestellt werden kann. Dies ist meiner Ansicht nach der grundlegendste Faktor, der für unsere Zeit bestimmend ist.

Er hat der Menschheit auch unglaubliche Vorteile gebracht. Die Lebenszeit ist in den reichen Ländern auf 73 Jahre und in den armen auf 60 Jahre angestiegen. Ein Kind, das in einem Entwicklungsland geboren wird, läuft heute dreimal weniger Gefahr zu sterben, als dies noch im Jahr 1950 der Fall war. Alle besonders gefährlichen Epidemien auf diesem Planeten sind ausgerottet worden, einschließlich der Pokken.

Die fundamentale Tatsache, daß wir unseren Planeten kennen, daß wir die Menschheit kennen, daß wir wissen, wie die Materie analytisch auseinandergenommen und wieder zusammengesetzt werden kann, hat wahre Wunder zustandegebracht. Natürlich glaubten wir, daß der Fortschritt von Wissenschaft und Technik der Menschheit zum Nutzen gereichen würde, mit anderen Worten, daß unsere Daseinsberechtigung auf diesem Planeten darin bestehe, das Beste für uns herauszuschlagen.

Wir denken nicht an die nächste Generation

Wir befinden uns immer noch mitten in diesem Prozeß, wo wir die Vorteile, die wir genießen, genau auf die ganze Menschheit

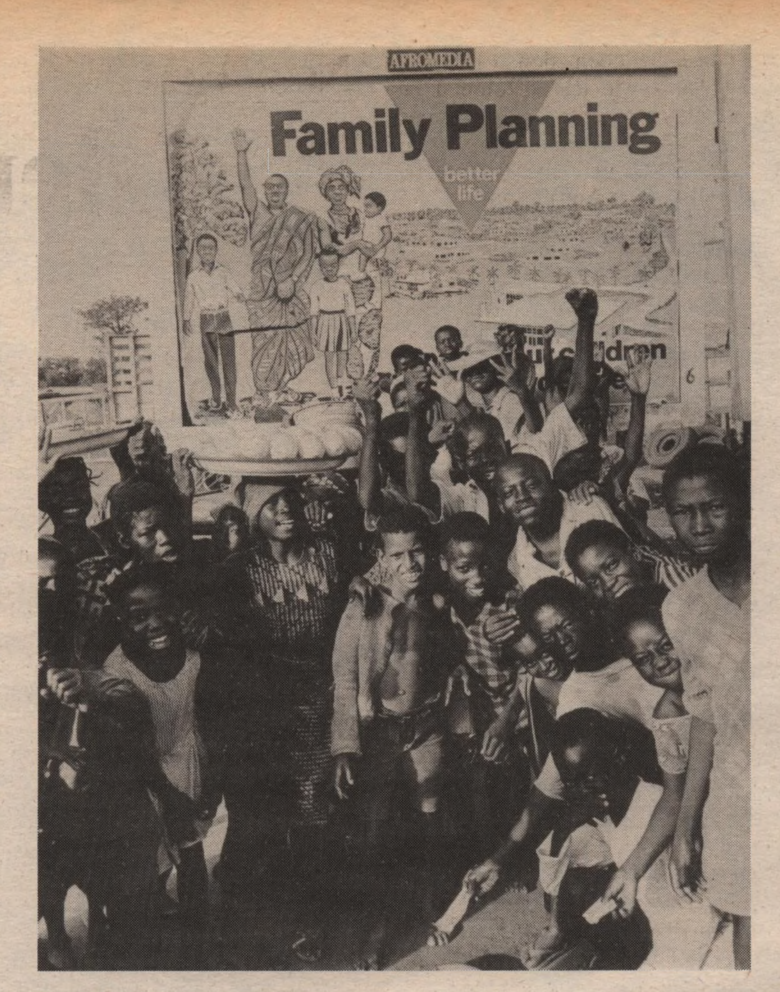
ausdehnen möchten. Dies ist das große humanistische Ideal, das wir zur Zeit auf diesem Planeten verfolgen. Aber wir wußten nicht, daß diese großen Fortschritte gleichzeitig aufgrund unserer globalen Unwissenheit in eine ganze Reihe von Krisen hineinmünden würden.

Warum kam es zu einer Bevölkerungsexplosion von 2,5 Milliarden Menschen im Jahr 1951 zu fünf Milliarden in der Gegenwart? Weil in den fünfziger Jahren, als wir in die armen Länder gingen, um ihnen Gesundheit und sanitäre Einrichtungen zu bringen, niemand daran dachte, den Müttern zu sagen, daß sie nun keine sechs oder sieben Kinder mehr zur Welt bringen sollten, weil die meisten von ihnen überleben würden. Die Unwissenheit der Statistiker und der Mangel an globaler Voraussicht waren die Ursache einer nie dagewesenen Bevölkerungsexplosion auf diesem Planeten.

Und als wir neue Wissenschaften, neue Produkte und neue Technologien entwickelten und auf der ganzen Welt Industrien errichteten, wer dachte da schon daran – außer einer handvoll Dichtern –, daß dies zu der schwindelerregenden Umweltkrise führen würde, die wir heute kennen. Als die UNO im Jahr 1972 die erste Weltkonferenz über Umweltprobleme in Stockholm einberief, erhielt diese den Namen »Konferenz der Vogelbeobachter«.

Dasselbe galt in Bezug auf das Energieproblem: Auf der New Yorker Weltausstellung warb die General Electric mit einer großen Aufschrift: »Towards a World of Free Energy!« So lautete das Credo noch vor Jahren. Doch dann kam die Energiekrise. Wer hätte je an Energiesparen gedacht? Oder an die Ionosphäre? Oder an eine mögliche Klimaveränderung?

Wer hatte je an die langfristigen, genetischen Gefahren der atomaren Strahlung und der Radiowellen gedacht? Und daher stelle ich heute die Frage: Tun wir heute auch Dinge, die wir für ausgezeichnet halten und die in 20 Jahren die gleichen oder noch schlimmere katastrophale Folgen haben werden als die paar von mir erwähnten Beispiele? Wer stellt sich überhaupt diese Frage? Wer schenkt der Vorschrift der



Familienplanung gehört zum großen humanistischen Ideal der Verfechter einer Einen-Welt-Regierung.

Irokesen Beachtung, die da sagt, wir sollten der Folgen unseres Tuns selbst noch für die siebente Generation eingedenk sein? Wir denken nicht einmal an die nächste Generation!

Eine neue Gefahr ist im Kommen. Es handelt sich um die Tatsache, daß Strahlung und die Chemikalisierung dieses Planeten, durch die Tausende von chemischen Stoffen, die Jahr für Jahr in die natürlichen Kreisläufe eingeschleust werden, möglicherweise zu einem Zusammenbruch des Immunsystems im menschlichen Körper führen. Eine Anzahl Biologen sind der Meinung, daß der menschliche Körper nicht in der Lage ist, dieser Belastung zu begegnen und sich dem Rhythmus und der Intensität der Umweltveränderungen anzupassen. Allergien breiten sich immer mehr aus, und unser angeborenes Immunsystem kann zusammenbrechen. Dies ist die wirkliche Angst vor Aids, wenn auch nur wenige den Mut haben, darüber zu sprechen.
Es ist also sehr leicht möglich, daß Aids das erste Zeichen des Zusammenbruchs des menschlichen Abwehrsystems ist und der Körper nicht länger mehr gegen Mikroben und andere äußere Eindringlinge reagieren kann.

In jüngster Zeit hat eine andere fundamentale Veränderung auf Erden stattgefunden: Bis jetzt glaubten wir, daß dieser Planet nur zur Verfügung gestellt worden sei, daß er eigens für uns erschaffen wurde, daß er existiere, damit wir ihn ausbeuteten und die Entwicklung kein Ende nehme. Nun befinden wir uns aber gerade mitten in einer neuen kopernikalischen Revolution. In Kopernikus Zeiten glaubten wir noch, daß sich die Sonne um die Erde drehe, bis wir von ihm lernten, daß dies nicht wahr ist.

Jetzt sind wir dabei zu lernen, daß dieser Planet vielleicht nicht für die Menschen geschaffen wurde, sondern, daß die Menschen für den Planeten erschaffen wurden. Wir hören jetzt von der Gaia-Hypothese, von der Interdependenz aller unbeweglichen und lebenden Materie, von der Tatsache, daß wir Teil eines lebenden, planetarischen Organismus sind. Tatsächlich bestehen wir alle zu 70 Prozent aus Wasser und zu 30 Prozent aus Erde.

Wohin gehen wir, wenn wir sterben? Wir kehren zur Erde zurück wie unsere amerikanischen Indianer und alle großen Religionen es uns gesagt haben. Wir sind daher vorübergehend lebende Manifestationen oder Inkarnationen dieser Erde. Desgleichen sind wir, wie wiederum die amerikanischen Indianer uns sagen, Kinder der Erde und müssen sorgfältig mit unserer Mutter umgehen und ihr Ehrfurcht entgegenbringen. Wir sind lebende Erde.

Eine weltweite End-Demokratie

Ein jeder von uns ist eine Zelle, eine wahrnehmende, mit einem Nervensystem ausgestattete Einheit dieser Erde. Wir sind die lebende Erde und beginnen, uns Gedanken über die Erde zu machen. Das lebendige Bewußtsein der Erde beginnt, sich durch uns auszuwirken. Auf der ganzen Welt beginnt eine Art End-Demokratie Form anzunehmen. Wir fühlen, wie dringend notwendig es ist, für die Erde einzutreten, denn wir haben begriffen, daß die Grundlagen unserer Existenz nicht mehr sicher sind.

Dies hat Veränderungen zur Folge gehabt. Die Sorge um das Bevölkerungsproblem stößt nun auf Verständnis. Im Jahr 1975 sagte man für das Jahr 2000 eine Weltbevölkerung von 7,3 Milliarden Menschen voraus. Zur Zeit ist diese Prognose auf 6,1 Milliarden zurückgegangen. Dennoch werden wir im Jahr 2025 wahrscheinlich 8,5 Milliarden sein. Dies ist ein Problem von unvorstellbarer Tragweite.

Mit dem Umweltproblem setzen sich die Menschen zunehmend auseinander, es wird in Zeitungen, in den Medien und in Filmen behandelt. Selbst die Großmächte suchen den Frieden, denn sie erkennen, daß der ganze Planet, sozusagen hinter ihrem Rücken in Scherben geht, während sie in Afghanistan, Irak, Iran und im Mittleren Osten einen aussichtslosen Krieg führen. Herr Gorbatschow scheint zu sa-

New-Age

Auf dem Weg zur Einen-Welt

gen: »Setzen wir doch all diesem Unsinn ein Ende!« Dies erklärt, warum wir im vergangenen Jahr eine regelrechte Friedensexplosion erlebten. Ein großes, neues und vielversprechendes Bewußtsein hat in den letzten zwei Jahren diesen Planeten erfaßt.

Wir alle in unserer Eigenschaft als kosmische und irdische Zellen, sind Teil eines umfassenden, biologischen und evolutionären Phänomens während dieses Stadiums der Entwicklung. Die Menschheit als ein Ganzes, die gesamte menschliche Spezies nämlich, ist zum Gehirn, zum Herzen, zur Seele, zum Ausdruck und zum Ausführungsorgan der Erde selbst geworden. Wir haben jetzt ein Weltgehirn, das entscheidet, was für den Planeten gefährlich oder tödlich sein kann: es sind die Vereinten Nationen und ihre Dienststellen, sowie unzählige Gruppen und Netzwerke überall auf der Welt, sie alle sind Teil dieses Gehirns.

Wir sind das Herz der Welt: Altruismus, der Wunsch des Menschen, helfen zu können, die Lebenshilfe und internationale Programme und vieles andere mehr bilden dieses Herz. All dies verkörpert die Tatsache auf diesem Planeten, daß wir, nachdem wir uns von Protozoen zu Metazoen entwickelt haben, wir jetzt dabei sind Terrazoen, Erdzellen, zu werden. Wir sind lebende Erde, die sich in ihrer Rolle in der Evolution dieses besonderen Planeten innerhalb des Universums bewußt zu werden beginnt. Dies ist unsere erst vor kurzem entdeckte Bestimmung.

Eine globale Zivilisation

Wir werden uns dieser Bestimmung von Tag zu Tag immer mehr bewußt, und wir müssen die richtigen, philosophischen Schlüsse daraus ziehen. Die Welt ändert sich in bezug auf Bewußtsein, Verhalten und Tätigkeit, und zwar von Grund auf. Wir wissen daß wir eine globale Familie sind, die in einem globalen Heim ihr Zuhause hat. Dies ist, mehr oder weniger, unser derzeitiger Standort. Anders ausgedrückt: Wir sind im Begriff, Ausdruck einer globalen Zivilisation zu werden. Doch ist dies noch nicht alles. Es wird noch weitergehen.

Ich sprach von dem globalen Gehirn, das dieser Planet zu entwikkeln beginnt. Während der Jahre, die ich bei den Vereinten Nationen tätig war, stellte ich fest, daß es etwas wie ein plötzliches Aufflackern von Wahrnehmungen überall auf dem Planeten gibt: Viele Menschen beginnen die gleiche, neue Wahrnehmungsweise, die gleichen Gedanken oder die gleichen Interessen zu haben. Wenn ich bei den Vereinten Nationen zwei oder drei Briefe pro Woche erhalte, die von solchen neuen Wahrnehmungen aus vielen verschiedenen Teilen der Welt berichten, lege ich eine Kartei an. Das Gehirn der Welt hat zu funktionieren angefangen, und was diese Menschen wahrnehmen, wird in fünf oder zehn Jahren wahrscheinlich ein Hauptthema der Entwicklung oder des allgemeinen Interesses sein.

Während des vergangenen Jahres habe ich im Durchschnitt fast jede Woche eine neue Kosmologie erhalten. Meine Kartei über kosmologische Vorstellungen, die ich von Physikern, Biologen, religiösen Menschen aus Indien, den Vereinigten Staaten oder England erhalte, nimmt dauernd an Umfang zu.

Dies sind die Gründe, warum ich voraussage, daß wir, über unser globales Bewußtsein hinaus jetzt dabei sind, uns rasch auf ein kosmisches Bewußtsein hinzubewegen. Mit anderen Worten: Wir werden lernen in dem Entwicklungsprozeß der Erde nicht nur einen globalen, planetarischen Prozeß zu sehen, sondern eine kosmische Manifestation und Evolution auf einem bestimmten Planeten im Universum.

Es ist nicht unmöglich, daß das Universum nicht in der Lage gewesen wäre, viele lebende Planeten ähnlich dem unseren hervorzubringen. Wir befinden uns in einer angemessenen Entfernung zur Sonne, wir haben die erforderliche Masse um eine Atmosphäre und Wasser anzuziehen, und wir haben das große Glück, daß die Kraft, die die Atome auf diesem Planeten zusammenhält, genau die richtige ist. Wäre sie nur ein wenig stärker, würden wir uns zur Größe eines Balls verdichten; wäre sie ein bißchen schwächer, so würden wir als Partikel ins Universum verstreut.

Stimmt Euch auf das Universum ein

Unser Planet und seine Lebensformen sind das Ergebnis vieler Wunder und einzigartiger Phänomene. Die Religionen sagten ganz richtig, daß dieser unser Planet einzigartig ist und daß Gott von Anfang an etwas Besonderes mit uns vorhatte. Jetzt ist auch die Wissenschaft im Begriff, das zu entdecken. Neue Kosmologien entstehen dutzendweise, aber ich glaube nicht, daß schon jemand die richtige hervorgebracht hat.

Es gibt viele verschiedene Ansichten – die der Physiker, die der Genetiker, die der Chemiker, die der spirituell eingestellten Menschen. Aber diese Tatsache beweist, daß eine rege Suche nach einer neuen Kosmologie eingesetzt hat, eine Suche nach dem, was auf diesem Planeten vor sich geht, auf diesem Planeten, wo so viele Lebensformen existieren und wo eine davon, nämlich der Mensch, dabei ist, das Meta-Organ der weiteren Entwicklung, Umwandlung und möglicherweise der Zerstörung des Planeten zu werden. Letzteres wird der Fall sein, wenn wir nicht begreifen, was vor sich geht.
Dies ist etwas absolut Außergewöhnliches, denn es bedeutet, daß jeder von uns eine kosmische Einheit ist, daß wir die Bestandteile des ganzen Kosmos in uns tragen. Der Kosmos bringt Milliarden menschlicher Samenkörner hervor. Viele Samen fallen auf steinigen oder unfruchtbaren Boden oder begreifen nicht, welches ihre Aufgaben sind.

Aber immer mehr Menschen verstehen tief in ihrem Innern, daß sie eine kosmische Funktion zu erfüllen haben. Wenn man in der Geschichte nachblättert, wer die großen Menschheitsvertreter sind, so werden wir auf Mozart, Beethoven, die großen Philosophen, die großen Weisen und die großen religiösen Führer stoßen. Sie besaßen alle kosmisches Bewußtsein. Sie waren sich dessen bewußt, zu jedem Zeitpunkt im Kosmos, in der Ewigkeit und im Universum zu leben. Dies ist der Grund, warum wir so tief ergriffen sind, wenn wir ihnen zuhören, ihre Bücher lesen und ihre Werke sehen. Warum nur? Weil sie auf das Universum eingestimmt sind und auch uns diese Wellenlänge nahebringen.
Das ist es, was uns die Religionen zu sagen versuchen: »Stimmt Euch auf das Universum ein! Seid der Ewigkeit verbunden! Denkt daran, daß Euer zeitliches Dasein eine Botschaft zu vermitteln, eine Aufgabe zu erfüllen hat.«

Und wenn wir diese Aufgabe erfüllen, belohnt uns das Universum, indem es uns wahres Glück oder gar Auferstehung beschert. Es ist nicht unmöglich, daß die Hinduhphilosophie recht hat mit der Behauptung, daß nur die, die sinnvoll gelebt haben, indem sie zu allem Guten und zur Förderung der Evolution auf diesem Planeten beitrugen, aufs neue Leben dürfen, und daß wertlose Samenkörner liegen bleiben und vergehen. Die Religionen können viel zum Verständnis dieser neuen Kosmologien beitragen.

Entwicklung zur kosmischen Familie

Anders ausgedrückt: Ähnlich wie sich die Menschheit erst vor kurzem zu einer globalen Familie entwickelt hat, entwickelt sie sich jetzt zu einer kosmischen Familie. Wir werden begreifen, daß wir eine kosmische Spezies sind, die ihren Weg auf diesem Planeten nur finden wird, wenn wir die dem Kosmos innewohnenden Gesetze befolgen. Einige nennen dies Gott, andere sprechen von einer kosmischen Wesenheit, die als Manifestation des lebenden Universums in jedem von uns gegenwärtig ist und gleichzeitig in abgesonderten Teilen über die gesamte Wirklichkeit ausgestreut ist.
Es ist durchaus möglich, daß die Sterne lebende und vergehende Zellen eines Körpers sind, ebenso wie wir lebende und sterbende Zellen desselben Körpers darstellen. Diese Erkenntnis ist von einer unglaublichen und folgenschweren Wichtigkeit. Die Menschheit wird sich damit beschäftigen, und große Hoffnungen wie auch große Herausforderungen werden sich daraus ergeben. □

Meinen Füßen geht es gut . . .
seit ich das neue pediform® verwende

Mit dem neuen PEDIFORM® wurde praktischer Nutzen mit einem überzeugenden Behandlungserfolg und einfache komfortable Handhabung optimal zusammengefügt.

Mit PEDIFORM® erwerben Sie ein neues, ideales Gerät zur Pflege und Behandlung von **Fuß- und Nagelproblemen.**

Das leistungsstarke Gerät kann entweder über 220 V Netzstrom, aber auch unabhängig über den integrierten Akku betrieben werden. Mit dem Akku sind Sie also jederzeit auch netzunabhängig und somit mobil, beispielsweise im Badezimmer, Balkon, Terrasse oder anderswo. Zwei Leistungsstufen stehen zur Verfügung.



Die 80 cm lange Kabelwelle erlaubt ein einfaches Hantieren mit den Schleifkörpern. Die Kabelwelle ist außerdem mit einem speziellen Knickschutz versehen. Alle Zubehör-Schleifkörper und die Kabelwelle können praktisch in den Röhren des Gehäuses verstaut werden und mit einem Staub- bzw. Transportdeckel abgedeckt werden.

Fordern Sie dieses praktische Qualitätsgerät für nur 198,– DM deshalb mit untenstehendem Coupon an und freuen Sie sich fortan über gepflegte, gesunde Füße!

Eine Wohltat für strapazierte Füße und Beine . . .
gesund für den ganzen Körper



Mit dem Fußfit FB 2000 können Sie Körper und Füße in einem leicht vibrierenden Massagebad erholen lassen. Sie bestimmen selbst, mit welcher Wassertemperatur dieses durchgeführt wird. Die sehr angenehme Fußmassage entstaut Füße, Beine und den ganzen Körper!

Dadurch ist man entspannt, schläft besser und hat auch eine bessere Verdauung! Dieses liegt daran, daß die Fuß-Reflexzonen durch die Noppen massiert werden – ein überraschend einfacher Weg zur Beeinflussung der inneren Organe und des Stoffwechsels. Besonders jetzt im Sommer durch die Möglichkeit des Wasserbades sehr effektiv!

Gehen auch Sie diesen einfachen und wirksamen Weg! Das Fußfit FB 2000 erhalten Sie für nur 98,– DM mit untenstehendem Coupon!

Rein-Lecithin ist die ideale Nahrungsergänzung

Stern-Lecithin ist Ihnen aus früheren Ausgaben der „Gesunden Medizin“ bekannt.

Die enorme Wirksamkeit dieses 98 % - Granulates wurde und wird immer wieder bestätigt.

Vor allem als Stabilisator für das Gedächtnis und das Konzentrationsvermögen sollte Stern-Lecithin in der täglichen Ernährung nicht fehlen.

Schon 5-7 g decken den Tagesbedarf eines erwachsenen Menschen.

Fordern Sie daher mit untenstehendem Coupon an:

200 g	**DM 23,90**
400 g	**DM 39,80**
1000 g	**Sonderpreis DM 76,90**

Neuer Wasserfilter schafft bessere Trinkwasser-Qualität

In unserem Leitungswasser werden immer höhere Schadstoffkonzentrationen festgestellt.
Durch einen handlichen, kostengünstigen Wasserfilter kommt man jetzt diesen Schadstoffen bei.
Der 21 cm hohe, 1,8 Liter fassende tragbare Wasserfilter Selector de Luxe befreit Leitungswasser in hohem Maße von Chlor, Carbonathärte, organischen Verunreinigungen und Schwermetallionen. Entscheidend ist, daß dabei lebenswichtige Mineralien und Spurenelemente erhalten bleiben.

Der neue Wasserfilter-Selector verbessert das Trinkwasser und verschafft Haushaltsmaschinen ein längeres Leben. Durch einen patentierten Drehmechanismus erkennt man, wann die Filterkartusche gewechselt werden muß. Die günstige Kartuschenvorratspackung spart dann noch einmal bares Geld.

(1 Kartusche kostet DM 6,95, die 12er Packung nur DM 69,80)

Jede Kartusche filtert etwa 60 - 100 Liter (je nach Qualität des Wassers) und deckt den Monatsbedarf eines 4-Personen-Haushaltes. Verbessern deshalb auch Sie Ihr Trinkwasser und fordern Sie den „Selector“ mit nebenstehendem Coupon noch heute an.



. . . der erste mit DREHINDIKATOR*

Ja, auch ich möchte die Vorteile Ihrer Angebote in Anspruch nehmen und bestelle daher zur sofortigen Lieferung:

...... Stück	Wasserfilter Selector mit 1 Kartusche	je **DM 34,90**
...... Stück	Kartuschen-Vorratspackung für den Wasserfilter	je **DM 69,80**
...... Stück	Fußfit-Massagebad	je **DM 98,00**
...... Stück	pediform Maniküre- und Pediküregerät	je **DM 198,00**
...... Gramm	Stern-Lecithin 98 %	**DM**

Zahlungsweise:

☐ auf Rechnung, ca. 6,00 DM Versandspesen
☐ per Nachnahme, ohne Versandspesen
☐ Ich habe einen Scheck beigefügt

Vorname ____ Name ____

Straße ____

PLZ ____ Wohnort ____

Einsenden an:

VITAL-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 11/1, 4460 Nordhorn, Tel. 0 59 21 - 40 74

Simon Wiesenthal

Die Geschichte eines »Nazi-Jägers«

Mark Weber

Simon Wiesenthal ist zu einer lebenden Legende geworden. In einer Feierstunde im Weißen Haus im August 1980 überreichte der damalige amerikanische Präsident Jimmy Carter mit Tränen in den Augen dem erfolgreichsten »Nazi-Jäger« der Welt eine vom US-Kongreß verliehene besondere Goldmedaille. US-Präsident Ronald Reagan lobte ihn im November 1988 als einen der »wahren Helden« dieses Jahrhunderts.

Simon Wiesenthal trägt die höchste Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland und eine der berühmtesten Holocaust-Organisationen der Welt trägt seinen Namen: Das Simon Wiesenthal Center in Los Angeles. Er wurde in dem 1978 gedrehten Phantasie-Film »The Toys From Brazil« von dem verstorbenen Laurence Oliver und in dem 1989 als Fernsehfilm gedrehten Film »The Murderers Among Us: The Simon Wiesenthal Story« (»Die Mörder sind unter uns: Die Geschichte Simon Wiesenthals«) von Ben Kingsley in schmeichelhafter Weise dargestellt.

Keine moralische Autorität

Wiesenthal verdient diesen Ruhm nicht. Der Mann, den die »Washington Post« den »rächenden Engel des Hollocaust's« nennt, hat eine gut dokumentierte Vorgeschichte der rücksichtslosen Mißachtung der Wahrheit. Er hat über seine Erfahrungen zur Kriegszeit keine genauen Auskünfte gegeben. Er hat seine Nachkriegs-Errungenschaften als »Nazi-Jäger« falsch dargestellt und Ungenauigkeiten über angebliche deutsche Greueltaten verbreitet. Er hat gewiß keine moralische Autorität.

Szymon (Simon) Wiesenthal wurde am 31. Dezember 1908 in Buczacz, einer Stadt in der österreichisch-ungarischen Provinz Galizien – jetzt Buchach in der sowjetischen Ukraine – geboren. Sein Vater war ein wohlhabender Zucker-Großhändler.

Sowjetischer Ingenieur oder Werksmechaniker

Trotz allem, was über ihn geschrieben worden ist, ist das, was Wiesenthal während der Jahre unter der deutschen Besetzung getan hat, immer noch nicht geklärt. In drei voneinander getrennten Berichten erzählte er beunruhigend widersprüchliche Geschichten über seine Tätigkeiten zur Kriegszeit. Den ersten gab er im Mai 1948 während einer zwei Tage dauernden Vernehmung durch einen Beamten der US-Nuremberg war crimes commission (Kommission zur Untersuchung der Kriegsverbrechen im Rahmen der Nürnberger Prozesse) zum Besten. Der zweite ist eine Zusammenfassung seines Lebenslaufs, die Wiesenthal im Januar 1949 als Teil eines »Antrags um Hilfeleistung« an das Internationale Refugee Committee einreichte. Und der dritte Bericht ist seine Autobiografie »The Murderes Among Us« (»Die Mörder unter uns«, erstmals 1964 veröffentlicht.

Bei seiner Vernehmung im Jahre 1948 erklärte Wiesenthal, er sei »zwischen 1939 und 1941« »sowjetischer Chefingenieur gewesen und habe in Lemberg und Odessa gearbeitet«. Übereinstimmend damit führte er in seiner Erklärung von 1949 aus, er habe von Dezember 1939 bis April 1940 als Architekt im Schwarzmeerhafen Odessa gearbeitet. Aber nach seiner Autobiografie verbrachte er die Zeit zwischen Mitte September 1939 und Juni 1941 im sowjetisch beherrschten Lemberg, wo er »als Mechaniker in einer Fabrik gearbeitet habe, die Bettfedern herstellte«.

Nachdem die Deutschen Galizien im Juni 1941 besetzt hatten, wurde Wiesenthal eine Zeitlang im Konzentrationslager Janowka bei Lemberg interniert und von dort aus wenige Monate später in ein Lager verlegt, das mit dem Reparaturwerk der Ostbahn (OAW) in Lemberg im deutschbesetzten Polen zusammenhing. Wiesenthal berichtet in seiner Autobiographie, er habe dort »als Techniker und Zeichner« gearbeitet, sei verhältnismäßig gut behandelt worden und sein unmittelbarer Vorgesetzter, der »insgeheim ein Nazi-Gegner« gewesen sei, habe ihm sogar gestattet, zwei Pistolen zu besitzen. Er habe in einer »kleinen Holzhütte« sein eigenes Büro gehabt, dort »relative Freiheit genossen, und es sei ihm gestattet gewesen, sich auf dem ganzen Fabrikgelände frei zu bewegen«.

Die Version vom Partisanen – Kämpfer

Der nächste Abschnitt in Wiesenthals Leben – von Oktober 1943 bis Juni 1944 – ist der am wenigsten bekannte und seine Berichte über diesen Zeitabschnitt sind widersprüchlich. Bei seiner Vernehmung im Jahre 1948 sagte Wiesenthal, er sei aus dem Lager Janowska in Lemberg geflohen und habe sich einer »Partisanengruppe angeschlossen, die im Raum Tarnopol – Kamenopodolsk operierte.« Er sagt: »Ich war Partisan vom 6. Oktober 1943 bis Mitte Februar 1944«, und seine Einheit habe gegen ukrainische Streitkräfte, sowohl der SS-Division »Galizien« und der unabhängigen Partisanen-Streitmacht UPA gekämpft.«

Wiesenthal sagt, er habe den Rang eines Oberleutnants und dann eines Majors innegehabt, und er sei für den Bau von Bunkern und Befestigungsanlagen verantwortlich gewesen. Obwohl er sich nicht ganz klar ausdrückte, ließ er durchblicken, seine angebliche Partisaneneinheit sei Teil der »Armia Ludowa« (Volksarmee), der von den Sowjets beherrschten polnischen kommunistischen Streitmacht gewesen.

Er und andere Partisanen hätten sich im Februar 1944 nach Lemberg hineingeschlichen, wo er »von Freunden der A.L. (Volksarmee) versteckt worden sei«. Am 14. Juni 1944 sei seine Gruppe von der deutschen geheimen Feldpolizei gefangengenommen worden.

Obwohl jüdische Partisanen, die in ihren Verstecken aufgespürt wurden, oft erschossen wurden, berichtet Wiesenthal er sei irgendwie verschont worden.

Wiesenthal erzählte in seiner Aussage von 1949 weitgehend die gleiche Geschichte. Er sagte, er sei Anfang Oktober 1943 aus der Internierung geflohen und habe dann acht Monate lang »als Partisan in den Wäldern gegen die Deutschen gekämpft« – vom 2. Oktober 1943 bis März 1944. Anschließend habe er sich von März bis Juni 1944 »in einem Versteck« aufgehalten.

Eine völlig andere Geschichte

In seiner Autobiographie von 1967 erzält Wiesenthal eine völlig andere Geschichte. Er berichtet, er habe nach seiner Flucht aus dem Ostbahn–Reparaturwerk am 2. Oktober 1943 in den Häusern verschiedener Freunde im Versteck gelebt, bis zum 13. Juni 1944, als er von der polnischen und deutschen Polizei aufgespürt und zu einem Konzentrationslager zurückgebracht worden sei. Er erwähnt keinerlei Mitgliedschaft oder Tätigkeit bei den Partisanen.

Sowohl laut seiner Vernehmung im Jahre 1948 als auch seiner Autobiografie von 1967 versuchte er am 15. Juni 1944 durch Öffnung

seiner Pulsadern Selbstmord zu begehen. Bemerkenswerterweise wurde ihm jedoch von deutschen SS-Ärzten das Leben gerettet und er erholte sich in einem SS-Lazarett. Er blieb eine Zeitlang im Konzentrationslager Lemberg »mit doppelter Ration« und dann, so berichtet er in seiner Autobiografie, sei er in verschiedene Arbeitslager verlegt worden. Er habe die verbleibenden chaotischen Monate bis Kriegsende in verschiedenen Lagern verbracht und sei am 5. Mai 1945 durch amerikanische Truppen aus Mauthausen bei Linz befreit worden.

Hat Wiesenthal eine Vergangenheit als heldenhafter Partisan zur Kriegszeit erfunden? Oder versuchte er später seine Vergangenheit als bolschewistischer Terrorist zu verbergen? Oder ist seine wahre Geschichte völlig anders – und zu schamvoll, um sie zuzugeben?

Die Anklage von Bruno Kreisky

Hat Wiesenthal zur Kriegszeit freiwillig für seine Unterdrücker gearbeitet? Das ist die Anklage, die von dem ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky, selbst jüdischer Abstammung und langjähriger Vorsitzender der Sozialistischen Partei seines Landes, erhoben wird. In einem weitverbreiteten Interview mit ausländischen Journalisten im Jahr 1975 beschuldigte Kreisky Wiesenthal sich »Mafia-Methoden« zu bedienen, wies seine vorgebliche »moralische Autorität« zurück und ließ durchblicken, Wiesenthal sei ein Agent für die deutschen Behörden gewesen. Nachstehend einige seiner sachdienlichen Angaben, die in Österreichs führendem Nachrichten–Magazin »Profil« abgedruckt wurden:

»Ich kenne Wiesenthal eigentlich nur aus Geheimberichten und die sind schlimm, sehr widerlich. Ich sage dies als Bundeskanzler ... Und ich sage, daß Wiesenthal ein anderes Verhältnis zur Gestapo hatte als ich. Das stimmt. Und es kann nachgewiesen werden. Kann ich noch mehr sagen? Was es noch zu sagen gibt, werde ich vor Gericht aussagen.

Meine Beziehungen zur Gestapo sind unbestreitbar. Ich war ihr Häftling, ihr Insasse. Ich wurde von ihr verhört. Sein Verhältnis war anders. Das ist, was ich sage, und das wird irgendwann herauskommen. Was ich bereits gesagt habe ist schlimm genug. Aber er kann sich nicht damit herauswinden, indem er mich in der Presse beschuldigt, seine Ehre beleidigt zu haben, wie er es vielleicht gerne hätte. Das ist nicht so einfach, weil das einen großen Prozeß bedeuten würde ... Ein solcher Mann hat nicht das Recht vorzugeben eine moralische Autorität zu sein. Das sage ich. Er ist nicht dazu berechtigt ...

Es gibt keine Gemeinsamkeit mit dem Herrn Wiesenthal für mich, er hat sich auch keine herauszunehmen, so wie es für mich auch keine Gemeinsamkeit mit einem anderen gibt, den ich halt nicht mag oder will. Net? Verstehen Sie mich? Und der Herr Wiesenthal hat zur Gestapo, behaupte ich, eine andere Beziehung gehabt als ich, ja. Nachweisbar. Ich kann nicht mehr sagen, alles andere werd' ich beim Prozeß sagen. Meine Beziehung zur Gestapo ist eindeutig, ich war ihr Gefangener, ihr Häftling, und war beim Verhör. Seine Beziehung war eine andere, so glaube ich zu wissen, und das wird sich klarstellen lassen. Das ist doch arg genug, was ich hier sage, da wird er sich nicht mit einer Presseehrenbeleidigung abputzen können, wie er wollte. So einfach geht das nicht, das wird ein großer Prozeß deshalb, hoffe ich. Deshalb, weil ein Mann wie er kein Recht hat, nach all dem eine moralische Autorität zu spielen, behaupte ich. Er hat kein Recht dazu ...

Kollaboration mit der Gestapo ist Komplizenschaft mit den Mördern. Es kann keinen schlimmeren Vorwurf geben ...

Ich behaupte, daß Herr Wiesenthal in dieser Zeit einen Teil in der nazistischen Einflußsphäre gelebt hat, ohne daß er verfolgt wurde. Ja? Und daß er offen gelebt, ohne daß er verfolgt wurde, ja? Ist das klar? Und Sie wissen vielleicht, wer die Dinge kennt, das konnte niemand riskieren, kein U–Boot bitte, ja, damit kein Mißverständnis entsteht, nicht als U–Boot, verborgen und versteckt, sondern in aller Offenheit existiert hat, ohne daß er, ja ... zeitweilige Verfolgung riskieren mußte.«

Vor dem »Nazi-Jäger« kam der skrupellose Propagandist. 1946 veröffentlichte Wiesenthal »Mauthausen«, ein Sensationswerk, das hauptsächlich aus seinen eigenen amateurhaften Skizzen besteht, die angeblich die Schrecken des Konzentrationslagers wiedergeben. Eine Zeichnung stellt drei Insassen dar, die von den Deutschen an Pfosten gebunden und auf sadistische Weise zu Tode gebracht wurden.

Die Mauthausen-Mythen

Die Skizze ist völlig gefälscht. Sie war – mit geringfügigen Änderungen – von Fotografien kopiert worden, die 1945 in der Zeitschrift »Life« erschienen waren, und mit denen die Hinrichtung von drei deutschen Soldaten, die geschnappt worden waren, als sie während der »Rundstedt-Offensive« hinter den Linien als Spione operierten, graphisch dargestellt wurde. Die Quelle der Wiesenthal–Zeichnung wird jedem sofort offenbar, der sie mit den »Life«–Fotografien vergleicht.

Die unverantwortliche Eigenart dieses Buches zeigt sich auch durch Wiesenthals darin abgedrucktes umfangreiches Zitat des angeblichen »Totenbett–Geständnisses« des Kommandanten des Lagers Mauthausen, Franz Ziereis, wonach in dem in der Nähe gelegenen Nebenlager Hartheim vier Millionen mit Kohlenmonoxyd getötet wurden. Diese Behauptung ist völlig absurd, und kein ernstzunehmender Holocaust–Historiker akzeptiert sie noch. Ebenfalls nach dem von Wiesenthal zitierten Ziereis–»Geständnis« haben die Deutschen angeblich weitere zehn Millionen Menschen in Polen, Litauen und Lettland getötet. Dieses »Geständnis«ist ein Betrug und wurde durch Folterung erpreßt.

Probleme mit der Erinnerung

Jahre später verbreitete Wiesenthal immer noch Unkorrektheiten über Mauthausen. In einem Interview im Jahre 1983 mit der Tageszeitung »USA Today« sagte er über seine Erfahrungen in Mauthausen: »Ich war einer der 34 Überlebenden von 150.000 Häftlingen, die dort waren«. Dies ist eine himmelschreiende Unwahrheit. Die Jahre haben Wiesenthals Gedächtnis anscheinend nicht gutgetan, denn in seiner eigenen Autobiografie schrieb er: »Fast 3.000 Häftlinge starben in Mauthausen, nachdem es die Amerikaner am 5. Mai 1945 befreit hatten«.

Eine andere ehemalige Insassin, Evelyn Le Chene, berichtete in ihrem Standard–Werk über Mauthausen, daß sich 64.000 Insassen im Lager befanden, als es im Mai 1945 befreit wurde. Und nach der »Encyclopaedia Judaica« überlebten mindestens 212.000 die Internierung im Lagerkomplex Mauthausen.

Nach dem Kriege arbeitete Wiesenthal für das US–Office for Strategic Services (Vorläufer der CIA) und das Counter–Intelligence Corps (CIC) der amerikanischen Armee. Er war auch stellvertretender Vorsitzender des jüdischen Zentralausschusses in der amerikanischen Besatzungszone Österreichs.

»Seife aus Menschen«

Wiesenthal verlieh einer der skurrilsten Holocaust-Stories Verbreitung und Glaubwürdigkeit, nämlich der Anklage, die Deutschen hätten aus den Leichen ermordeter Juden Seife hergestellt. Nach dieser Erzählung bedeuteten die Buchstaben »RIF« auf deutschen Seifenstücken »reines Judenfett«. In Wirklichkeit bedeutete die Abkürzung »Reichsstelle für industrielle Fettversorgung«.

Wiesenthal förderte die Legende über die »Seife aus Menschen« in Artikeln, die 1946 in der Zeitung der österreichischen jüdischen Gemeinde »Der Neue Weg«, abgedruckt wurden. In einem Artikel mit der Überschrift »RIF« schrieb er: »Die furchtbaren Begriffe ›Transport für Seife‹ hörte man zuerst Ende 1942. Es war im Generalgouvernement, und die Fabrik befand sich in Galizien, in Belzec. Von April 1942 bis Mai 1943 wurden 900.000 Juden in dieser Fabrik als Rohmaterial verwendet.« Nachdem die Leichen zu verschiedenen Rohmaterialien verarbeitet worden waren, schrieb Wiesenthal, »wurde der Rest, das übriggebliebene Fettzeug, zur Herstellung von Seife verwendet«.

Simon Wiesenthal

Die Geschichte eines »Nazi-Jägers«

Er fuhr fort: »Nach 1942 wußten die Leute im Generalgouvernement ganz genau was RIF–Seife bedeutete. Die zivilisierte Welt mag vielleicht nicht an den Spaß glauben, mit dem die Nazis und ihre Frauen im Generalgouvernement an diese Seife dachten. In jedem Stück Seife sahen sie einen Juden, der auf zauberhafte Weise da hineingekommen war und somit daran gehindert wurde, ein zweiter Freud, Ehrlich oder Einstein zu werden.«

In einem anderen phantasievollen Artikel, der 1946 veröffentlicht wurde mit der Überschrift »Seifenfabrik Belzec«, behauptete Wiesenthal, daß Massen von Juden in Brausebädern elektrisch hingerichtet wurden.

Wiesenthal schrieb: »Die Leute, zusammengepreßt und von der SS angetrieben, Letten und Ukrainer, gehen durch die offene Tür in das ›Bad‹. Fünfhundert Personen gingen auf einmal hinein. Der Boden der ›Badekammer‹ bestand aus Metall und Brauseköpfe hingen von der Decke herab. Wenn der Raum voll war, schaltete die SS die 5.000 Volt elektrischen Strom in den Metallfußboden. Gleichzeitig floß Wasser aus den Brauseköpfen. Ein kurzer Schrei, und die Hinrichtung war vorbei. Ein SS–Oberarzt namens Schmidt stellte durch das Guckloch schauend fest, daß die Opfer tot waren. Die zweite Tür wurde geöffnet, und das ›Leichenkommando‹ kam herein und beseitigte schnell die Leichen. Der Raum stand dann für die nächsten 500 bereit.«

Heute nimmt kein ernsthafter Historiker mehr die Stories ab, daß jüdische Leichen zu Seifenstükken verarbeitet wurden oder daß Juden in Belzec oder anderswo durch elektrischen Strom hingerichtet wurden.

Wiesenthals phantasievolle Betrachtung der Geschichte ist nicht auf das 20. Jahrhundert begrenzt. In seinem 1973 herausgekommenen Buch »Sails of Hope« argumentierte er dahingehend,

Suche nach einer neuen Heimstätte

Christoph Columbus sei insgeheim ein Jude gewesen und bei seiner berühmten Reise in die westliche Hemisphäre im Jahre 1492 sei er eigentlich auf der Suche nach einer neuen Heimstätte für Europas Juden aufgebrochen.

Wiesenthals Ruf als erfolgreichster »Nazi-Jäger« der Welt ist vollkommen unverdient. Seine größte Errungenschaft in mehr als dreißig Jahren seiner Suche nach »Nazi-Verbrechern« war seine angebliche Rolle bei der Aufspürung und Festnahme Adolf Eichmanns. Eichmann leitete zur Kriegszeit die SS-Abteilung für jüdische Angelegenheiten. Er wurde 1960 in Buenos Aires von israelischen Agenten gewaltsam entführt und nach einem Prozeß, dem weltweite Aufmerksamkeit zuteil wurde, in Jerusalem gehenkt.

Aber Isser Harel, der israelische Beamte, der die Mannschaft leitete, die Eichmann festnahm, erklärte unzweideutig, daß Wiesenthal »absolut nichts« mit der Festnahme Eichmanns zu tun hatte. Harel ist ehemaliger Chef sowohl des Mossad als auch des Shin Bet, Israels Außen- und Innensicherheitsdienste.

Außerdem berichtete Arnold Forster, allgemeiner Berater für die Anti-Defamation League der B'nai B'rith, die einflußreiche zionistische Organisation, in seinem Buch »Square One«, daß kurz bevor die Israelis Eichmann in Argentinien ergriffen, Wiesenthal Eichmann sowohl in Japan als auch in Saudi-Arabien vermutete. Als die israelische Regierung sich weigerte, Wiesenthal für die Suche nach Eichmann Gelder zu bewilligen, gab der »Nazi-Jäger« eine Erklärung an die israelische Presse, in der er behauptete, die Regierung weigere sich mitzuhelfen den ehemaligen SS-Mann zu fangen.

Einer der spektakulärsten Fälle Wiesenthals bezog sich auf einen Bürger aus Chicago namens Frank Walus. In einem Brief vom 10. Dezember 1974 erhob er die Beschuldigung, Walus habe während des Krieges in Tschenstochau und Kielce »Juden an die Gestapo ausgeliefert«.

Die Hetze gegen Frank Walus

Dieser Brief veranlaßte die amerikanische Regierung dazu, eine Ermittlung einzuleiten und eine gerichtliche Kampagne gegen Walus zu führen. Die »Washington Post« befaßte sich 1981 in einem Artikel »The Nazi Who Never Was: How a witchhunt by judge, press and investigators branded an innocent man war criminal« (»Der Nazi der niemals einer war: Wie eine Hexenjagd durch Richter, Presse und Ermittlungen einen unschuldigen Mann als Kriegsverbrecher brandmarkte«). In einem längeren Artikel, für den die American Bar Association (Verband der Rechtsanwälte) das Urheberrecht hatte, heißt es:

»Im Januar 1977 beschuldigte die Regierung der Vereinigten Staaten einen Chicagoer namens Frank Walus, während des Zweiten Weltkriegs in Polen Greueltaten begangen zu haben.

In den darauffolgenden Jahren verschuldete sich der im Ruhestand lebende Fabrikarbeiter mit mehr als 60.000 Dollar, um sich verteidigen zu können. Er saß in einem Gerichtssaal als elf jüdische Überlebende aus Polen aussagten, sie hätten gesehen, wie er Kinder, eine alte Frau, eine junge Frau, einen Buckligen und andere ermordet habe ...

Aus überwältigendem Beweismaterial geht hervor, daß Walus kein Nazi-Kriegsverbrecher war, daß er während des Zweiten Weltkriegs nicht einmal in Polen war...

In einer Atmosphäre des Hasses und Widerwillens, die an Hysterie grenzte, verfolgte die Regierung einen unschuldigen Mann. 1974 denunzierte Simon Wiesenthal, der berühmte ›Nazi-Jäger‹ aus Wien, Walus als ›ein Pole in Chicago, der in den Ghettos von Tschentochau und Kielce bei der Gestapo Dienste tat, und eine Anzahl Juden an die Gestapo auslieferte.«

Die Chicagoer Wochenzeitung »Reader« berichtete 1981 in einem ins Einzelne gehenden Artikel mit der Überschrift: »The Persecution of Frank Walus: To Catch a Nazi« (Die Verfolgung von Frank Walus: Um einen Nazi zu erwischen): Die amerikanischse Regierung wollte einen Kriegsverbrecher, daher erfand sie einen mit Hilfe von Simon Wiesenthal, der israelischen Polizei, der örtlichen Presse und des Richters Julius Hoffman. In dem Artikel heißt es:

Unverantwortlich und fahrlässig

»Es ist logisch anzunehmen, daß die bei Wiesenthal gegen Walus eingegangenen Berichte eigentlich Gerüchte waren... Mit anderen Worten, Simon Wiesenthal hatte keinerlei Beweise gegen Walus. Er verurteilte ihn trotzdem.

Während Richter Hoffmann im Walus-Prozeß bei der Urteilsberatung war, lief der Film ›Holocaust‹ über die Bildschirme. Im gleichen Zeitraum, im April 1987, kam Wiesenthal nach Chicago, wo er Interviews gab, in denen er die Verdienste für den Walus-Prozeß für sich in Anspruch nahm. ›Wie der Nazi-Jäger mithalf, Frank Walus zu finden‹, lautete die Überschrift der ›Sun-Times‹ über einer Story von Bob Olmstead. Wiesenthal sagte zu Abe Peck von der ›Sun–Times‹, er ›habe niemals einen Fall von Personenverwechslung gehabt. Ich weiß, daß es Tausende gibt die auf einen Fehler von mir warten‹, sagte er.«

Als zuverlässiger Fahnder unglaubwürdig

Erst nach einem erschöpfenden Rechtskampf konnte der Mann, der als »Schlächter von Kielce« verunglimpft und körperlich angegriffen worden war, schließlich beweisen, daß er die Kriegsjahre als friedlicher Landarbeiter in Deutschland gearbeitet hatte. Wiesenthals Unverantwortlichkeit und Fahrlässigkeit im Falle Walus hätte eigentlich genügen sollen, um ihn für die Dauer als zuverläßlichen Fahnder unglaubwürdig zu machen. Aber sein Teflon–Ruf überlebte sogar dies.

Nachdem Wiesenthal in einem ähnlichen Fall in Kanada schließlich nachgewiesen wurde, daß er

Unrecht hatte, kommentierte die Zeitung »Toronto Sun« in einem Leitartikel: »Es scheint, daß von dem berufsmäßigen Nazi–Jäger Simon Wiesenthal vorgelegtes Material zwar falsch, aber trotzdem in den Medien weiterverbreitet wurde.«

Ein Großteil des Wiesenthal–Mythos beruht auf seiner Jagd nach Josef Mengele, der Arzt in Auschwitz, der als »Todesengel« bekannt ist. Immer wieder behauptete Wiesenthal, Mengele dicht auf den Fersen zu sein. Wiesenthal berichtete, seine Informanten hätten den flüchtigen Arzt in Peru, Chile, Brasilien, Spanien, Griechenland und an einem Halbdutzend anderen Orten in Paraguay »gesehen« oder »soeben verpaßt«.

Einmal, im Sommer 1960, sei er nur mit knappster Not davongekommen. Wiesenthal berichtete, Mengele habe sich auf einer kleinen griechischen Insel verborgen, von wo er nur um wenige Stunden vorher entfliehen konnte. Wiesenthal ging weiter mit dieser Story hausieren, komplett mit genauen Einzelheiten, auch nachdem ein Reporter, den er angeheuert hatte um nachzuforschen, ihn darüber informierte, daß die Geschichte von Anfang an falsch war.

Nach einer anderen Wiesenthal-Ente arrangierte Mengele 1960 den Mord an einem seiner früheren Opfer, einer Frau, die er angeblich in Auschwitz sterilisiert hatte. Nachdem er sie, und ihre kennzeichnende Lager–Tätowierung, in einem Hotel in Argentinien, wo er weilte, ausfindig gemacht hatte, traf Mengele angeblich Vorkehrungen, sie töten zu lassen, weil er befürchtete, sie würde ihn entlarven. Es stellte sich heraus, daß diese Frau niemals in einem Konzentrationslager war, keine Tätowierung hatte und niemals mit Mengele zusammengetroffen war, und ihr Tod war ein gewöhnliches Bergsteigerunglück.

Ein Wirrwarr unnützer Informationen

Mengele speiste regelmäßig in den feinsten Restaurants in Asuncion, der Hauptstadt Paraguays, sagte Wiesenthal 1977 und fuhr mit einer Schar bewaffneter Leibwächter in seinem schwarzen Mercedes umher. Wiesenthal verkündete 1985, er sei sich »hundertprozentig sicher«, daß Mengele sich mindestens Juni 1984 in Paraguay versteckt gehalten habe und klagte an, die Familie Mengeles wisse genau wo. Wie sich herausstellte, lag Wiesenthal völlig falsch. Es wurde nämlich später definitiv festgestellt, daß Mengele 1979 in Brasilien gestorben war, wo er seit Jahren anonym unter ärmlichen Verhältnissen gelebt hatte.

In Wahrheit war die dicke Akte in Wiesenthals Wiener Dokumentations–Zentrum ein solcher Wirrwarr völlig nutzloser Informationen, daß sie nach den Worten der Londoner »Times« »nur seine selbstbestätigten Mythen stützte und diejenigen befriedigte, die anscheinend eine endgültige Antwort hinsichtlich Mengeles Schicksal benötigten. Sogar Israels ehemaliger Botschafter für Paraguay, Benjamin Varon, kritisierte 1983 vorsichtig die Mengele–Kampagne wie folgt: »Wiesenthal gibt von Zeit zu Zeit Erklärungen darüber ab, daß er kurz davor stehe ihn zu schnappen, vielleicht deswegen, weil Wiesenthal für seine Aktivitäten Gelder auftreiben muß und der Name Mengele immer gut für Reklame ist.«

Nach den Worten von Gerald Posner und John Ware, Mit–Autoren von dem Buch »Mengele: The Complete Story«, brachte Wiesenthal Jahre damit zu, das mythische »Selbst–Image eines unermüdlichen, hartnäckigen Detektivs« zu kultivieren, der gegen »die allmächtige und finstere Macht Mengeles und eines rießigen Nazi–Netzwerkes angehen muß«. Wegen seines »Geschicks nach Effekt zu haschen«, schrieben Posner und Ware zum Schluß, »hat Wiesenthal endgültig seine Glaubwürdigkeit verspielt«.

Kommerzialisierung des Holocaust

Bruno Kreisky faßte einmal seine unzweideutige Einstellung gegenüber dem »Nazi–Jäger« mit folgenden Worten zusammen: »Der Ingenieur Wiesenthal, oder was auch sonst immer sein Titel ist, haßt mich, weil er weiß, daß ich seine Tätigkeit verabscheue. Die Wiesenthal–Gruppe ist eine quasi–politische Mafia, die mit verabscheuungswürdigen Mitteln gegen Österreich arbeitet. Wiesenthal ist bekannt als jemand, der es mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt und der mit seinen Methoden nicht sehr wählerisch ist und Tricks anwendet. Er gibt vor der ›Eichmann–Jäger‹ zu sein, obwohl jedermann weiß, daß dies die Arbeit eines Geheimdienstes war, und Wiesenthal nur die Lorbeeren dafür einstreicht.«

Wiesenthal hat natürlich nicht immer Unrecht. 1985 kannte er in einem in einer britischen Zeitschrift veröffentlichten Brief an, daß »es auf deutschem Boden keine Vernichtungslager gab«. Er räumte somit stillschweigend ein, daß seine vor dem Nürnberger Gerichtshof und anderswo aufgestellten Behauptungen, daß Buchenwald, Dachau und andere Lager in Deutschland »Vernichtungslager« waren nicht der Wahrheit entsprachen.
Simon Wiesenthal und das Los Angeles Center, das seinen Namen trägt, »kommerzialisieren« und »trivialisieren« den Holocaust, sagt der Direktor des israelischen Holocaust Center Yad Vashem. Über diese Anklage wurde im Dezember 1988 in der israelischen Tageszeitung »Ha'aretz« berichtet.

Die Wochenzeitung »Jewish Press« nahm wie folgt zu der Beschuldigung Stellung: »Die Verärgerung Yad Vashems über das, was es als Kommerzialisierung des Holocaust durch das Wiesenthal Center erachtet, ist schon seit langem wohlbekannt, aber dies ist bislang der freimütigste Angriff.«

Wiesenthal habe die Zahl von »elf Millionen, die im Holocaust ermordet wurden – sechs Millionen Juden und fünf Millionen Nichtjuden«, »aufgebracht«, sagte der Direktor. Befragt, warum er diese Zahlen angegeben habe, antwortete Wiesenthal: »Die Nichtjuden werden uns keine Aufmerksamkeit schenken, wenn wir ihre Opfer nicht auch erwähnen«. Wiesenthal »wählte ›fünf Millionen Nichtjuden‹, weil er eine ›diplomatische‹ Zahl wollte, eine die etwas über eine große Anzahl von nichtjüdischen Opfern aussagt, aber keineswegs größer ist als die der Juden ...«
Das Los Angeles Center zahlt Wiesenthal 75.000 Dollar pro Jahr, um seinen Namen verwenden zu können, sagte der Direktor des Yad Vashem. »Die Juden tun viele gemeine Dinge«, heißt es weiter in dem Bericht, »aber das Wiesenthal Center brachte dies auf den höchsten Gipfel: Die optimale Ausnutzung der sensiblen Dinge, um Gelder aufzubringen ...«

Talmudische Sophisterei

Die »Jewish Press«, die von sich behauptet, die englischsprachige Zeitung der jüdischen Gemeinde in Amerika mit der höchsten Auflage zu sein, kommentierte weiter: »Was Wiesenthal und das Los Angeles Center, das seinen Namen trägt, tun, ist den Holocaust zu trivialisieren (verniedlichen), um ihm seinen einmaligen Judenhaß zu nehmen. Und natürlich werden die Juden es weiter unterstützen, weil es so modisch ist.»

Wiesenthal wird oft gefragt, warum er jenen, die vor mehr als vierzig Jahren Juden verfolgten, nicht vergibt. Seine stereotype Antwort lautet, daß, obwohl er das Recht habe für sich selbst zu verzeihen, er das nicht im Namen anderer tun dürfe. Aber dies ist talmudische Sophisterei. Auf der Grundlage dieser Logik hat er nicht das Recht irgendjemand im Namen anderer aufzuspüren. Wiesenthal hat seine »Jagd« niemals auf diejenigen beschränkt, die ihn persönlich verfolgt haben.

Es ist schwierig zu sagen, was diesen ungewöhnlichen Mann eigentlich treibt. Sehnt er sich nach Ruhm und Lob? Oder versucht er nur eine beschämende Episode seiner eigenen Vergangenheit zu verdrängen? Wiesenthal genießt offensichtlich den Lob, der ihm zuteil wird.
»Er ist ein Mann von beträchtlichem Egos, stolz auf seine Ehrenurkunden und Ehrentitel«, schrieb die »Los Angeles Times«. Bruno Kreisky gab eine einfachere Erklärung dazu ab. Er sagte, Wiesenthal wird »von Haß diktiert«. □

Der vorstehende Beitrag wurde zum ersten Mal in englischer Sprache in der Zeitschrift des Instituts for Historical Review »The Journal« veröffentlicht. Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, Kalifornien 90505, USA.

Legenden um Eisenhower

Mike Blair

Der Mythos ist von Historikern des Zweiten Weltkriegs, von denen viele die Trennlinie nicht ausmachen können, wo alliierte Kriegspropaganda endet und die Wahrheit beginnt, verewigt worden, General Dwight D. Eisenhower sei einer der größten amerikanischen Heerführer und Taktiker des Schlachtfeldes gewesen.

Jedoch werden viele seiner eifrigsten Bewunderer zugeben, daß Eisenhowers Geschick als Heerführer dem des unsterblichen General Douglas MacArthur nicht gleichkam. Und was dachte Mac Arthur über Eisenhowers Fähigkeit?

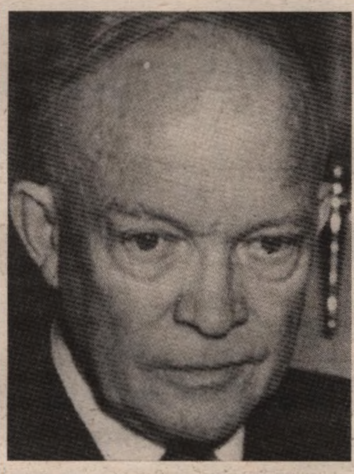
Ein Schreibtisch-Offizier

»Der beste Büroangestellte, den ich je hatte«, so beschrieb Mac Athur Eisenhower, dessen Spitznamen »Ike« war, nachdem dieser 1945 zum Stabschef der amerikanischen Armee ernannt wurde, einen Posten, den er bis 1947 bekleidete.

McArthur, der Eisenhower in Privatgesprächen wegen der unzähligen Stabspositionen, die er bekleidete und mit denen er den größten Teil seiner militärischen Laufbahn verbrachte, als »Schreibtisch-Offizier« bezeichnete, hatte für Eisenhowers Führungsfähigkeiten nur Verachtung übrig.

Eisenhower hatte in den zwanziger und dreißiger Jahren als junger Offizier bei MacArthur als Hilfskraft gedient, sowohl als MacArthur Chef der philippinischen Abteilung der US-Armee und Stabchef der Armee war, ein Posten, den er von 1930 bis 1935 bekleidete. Daher waren Eisenhowers Fähigkeiten MacArthur bestens bekannt.

Es war sein Dienst unter MacArthur auf den Philippinen der Eisenhower, damals frisch gebackener Brigadegeneral, im amerikanischen Kriegsministerium in Washington wenige Tage nach dem japanischen Angriff einen Posten als Fachmann für die Philippinen einbrachte.



Dwight D. Eisenhower ließ im Zweiten Weltkrieg seine Soldaten auf dem Schlachtfeld kämpfen, er trank lieber Tee mit Königinnen.

In dieser Position empfahl er sogar, daß MacArthur 1942 auf den Philippinen bleiben sollte, um Bataan und Corregidor gegen die einfallenden japanischen Streitkräfte zu verteidigen, ein ausgesprochenes Himmelfahrtskommando, da dem US-Kriegsministerium bekannt war, daß die Philippinen dazu verurteilt waren, den Japanern in die Hände zu fallen.

Eisenhower machte jeden möglichen Fehler

Eisenhower scheint mit seinen Bemühungen, Amerikas führenden militärischen Asien-Experten der Gefangennahme durch den Feind auszusetzen, ziemlich allein gestanden zu haben. Nüchternere Köpfe in Washington, angeführt von dem damaligen Stabschef der Armee General George C. Marshall, billigten einen Plan, MacArthur aus dem möglichen Zugriff der Japaner zu befreien und ihn nach Australien zu bringen, wo er die US-Streitkräfte organisieren konnte, um den Kampf in Asien und im Pazifik fortzusetzen.

Nach dem Kriege sagte MacArthur in einem Interview mit Bert Andrews der alten »New York Herald Tribune«, daß Eisenhower und sein Stab im Hauptquartier der alliierten Expeditionsstreitkräfte (SHAEF) in Europa »jeden Fehler begangen hat, den ein angeblich intelligenter Mann machen konnte«.

Er sagte, Eisenhowers »Strategie in Europa sei es gewesen, stur gegen die stärksten Stützpunkte des Feindes anzurennen«.

Bezüglich Eisenhowers Kommando über die US-Streitkräfte in Nordafrika meinte MacArthur, »die Operation in Nordafrika war völlig nutzlos«, und führte aus, daß, wenn die Alliierten die Deutschen zunächst in Europa besiegt hätten, dann wäre es nicht notwendig gewesen in Nordafrika gegen sie zu kämpfen.

MacArthur behauptete, wenn man ihm im Pazifik »nur einen Teil der Kräfte«, die 1942 nach Nordafrika entsandt wurden, zur Verfügung gestellt hätte, er »die Philippinen in drei Monaten hätte zurückholen können, da die Japaner zu diesem Zeitpunkt noch nicht bereit waren«.

Mit Eisenhower auf Kriegsfuß

»Er (Ike) liebte es seine Generale auf dem Schlachtfeld für ihn kämpfen zu lassen«, sagte Mac Arthur. »Sie waren gut und deckten ihn. Er trank Tee mit Königen und Königinnen – das paßte ihm ganz in den Kram.«

Jedoch einer der Feldkommandeure, General George C. Patton, stand stets mit Eisenhower »auf dem Kriegsfuß«.

1944, als die Alliierten an Frankreichs Küsten landeten und Patton nicht als Feldkommandeur einsetzten, war der deutsche Generalstab wie vom Donner gerührt darüber, warum der Mann, den sie als Amerikas besten Heerführer erachteten, bei dieser Schlacht draußen vor der Tür gehalten wurde.

Als Eisenhower Patton schließlich in den Kampf in Europa schickte, nachdem die US-Streitkräfte unter General Omar Bradley im französischen Baumhekkenland zum Stillstand gekommen waren, mußte Patton, wie ein Militärhistoriker es formulierte, »gegen die Deutschen an der Front und gegen Eisenhower im rückwärtigen Gebiet« kämpfen, um die Siege zu erringen, die ihn im Herzen des amerikanischen Volkes zu einem großen Helden gemacht haben.

Schlecht ausgearbeitete Befehle

Schlecht von Eisenhower im SHAEF ausgearbeitete Befehle liefen immer wieder Pattons Bemühungen zuwider. Einmal befahl SHAEF Patton, die Stadt Trier an der Mosel zu umgehen, da vier Divisionen benötigt würden, um das Ziel zu erreichen. Patton feuerte verärgert eine Meldung zurück: »Habe Trier bereits mit zwei Divisionen eingenommen. Was soll ich tun? Es an die Deutschen zurückgeben?«

Als die Zeitung der US-Streitkräfte »Stars & Stripes« berichtete, daß die Kanadier eine Bergspitze in Kanada nach Eisenhower benannt hatten, bemerkte MacArthur, hiervon völlig unbeeindruckt: »Wissen Sie, es ist angesichts des kanadischen Terrains nur ein sehr kleiner Berggipfel.«

»Niemals in der Geschichte gab es einen Kommandeur, der so sparsam mit dem Blut seiner Männer umgegangen ist«, schrieb der Historiker John Gunther über MacArthur.

Von dem Zeitpunkt an, als Mac Arthur 1942 aus den Philippinen in Australien eintraf, bis zu dem Zeitpunkt, als er die Philippinen zwei Jahre später wieder übernahm, beliefen sich die Verluste seiner Streitkräfte auf 27.684 Mann.

Im Vergleich dazu beliefen sich die Verluste der Streitkräfte Eisenhowers allein in der Schlacht an der Küste der Normandie auf 28.386 Mann. □

Zweiter Weltkrieg

Giftgas-Plan durch Luftangriff vereitelt

Mike Blair

Amerikanische und britische Streitkräft hatten 1943 riesige Vorräte des tödlichen Senfgases an strategischen Punkten überall im von den Alliierten besetzten Italien angelegt.



US-Präsident Roosevelt (links) mit Churchill bei der »Verteidigung ewiger menschlicher Werte«.

Bei einer Untersuchung über chemische Mittel in der Hand der Alliierten während des Zweiten Weltkrieges stellten wir fest, daß 1943 auf Befehl von Dwight D. Eisenhower an verschiedenen Stellen in der Nähe alliierter Flugplätze in Italien riesige Vorräte des im Ersten Weltkriegs entwickelten Senfgases angelegt wurden. In seinem Buch »Crusade in Europe« wies Eisenhower darauf hin, daß die Alliierten »wegen der Ungewißheit, ob die Deutschen diese Waffen einsetzen würden oder nicht, ständig gezwungen waren, das Gas mitzuführen«.

Die Geheimdienste kannten die Absichten

Dem alliierten Geheimdienst war jedoch genau bekannt, daß die deutsche Führung, vor allem Adolf Hitler selbst, keinerlei Absicht hegte, das tödliche Gas im Zweiten Weltkrieg einzusetzen, es sei denn die Alliierten würden damit zuerst beginnen.

Hitler, der während des Ersten Weltkrieges selbst Infantrist war, hatte die Schrecken des Gaskrieges am eigenen Leibe gespürt, mit dem die Deutschen begonnen hatten und der zu Vergeltung seitens der gegen das Deutsche Reich verbündeten Mächte führte.

Hitler war sich dessen voll bewußt, daß die Anwendung von Gas durch Deutschland im Zweiten Weltkrieg die Alliierten ganz einfach dazu veranlaßt hätte, mit gleichen Mitteln zurückzuschlagen.

Es waren also nicht die Deutschen, die sich mit der Absicht trugen, Gas einzusetzen, sondern die Briten. Dem deutschen Geheimdienst war bekannt, daß der britische Premierminister Winston Churchill sich mit dem Gedanken trug, Giftgas einzusetzen, um eine deutsche Invasion Englands in den ersten Tagen des Krieges zurückzuschlagen.

1943 hatten sich die alliierten Streitkräfte in Italien festgefahren. Die Invasion Italiens war Churchills große Strategie gewesen, um die Achsenmächte an der Stelle zu besiegen, die er den »weichen Unterleib Europas« nannte.

Giftgas sollte die Deutschen aus ihren Stellungen locken

Der Vormarsch der Alliierten geriet jedoch durch starke deutsche Einheiten unter dem Kommando des genialen Feldmarschalls Albert Kesselring ins Stocken.

Als Folge davon, so haben Historiker festgestellt, entschieden alliierte Befehlshaber, angeführt von Eisenhower, daß Giftgas ein Mittel sei, um die gut verschanzten deutschen Truppen aus ihren Stellungen herauszubekommen. Es wurde ein Meisterplan entworfen, um das Gas zu lagern, das auf dem Luftwege herangeführt wurde.

Die Pläne zerschlugen sich anscheinend am 10. Dezember 1943, als Kesselring dem Bombardierungsexperten der Luftwaffe, Feldmarschall Freiherr von Richthofen, befahl, alliierte Hafeneinrichtungen bei Bari, längs der Ostküste Italiens anzugreifen.

Richthofen konnte eine Streitmacht von 100 JU-88 Bombenflugzeugen in Albanien und Jugoslawien zusammenstellen, die Bari angriffen und 16 alliierte Schiffe, darunter das US-Liberty-Schiff »John Harvey«, zu versenken, das mit 2.000 Einhundert-Pfund schweren M47Al-Senfgasbomben beladen war und seine Ladung im amerikanischen Eastern Chemical Warfare Depot in Baltimore aufgenommen hatte.

Viele geheimnisvolle Todesfälle

Innerhalb von 18 Stunden starb alliiertes Militärpersonal in Bari sowie italienische Zivilisten auf geheimnisvolle Weise. Der britische Hauptmann H. M. Denfield stand bei seinen Untersuchungen der Todesfälle vor einer Mauer der Geheimhaltung, bis er mit einem amerikanischen Feldwebel sprach, der zur Entladung von Schiffen abgestellt worden war. Dieser sagte, er habe eine Anzahl Schiffe entladen, die Giftgas geladen hatten.

In »Crusade in Europe« behauptete Eisenhower, »der Wind hätte von der Küste weg geweht und das ausströmende Gas hätte keine Verluste verursacht«.

Genaue Zahlen der Toten sind unbekannt

Im Sommer 1942 hatte Eisenhower von George C. Marshall, dem Stabschef der US-Army, einen Militärarzt angefordert, der in der chemischen Kriegsführung ausgebildet war.

Oberstleutnant Stewart Francis Alexander wurde für diese Aufgabe ausgewählt und Eisenhowers Stab zugeteilt, der seinerzeit in Algier stationiert war.

Innerhalb von Stunden nach dem Bombenangriff auf Bari wurde Alexander mit von Eisenhower angeordneter höchster Dringlichkeitsstufe nach Bari beordert, um die geheimnisvollen Todesfälle zu untersuchen. Alexander stellte schnell fest, daß Senfgas aus der »John Harvey« die Ursache für die Todesfälle war, die sich schließlich trotz Eisenhowers gegenteiliger Behauptung auf 83 beliefen.

Weitere 450 trugen schwere Augen- und Hautverletzungen davon. Genaue Zahlen über die anzahl der italienischen Zivilisten, die getötet oder verletzt wurden, sind niemals bekanntgegeben worden.

Ob die Deutschen wußten, daß das Schiff in Bari vor dem Angriff mit Giftgas beladen war, ist nicht bekannt. Wenige Tage nach dem Angriff teilte der deutsche Übersee-Rundfunk jedoch mit, ein Schiff mit dem tödlichen Gas an Bord sei vernichtet worden, wobei alliiertes Personal erheblich verletzt worden sei.

Jedenfalls wurde jeder Gedanke alliierter Heerführer, in Europa Giftgas einzusetzen, urplötzlich aufgegeben. □

Revisionismus

Das Tagebuch der Anne Frank

Klaus Holzer

45 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und damit auch des Nationalsozialismus fallen immer mehr Lügengespinste in sich zusammen und erweisen sich oftmals als plumpe Fälschung. Und dies, obwohl die etablierte Medienlandschaft versucht, die Ergebnisse der Revisionisten oftmals als Hirngespinste irgendwelcher Verrückter oder als »plumpe Neonazi-Propaganda« abzutun. Doch der Leuchter-Bericht zum Beispiel, der zu dem Ergebnis kommt, daß es in Auschwitz und Majdanek keine Gaskammern gegeben haben soll, ist jetzt sogar vom Bundesjustizministerium als »wissenschaftliche Untersuchung« anerkannt worden, deren »Feststellungen keine ehrverletzenden Äußerungen enthalten«.(II B 1 a – AR – ZB 15). Was aber beinahe unverrückbar stehen bleibt, ist die Legendenbildung rund um das »Tagebuch der Anne Frank«.

In Hamburg ist jetzt sogar der 60jährige Edgar Geiß in der Berufungsverhandlung wegen »übler Nachrede« zu einer Geldstrafe von 6.000 Mark verurteilt worden, weil er die angeblichen Aufzeichnungen der 13jährigen Anne Frank öffentlich als »Schwindel« bezeichnete. Bereits 1979 war Geiß zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden, die jetzt in die Geldstrafe umgewandelt wurde. Hiergegen hat der Anwalt von Geiß allerdings Revision angekündigt.

Das Spiel des Kriminalamtes

Mit diesem Artikel sollen Seltsamkeiten aus dem »Tagebuch« und rund um Anne Frank dargelegt werden, aus denen sich ganz klar ergibt, daß zumindest Zweifel an der Echtheit dieses »Tagebuchs« in einem freiheitlichen Rechtsstaat, der die Bundesrepublik nun einmal sein soll, erlaubt sein müssen.
Eine undurchsichtige Rolle spielt in diesem ganzen Spiel das Bundeskriminalamt (BKA). So berief sich jetzt das Hamburger Landgericht auf ein Gutachten des BKA, wonach das »Tagebuch der Anna Frank« unzweifelhaft echt sei. Bereits am 28. Mai 1980 hatte das BKA unter dem Aktenzeichen Kt 41-2404/79 ein Gutachten verfaßt, das aber zu einem ganz anderen Schluß kam. So hieß es darin, Teile der Eintragungen des von Annes Vater, dem inzwischen verstorbenen Otto H. Frank, gehüteten Original seien »nachträglich mittels schwarzer, grüner und blauer Kugelschreiberpaste niedergeschrieben worden. Kugelschreiberpasten ... sind aber erst 1951 auf dem Markt erschienen«.
Nun heißt es aber von seiten des BKA, daß mit dieser Kugelschreiberpaste lediglich Seitenzahlen und ein einziges Wort geändert worden seien. Die Anne Frank-Stiftung in Amsterdam hatte die Einfügungen bereits wiederholt als »nachträgliche kleine Sprach- und Stilkorrekturen« bezeichnet, die von einem »Herrn Koophius«, einem Freund von Otto Frank, stammten.
Die Richterin, Gertraut Göring, sagte hierzu: »Wie natürlich ist es, daß bei Bearbeitungen irgendwann einmal jemand irgendetwas verbessert hat.« Unbestritten sei, daß die deutsche Fassung Auslassungen und Umformulierungen aufweise. »Anne Frank hat sich im Original prägnanter und stilistisch besser ausgedrückt«, sagt Göring. Dem Sinne nach sei dann das als »Tagebuch« veröffentlichte aber das gleiche.
In seinem Schlußwort sagte Geiß: »Der Sachverständige Werner vom BKA hatte keine freie Hand in der Auswahl der Originalschriften. Es standen ihm nur Auszüge zur Verfügung, die er noch dazu unter erschwerten Bedingungen im Ausland untersuchen mußte, nachdem man sich geweigert hatte, die Originale dem BKA zur Verfügung zu stellen ... Es kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, daß mehr als nur ein Wort oder Seitenzahlen mit grünem Kugelschreiber geschrieben wurden, da dem Sachverständigen nur Teilauszüge der Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt wurden ... In jedem gewöhnlichen Kriminalfall, in dem es um die Echtheit von Dokumenten geht, ist es ganz selbstverständlich, daß das Original vorgelegt wird. Insbesondere dann, wenn dies vorhanden ist. Um den Authentizitätsnachweis des sogenannten ›Tagebuchs‹ für die Nachwelt zu sichern, hat das Gericht auf notwendige Beweismittel verzichtet.«
Der jüdische Publizist J. G. Burg schrieb in seiner 1980 erstmals erschienenen Broschüre »Das Tagebuch (der Anne Frank)« folgendes: »1959 brachte das schwedigsche Journal ›Fria Ord‹ zum erstenmal Enthüllungen über das Propagandawerk Nr. 1 der Nachkriegszeit. Es wurde behauptet, daß der New Yorker jüdische Schriftsteller Levin der eigentliche fleißige ›Tagebuchschreiber‹ sei. Über diese Enthüllungen konnten die Betroffenen mit der altbekannten Verschweigungstaktik wieder Gras wachsen lassen.
Wie stets, kommt manches ans Tageslicht, wenn es um die Teilung des erlegten Bären geht, und so auch im Falle des ›Tagebuch der Anne Frank‹. Der in der Schweiz lebende Otto Frank hat anscheinend an dem Dauerbestseller seiner Tochter einige Millionen verdient, den eigentlichen Autor aber nicht an dem Segen beteiligt. Der ›Tagebuchschreiber‹ Meyer Levin verklagte den Otto Frank auf Zahlung von der vereinbarten Summe von 50.000 Dollar. Es waren mehrere Gerichtsverhandlungen in New York – und der ›Tagebuchschreiber‹ hatte Erfolg.
Einige dieser Prozesse fanden im 141. New Yorker Suplement Second Series 170 und einige im 5. Second Series 181 statt. Die wichtigste Aktennummer ist: New Yorker County Cherks Office 2241/1956.
Um diese ganze Geschichte nicht vor die Weltöffentlichkeit kommen zu lassen, half angeblich sogar der jüdische Richter Samuel C. Coleman mit, die Sache zu vertuschen. Am 15. April übernahm auch die amerikanische ›Economic Council Letter‹ die schwedischen Enthüllungen.
Auf Anfrage antwortete eine New Yorker Rechtsanwaltskanzlei am 7. Mai 1962 u.a.: ›Ich war der Anwalt für Meyer Levin in seiner Klage gegen Otto Frank und andere. Es ist wahr, daß das Gericht Herrn Levin 50.000 Dollar zusprach.‹«
Otto Frank hatte seinerzeit einmal als Begründung für die nachträglichen Änderungen angeführt, daß lediglich der teilweise kindliche Stil der Tagebucheintragungen in eine ansprechende Form gebracht werden sollte. Damit entgegnete er auch Vorhaltungen, daß die Eintragungen die Diktion eines Erwachsenen, aber nicht die eines Kindes hätten.
Auch der französische Revisionist, Professor Faurisson, bezeichnete in seinem Buch »Ist das Tagebuch der Anne Frank echt?« die Aufzeichnungen als Fälschung. So schreibt Professor Faurisson, daß der holländische Text des Tagebuchs eine unerklärlich große Anzahl unwahrscheinlicher und undenkbarer Fakten enthalte. Eine Nachforschung der Gebäude in Amsterdam enthülle zum Beispiel, daß die in dem Tagebuch beschriebenen Situationen technisch unmöglich gewesen seien, und die von Otto Frank gefundenen Erklärungen kompromittierten diesen sehr schwer.
Außerdem fragt Faurisson: »Warum schützte Otto Frank die Anonymität des ›Verräters‹, des Menschen, von dem man sagt, daß er die Franks an die Behörden ausgeliefert habe?«

Um ganz sicher zu gehen interviewte Faurisson Otto Frank zwei Tage sehr ausführlich. In dem Interview, das von dem Historiker in seinem Buch sorgfältig in allen Einzelheiten beschrieben wird, widersprach sich Annes Vater häufig. Frank soll bei mehreren Gelegenheiten vor Faurisson sogar zugegeben haben, daß das, was als Tatsache in dem Tagebuch dargestellt werde, in Wirklichkeit unmöglich sei.
Und es gibt noch mehr Seltsamkeiten. So wurde 1981 vom Nie-

derländischen Kriegsdokumentations-Institut Pläne angekündigt, eine »vollständige und ungekürzte« Ausgabe des Tagebuches zu veröffentlichen. Das Institut gab jedoch später zu, daß mindestens drei verschiedene Versionen existieren, darunter eine von Otto Frank »für die Öffentlichkeit redigierte« Fassung.
Sogar der »Spiegel« schrieb in seiner Ausgabe vom 6. Oktober 1980, daß das Tagebuch nach Annes Tod in Wirklichkeit von jemand anderem geschrieben worden sei. Die »New York Post« griff dieses mit einem Artikel auf, der die Überschrift »Möglicherweise hat Anne Frank das berühmte Tagebuch nicht geschrieben« trug. Der Artikel erschien in der ersten Ausgabe der Zeitung. Aber irgend jemand ordnete später an, daß der Bericht aus den letzten zwei Ausgaben herausgenommen werden solle.
Laut »New York Times« vom 2. Oktober 1955 sollen sogar nur 150 Eintragungen von der Hand Anne Franks gewesen sein. Otto Frank hatte einmal selber eingeräumt »wesentliches von unwesentlichem« getrennt zu haben. So unterscheiden sich die holländische Fassung des »Tagebuchs« aus dem Jahr 1947, die erste deutsche Fassung von 1949 und die zweite deutsche Fassung von 1955 in circa 25.000 der insgesamt 75.000 Wörter.
Der Originaltext wurde in Absprache mit Otto Frank von der Übersetzerin Anneliese Schütz, eine gute Freundin der Franks, wegen des besseren Verkaufserfolgs des Buches abgeändert. »Ich habe mir immer gesagt«, so Anneliese Schütz am 1. April 1959 zum »Spiegel«, »daß ein Buch, das in Deutschland verkauft werden soll, keine Schimpfworte gegen die Deutschen enthalten dürfe«. Beleidigende Textpassagen, wie zum Beispiel »... alle Kultursprachen, also kein Deutsch« wurden kurzerhand gestrichen, oder der Satz »Es gibt keine größere Feindschaft als zwischen Deutschen und Juden« wurde in »Es gibt keine größere Feindschaft auf der Welt als zwischen diesen Deutschen und Juden« abgeändert.
Daneben strotzt das Tagebuch von Widersprüchen. Aus Angst vor Entdeckung habe man jedes laute Geräusch vermeiden müssen. Man durfte sich nur »im Flüsterton« unterhalten, durfte nicht »laut husten ..., kein Wasser laufen lassen und auf dem WC auch nicht spülen« (Tagebuch-Eintragung vom 25. März 1943). Andererseits jedoch wurde »dröhnend gelacht« (9. Mai 1944), der Wecker klingelte lautstark (4. August 1943), Tischlerarbeiten zur Herstellung eines »drehbaren Regals« wurden durchgeführt (21. August 1942) und auch ein Staubsauger, der zu dieser Zeit noch sehr laut war, wurde benutzt (5. August 1943).

Die Wahrheit ist ganz simpel

Auf nachträgliche Eintragungen weisen folgende Indizien hin. So wurde laut Tagebuch-Eintragung vom 21. Juli 1944 der »junge Stauffenberg« als »Haupttäter« standrechtlich erschossen. Das seltsame ist dabei allerdings, daß weder Hitler noch Goebbels noch die Nachrichten am 20. oder 21. Juli 1944 über die standrechtliche Erschießung Stauffenbergs berichtet hatten. Genauso seltsam ist auch die unter dem selben Tag gemachte Eintragung, es sei das Ziel der Attentäter gewesen, nach Hitlers Tod »eine Militärdiktatur zu errichten, dann Frieden mit den Alliierten zu schließen, aufs Neue zu rüsten, um nach 20 Jahren einen neuen Krieg zu beginnen«.
Auch ansonsten weist das »Tagebuch« die Diktion eines Erwachsenen auf. Und das obwohl Anne Frank unter dem 5. Juli 1942 selber geschrieben hat, daß sie »gern eine wirklich gute Schülerin sein möchte« und »nur unter Vorbehalt ins Lyzeum aufgenommen« wurde.
Die heute 80jährige Holländerin Miep Gies, die die Familie Frank von 1942 bis 1944 in ihrem Versteck mit Lebensmitteln versorgt hatte, will die Manuskripte nach der Entdeckung und Verschleppung der Familie Frank an sich genommen und versteckt haben. Laut Zeugenaussage des inzwischen verstorbenen Karl Silberbauer, der als Unteroffizier des Sicherheitsdienstes in Amsterdam am 4. August 1944 mit acht niederländischen Polizeibeamten das Versteck der Familie Frank insgesamt viermal durchsucht hatte, wurde nichts gefunden, »was Manuskripten ähnlich gesehen hätte, die nach der Behauptung von Miep Gies auf dem Boden verstreut gewesen seien«.
Interessant ist auch, daß immer wieder nur genannt wird, daß Anne Frank in den letzten Kriegstagen im Konzentrationslager Bergen-Belsen umkam. Besonders in den USA heißt es oft, daß Anne Frank dort vergast wurde oder an anderer Stelle, daß sie umgebracht und verbrannt wurde. Und auf dem Straßenschild »Anne-Frank-Weg« in Stade ist eine Zusatztafel angebracht auf der steht: »Opfer der Judenverfolgung. Ermordert im KZ Bergen-Belsen«.
Die Wahrheit ist dagegen ganz simpel: Im August 1944 kam die Familie Frank ins holländische Lager Westerbork und wurde am 3. September 1944 nach Auschwitz verlegt. Am 28. Oktober 1944 wurden die Kinder Anne und Marion Frank vor der anrükkenden Roten Armee nach Bergen-Belsen geschickt – obwohl nach »ungesicherter historischer Erkenntnis« alle Kinder unter 15 Jahren in Auschwitz sofort in die Gaskammern geschickt wurden; dann stellt sich natürlich die Frage, warum die Kinder nicht schon in Holland umgebracht wurden, sondern angesichts der Knappheit von Kohle, Lebensmitteln und vielen anderen Stoffen viele tausend Kilometer gen Osten transportiert wurden –.
Durch Überfüllung des Lagers mit Flüchtlingen aus dem Osten, der Zerstörung der Versorgungswege durch britische Bomber und eines Aufstandes in Bergen-Belsen, wodurch große Teile der sanitären Anlagen im Lager zerstört wurden, verschlechterten sich die hygienischen Zustände immer mehr. Das Ergebnis waren Hunger und Epidemien. Viele Leute starben in diesen Wochen und Monaten – und eine von ihnen war die 15jährige Anne Frank, die von Typhus befallen war.
Laut »Stern« vom 5. Mai 1983 habe der Historiker Werner Maser jedoch behauptet, daß Anne Frank nicht gestorben sei, sondern in Zürich lebe. Ein Journalist, der sie dort gefunden habe, sei nach einer Meldung der linksliberalen spanischen Zeitung »El Pais« vom 25. April 1983 »kurz nach seiner Entdeckung in der Donau gestorben«.
In seinem Schlußwort wies Geiß nochmals darauf hin, daß der Holländer Joop Zwart, der verdächtigt wird, an dem Tagebuch ebenfalls mitgeschrieben zu haben, dies am 26. Januar dieses Jahres gegenüber unparteiischen Personen nochmals bestätigt habe. Auch habe Zwart früher erklärt, daß die »Anne Frank-Stiftung ihm in der Vergangenheit mit versuchter Brandstiftung und Kindesentführung gedroht« habe. Auch habe Zwart die Tätigkeit dieser Stiftung etwa »mit dem Niveau von RAF-Leuten« verglichen. Von daher schenke er, Geiß, Zwart keinen Glauben, wenn er jetzt öffentlich erkläre, er fühle sich durch die Anne Frank-Stiftung nicht mehr bedroht.
Angesichts der oben dargestellten Fülle von Argumenten und der grundgesetzlich garantierten Freiheit der Forschung und der Meinungsäußerung muß es doch jedem erlaubt sein, Zweifel an der Echtheit des »Tagebuch der Anne Frank« zu äußern, ohne hierfür gleich bestraft zu werden. Doch vielleicht liegt der wahre Grund ganz woanders.
Manche werden sich jetzt fragen: »Warum dieses ganze Tohuwabohu« um ein fast 50 Jahre altes Tagebuch?« Die Antwort ist einfach: Jeder, der heute das »Tagebuch« liest, muß angesichts der eindringlichen Wortwahl, der Gefühle, mit der die Gefangenschaft beschrieben wird, einfach Mitleid mit dem Mädchen haben. Das Grauen wird von irgendwelchen anonymen Juden auf das Mädchen Anne Frank personifiziert. Jeder kann sich mit ihr identifizieren, mit ihr mitfühlen und leiden. Der Effekt ist also, speziell für Kinder, die das »Tagebuch« oftmals schon in der Grundschule lesen müssen, viel stärker, als wenn in einer Dokumentation steht »Lager X, 100.000 Tote, Lager Y 500.000 Tote, Lager Z 1.000.000 Tote«. Und gerade Kindern geht dieser Stoff sehr nahe, da es sich hierbei um »jemand wie mich, jemand in meinem Alter« handelt.

Simon Wiesenthal sagte einmal, daß das »Tagebuch der Anne Frank einen größeren Effekt hatte als der ganze Nürnberger Prozeß«. Vielleicht ist das der Grund, warum die Juden in der ganzen Welt sowie die Umerzieher und etablierten Kräfte mit aller Gewalt an dem »Tagebuch der Anne Frank« festhalten und gegen jeden, der die Echtheit öffentlich anzweifelt, gerichtlich vorgehen. Denn ein »Tagebuch«, das laut Lingen-Lexikon »auf die Unmittelbarkeit der Darstellung zielt«, ist eben etwas anderes als etwa »Die zusammengefaßte Darstellung der 13jährigen Anne Frank« oder ähnliches. □

China
Angriffe gegen Sun Yat-sen

Die kommunistischen Medien in China haben Sun Yat-sen, den Gründer des republikanischen China, als »bürgerlichen Intellektuellen« angegriffen, berichtete die französische Tageszeitung »Le Figaro«. Sun wurde kritisiert, weil er in Japan und Amerika nach Inspirationen für die chinesische Renaissance gesucht habe.

Dies ist so ungefähr der gröbste Teil der krankhaft ausländerfeindlichen Kampagnen der Kommunistischen Partei, mit der sie sich bemüht, die »Verseuchung« durch die revolutionären Erhebungen in Osteuropa, der Mongolei und in den sowjetischen zentralasiatischen Republiken aufzuhalten. Die chinesischen Kommunisten hatten früher versucht, Sun für sich zu beanspruchen und während der Feierlichkeiten zum Nationaltag sein Portrait auf dem Tiananmen-Platz gezeigt.

Aber die offizielle »People's Daily« behauptete, daß chinesische Studenten, nachdem sie sich zur Inspiration mit »importierten« Gedankengut von Sigmund Freud, Jean-Paul Sartre und Friedrich Nietzsche befaßt hatten, dann Mao Tse-tung »entdeckt« und in seinen Werken die Antwort auf die Frage gefunden hätten: Wie können wir China retten? □

Libanon
Aoun zieht seine Truppen zurück

Die Truppen des libanesischen Premierministers General Michel Aoun gaben Teile des im letzten Kampf gegen die libanesischen Miliz-Streitkräfte eroberten Landstriche im Rahmen eines Rückzugs, der anscheinend durch die katholische Kirche und internationalen Druck veranlaßt wurde, auf. Die Truppen zogen sich zurück, kurz nachdem der Patriarch der libanesischen Maroniten, Nasrallah Butros Sfeir, General Aoun und seinem Gegenspieler, Samit Geagea, und ihren Männern mit Exkommunizierung gedroht hatten, falls sie ihren seit langem im Gang befindlichen Krieg um die Beherrschung Ost-Beiruts nicht einstellten.

»So werden sie aus der Kirche ausgestoßen und ihnen ein Begräbnis nach den Riten der Kirche verweigert«, sagte Sfeir in seiner jüngsten Bitte um Waffenstillstand.

Sowohl Aoun als auch der Führer der libanesischen Streitkräfte, Samir Geagea, gelobten in getrennten Erklärungen, sich an die von Sfeir geforderte Feuereinstellung zu halten und beschränkten sich auf sporadisches Raketen- und Mörserfeuer. Der Rückzug war eine »Geste des guten Willens als Reaktion auf Vermittlungsbemühungen durch den Vatikan, Frankreich und den Patriarchen Sfeir«, sagte ein Aoun nahestehender Informant. □

Jugoslawien
Die Vergiftung von 4.000 Schulkindern

Die jugoslawische Region Kosovo wurde am 24. März dieses Jahres nach einem mysteriösen Vorfall im Zusammenhang mit der Vergiftung von etwa 4.000 Schulkindern völlig von der Außenwelt abgeriegelt. Unter Druck seitens der Republik Serbien, die über die völkisch weitgehend albanische Provinz Kosovo regiert, trat der Innenminister von Kosovo zurück, und alle 4.000 albanischen Polizeibeamte wurden entlassen. Inzwischen wurden neue serbische Spezialeinheiten nach Kosovo entsandt und der Bereich steht unter strenger Kontrolle durch das serbische Innenministerium.

Nach Mitteilung eines albanischen Experten aus Kosovo, der in der Bundesrepublik lebt, mußten über 4.000 Kinder in Krankenhäusern auf Vergiftungserscheinungen durch eine chemische Substanz hin untersucht werden, die den Ärzten, die den Fall untersuchten, nicht bekannt ist. Die medizinische Fakultät der Universität von Zagreb wollte Experten nach Kosovo entsenden, aber die Regierung der serbischen Republik blockierte ihre Einreise. Das Rote Kreuz von Slowenien wollte ebenfalls Medikamente nach Kosovo entsenden, aber den Fahrzeugkolonnen wurde die Zufahrt verweigert. Die serbische Regierung beschuldigt »albanische Extremisten«, die Kinder vergiftet zu haben. □

Panama
Tausende starben bei der US-Invaion

Die lateinamerikanische Gesellschaft für Menschenrechte hat für die Vereinten Nationen und ihre Human Rights Commission in Genf einen Bericht erstellt, in dem angeklagt wird, daß die tatsächliche Todesziffer durch die amerikanische Invasion Panamas sich auf 2.000 bis 2.500 Menschen beläuft, also viel höher als die offiziellen zugegebenen Verluste liegt. Es wird berichtet, daß die Gruppe von den Vereinigten Staaten Schadenersatz an Panama für die durch die Invasion und den vorausgegangenen Wirtschaftskrieg verursachten Verluste verlangt.

Der Bericht wurde nach einer Studienreise erstellt, die von Ecuadors ehemaligem Außenminister Julio Pardo Vallejo, dem Generalsekretär der lateinamerikanischen Gesellschaft für Menschenrechte, Juan Dios Parra, und dem ehemaligen US-Botschafter für El Salvador, Robert White, angeführt wurde.

In dem Bericht wird beklagt, daß der Slum-Bezirk von El Chorrillo, in der Nähe des Hauptquartiers der panamaischen Verteidigungsstreitkräfte gelegen, durch das amerikanische Bombardement völlig zerstört wurde. 15.000 Panamesen wurden durch die Invasion obdachlos und heimatlos; amerikanische Truppen sorgen immer noch für die öffentliche Ordnung, was ernsthafte Spannungen hervorrufen könnte; und die Regierung von Panama beherrscht das Land weder politisch noch wirtschaftlich. Sie hat von den USA bis heute auch noch nicht die treuhänderisch hinterlegten Gelder erhalten. □

Polen
Rivalisierende Fraktionen bedrohen die Regierung

Aus europäischen Geheimdienstkreisen verlautet, daß in Polens von der Solidarnosc geführten Regierung drei miteinander konkurrierende Fraktionen bestehen. Erstens: die Sozialdemokraten oder »Sozialisten der Banker«; zweitens: eine Zentrumsgruppierung, und drittens, ein rechter Flügel.

Adam Michnik, ein Führer des sozialdemokratischen Blocks, stellte fest, daß eine Spaltung schnell möglich sei. Seine Haltung ist, daß die Sparpolitik der Regierung den Bauern gegenüber unfair sei, und daß diese daher nicht dazu beitragen könne, das Problem der Nahrungsmittelknappheit zu lösen.

Ehemalige Offiziere des amerikanischen Geheimdienstes stellen fest, daß Michnik die Gruppierung repräsentiere, die als »Sozialisten der Banker« bekannt ist, die vorderste Opposition zur Vatikan-Fraktion, die in zusammengedrängter Form von Lech Walesa vertreten wird. Die Michniks, so verlautet aus diesen Kreisen, seien das Trojanische Pferd im Namen des Sparprogramms des Internationalen Währungsfonds (IWF), das für die Regierung eine fundamentale Bedrohung darstelle.

Michniks Name tauchte als der des Hauptverfassers eines Artikels im »New York Times Magazine« auf, dessen eigentlicher Verfasser, wie aus diesen Kreisen verlautet, aber der Redakteur David Binder gewesen sei. In dem Artikel wird dahingehend argumentiert, daß die größte Gefahr in Osteuropa das Wiederauftauchen des Nationalismus sei, der in Michniks Artikel mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. □

Kernkraft

Pläne für Stützpunkte auf Mars und Mond

Der amerikanische National Research Council (Staatlicher Forschungsrat), eine Zweigstelle des National Academy of Sciences, gab einen Bericht heraus, in dem der Aufruf der Bush-Regierung an die National Aeronautics and Space Administration, bemannte Flugkörper zum Mond und zum Mars zu schicken, befürwortet, jedoch gesagt wird, daß das Programm noch größere Ziele und noch fortschrittlichere Technologie beinhalten sollte. Die Studie des Rates wurde auf Ersuchen des Vizepräsidenten Dan Quayle, der den National Space Council leitet, unternommen, um zu der Neunzig-Tage-Studie der NASA Stellung zu nehmen.

Der Bericht stellt fest, daß Atomenergie letztendlich für Stützpunkte auf dem Mond und Mars von wesentlicher Bedeutung seien. Dieser Plan steht auch hinter der Erforschung nuklearer Raumschiff-Antriebe, unterstütze die Freiheit der Raumstation zur wissenschaftlichen Forschung, wobei er in Frage stellt, ob diese die optimale Startbasis für Mond- und Raketen-Aufträge sei. Der Bericht führt auch aus, daß die Flotte der wiederverwendbaren Raumfahrzeuge zwischen dem Jahr 2000 und 2010 durch ein weniger Arbeitskraftintensives System ersetzt werden müsse. □

Kolumbien

Protest gegen Durchsuchung eines Frachters

Die kolumbianische Regierung sandte einen amtlichen Protest an die Vereinigten Staaten, weil die amerikanische Küstenwache innerhalb kolumbianischer territorialer Gewässer »auf der Suche nach Drogen« an Bord eines Frachters gegangen sei.

Der amtierende kolumbianische Außenminister, Clemencia Forero, sagte, die Regierung verlange eine Erklärung dafür, warum der Frachter, die »Taru«, auf der Fahrt zwischen der kolumbianischen Stadt Barranquilla und der Insel San Andrés durchsucht wurde.

Der Kapitän des Frachters berichtete, zehn bewaffnete Amerikaner seien an Bord des Schiffes gegangen, das eine Ladung von Steinen und Zement mit sich führte. Seine aus 24 Mann bestehende Besatzung sei im Speiseraum des Schiffes festgehalten worden, während die an Bord gekommene amerikanische Gruppe sechs Stunden auf Suche nach Kokain auf dem Schiff das Unterste nach oben gekehrt habe.

»Wir wurden zu Gefangenen auf unserem eigenen Schiff«, ergänzte der Kapitän. Ein Beamter der amerikanischen Botschaft in Bogotà meinte dazu nur, der Frachter habe sich »nicht in kolumbianischen territorialen Gewässern befunden«. □

Satelliten

Sowjets und Australien treffen Abkommen

Die Sowjetunion und Australien haben eine »vorläufige Übereinkunft« über den Abschuß von australischen Satelliten an Bord von sowjetischen Raketen auf einer in Australien zu bauenden Abschußbasis getroffen, berichtet die NASA.

Seit Jahren besteht ein Interesse an dem Bau einer kommerziellen Raketenabschußanlage in Cape York, Queensland, weil es nur 10 Grad südlich des Äquators liegt. Je näher man sich am Äquator befindet, umso weniger Energie wird benötigt, um einen Satelliten in die Erdumlaufbahn zu bringen.

Nach einem in dem Magazin »Nature« veröffentlichten Artikel hat die Regierung von Australien über den Kauf von sowjetischen Raketen zum Start von australischen Satelliten über den Zeitraum von zwei Jahren hinweg verhandelt. Amerikanischen Herstellern kommerzieller Satelliten wäre verboten, die australische Abschußanlage zu benutzen, es sei denn die Gewährung einer Ausfuhrgenehmigung für den Start auf einer sowjetischen Rakete würde geändert. Die Bush-Regierung hat lediglich den Export von US-Satelliten zum Start auf Raketen des kommunistischen Chinas genehmigt. □

Panama

Lateinamerika fordert das Verschwinden der USA

Das lateinamerikanische Parlament, das in La Paz zusammentrat, faßte einen Beschluß, in dem gefordert wird, daß die Vereinigten Staaten sämtliche Truppen aus Panama zurückziehen und Entschädigung für die durch die Invasion verursachten Verluste zahlen.

Die regionale Körperschaft von 14 Ländern, die es ablehnte, die von der Marionetten-Regierung von Guillermo Endara entsandten Abgeordneten zu empfangen, aber einem Abgeordneten der ehemaligen Regierung Redeerlaubnis einräumte, verlangte in ihrem Beschluß auch, daß die Besatzungsbehörden das Recht auf diplomatisches Asyl respektieren, die Verfolgung von politischen Gegnern einstellen, die Pressezensur beenden und die Verträge zwischen dem ehemaligen US-Präsidenten Carter und Panamas Torrijos honorieren, die vorsehen, daß die Vereinigten Staaten das volle Eigentumsrecht am Panamakanal und allen damit zusammenhängenden Anlagen im Jahr 2000 an Panama abtreten. □

Japan

Technologie zur Verkürzung der Lebensdauer von Atommüll

Ein japanisches Forschungsinstitut gab bekannt, es habe bei Versuchen, die auf eine drastische Verkürzung der Lebensdauer hochgradigen Atommülls hinausläuft, einen entscheidenden Durchbruch erzielt.

»Dies wird dazu beitragen, den Atommüll besser in den Griff zu bekommen und die gesellschaftliche Glaubwürdigkeit der Atomenergie zu erhöhen«, verlautet aus dem zentralen Forschungsinstitut der japanischen Stromerzeuger-Industrie.

Die Forscher rechnen damit, im Zeitraum von sieben Jahren eine Technologie zu entwickeln, die die Gefahrenzone des Atommülls verkürzen wird. Die Halbzeitwerte – der Zeitraum, in dem sich die radioaktive Kraft des Atommülls um die Hälfte verringert – kann von hunderttausende von Jahren für einige Arten von Müll auf zehn bis 90 Jahre verkürzt werden, sagte die Gruppe in einer Erklärung voraus. Die Privatindustrie habe mit amerikanischen und europäischen Wissenschaftlern gemeinsame Forschungen betrieben. □

China

Zurück zu den Vorstellungen von Mao

Am Ende einer viertägigen Versammlung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas in Peking wurden nur Aufrufe zur Rückkehr zu der ideologischen Reinheit des Maoismus der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Nach den offiziellen Nachrichtendiensten ließ die Partei einen Aufruf von 1960 zur Vereinigung mit den Massen wieder aufleben und stellte fest, sie habe sich wegen »Bürokratie, Subjektivismus, Formalismus und anderer schwerwiegender Erscheinungen vom Volk getrennt«.

»Haltet Euch an die Praxis, von den Massen kommen und zu den Massen gehen«, heißt es in einer Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua, in der Parteifunktionären befohlen wird, »auf die Ursprünge zurück und unter die Massen zu gehen.« In der Erklärung wurde ein Sieben-Punkte-Plan zum Überleben der Partei, aber keine Einzelheiten dazu, entwickelt.

Der Parteiführer Jiang Zemin und der Ministerpräsident Li Peng hielten, wie die Nachrichtenagentur es nannte, »wichtige Reden«, doch deren Inhalt wurde nicht veröffentlicht. □

Betr.: Israel »Schickt mehr Geld«, Nr. 5/9

Die wirtschaftliche Situation Israels gibt zu einer Reihe von Überlegungen Anlaß. Da ist einmal der Umstand, daß das Nomadenvolk der Juden in seiner ganzen Geschichte praktisch noch nie einen voll funktionsfähigen Staat besaß, also staatsunfähig ist, und andererseits die Feststellung, daß dieses Volk, weil es seine nomadenhafte Natur niemals losgeworden ist, die Staatsgebilde anderer Völker als geeignete Weideplätze ansieht. Wenn man bedenkt, daß der Staat Israel mit den 2 – 3 Millionen Einwohnern allein von der Bundesrepublik und den USA seit seiner Gründung mindestens 250 Milliarden Mark – ohne Militärhilfe – erhalten hat, also rund 100000 DM pro Kopf und damit nicht in der Lage war, eine funktionsfähige Wirtschaft aufzubauen, so ist der Schluß berechtigt, daß hier jede Unterstützung sinnlos ist.

Nachdem die Gefahr besteht, daß die USA wegen der scheußlichen Verbrechen der Israelis in Palästina auf öffentlichen Druck hin eine Kürzung der Hilfsgelder an Israel erwägen, gilt es neue Geldquellen zu erschließen. So fällt, wie sollte es anders sein, der Blick der Juden wieder einmal Richtung Deutschland und diesmal auf die DDR. Weshalb die Juden bis zum Umbruch in der DDR an sie nicht offiziell Forderungen kundtaten, hat sicherlich zwei Gründe. Einmal hatte die DDR-Regierung wegen der guten Beziehungen Moskaus Tatsachen und Dokumente zur Verfügung, deren Bekanntmachung sich die Revisionisten nun zur Aufgabe gemacht haben.

In diesem Zusammenhang fällt die weltweit zunehmende Aktivität gewisser Kreise auf, die neue Holocaust-Religion in allen Medien tagtäglich zu zelebrieren. Dann wäre noch die Feststellung zu treffen, daß die Bundesrepublik von Anfang an alle materiellen Forderungen, die die Juden an die DDR stellten, übernommen hat.

Dazu schreibt Nahum Goldmann, der als ehemaliger Präsident des Weltjudenkongresses die diesbezüglichen Verhandlungen mit Adenauer geführt hat, in seinem Buch »Das jüdische Paradox«:

» ›Sie (Adenauer) erheben den Alleinanspruch für ganz Deutschland und erkennen die DDR nicht an. Dann seien Sie konsequent und zahlen für sie!‹ Nach mehrmonatigen Verhandlungen willigte er ein, und so bekommt heute ein aus Leipzig stammender Jude dieselbe Rente wie einer aus Frankfurt am Main.«

Und weiter schreibt Goldmann: »Nur die Bundesrepublik könnte von der DDR die Erstattung ihres Anteils verlangen, aber das ist ihre Angelegenheit.« Somit erübrigt sich jeder Kommentar zu den jüdischen Forderungen an die DDR.

Geld braucht Israel nicht nur um die marode Wirtschaft am Leben zu halten, sondern auch für die 800000 Juden aus der Sowjetunion, die in den nächsten Jahren nach Israel wollen, weil sie sich aufgrund der dort abzeichnenden Entwicklung nicht mehr sicher fühlen. Während unter Lenin jede antisemitische Äußerung mit dem Tode bestraft worden ist, so wächst heute in der Sowjetunion wegen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Niedergangs im ganzen Land, wofür in erster Linie die Juden verantwortlich gemacht werden, die antisemitische Stimmung gewaltig an. Diese Entwicklung ist aus der Sicht der Sowjet-Bürger verständlich, denn einmal war die marxistische Ideologie das Werk eines Juden, zum anderen deren Verbreitung in erster Linie das Anliegen jüdischer Intellektueller.

Aber auch die bolschewistische Revolution sah jüdische Elemente in vorderster Reihe, so daß der Jude Cohen in der Zeitung »Kommunist« (Charkow) im April 1919 schreiben konnte: »Ohne Übertreibung kann man sagen, daß die große russische Revolution von Judenhand gemacht worden ist ....«. So lag der Anteil der Juden in den wichtigsten staatlichen Institution bei 80 Prozent, in den Medien betrug er sogar 100 Prozent. Daher ist es auch verständlich, wenn die Völker der Sowjetunion die Juden in erster Linie für die 50 Millionen Opfer, die der Bolschewismus forderte, verantwortlich machen. Bisher wurde dieses Thema von den Historikern weitgehend ausgespart.

Bleibt zu vermerken, daß die Volkswirtschaften in Israel und der Sowjetunion trotz unterschiedlicher Ideologien am Boden liegen, was zu dem Schluß führen könnte, daß andere, wenn auch gleiche Wurzeln für die Übereinstimmung im Niedergang ausschlaggebend sind.

Arnulf Neumaier, Riederau

Betr.: Europa-Journal »Gorbatschow hat unbeschränkte Macht«, Nr. 5/90

Als lächelnden Bittsteller für Wirtschaftshilfe aus dem Westen lernten wir »Gorbi«, den ehemaligen Chef des brutalen KGB-Sicherheitsdienstes kennen.

Nun ist Gorbatschow mit viel größeren Präsidentenvollmachten ausgerüstet worden, als Bush in den USA. Die Wahl erfolgte zwar ohne Begeisterung, aber in der Erwartung, Gorbatschow werde viele Probleme lösen. Mit solchen Erwartungen ist auch Hitler seinerzeit an die Macht gekommen. Als Problemlöser erhielt er vom deutschen Volk Beifall. Politiker aus anderen Ländern waren anfänglich neidisch, wie Hitler die Krisen meisterte. Und dann kam die Stunde, als Hitler dem Volk erklärte, die deutsche Armee hätte »zurückgeschossen«.

Auch die Machtfülle Gorbatschows erlaubt ihm nicht nur, Gebiete der UdSSR seiner direkten Kontrolle zu unterstellen, sondern im Falle eines Angriffs auf die UdSSR als Oberbefehlshaber der Roten Armee den Kriegszustand auszurufen.

Ist Gorbatschow glaubwürdiger, obwohl er nie die 140 Millionen Todesopfer des Kommunismus beklagte und nie dem Leninismus abgeschworen hat? Nach Lenin ist alles gut, was zum Ziel der Weltherrschaft führt: Lüge oder Wahrheit, Tauwetter oder Krieg. Zu welcher »Flucht nach vorn« könnte sich Gorbatschow hinreissen lassen, wenn sich das »europäische Haus« nicht nach seinen Vorstellungen entwickelt? Warum wird das Selbstbestimmungsrecht, zum Beispiel Litauens nicht respektiert?

Emil Rahm, Hallau

Betr.: Presse »Junge Freiheit«, Nr. 4/90

In Ihrer Ausgabe Nr. 4 auf Seite 56 wiederholen Sie die Behauptung, ich hätte nach dem Krieg für den russischen Geheimdienst gearbeitet. Dies ist unwahr und die Behauptung wurde schon 1972 einem gewissen Herrn Thielen in 2 Gerichtsinstanzen verboten. Auch die sonstigen Zitate aus einem Brief des Thielen sind falsch von Anfang bis zum Ende, sie können aber als Werturteile angeblich nicht bekämpft werden. Sodann habe ich tatsächlich beleidigende Schreibereien des Thielen damals nicht widersprochen, weil dieser nicht zu dem Personenkreis gehört, der mich beleidigen könnte.

Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Huber, München, im Auftrag von Adolf von Thadden

Zu der Frage der angeblichen östlichen Geheimdiensttätigkeit des Herrn Adolf von Thadden ist CODE eine Kopie des Fragebogens des »Military Goverment of Germany« zugespielt worden, in dem es heißt: »1. 9. 45 bis 23. ?. 46 (Monat unleserlich) in Pommern im Dienst der polnischen GPU«. Ab dem 15. Juli 1947 ist von Thadden laut diesen Eintragungen bei der Property Control, Head-Quarter 125, CCG Göttingen als Treuhänder tätig gewesen. Soweit angesichts des restriktiven Verhaltens des Berliner Zentralarchives eine Nachprüfung möglich war, geht CODE von der Echtheit dieses Dokumentes aus.

CODE hat sich auch nicht die von Herrn Thielen in seinem Schreiben vom 13. Dezember 1973 aufgestellten Meinungen über Herrn von Thadden zu eigen gemacht (etwa in Form eines Kommentares), sondern diese nur als eine von vielen ähnlich lautenden Vorbehalten in den Reihen der Nationaldemokraten gegen Herrn von Thadden publiziert. Wie der Anwalt von Herrn von Thadden selber bestätigte, wurden vom Oberlandesgericht Hannover diese Äußerungen als Werturteile des Herrn Thielen über Herrn von Thadden als zulässig erachtet, nachdem das Landgericht diese allerdings zum Großteil verboten hatte.

Betr.: Ostdeutschland »Polens Probleme mit der deutschen Minderheit«, Nr. 4/90

Ihre erfreulichen Berichte von Alfred König zur polnischen Westgrenze schreien geradezu nach einem Ausspruch des Altmeisters der SPD – nämlich Herbert Wehner – der seiner Partei 1964 sagte:

»Die einseitige Grenzziehung entlang der sogenannten Oder-Neisse-Linie und die damit verbundene Annexion Deutschen Gebietes ist für uns Sozialdemokraten nicht rechtskräftig!«

An diesem Zitat von Herbert Wehner – das ich bei Helmut Diewald: »Geschichte der Deutschen« fand – läßt sich aufzeigen, wie sich die SPD in 24 Jahren geändert hat und sich noch nicht einmal schämt.

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

